



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die politische Gewalt in Kolumbien seit 1948 –
Ursachen und Protagonisten“

Verfasser

Peter Musch

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, Oktober 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 324 351 348

Studienrichtung lt. Studienblatt: Übersetzerausbildung Spanisch/Italienisch

Betreuer: o. Univ. Prof. Dr. Georg Kremnitz

INHALTSANGABE

INHALTSANGABE	3
VORWORT	7
1. DIE POLITISCHE UND SOZIALE SITUATION IN KOLUMBIEN VOR DEM „BOGOTAZO“. VORGESCHICHTE DER “VIOLENCIA”	10
1.1 Allgemeines	10
1.2 Von der konservativen zur liberalen Republik	12
1.2.1 Die Verschärfung der Agrarfrage	12
1.2.2 Die Modernisierung Kolumbiens durch staatliche Investitionen	16
1.2.3 Der Problembereich sozialer Sektor	19
1.2.4 Die Liberale Republik und die „Revolución en marcha“	20
1.2.5 Das Ende der liberalen Republik	25
1.3 Vom Gaitanismus zum Bogotazo	29
1.3.1 Der politische Werdegang und die Ideologie Gaitáns	29
1.3.2 Die Ermordung Gaitáns	34
2. LIBERALE UND KONSERVATIVE – EINE KURZE BETRACHTUNG DER GESCHICHTE DER BEIDEN PARTEIEN UND IHRER ROLLE IN DER „VIOLENCIA“	39
2.1 Allgemeines	39
2.2 Parteizugehörigkeit als Instrument der nationalen Einigung - ein kritischer Exkurs	41
3. DER BOGOTAZO - BÜRGERAUFGSTAND UND ANARCHIE.....	45
3.1 Die Manifestation des Volkszornes in den Stunden nach der Ermordung Gaitáns	45
3.2 Die Auswirkungen des „Bogotazo“ auf dem Land	48
3.3 Der „Bogotazo“ in den Städten	50
3.4 Anarchie oder Wunsch nach neuer Ordnung - eine Reflexion über den Charakter der frühen Violencia.....	51
3.4.1 Allgemeines	51
3.4.2 Banditentum als historisches Kontinuum – eine Subkultur zwischen reaktionärem Konservatismus und Klassenkampf – das Fallbeispiel Efraín González	53
3.4.3 Die Violencia als Fortführung der frühen Bauernkämpfe	56
3.4.4 Die Violencia als lokaler Genozid	57

3.4.5 Ein Staat gegen die eigenen Bürger – eine kritische Reflexion über das kritische Verhältnis zwischen Bürgern, Demokratie und Staat am Beispiel der Violencia.....	57
4. DIE “VIOLENCIA” (1946 – 1958): ZWISCHEN STAATLICHER REPRESSION UND ZIVILEM WIDERSTAND.	61
4.1 Allgemeines	61
4.2 Die kolumbianische Bauernschaft zwischen strukturellem Konservatismus und neuem Klassenbewusstsein - die Fallbeispiele Guadalupe Salcedo und Juan de la Cruz Varela.....	63
4.3 Der historische Verlauf der „Violencia“	68
4.3.1 Die erste Etappe der Violencia – Die Regierungen Laureano Gómez und Urdaneta – Beteiligung am Koreakrieg	68
4.3.2 Die zweite Etappe der „Violencia“: Beginn der Militärdiktatur Gustavo Rojas Pinillas - Zwischen Befriedung, Modernisierung und Repression	74
4.4 Eine Opferbilanz der "Violencia"	82
4.5 Die „Violencia“ im Spiegel von Volkskultur, Literatur und Malerei	83
5. DIE NATIONALE FRONT – EIN INSITUTIONALISIERTES PROPORZSYSTEM	90
5.1 Vorgeschichte und Inhalt des Paktes zwischen Konservativen und Liberalen	90
5.2 Die erste Phase der Nationalen Front: Die trügerische Befriedung des Landes	91
5.3 Die Nationale Front zwischen Modernisierung, Reform, Stillstand und Korruption	92
5.4 Rückkehr von Rojas Pinilla und Bildung der ANAPO	98
5.5 Die MRL unter López Michelsen als liberale Dissidenz.....	100
5.6 Das offizielle Ende der Nationalen Front und ihre praktische Weiterführung	101
6. DIE GUERILLA-BEWEGUNGEN	103
6.1 Allgemeines	103
6.2 Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, Ejército del Pueblo (FARC-EP)	108
6.2.1 Allgemeines	108
6.2.2 Der Gründungsmythos von Marquetalia	109
6.2.3 Die Ideologie der FARC- zwischen Radikalismus und Pragmatismus	114
6.2.4 Führungsstruktur der FARC	117
6.2.5 Stationen der historischen Entwicklung	120
6.3 Ejercito de Liberación Nacional (ELN)	129

6.3.1 Allgemeines	129
6.3.2 Die Ideologie des ELN: Fokus- Theorie und revolutionärer Dogmatismus	129
6.3.3 Camillo Torres - ein Priester als Symbolfigur des bewaffneten Kampfes	132
6.3.4 Das ELN zwischen Krise und Transformation	133
6.4 Ejército Popular de Liberación (EPL)	137
6.5 Movimiento 19 de abril (M-19)	139
6.5.1 Allgemeines	139
6.5.2 Die M-19 zwischen Pragmatismus, symbolischem Aktionismus und urbanem Terrorismus	140
6.5.3 Das Debakel des Justizpalastes (1985)	143
6.5.4 Reintegration ins legale politische Leben und Beteiligung der M-19 bei der neuen Verfassung von 1991	144
6.6 Movimiento Quintín Lame	146
6.7 Von der Guerilla beeinflusste oder kontrollierte Zonen in Kolumbien	148
6.8 Soziale Funktion der Guerilla	151
6.9 Finanzierung der Guerilla	155
6.9.1 Allgemeines	155
6.9.2 Erpressung von „Steuern“ und „Schutzgeldern“ („boleteo“)	156
6.9.3 Entführungen und Lösegelderpressung	156
6.9.4 Beteiligung am Drogenanbau- und –handel	161
6.10 Die Beziehung der Guerilla zu den anderen Akteuren im bewaffneten Konflikt	163
6.10.1 Guerilla und Zivile/Zivilgesellschaft	164
6.10.2 Guerilla und Drogenhändler/Paramilitärs	167
6.11 Das Image der Guerilla im Wandel - von den „wahren“ Volksvertretern zur „Narkoguerilla“ und zum „Terrorismus“- eine Reflexion über den Sprachgebrauch in den Medien.....	171
 7. KRIEG UND FRIEDEN(SBEMÜHUNGEN) – ZUR GESCHICHTE DER FRIEDENSPROZESSE IN KOLUMBIEN	 177
7.1 Allgemeines	177
7.2 Belisario Betancur (1982-1986): die subjektiven und objektiven Ursachen und Bedingungen der Gewalt.	180
7.3 Barco/Gaviria (ca. 1988-1991): mit „ausgestreckter Hand und festem Puls“ zur neuen Verfassung	183
7.4 Andrés Pastrana (1998-2002): Das Desaster der Entspannungszone	187
7.5 Resümee und Ausblick:	192
 8. DER DROGENHANDEL	 194

8.1 Allgemeines	194
8.2 Drogenhandel und Wirtschaft	195
8.3 Drogenhandel, Gesellschaft und Politik.....	198
8.4 Der Drogenhandel und die Beziehung zu den USA	201
8.5 Drogenhandel und Kriminalität	202
8.6 Die geschichtliche Entwicklung des Drogenhandels in Kolumbien.....	204
8.6.1 Der Marihuanaboom.....	204
8.6.2 Die Zeit der großen Kartelle und des „Narco-Terrorismus“	207
8.6.3 Die Internationalisierung des Kampfes gegen den Drogenhandel - der „Plan Colombia“	214
8.7 Fünf Thesen über den Zusammenhang von Drogenhandel und politischer Gewalt	220
9. PARAMILITÄRS UND SELBSTVERTEIDIGUNGSGRUPPEN.....	223
9.1 Allgemeines	223
9.2 Paramilitarismus als Instrument des schmutzigen Krieges	224
9.3 Paramilitarismus und Drogenhandel	226
9.4 Das politische Projekt des Paramilitarismus—die AUC	228
9.5 Drei Thesen über das Verhältnis von Paramilitarismus zu Staat und Guerilla	231
9.6 Das Image der Paramilitärs	236
9.7 Die Institutionalisierung des Paramilitarismus: Präsident Uribe und die AUC.....	237
ANHANG.....	244
BIBLIOGRAPHIE.....	244
Selbstständige Publikationen:	244
Festschriften:.....	250
Zeitungen und Zeitschriften:.....	250
Webseiten:	250
Fernsehdokumentationen:	251
Abstract (Deutsch):	252
Abstract (Englisch):	253
Lebenslauf.....	254

Vorwort

Seit den spektakulären Attentaten der Drogenmafias gegen führende Vertreter der kolumbianischen Justiz und Politik und den Aufsehen erregenden Schlägen der staatlichen Sicherheitskräfte gegen Drogenbosse wie Pablo Escobar Anfang und Mitte der 1990-er Jahre ist Kolumbien wieder stark aus dem Rampenlicht der internationalen Medienöffentlichkeit gerückt. Allein die Entführung und „Befreiung“ der franko-kolumbianischen Politikerin Ingrid Betancourt sorgte in letzter Zeit noch für etwas Rauschen im Blätterwald.

Der sich hinter diesen Schlagzeilen verbergende bewaffnete Konflikt, der nun seit über 60 Jahren andauert (etwa gleich lange wie der Konflikt Israel Palästina), ist dabei in Presse und Fernsehen manchmal keine Erwähnung wert. Meist erfährt man gerade noch, dass es in Kolumbien einen Bürgerkrieg gibt, bei dem der Kampf gegen die Drogen eine wesentliche Rolle spiele bzw. dass sich der Staat im Kampf gegen rechte und linke „Terroristen“ befinde, die ihren Kampf aus dem Drogenhandel finanzieren. Über die Hintergründe dieser Gewalt erfährt man nichts oder sehr wenig.

Die Tendenz, die jahrzehntelange politische Gewalt und den Kampf von linken Guerillas und rechten Paramilitärs auf den puren Aspekt einer „Raubökonomie“ zu reduzieren, bei denen es allen Parteien nur um Bereicherung aus dem Drogenhandel gehe, herrscht bedauerlicherweise seit kurzem auch in der akademischen Welt vor.

Der traditionelle Ansatz, seit langem schwelende bewaffnete Konflikte auch mit dem Vorhandensein von starren demokratischen Strukturen, welche weite Teile der Bevölkerung lange Zeit von jeder wirklichen politischen Partizipation ausschließen, aus Armut, sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit und im historischen Kontext einer - ursprünglich vom Staat ausgeübten -strukturellen Gewalt zu erklären (aber damit nicht zu rechtfertigen), wird zusehends lächerlich gemacht und als realitätsfern bzw. naiv bekrittelt. Die Rechtfertigungen für den bewaffneten Widerstand, sagen diese Wissenschaftler und Analytiker seien heute nicht mehr gegeben, der demokratische Staat habe sich seit der

Verabschiedung der sehr modernen Verfassung von 1991 in wesentlichen Bereichen demokratisiert und sei auch sozialer geworden – heute könne keine Rede mehr sein von einem repressiven Staatsapparat, vor dem sich seine Bürger schützen müssten, indem sie zu den Waffen greifen. In Wirklichkeit verhindere die bewaffnete linke Guerilla den sozialen Fortschritt, weil linke und progressive demokratische Parteien mit dieser in einen Topf geworfen würden. In dieser Ansicht hätte nicht die soziale Spaltung den Konflikt verursacht, sondern der Konflikt die soziale Spaltung - eine Position, die ich in der hier vorliegenden Arbeit zu widerlegen versuche.

Angesichts der Tatsache, dass Kolumbien seit Jahrzehnten das weltweit gefährlichste Land etwa für die Ausübung gewerkschaftlicher Tätigkeiten ist (und dies auch zu einem Zeitpunkt als die linken Guerillas noch keine wesentliche Rolle spielten) wage ich es, diesen Thesen energisch zu widersprechen. Zwar bin ich mir bewusst, dass man nicht alle Akte der politischen Gewalt durch ungerechte soziale, politische und arbeitsrechtliche Strukturen erklären kann, aber das heißt nicht, dass man *nichts* damit erklären kann. Wenn sich die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen in Kolumbien positiv verändern, bedeutet dies zwar nicht, dass damit der Konflikt auch automatisch beendet ist, aber *ohne* diese notwendigen Veränderungen kann es keinen dauerhaften Frieden geben - dies ist meine tiefste Überzeugung.

Es ist richtig, dass in Kolumbien in den letzten Jahrzehnten ein tief greifender gesellschaftlicher Wandel und eine rasante Modernisierung stattgefunden hat, die sich unter anderem in einer sehr modernen Verfassung niederschlugen, in dem die politischen und sozialen Grundrechte wie nie zuvor auch im allgemeinen Bewusstsein verankert wurden – dennoch blieben all jene rückschrittlichen und archaischen gesellschaftlichen Strömungen, deren Ausdruck die herrschenden politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes sind für die *Realpolitik* bestimmend: Das traditionelle Nahverhältnis dieser Eliten, der Militärs und auch Teilen der Regierung zu den rechtsextremen Todesschwadronen und Paramilitärs bestätigen meine Ansicht, dass sich unter dieser neuen, dem Anschein nach demokratischeren und moderneren Oberfläche nichts Wesentliches an der Haltung dieser Eliten geändert hat, ihre Vormachtstellung auch durch die „Privatisierung“ der politischen Gewalt etwa durch Anheuerung paramilitärischer rechter Söldnerbanden zu sichern.

Wenn ich den traditionellen Ansatz wieder aufgreife, den kolumbianischen Konflikt wesentlich aus seinem historischen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kontext

heraus zu verstehen, so geschieht das auch deshalb, weil die Verächter dieses Ansatzes in meinen Augen auch nicht imstande sind, ein wirklich überzeugendes Erklärungsmuster für den Fortbestand dieser politischen Gewalt seit 1948 zu liefern, das über das Modell einer generalisierten „Raubökonomie“ oder fragwürdige individualpsychologische Ansätze hinausgeht.

Natürlich kann man, wie dies der französische Kolumbien-Experte Daniel Pécaut tut, die Kontinuität dieser Gewalt seit 1948 in Frage stellen oder die Berechtigung des Begriffes „Bürgerkrieg“ für den bewaffneten Konflikt anzweifeln. Wenn man aber statt dessen Begriffe wie „Krieg gegen die Gesellschaft“ („Guerra contra la sociedad“ ist ein Buch Pécauts, das sich mit der kolumbianischen Situation beschäftigt) bietet, hat man nichts zur Aufklärung beigetragen, denn letztlich ist jeder Krieg ein Krieg gegen die Gesellschaft. Außen vor bleibt die Frage, wer diesen Krieg gegen die Gesellschaft führt: die linken Guerillas, die rechten Paramilitärs oder vielleicht der Staat selbst?

Implizit geht es dabei aber weniger um semantische Spitzfindigkeiten als um die Tatsache, dass hier führende Analytiker – verschleiert durch den Anstrich des Wissenschaftlichen und durch rhetorische Spitzfindigkeiten – letztlich die fragwürdige Position des aktuellen rechtsgerichteten Präsidenten Uribe untermauern, wonach es in Kolumbien keinen Bürgerkrieg und gar keinen bewaffneten Konflikt gäbe sondern lediglich einige Gruppen von „Terroristen“ welche die kolumbianische Gesellschaft bedrohten. Diese Experten tragen also im Grunde lediglich dazu bei, einen außerordentlich komplexen Sachverhalt auf das Muster des „internationalen Krieg gegen der Terrorismus“ oder gegen die „Drogen“ zu reduzieren.

Die politische Gewalt ist in Kolumbien nicht vom Himmel gefallen. Sie stellt auch kein unabänderliches Schicksal dar. Nein, diese Gewalt hat komplexe historische, politische und soziale Ursachen, auch wenn sie heute immer öfter – und dies bestreite ich nicht – im Gewand einer „gewöhnlichen“ Kriminalität auftritt.

Das Thema der politischen Gewalt wieder in seinen historischen Kontext zurückzubringen, die Kontinuität struktureller Repression von staatlicher Seite – trotz oder gerade aufgrund zahlreicher erfolgreicher Modernisierungen in den letzten Jahrzehnten – aufzuzeigen, die komplexen Zusammenhänge zwischen Gewalt, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu beleuchten – dies ist das Ziel dieser Diplomarbeit.

1. DIE POLITISCHE UND SOZIALE SITUATION IN KOLUMBIEN VOR DEM „BOGOTAZO“. VORGESCHICHTE DER „VIOLENCIA“

1.1 Allgemeines

Seit dem 19. Jahrhundert kennzeichneten politische Instabilität, Kämpfe um die Macht und der Gebrauch von Gewalt die soziale Dynamik und die Politik Kolumbiens sowohl auf regionaler wie auch auf nationaler Ebene, wobei diese Faktoren zu einer Reihe von aufeinander folgenden Bürgerkriegen führten, bei denen es um die Nachfolge in der Macht ging – Kriege und Konflikte, deren politischer Charakter außer Frage steht. Es handelte sich hierbei vor allem um Kämpfe zwischen Liberalen und Konservativen, aber auch um Scharmützel und Konflikte zwischen einzelnen liberalen Fraktionen bzw. - seltener - Flügelkämpfe zwischen Konservativen und Konservativen. Ab dem Jahre 1930 begann mit dem Fall der sogenannten „Konservativen Republik“, bei der die Konservative Partei Kolumbiens während der vorangegangenen 50 Jahre die Macht gleichsam als Monopol innegehabt hatte, sowie mit dem Aufstieg der Liberalen unter Präsident Enrique Olaya Herrera an die Spitze eine neue Phase der Barbarei und Brüderkriegs, die ab Ende der 1940-er Jahre unter dem Namen „La Violencia“ ihren blutigen Höhepunkt fanden und unter diesem Namen in die Geschichte eingingen. Die gewaltsamen Ereignisse dieses Jahres fanden vor allem im Gebiet der Departaments (Departamento = politisches Verwaltungsgebiet in Kolumbien) Norte de Santander und Santander im Nordosten des Landes statt, blieben aber auch in den zentralen Departaments Cundinamarca, Antioquia und einigen Zonen des westlichen Caldas nicht ohne Nachhall.

Dazu vermerkt Roberto Urdaneta (1972) folgendes:

El partido conservador, que humanamente pudiera haberse exacerbado con la pérdida del poder y con el correspondiente desplazamiento burocrático, recibió los hechos con serenidad y aun prestó apoyo al gobierno de Olaya Herrera. Sin embargo, se desató la persecución de los liberales triunfantes contra los conservadores vencidos, especialmente en Boyacá y Santanderes.¹

¹ Guzmán/Fals/Umaña, 1962/II:50

An anderer Stelle heißt es:

El gobierno y Olaya Herrera personalmente, hicieron todos los esfuerzos que tuvieron a su disposición para estancar la sangría, entre tanto las directivas liberales cooperaron con el ejecutivo en el mismo sentido; Pero el hecho continuó y empezó abrirse la brecha entre los dos partidos, y a germinar el ánimo vengativo que habría de traer días negros para la nación. Produciendo el primer ataque sangriento de liberales contra conservadores o viceversa, el proceso se desarrolló automáticamente siendo el deseo de venganza el eslabón de la cadena de violencia que luego sería muy difícil de romper.²

An dieser Stelle ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass der Grundstein des Parteienkonfliktes, des Hasses und der Kultur der Rache von Beginn an in den höchsten Sphären der Macht der beiden Streitparteien gelegt worden war und diese Emotionen dort auch immer wieder neue Nahrung fanden. Die liberale und die konservative Partei wurden von Historikern wie Daniel Pécaut oder Malcolm Deas als zwei „Subkulturen“ oder Clans bezeichnet, bei deren Streit es darum ging, sich die Vormachtstellung und die Kontrolle des Staates zu sichern und die sich auf ideologischer Ebene nicht wirklich substantiell voneinander unterschieden.³

Diese Streitigkeiten und Kämpfe verschärften sich noch im 20. Jahrhundert, und die Kluft zwischen den Parteien wurde immer tiefer, besonders als in den 1920-er Jahren mit der Neuordnung des Landes begonnen wurde. In dieser Epoche wurden neue Funktionen für das Staatswesen festgelegt und definiert, auf die viele Menschen seit der Epoche der Bildung des kolumbianischen Staates gewartet hatten: Der Staat wird bei Vorgängen in Wirtschaft und Verwaltung immer präsenter. Dabei stand für jede der Fraktionen der herrschenden Klassen und Parteien das eigene Überleben als politische und soziale Kraft auf dem Spiel.⁴

Fals Borda schreibt dazu, dass es hierbei um verschiedene weitere Faktoren ging:

[...] el disfrute del poder y el uso de las finanzas publicas, el uso y el control de la tierra, la defensa de caudillismos políticos locales y regionales y su organización, la supremacía tradicional de la iglesia, en una palabra, la sobrevivencia de intereses creados con profundas raíces en el “orden sagrado”.⁵

Der Einsatz von Gewalt hat in Kolumbien (wie auch in der Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder) traurige Tradition als Element, das die formelle und informelle Politik immer beeinflusste. Die Gewalt als Praxis physischer Zwangsausübung

² Ebd.

³ Deas, 1999: 47f.

⁴ Fajardo in CEREC, 1980: 365

⁵ Fals Borda, 1970: 197

zur Erzielung persönlicher Ziele bzw. der Ziele verschiedener Machthaber konnte immer wieder durch sogenannte „patriotische Interessen“ oder durch vorgeblich humane ideologische und religiöse Ziele legitimiert werden. Innerhalb dieses informellen Rahmens wurden so Aufstände und Revolten gerechtfertigt. Der fast ununterbrochene Zyklus der Gewalt in Kolumbien seit Beginn der 30-er Jahre wurde somit praktisch ein Teil dieser traditionellen Struktur. Aber alle Versuche, eine Art „begrenzte“ Gewalt auszuüben, scheiterten: Sehr bald entglitt die Ausübung der Gewalt der Kontrolle jener politischen Führer, die beabsichtigt hatten, diese für ihre eigenen Zwecke zu verwenden, und nahm eine außergewöhnliche Eigendynamik an, die sich durch unvorhergesehene Fehler und Widersprüche im System noch vertiefte. Auf diese Weise entstand ein neues politisches Phänomen:

La violenta insurrección de un pueblo sin una definición clara de ideología y visión, con motivaciones emocionalmente mezquinas, crueles y cegadas, sin dirección ni organización, insurrección improvisada en una época de transición. Esta nueva fase de barbarie y destrucción fue llamada “La Violencia”.⁶

Wie bereits erwähnt, ging es hier um eine Reihe von Macht- und Einflussfaktoren: Die Ausübung der Macht und die Kontrolle über die staatlichen Ausgaben, den Besitz und die Nutznießung von Grund und Boden, sowie die Kontrolle über diese, die Verteidigung der Privilegien von regionalen oder lokalen „Kaziken“ und der lokalen politischen Organisationen, die traditionelle Vorherrschaft und den Einfluss der Kirche, kurz gesagt, das Überleben und Fortbestehen von „angestammten“ oder neu geschaffenen Interessen, deren tiefste Wurzeln in einer oft tief religiös geprägten Vergangenheit liegen.⁷

1.2 Von der konservativen zur liberalen Republik

1.2.1 Die Verschärfung der Agrarfrage

Auf dem Land kam es immer wieder zur Konfrontation zwischen den traditionellen Interessen der alteingessenen Großgrundbesitzer (die oft gar nicht anwesend waren, sondern ihren Besitz durch Administratoren verwalten ließen) und jenen der besitzlosen

⁶ Fals Borda in CEREC, 1985:35 ff.

⁷ Ebd.: 41ff.

neuen Siedler, die sich ihr Stückchen Land oft mit Axt und Machete erschließen mussten. Der Ruf nach einer Demokratisierung des Grundbesitzes fand durchaus Gehör bei der liberalen Regierung und die unter der Präsidentschaft von Alfonso López Pumarejo durchgeführte Reform der Agrarbesitzstrukturen führte in weiterer Folge zu einem rationaleren Gebrauch der Ressourcen auf dem Land. Dies sollte zu einer Erhöhung des Angebots von landwirtschaftlichen Produkten für die urbanen Zentren führen, deren Bevölkerung mit fortschreitender Entwicklung immer mehr und zu immer billigeren Preisen forderte. Diese Forderung des „immer mehr zu immer billigeren Preisen“ ist wohl eine Eigenheit des Kapitalismus. Das Kapital der vielen Kleinbauern und kleinen Grundbesitzer wurde dadurch aber nicht vermehrt, denn durch die oft sehr niedrigen Preise der Agrarprodukte nahmen diese auch sehr wenig ein, wodurch die für eine Volkswirtschaft so wichtige Dynamik des Sparens und der Reinvestition auch von kleinem Kapital stark beschränkt blieb und das Wachstum des internen Marktes verhindert wurde.⁸

Somit gab es zwei grundlegende Formen landwirtschaftlicher Organisation: Einerseits die Großgrundbesitze, die von Tagelöhnern bestellt wurden, und die familiären bäuerlichen Einheiten, auf denen die Eigentümer selbst, bzw. Pächter oder Teilhaber arbeiteten, andererseits. Das am weitesten verbreitete Modell des Landbesitzes war allerdings - wie in vielen anderen Ländern Lateinamerikas auch - jenes des Latifundiums, des Großgrundbesitzes, das allerdings von großen Einsprengseln kleiner Grundstückbesitze durchsetzt war. Diese Kombination von großem Eigentum an Grund und Boden und kleinen bäurischen Besitzungen wirkte sich auf die soziale Situation Kolumbiens auf zwei wesentlichen Arten aus. Sie verschärfte die Einkommensungerechtigkeit: 4,6 % der Bevölkerung erhielten 40 % des nationalen Einkommens. Damit wurde zweitens eine quasi feudale soziale Struktur auf dem Land perpetuiert.⁹

In der Agrarfrage erwies sich die Intervention des Staates als besonders heikel und schwer realisierbar: Dieser sah seinen Einfluss und seinen politischen Spielraum durch die traditionelle Vorherrschaft der Grundform der Hazienda und die jahrhundertealte Vormachtstellung der „*Hacendados*“, der Grundherren beschränkt, welche ihre eigenen

⁸ Fajardo in CEREC, 1985: 270 ff.

⁹ Hobsbawm in CEREC, 1985: 16 ff.

Spielregeln durchzusetzen wussten oder die Entscheidungen der Behörden, insbesondere der regionalen und lokalen Verwaltungen, stark zu ihren Gunsten beeinflussten.

Aufgrund des Drucks der Grundbesitzer hatte der Staat weder Arbeitsverträge noch Arbeitsbeziehungen reglementiert, sodass die ambivalenten Beziehungen zwischen Pächtern und Grundbesitzern, also die traditionellen gemischten Formen von Lohnarbeit und Landpacht fortbestanden, wodurch viele Landarbeiter und Bauern gleichzeitig sowohl Pächter als auch Lohnarbeiter waren. Vor diesem Hintergrund forderte der Großgrundbesitzer vom Arbeiter die Bezahlung einer Pacht ein, und verpflichtete ihn dazu, die notwendigen Arbeiten auf seinem Grund und Boden zu verrichten, wobei er diesem einen Tageslohn bezahlte, der meist weit unter dem Durchschnittslohn von „freiwilligen“ Arbeitern lag. Diese Unklarheit und Ungerechtigkeit war die Quelle von permanenten Konflikten, zu welchen sich noch das zentrale Problem des Kampfes der Arbeiter um einen Anteil am Grundbesitz gesellte.

Das Auftreten der Gewalt in den ländlichen Zonen Kolumbiens ist eine politisch-irrationale aber verständliche und manchmal auch effiziente Reaktion auf die Bemühungen der Besitzenden, unter allen Umständen die Grundlagen der althergebrachten „heiligen Ordnung“ aufrecht zu erhalten. Für diese Epoche lässt sich eine Tendenz zur Institutionalisierung der Gewalt feststellen, welche eine moderne Entwicklung behinderte oder vollständig verunmöglichte, wobei gleichzeitig die Grundlagen für die Gründung einer Gegenbewegung geschaffen wurden, die über ein großes politisches und militärisches Potenzial verfügte.¹⁰

Die beeindruckendsten Veränderungen, die in der Zeit der „Violencia“ und vor allem gegen deren Ende geschehen, haben im Wesentlichen mit der Haltung und dem Charakter der Bauern zu tun:

Los labradores no son ya hombres resignados e ignorantes que se quitaban el sombrero al encontrar al amo y lo saludaban con temor y reverencia. Ahora, son hombres en el sentido total y positivo de la palabra, hombres que saben cómo actuar con dignidad y como reclamar y mandar. Porque han llegado a convencerse de su posibilidad de moldear su propio destino, de que son aptos para “hacer cosas” de que ya no tienen que depender de gamonales, amos o funcionarios frecuentemente arbitrarios. Es ya posible que uno de los dirigentes de la escuela diga “No necesitamos alcaldes que solo se interesan por nosotros al momento de cobrar los impuestos”. El campesino ha dejado, pues, de ser el individuo que se deja llevar al matadero

¹⁰ Fals Borda in CEREC, 1985:29f.

por antagónicos jefes. Ahora puede pensar por si mismo, teniendo una idea más clara de su propia responsabilidad y de sus derechos como ciudadano.¹¹

Ungeachtet dieser Veränderungen will in den meisten Regionen des Landes eine ultrakatholische Gesellschaft am Glauben an der himmlischen Belohnung für irdisches Leid festhalten, eine These, die insgeheim auch dazu dient, das gemeine Volk in sein Leiden ergeben und passiv zu halten – gleichgültig, in Bezug auf die Möglichkeiten, die das Leben bieten könnte und politisch weiter unterjocht.¹²

Abgesehen von den Problemen, die durch eine auch nur zaghafte Infragestellung der klerikalen und religiösen Ordnung entstanden, wurde die Schwäche oder die mangelnde Präsenz bzw. Durchsetzungskraft des Staates in sozialen Belangen offenkundig. Es schien, als hätte sich dieser völlig aus diesem Bereich zurückgezogen, und wenn er in Erscheinung trat, tat er dies durch Akte exzessiver repressiver Gewalt, wie die wiederholten blutigen Interventionen der Staatsgewalt in die Konflikte der Tropical Oil Company mit ihren Arbeitern (Oktober 1924, September 1926 und Jänner 1927) in der Gemeinde Barrancabermeja und das zu trauriger Berühmtheit gelangte Massaker an den Bananenarbeitern in Ciénaga an der Karibikküste (1928) beweisen.¹³

Die Tatsache, dass hier eine nationale Armee gegen streikende Arbeiter der amerikanischen United Fruit Company gewaltsam vorging, die Toiletten und Barzahlung statt Naturalien oder Einkaufsgutscheine in unternehmenseigenen Geschäften einforderten, ist ein weiterer Hinweis, dass hier eine Regierung offensichtlich nur dann imstande war, Stellung zu beziehen, wenn es galt, die Interessen multinationaler Konzerne gegen die Interessen der Mehrheit der eigenen Bevölkerung durchzusetzen. Lange Zeit wurde das Ereignis dieses Massakers in Kolumbien totgeschwiegen und die öffentliche Anprangerung des Vorfalls durch den aufkommenden „Volkstribun“ Gaitán trug, wie wir später sehen werden, wesentlich zu dessen rasantem Aufstieg bei. Auch in die Weltliteratur fand das Massaker schließlich Eingang, als der kolumbianische Nobelpreisträger Gabriel Garcia Márquez den Fall für sein Jahrhundertwerk "Hundert Jahre Einsamkeit" aufarbeitete.

¹¹ Chávez/Fals/ Márquez., 1961: 60f.

¹² Fals Borda in CEREC, 1985: 35 ff.

¹³ Tovar in Sánchez/Penaranda (Edit.), 1991: 214 ff.

1.2.2 Die Modernisierung Kolumbiens durch staatliche Investitionen

Mit der Machterlangung der Liberalen blieb die Intervention in soziale Belange wie Erziehungssystem und Gesundheitswesen zwar weiterhin äußerst gering, allerdings wurden die Garantien für die gewerkschaftliche Organisation und in Bezug auf die Agrarfrage erweitert. Was den Kampf der Bauern und Landarbeiter um Grundeigentum betrifft, setzte der kolumbianische Staat eine Politik der Parzellierung um, die zur Fragmentierung und Zersplitterung der Haziendas beitrug, die miteinander in Konflikt lagen. Bei der Gesetzesordnung konnten allerdings unter der liberalen Präsidentschaft von Olaya Herrera und López Pumarejo in den 1930-er Jahren eine Reihe von Errungenschaften verzeichnet werden: Das Gesetz 83 aus dem Jahre 1931, welche das Recht zum gewerkschaftlichen Zusammenschluss anerkannte und die Ausübung des Streikrechtes regelte; das Gesetz 134 aus dem Jahre 1931, welches die Organisation von Genossenschaften und Kooperativen regelte; das Gesetz 45 aus dem Jahr 1933, durch welches Sozialleistungen für die Arbeiter der Nationaldruckerei festlegte; das Gesetz 105 aus dem Jahre 1933, durch welches die teilweise Unpfändbarkeit der Löhne und Gehälter garantiert wurde; das Gesetzesdekret 895 aus dem Jahre 1934, durch welches der Arbeitstag auf 8 Stunden beschränkt wurde.¹⁴

Abgesehen von diesen rechtlichen Rahmenbedingungen, ergaben sich für die Gesamtheit der Bevölkerung Erfordernisse und Notwendigkeiten, die nicht durch das private Kapital, sondern nur durch den Staat befriedigt werden konnten. Durch den kollektiven und sozialen Charakter dieser Erfordernisse (Gesundheit, Wohnung, Dienstleistung, Freizeit, Sanierung etc.) wurde der Staat de facto zum Handeln gezwungen.¹⁵

Im Unterschied zu der Entwicklung im sozialen Bereich, die trotz aller Veränderungen und durchaus erzielten Erfolge eher zaghaft vorangetrieben wurde, intervenierte der kolumbianische Staat in der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts massiv in die Wirtschaft. Hierbei handelte es sich um eine Intervention, die einen Versuch darstellte, auf die schwierigen Phasen der nationalen und internationalen Wirtschaftskonjunktur, die in dieser Epoche aufeinander folgten (Krise des 1. Weltkriegs,

¹⁴ Tovar in Sánchez/Penaranda (Edit.): 216 ff.

¹⁵ Ebd.: 216ff.

Boom der Nachkriegszeit, Krise der Jahre 1920-21, Boom und Inflation der 20er Jahre, Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929, Krise-Deflation der 30er Jahre, Wiederaufschwung, Krise des 2. Weltkrieges, etc.) zu reagieren und vor diesem Hintergrund geeignete Maßnahmen zu finden.¹⁶

Auch hier konnte der kolumbianische Staat schließlich auf einige Erfolge verweisen: Unter der konservativen Präsidentschaft von Pedro Nel Ospina leitete Kolumbien eine Reihe von Reformen ein, die großteils auf den Empfehlungen einer internationalen Kommission von Wirtschafts-Experten (der so genannten ersten Mission Kemmerer) basierten, und einen beträchtlichen Fortschritt darstellten.¹⁷

Zu den wichtigsten dieser Reformen zählen: die Gründung der Bank der Republik, die Reform des Bankensystems, die Neuorganisation des Steuerwesens, die Gründung der Landwirtschaftlichen Hypothekbank, der Nationalen Versorgungsabteilung und der Allgemeinen Lagermagazine. Mit diesen Reformen gelangen dem kolumbianischen Staat wichtige Lösungsansätze für Probleme, die die monetäre und finanzielle Situation und die Bankenstruktur betrafen. Im Einklang damit wurden auch Institutionen und Instrumente geschaffen, die eine bessere Beherrschung der ökonomischen Faktoren und eine leichtere Verwaltung der Wirtschaft ermöglichten. Die Schaffung folgender Institutionen spielt im Bereich der institutionellen Investitionen eine wesentliche Rolle: Nationaler Verband der Kaffeeproduzenten (1927), Kreditbank für Landwirtschaft, Industrie und Bergbau (1931), Zentrale Hypothekbank (1932), Institut zur Förderung der Industrie -IFI- (1940), Institut für Regionalkredit (1939), die verschiedenen Viehzüchter-Fonds (welche zwischen 1939-40 ihre Tätigkeit aufnahmen), Gemeindeförderungs-Fond (1940), das Nationale Versorgungs-Institut -INA (1944), der Eisenbahnverwaltungsrat, der Nationale Kaffeefond und die kolumbianische Handelsflotte „Flota Mercante Grancolombiana“. Natürlich würde eine genaue Analyse der Effizienz dieser Institutionen den Rahmen dieser Arbeit bei weitem sprengen aber eines kann zweifelsfrei festgestellt werden: Die Gründung all dieser Institutionen stellt einen ungefähren Indikator für den Eingriff des Staates in die Wirtschaft dar, einen Eingriff, der zur Entwicklung des Kaffeeexports, der urban-industriellen Tätigkeiten, der Landwirtschaft im Rahmen einen internen Marktes und des Banken- und Finanzkapitals wesentlich beitrug.¹⁸

¹⁶ Ebd.:206f.

¹⁷ Ebd.:207ff.

¹⁸ Ebd.: 209ff.

Zu den bemerkenswertesten Aspekten des staatlichen Eingriffs in die Wirtschaft gehörte die Tätigkeit des Staates in den Bereichen des öffentlichen Transports und des öffentlichen Bauwesens - eine Tätigkeit, die auf die Lösung dieses weiteren Problems in der infrastrukturellen Entwicklung eines Landes abzielte. In diesem Bereich war die Intervention des Staates besonders markant: Während der 20er Jahre nahm der Staat unter Zuhilfenahme der 25 Millionen US Dollar, die er für den Verlust Panamas als Entschädigung erhalten hatte, sowie mit 225 Millionen Dollar in Form externer Großdarlehen den Bau einer Reihe öffentlicher Bauvorhaben in Angriff, wobei dem Ausbau der Eisenbahnstrecken besonderer Vorrang eingeräumt wurde. Trotz der Verschwendung öffentlicher Gelder und der allorts auftretenden Anarchie in der Verwaltung, welche mit der Umsetzung dieser Bauten einhergingen, wuchs das Eisenbahnnetz zwischen 1922 und 1929 rasant von 1481 Km auf gebrauchsfertige 2434 Km an. Analog dazu wurden bis 1930 5743 Km Straßen gebaut.¹⁹

Innerhalb des Zweiges des öffentlichen Bauwesens verdienen auch die Errichtung öffentlicher Gebäude (Rundfunkgebäude, Ministeriumsgebäude, Gebäude des Amtes für auswärtige Beziehungen, Nationaldruckerei, Nationalbibliothek, Institut für Gerichtsmedizin etc.) und der Bau von Schulen und Universitäten („Universitätsstadt“ von Bogotá, Pädagogische Schulen und Schulen in verschiedenen Städten), Kasernen, Gefängnisse, Krankenhäuser etc. besondere Beachtung. Ein Gutteil der öffentlichen Ausgaben wurden im städtischen Sektor getätigt, was dazu beitrug, dass sich die Städte in Magnete für die Landbevölkerung verwandelten, eine Entwicklung, die wiederum das bereits bestehende Stadt-Land-Gefälle vertiefte und dafür verantwortlich war, dass das Land in sozialen Belangen weiterhin vom Staat ignoriert wurde.

Trotz all dieser Einschränkungen ist nicht nur das Ausmaß der öffentlichen Ausgaben für soziale Zwecke sondern auch ihre relative Konstanz zwischen 1925 und 1946 bemerkenswert. Dieses Phänomen und die Kluft, die dennoch wie erwähnt zwischen der Höhe der Ausgaben für Soziales und den staatlichen Budgetmitteln für die Wirtschaft herrschte, machen eine Hauptfunktion des kolumbianischen Staates während dieser Epoche offenkundig: Seine Tätigkeit zielt hauptsächlich auf die Schaffung von Bedingungen für die kapitalistische Entwicklung ab, d.h. sie dient hauptsächlich zur Akkumulierung von Kapital und erst in zweiter Linie zur Schaffung von geregelten

¹⁹ Ebd.: 210f.

Arbeitsbedingungen. Die sozialen Legitimationsfunktionen des Staates stehen also eindeutig im Hintergrund.²⁰

1.2.3 Der Problembereich sozialer Sektor

Die Intervention bzw. die Präsenz des Staates war also einerseits im wirtschaftlichen Bereich durchaus bemerkenswert, jedoch in sozialen Belangen unkonstant, inkonsequent und halbherzig. Angesichts dieser Problemstellung erscheint es angebracht, die Interventionen des Staates im sozialen Bereich näher unter die Lupe zu nehmen.

Auf den ersten Blick scheint es so, als wären diese während der 30-er Jahre signifikant und dem Charakter und der Größe der sozialen Bedürfnisse und Notwendigkeiten angemessen gewesen. Dennoch zeigen die Lebensumstände des einfachen Volkes Ende der 40er Jahre, dass genau das Gegenteil richtig ist: Die Tätigkeiten und Investitionen des Staates waren, trotz des unweigerlichen Fortschritts, den diese darstellten, noch sehr weit davon entfernt, die leidvollen Lebensumstände der einfachen Volksklassen zu lindern, Lebensbedingungen die sogar mit fortschreitender Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft dazu neigten, sich aufgrund der typischen sozialen Begleiterscheinungen jener Jahre, also infolge von Migration, desorganisierten urbanen Agglomerationen, hoher Inflation und erdrückenden Lebenshaltungskosten, noch weiter zu verschlechtern. In dieser Hinsicht ist der Bericht jener Delegation, die von Lauchlin Currie, einem Assistenten des US-Präsidenten Roosevelt und späterem nicht unumstrittenem Berater von vier kolumbianischen Präsidenten, in Kolumbien Ende der 40er Jahre angeführt wurde, besonders aufschlussreich.

In diesem Bericht wurde das niedrige Lebensniveau als das zentrale Problem des kolumbianischen Volkes angesehen. In ihm wurde aufgezeigt, dass im Bereich von erschwinglichen Wohnungen auf dem Land und in der Stadt sehr wenig gemacht worden war, eine Tatsache, die in krassem Gegensatz zu den Investitionen in moderne Bürogebäude, große Fabriken und luxuriöse Apartment-Gebäude und Häuser für die sehr kleinen Gruppen der Gesellschaft mit hohem Einkommen stand; unter diesen Umständen lebte die große Mehrheit der Kolumbianer in Substandard-Wohnungen hinsichtlich

²⁰ Ebd. :217f.

Wohnraum, Hygiene, Komfort und Verwaltungsleistungen, wobei sich die Wohnverhältnisse auf dem Land meist noch um einiges prekärer als in der Stadt gestalteten.²¹

Aus dem zuvor Gesagten geht hervor, dass trotz der formellen guten Absichten der staatlichen Politik die Ergebnisse, was den Aspekt des öffentlich geförderten Wohnraums betrifft, sowohl auf dem Land als auch in der Stadt absolut insignifikant waren.

Gemäß dem oben angeführten Bericht war die allgemeine Situation in den Bereichen der öffentlichen Dienstleistungen, der Hygiene, der sozialen Vorsorge und Bildung beklagenswert. Nicht nur die Tatsache fehlender Wasserversorgung, Kanalisation und Stromversorgung war gravierend, sondern auch der großteils äußerst mangelhafte Zustand der bereits bestehenden Einrichtungen. Auch gab es ein ausgesprochenes Defizit bei Bildungs- und Pflegeeinrichtungen sowie bei qualifiziertem Personal in diesen Bereichen. Die eingeleiteten Bildungs- und Erziehungsprogramme hatten eine äußerst begrenzte Wirkung bei der Verringerung des Problems des Analphabetismus und bei der Bemühung um die Erreichung eines höheren Bildungsniveaus bei weiten Teilen der Bevölkerung. Auch den sanitären Kampagnen war eine äußerst geringe Wirkung beschieden und die öffentliche Fürsorge und Unterstützung in diesem Bereich erwies sich als ausgesprochen dürftig. Die sanitären Bedingungen waren bedauerlich, die Analphabeten-, Unterernährungs- und Sterblichkeitsraten blieben weiter hoch; durchschnittlich erreichte ein Mensch in Kolumbien in jener Zeit nur ein Lebensalter von knapp 40 Jahren, eine Statistik, die auch aus dem Currie-Bericht aufscheint. Alle diese Lebensumstände erwiesen sich auf dem Land noch um einiges dramatischer und prekärer als im urbanen Umfeld.²²

1.2.4 Die Liberale Republik und die „Revolución en marcha“

Zu diesem Zeitpunkt in der Geschichte Kolumbiens hatte der Triumph von E.Olaya Herrera bei den Präsidentschaftswahlen der 40-jährigen Vorherrschaft der Konservativen, der sogenannten „Konservativen Republik“ ein Ende gesetzt. Dass sich der Machtwechsel friedlich vollzog ist eine Tatsache, die alles andere als selbstverständlich

²¹ Tovar in: Sánchez/Penaranda, 1991: 212f.

²² Ebd.:219f.

ist. In einem Land, wo der Staat zu einem Gutteil mit den vielfältigen Verästelungen der Partei an der Macht verschmolz und sich mit diesen vermischte und wo die Parteien getrennte Subkulturen bildeten, stellte ein friedlicher Machtwechsel ein Phänomen dar, das nahezu unmöglich schien. Tatsächlich dauerte dieser friedliche Übergang nicht lange. In einigen kolumbianischen Departments, wie Santander oder Boyacá, wurde zwischen 1931-1934 de facto ein quasi- Bürgerkrieg erklärt und es sollte die Entsendung von einigen Tausend Soldaten erforderlich sein um im Jahre 1934 Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Es wurde ganze Dörfer in Brand gesetzt und zahlreiche Konservative mussten in andere Zonen fliehen, um einer Verfolgung zu entkommen, die einem regelrechten Vernichtungsfeldzug gleichkam. Dennoch breiteten sich diese gewalttätigen Ausschreitungen nicht über das gesamte Land aus und die Wahl von Alfonso López Pumarejo zum kolumbianischen Präsidenten (1934), der sich keinem konservativen Gegenkandidaten hatte stellen müssen, führte zu einer weiteren Stabilisierung der liberalen Republik.²³

Alfonso López Pumarejo entstammte der Finanzoligarchie, die sich zu Ende des 19. Jahrhunderts in Kolumbien gebildet hatte. Er erbte den Reichtum und das Ansehen des Handelshauses López, das sein Vater gegründet hatte und das im Jahre 1912 bereits die Hälfte der kolumbianischen Kaffeeexporte kontrollierte, bevor es im Jahre 1923 Pleite ging. Alfonso López Pumarejo verbrachte beinahe seine gesamte Jugend in England und den Vereinigten Staaten, widmete sich dort dem Kaffeehandel und seiner Vermarktung und hatte auch 12 Jahre lang die Leitung der familiären Geschäfte inne.²⁴

Obwohl Kolumbien der Regierung López Pumarejos einige der weitest reichenden Reformen in seiner Geschichte verdankt, die trotz aller Abstriche und Widersprüche von einem staatsinterventionistischen Leitgedanken im Stil des „New Deals“ Roosevelts geprägt waren und der Präsident mit seinen „Revolución en marcha“ genannten Reformen während seiner ersten Regierungsperiode (1934-1938) durchaus einige bemerkenswerte sozialkämpferische Ziele verfolgte (mehr Schutz für Arbeitnehmer, Schaffung des Streikrechtes, weniger Einfluss der Kirche auf Bildung und Erziehung, Agrarreform, Zugang von Frauen zu den Universitäten, usw.) bleibt doch die Frage offen, ob tatsächlich eine Wachablöse des politischen Führungspersonals stattgefunden hat. Soweit einer

²³ Pécaut, 1987/II: 128f.

²⁴ Ebd.

solche Wachablöse tatsächlich stattgefunden hat, geschah diese wohl zugunsten der dynamischsten Kräfte der herrschenden Klassen, die den alten politischen Zwistigkeiten des 19. Jahrhunderts ein Ende setzen und Kolumbien mithilfe einer guten Staatverwaltung und Wirtschaftsführung bzw. der Erweckung eines neuen Volksgeistes in den Zirkel der bürgerlichen Demokratien Eingang verschaffen wollten.²⁵

Was dieser Wechsel in der politischen Führung allerdings nicht bedeutete, war eine demokratische Erweiterung der Partizipation in Regierung und Politik, denn der aufstrebenden Mittelschicht wurde keine wirkliche politische Durchdringung der Gesellschaft und Partizipation am politischen Geschehen ermöglicht – ganz zu schweigen von den weiterhin armen Volksmassen.

Die Regierung López zeichnete sich insbesondere durch ihre Wirtschaftspolitik aus, die auf eine Stärkung des Außenhandels ausgerichtet war und durch die vermehrten Investitionen jener Jahre wurde vor allem der Ausbau der Eisenbahn und Straßen vorangetrieben, über welche die exportierbaren Güter transportiert werden sollten. Weit abgeschlagen hinter der Investition in den Ausbau des Schienen- und Straßennetzes rangierten die staatlichen Aufwendungen für Schifffahrt und Häfen, Wege, Brücken und öffentliche Gebäude, wohingegen die direkte Förderung von Landwirtschaft und Industrie praktisch insignifikant war.²⁶

Es muss nochmals hervorgehoben werden, dass während der liberalen Republik zweifellos große Fortschritte auf dem Gebiet der staatlichen Institutionen, der Sozialgesetzgebung und im Umgang mit Konflikten gemacht wurden. Dies war sowohl ein Resultat der Arbeitskämpfe und Forderungen der Arbeitnehmer als auch der „positiven“ Reaktion durch die liberalen Regierungen. Eine wirkliche Umkrempelung des sozialen und politischen Systems zugunsten der ärmeren Schichten fand jedoch nicht wirklich statt – auch deswegen, weil López Pumarejo bei allen seinen Vorhaben auf massive Widerstände von Seiten der privilegierten Klassen stieß.

Die Tatsache, dass die Bereiche Handel und Industrie von der nationalen Politik mehr oder weniger ausgeklammert waren, stärkte den Widerstand und die Kampfeslust der Arbeiter dieser Sektoren, welche damit begannen, die ersten Streikbewegungen zu initiieren, an deren Spitze sich die Lohnarbeiter der Transportunternehmen und erst in

²⁵ Ebd.

²⁶ Tovar in : Sánchez/Peneranda, 1991: 220

zweiter Linie die Industriearbeiter stellten. Zu den Zielen diese Bewegungen zählten die Durchsetzung von Lohnerhöhungen, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Kürzung des Arbeitstages von durchschnittlich 11 auf 8 Stunden.²⁷

Bezeichnend für die Tatsache, dass dem Staat trotz beachtlichem formellen Reformwillen nicht viel daran lag, durch wirkliche Intervention die Umsetzung dieser Reformen in der Praxis durchzusetzen und seinen sozialreformerischen Intentionen Nachdruck zu verleihen, ist der Umstand, dass sich in den Forderungsbögen der Arbeiter an ihre Unternehmen immer wieder der Ruf nach Einhaltung der geltenden Gesetze, vor allem in Bezug auf Arbeitssicherheit und Versicherungsfragen, Arbeiterunterkünfte, Arbeitszeitregelungen und Sonntagsruhe finden.²⁸

Die Arbeiterbewegung hat während der ersten Regierungszeit von López Pumarejo (1934-1938) zweifellos beträchtliche Errungenschaften sowohl hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisation als auch im Bereich der Durchsetzung sozialer Forderungen erreicht. Als López Pumarejo jedoch nach einer „Pause“ von vier Jahren für eine zweite Amtsperiode zum Präsidenten gewählt wurde, gelangten einige liberale Sektoren der kolumbianischen Gesellschaft, unterstützt durch kämpferische Konservative, zur Ansicht, dass die Reformen bereits zu weit gegangen waren und dass es daher notwendig sei, den Schwung der Reformen und damit der Stärkung eines Bevölkerungssektors zu bremsen, der ihrer Ansicht nach gefährlich (klassen)kämpferisch geworden war. Somit war die zweite Regierungszeit von López Pumarejo auf Druck der herrschenden Oligarchie eher von einer schrittweisen Aufweichung der erzielten Errungenschaften als deren weiterer Ausweitung geprägt.

Diese unerwartete Allianz zwischen Konservativen und Liberalen führten aber nicht zu einem Ende des Kampfes um soziale Grundrechte. Das von der Regierung im Stich gelassene städtische Proletariat nahm so auf eigene Rechnung und eigene Gefahr die Verteidigung seiner Interessen wahr: Bogotá, Cali y Medellín, die drei großen städtischen Zentren des Landes wurden zum Schauplatz des Widerstandes in der gespannten Zeitphase von Ende 1946 bis Anfang 1948 (Der ultrakonservative Mariano Ospina Pérez

²⁷ Ebd. S.212 ff.

²⁸ Ebd. S.227ff

hatte inzwischen die Nachfolge des in seiner zweiten Amtszeit glücklosen und praktisch entmachteten Präsidenten López Pumarejo angetreten). Bezeichnend für die gespannte Situation ist die Tatsache, dass zwischen Mai 1947 und November 1949 vier Generalstreiks mit rein politischen Zielen ausgerufen wurden.²⁹

Was die kolumbianische Mittelschicht betrifft, war diese nicht ausreichend vorbereitet, nicht nur, um eine eigene Einflussnahme geltend zu machen, sondern auch um den Reformen López' den für den Erfolg nötigen Rückhalt zuteil werden zu lassen. Tatsächlich hatte er nur eine wenig bemerkenswerte Entwicklungsstufe erreicht und sich kaum des ideologischen Einflusses der Oligarchie entledigt. Die kolumbianische Mittelschicht schien dem Einfluss der ideologischen Apparate der herrschenden Schichten vollständig unterworfen zu sein, deren Struktur und Orientierung dafür sorgte, dass sich das oligarchische System auf sämtliche Ebenen verbreitete und verstärkte.³⁰

Selbst die Universitäten hatten sich vor den modernisierenden und reformerisch orientierten Strömungen abgeschirmt. Wie Alfonso López häufig beklagen sollte, bildeten sie häufig nur ein weiteres Glied in einer unseligen Kette von Privilegien: Laut seiner Sichtweise stellten sie niemals etwas anderes dar als eine „Fabrik für Doktoren“, welche eine „armselige intellektuelle Aristokratie“ erzeuge, die „dann die öffentliche Verwaltung überschwemmt.“ López sollte auch eine weitere Beobachtung machen: nämlich, dass das Universitätssystem dazu beitrug, die sozialen Ungleichheiten zu legitimieren. So würde etwa durch die Universitäten propagiert, dass soziale Ungleichheit und Ungleichbehandlung durch einen unterschiedlichen „Kultivierungsgrad“ oder „Bildungsgrad“ gerechtfertigt und damit quasi naturgegeben sei. So würde mittels Bildung und Bildungsdünkel eine absolute Trennung zwischen den Klassen inthronisiert.

Si no han existido con nosotros castas plutocráticas, aristocráticas y cerradas oligarquías económicas, en cambio para impedir el desarrollo de una democracia legítima, ha habido una barrera infranqueable: la educación. En el fondo de toda la educación colombiana, pública y privada, ha predominado un espíritu de casta que se comprueba con la ocurrencia frecuente de que los hombres públicos salidos de la entraña del pueblo suelen ser los que más desprecian, desatienden y temen a su clase originaria.³¹

Es lässt sich also feststellen, dass das oligarchische System *als solches* überhaupt keine Ideologie hervorbringt. Es sind die traditionellen politischen Parteien, welche die Aufgaben

²⁹ Urutia, 1969: 213.

³⁰ Pécaut, 1987/II:134f.

³¹ Ebd.:138ff.

eines ideologischen Apparates übernehmen: Die politischen Parteien sind auch der Kanal, über welchen sich die Mittelklasse manifestiert und in Erscheinung tritt, wobei sie einerseits zwar von den besitzenden Klassen abhängig ist, andererseits aber doch über eine gewisse Autonomie zu ihnen verfügt. Der Platz der Mittelschicht befindet sich also an jener Schnittstelle, an der sich der Einfluss der Oligarchie mit jener einer erweiterten politischen Szene kreuzt. Alberto Lleras Camargo, ein führender Vertreter der Liberalen Partei, der die zweite Amtszeit López Pumarejos nach dessen Rücktritt zu Ende führte, gab mit der beinahe vollständigen Zerschlagung der kämpferischsten Gewerkschaft des Landes, der FEDENAL, einen guten Vorgeschmack auf die kommenden Ereignisse.³²

Diese Schwäche des Staates wenn es darum ging, Lösungen nicht auf willkürliche Weise sondern auf dem Verhandlungsweg zu erzielen, machte diesen - auch in Anbetracht des Einwirkens anderer Faktoren, für eine Unzahl von Konflikten anfällig, für deren Lösung meist der elementare Weg der Gewalt beschritten wurde

1.2.5 Das Ende der liberalen Republik

Die Machtergreifung des Konservativen Ospina (1946-1950) markierte den Beginn einer Phase intensiver revanchistischer Repression gegen die Liberalen. Man wollte hiermit auf den Aufstieg Jorge Eliécer Gaitans zu einer Art „Volkstribun“ reagieren und dem Gaitanismus Einhalt gebieten, erreichte aber das genaue Gegenteil: Erstens die Stärkung der Opposition rund um Gaitán, der zum unbestrittenen Chef und Führer der liberalen Partei avanciert war, und zweitens eine Verschärfung der Fronten bei den Allianzen der Klassen. Obwohl Gaitán formell aus den Reihen der liberalen Partei heraus agierte, versuchte er, sein politisches Spiel außerhalb des traditionellen Zweiparteiensystems zu spielen, indem er in seinen Reden immer wieder die Identifikation der ausgebeuteten Klassen als „Volk“ gegenüber einem gemeinsamen Unterdrücker, der „Oligarchie“ (welche sowohl eine liberale als auch eine konservative Prägung aufweisen konnte) einforderte.

Auf politischer Ebene bedeutete die Regierung Ospina, dass die „Revolución en marcha“ der Liberalen unter Pumarejo endgültig von der „Revolution der Ordnung“ der Konservativen abgelöst worden war. Statt kontinuierlichen sozialen Fortschritts stand nun

³² Tovar in: Sánchez/Penaranda (Edit.)1991: 232f.

ein markanter sozialer und politischer Rückschritt an der Tagesordnung. Dies führte zum Ausschluss der Arbeiterklasse aus einem weitverzweigten System der Allianzen, welches während der 30-er Jahre unter der Vorherrschaft der Finanzbourgeoisie in vielen Fällen geschlossen worden waren, und die längs durch mehrere Gesellschaftsgruppen verliefen. Nunmehr bildete aber die Finanzbourgeoisie wieder einen geschlossenen, und zu den unteren Bevölkerungsschichten vollkommen hermetischen Gesellschaftsblock, welche gemeinsam mit den Sektoren der Großgrundbesitzer und der Importhändler ihre Vormachtsstellung bewahrte. Wie der französische Kolumbien-Experte Daniel Pécaut unterstreicht „stärkte der industrielle Sektor seine politische Position innerhalb der herrschenden Koalition. Die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung Ospina kamen großteils den Forderungen der ANDI (dem kolumbianischen Industriellenverband) zugute und spiegelten insbesondere die Interessen des textilen Sektors von Antioquia wider, welcher sich zum Wortführer aller industriellen Sektoren in ihrer Gesamtheit aufgeschwungen hatte.“³³

Der beträchtliche Aufschwung der Industrie und ihre Prosperität in dieser Phase der Geschichte erstaunt daher nicht. Als sich die „Violencia“ an ihrem Höhepunkt befindet, der Klimax des blutigen Konflikts erreicht ist, stellt der damalige Vorsitzende der ANDI, José Gutiérrez Gómez, lapidar fest, dass „die Situation in Kolumbien in diesem Augenblick die beste ist, die es je gegeben hat“³⁴.

In einer neuen Studie verweist der Historiker David F. Schmitz auf die Tatsache, dass seit der Zeit der 1920-er Jahre hohe Funktionäre der nordamerikanischen Regierung ideologische Rechtfertigungen für die Unterstützung der Vereinigten Staaten für ultrarechte Regierungen „entwickelten und institutionalisierten“. Dabei handelte es sich um argumentatorische Leitlinien, auf die sich die Diplomatie und die Außenpolitik der USA seit Beginn des 20. Jahrhunderts und in vielen Fällen bis heute stützten³⁵.

„Autoritäre Regierungen zu unterstützen, welche Stabilität, Antibolschewismus und Handel mit den Vereinigten Staaten garantierten.“ Dieser Leitgedanke verleitete verschiedene nordamerikanische Regierungen dazu, diktatorische Regimes zu unterstützen, die bei den demokratisch angeblich unreifen lateinamerikanischen Staaten als notwendiges und vorübergehendes Übel angesehen und in Kauf genommen wurden,

³³ Zitiert nach Pécaut, 1973: 223

³⁴ Zitiert nach Pécaut, 1973: 223

³⁵ Saenz Rovner in: „Anuario colombiano de historia social y de la cultura“. Nr. 28. Universidad Nacional de Colombia. 2001: 42

bis es diesen gelang, eine starke Mittelklasse und politisch stabile Institutionen zu entwickeln.³⁶

Der berühmt-berüchtigte Ausspruch, den der US-amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt (selbst von vielen als eher „links“ und stark sozialreformatory eingestuft) über den von den USA unterstützten Diktator Nikaraguas Somoza getätigt haben soll („Somoza may be a son of a bitch but he is *our* son of a bitch”)³⁷ bringt diese Haltung treffend auf den Punkt, auch wenn die historische Authentizität dieses Ausspruchs nicht einwandfrei belegt ist.

Daher ist es wichtig, einen Blick auf die internationalen Zusammenhänge zu werfen, vor deren Hintergrund sich die gewaltsamen Ereignisse rund um die neuerliche Ergreifung der Regierungsgewalt durch die konservative Partei entwickelten. Es handelte sich um eine Epoche mit massiven politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene: Die Weltwirtschaftskrise, die im Jahre 1929 mit dem „Schwarzen Freitag“ an den amerikanischen Börsen begonnen hatte, und die die gesamten 1930-er Jahre prägte, der 2. Weltkrieg und die Spannungen zwischen den beiden Weltmächten USA und UDSSR vor dem Hintergrund des Kalten Krieges.

Dies war die Zeit der ersten „Hochblüte“ von Diktaturen in Lateinamerika im 20. Jahrhundert, welche die Parlamente entmachteten, die Verfassungen per Dekret änderten, die Presse knebelten und die Justizsysteme vollständig verfälschten und korrumpierten. Der kolumbianische Essayist und Historiker Germán Arciniegas hebt bei einer seiner Analysen hervor, auf welcher heftigen Weise die politische Situation auf eine Vormachtstellung der Rechten in sämtlichen Bereichen und eine Wende hin zu Zivil- und Militärdiktaturen auf beinahe dem gesamten Kontinent vor dem Hintergrund eines stark antikommunistischen Stimmungsklimas in der Zeit des Kalten Krieges hinauslief.³⁸

In Kolumbien verlief die zweite Hälfte der vierziger Jahre nicht anders als auf dem Rest des Kontinents. Wesentliche Hauptmerkmale dieser Zeitspanne bildeten die

³⁶ Ebd.: 39

³⁷ Winn, 1995: 544

³⁸ Saenz Rovner in: Anuario colombiano de historia social y de la cultura. Nr 28. Universidad Nacional de Colombia. 2001:40

Zerschlagung und die Verfolgung von Arbeiterorganisationen auf dem Land und in den Städten durch den Staat und dessen vollständiges Einschwenken auf die internationale politische antikommunistische Leitlinie des Kalten Krieges.³⁹

Der Historiker Paul Oquist kam 1978 zum Schluss, dass es sich bei der „Violencia“ in der Zeitspanne zwischen 1946 und 1949 um ein vorwiegend städtisches Phänomen handelt, das als systematische Offensive der herrschenden Klassen gegen niedrige städtische Bevölkerungsschichten (Gewerkschaften und andere soziale Organisationen) bezeichnet werden kann. In den ländlichen Zonen sei dagegen eine Häufung von blutigen Auseinandersetzungen vor allem in jenen Regionen zu vermerken, die bereits von der Gewalt zwischen Konservativen und Liberalen in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts besonders betroffen gewesen waren. Dazu kommt, dass sich während der Regierungszeit von Mariano Ospina Pérez der politische Konflikt zwischen „der Rechten und der Linken“ massiv zugespitzt hatte.

Eine wesentliche Rolle in diesem Konflikt kam dabei der Katholischen Kirche zu, die die Auseinandersetzungen durch ihr offenes Eintreten für die Konservativen und gegen jedes Rütteln an der „gottgegebenen“ sozialen und politischen Ordnung noch anheizte. Von der katholischen Ideologie des „Liberalismus ist eine Sünde“ war es daher nur ein Schritt, um in weiterer Konsequenz von der Kirchenkanzle aus zu verkünden: „Liberale zu töten, ist keine Sünde.“ Dieser berühmt-berüchtigte Ausspruch wird einem Bischof des Departments Antioquia, Monseñor Builes Uribe, zugeschrieben. Ich habe selbst während meiner Aufenthalte in Kolumbien (in der Region Boyacá) einige Zeitzeugen kennengelernt, die sich noch gut an diese Aussage erinnern können und in Gesprächen mit mir auch schilderten, wie in jener Zeit von den Kirchtürmen aus auf Liberale geschossen und regelrechte Hetzjagden veranstaltet wurden.

³⁹ Fajardo in CEREC, 1980:365

1.3 Vom Gaitanismus zum Bogotazo

1.3.1 Der politische Werdegang und die Ideologie Gaitáns

Vor dem Hintergrund dieses sozialen und politischen Gerangels und der verschärften Auseinandersetzungen fanden sowohl Mitglieder der sozialistischen Partei als auch eigentlich sich der Liberalen Partei Kolumbiens zugehörig führende Personen einen authentischen Führer in der Person von Jorge Eliecer Gaitán.

In gewisser Hinsicht stand Gaitán für den sozialen Wandel und die säkulare Revolution. Sein Auftreten und seine oft martialischen politischen Masseninszenierungen, versetzten all jene in Angst und Schrecken, die glaubten, dass es für Kolumbien keinen anderen und besseren Weg gab, als seine herkömmliches Ordnungsmuster und die traditionelle Prägung und somit die veralteten politischen, wirtschaftlichen und religiös-katholischen Strukturen aufrecht zu erhalten. Die Lage konnte ohne weiteres als vorrevolutionär bezeichnet werden. Der heftige Aufruhr der Massen erfasste auch die ländlichen Gebiete, was für jene Zeit unüblich war. Gaitán sprach von dieser Bewegung als „Intelligenz, die sich eifrig der Überprüfung und der Kritik der nationalen Realitäten widmet“. ⁴⁰

Mit jedem Tag wurde Gaitán in den Augen des Volkes mehr zu jenem Führer, der imstande war, die so sehr herbeigesehnten Veränderungen in die Tat umzusetzen. Die Glaubwürdigkeit Gaitáns in den Augen des Volkes wurde noch durch die Tatsache unterstrichen, dass er selbst nicht zu der traditionellen, von ihm heftig an den Pranger gestellten Machtaristokratie Kolumbiens angehörte, sondern der Mittelschicht entstammte. Auf diese Weise wurde Gaitán – so wie er sich selbst gerne sehen wollte - zur Symbolfigur eines neuen Kolumbien.

Bevor ich mit der Schilderung der wichtigsten Merkmale der Massenbewegung Gaitáns in den 1940-er Jahren fortfahre, erscheint es mir an dieser Stelle angebracht, kurz auf die wichtigsten Errungenschaften des politischen Denkens und Wirkens Gaitáns, aber auch auf seine bzw. ambivalente Haltung zu den Volksmassen, oder beinahe faschistoiden Tendenzen in seiner politischen Inszenierung und Ideologie hinzuweisen.

⁴⁰ Zitiert nach García, 1955: 88

Beim politischen Entwurf Gaitáns handelt es sich nicht um ein klar strukturiertes Gedankengebäude, das zu einem bestimmten Zeitpunkt abgeschlossen war, sondern das während des politischen Weges selbst immer an die jeweiligen Umstände oder Erfordernisse angepasst wurde. Eigene Erfahrungen im politischen Lebensweg und im sozialen Werdegang eines Emporkömmlings aus der unteren Mittelschicht, der Gaitán in den Augen der Konservativen war, wurden laufend in den politischen Diskurs eingebracht. Es war ein Diskurs, der Massen von Menschen mobilisierte, die sich in vielem mit ihm identifizieren konnten, weil Gaitán sich als „einer von ihnen“ gab.

Obwohl also die großen und kohärenten ideologischen Leitlinien im Denken Gaitáns fehlten (wodurch der heute oft indifferenziert benutzte Begriff des „Populisten“ wohl auf ihn zutrifft) stellt dieser Umstand jedoch kein Hindernis dafür dar, um für jede einzelne Etappe seines politischen Werdegangs ganz klar unterscheidbare Ziele (bzw. Zielscheiben und Feindbilder, gegen die er Stimmung machte) zu erkennen. Diese „Etappenziele“ waren es, die sein Handeln in jeder unterschiedlichen Phase der politischen Entwicklung prägten. Wie viele ehrgeizige und zielstrebige Menschen war Gaitán auch ein Meister im Erreichen kurzfristiger Zielsetzungen. So lag der Schwerpunkt der ersten Phase seiner Politik und seiner parlamentarischen Agitation Ende der 1920-er Jahre auf der Kritik an den schändlichsten Manifestationen der ausländischen Herrschaft in Kolumbien und der verräterischen Mittlerrolle, welche die Oligarchie der „Criollos“, also der Nachfahren der spanischen Einwanderer, bei der Ausübung dieser Herrschaft übernahm:

„Dolorosamente sabemos que en este país el gobierno tiene para los colombianos la metralla homicida y una temblorosa rodilla en tierra ante el oro americano.“⁴¹

Diese und ähnliche harsche Anprangerungen der Rolle der Regierung bei der Auslieferung der Interessen der kolumbianischen Volksmassen an ausländische Kräfte, trugen dazu bei, dass Gaitáns Ansehen und seine Glaubwürdigkeit bei der Arbeiterklasse immer stärker wuchs.

Zu Beginn der 1930-er Jahre gründete Gaitán die UNIR (Union Nacional Izquierdista Revolucionaria) als Versuch, eine revolutionäre Alternative zur Zweiparteienherrschaft zu schaffen. Der Schwerpunkt seiner Politik lag in dieser Phase auf dem Kampf gegen den Großgrundbesitz, gegen Monopole an Grund und Boden sowie gegen überkommene halbfeudale Produktionsbeziehungen. Diese Aktionen brachten Gaitán die dauerhafte Unterstützung und Sympathie der Bauern ein. Viele Gaitán

⁴¹ Zitiert nach Sánchez in: „Anuario de Historia Social y de la Cultura. Nr.10. Universidad Nacional de Colombia“, 1982: 187

wohlgesinnte Historiker sehen darin noch heute die Suche nach einem Weg zur demokratisch-kapitalistischen Entwicklung des Landes, eine Entwicklung, die unter der Regierung von López Pumarejo mit dem Gesetz 200 aus dem Jahre 1936 eingeleitet worden war. Dieses Gesetz sah zwar einerseits die Verteilung ungenutzten Grund und Bodens vor, räumte aber den Grundeigentümern eine Frist von 10 Jahren ein, um den Boden auf kapitalistische Weise und durch Lohnarbeit zu bewirtschaften.⁴²

Eine spätere Phase der politischen Tätigkeit Gaitáns begann um das Jahr 1942, als Gaitán auf die deutlich sichtbaren Verschleißerscheinungen der liberalen Wirtschafts- und Sozialreformen (der „Revolución en Marcha“ López Pumarejos) aufmerksam machte. Die Politik Gaitáns begann ab diesem Zeitpunkt um den frontalen Kampf gegen die Oligarchie und die antidemokratischen politischen Ausdrucksformen, auf die sie sich stützte, zu kreisen. Der Kampf gegen die hegemonische Stellung der beiden traditionellen Parteien und die Oligarchie, die durch diese verkörpert wurden, wurde nun zum Hauptziel seiner Bewegung, die sich selbst nicht als eine Bewegung allein des Proletariats, sondern *des Volkes* verstand. Dies hinderte Gaitán nicht daran, sich für die Verfolgung seiner Ziele selbst des Machtapparats der Liberalen Partei zu bedienen, indem er dieser wieder beitrug. Der Wiedereintritt Gaitáns in die Liberale Partei führte allerdings auch dazu, dass der Begriff der „Revolution von unten“ in dieser Einzug hält. Dies wurde als politische Position aufgefasst, die den Liberalismus untergrub und eine Bedrohung für die Stabilität des Zweiparteiensystems darstellte.⁴³

Ein Schlüsselaspekt für den Erfolg Gaitáns besteht in der direkten Form, mit der er seine politische Botschaft an die spezifischen Umstände der geschichtlichen Entwicklung anpasst. Zu diesen Umständen gehörte etwa die rasante Entwicklung der Inflation, die für die Nachkriegsgeschichte typisch war.

Die Zeitschrift *Semana* verweist darauf, wie Gaitán aus dieser Situation politischen Nutzen zog:

Y cuando ante las masas él habló de escasez, de miseria, de inequidad económica, de desbarajuste, de abusos, de monopolios, de ganancias excesivas e indebidas, de bajos salarios y de gruesos dividendos, de una absurda división de los bienes y, además, de la necesidad de

⁴² Ebd.: 193ff.

⁴³ Ebd.

un relevo en los cuadros de la dirección política del estado, las masas, el pueblo, el consumidor, los desposeídos, las mayorías, no tuvieron ninguna dificultad en interpretarlo.⁴⁴

So war vorherzusehen, dass seine Bewegung schließlich auch viele jener Personen oder Gesellschaftsgruppen erfassen und praktisch aufsaugen würde, die seiner Botschaft gefühlsmäßig oder ideologisch skeptisch gegenüberstanden.

Gaitán stellte also in diesen Nachkriegsjahren die einzige aufstrebende politische Kraft dar, und auch die einzige Kraft, die zu diesem Zeitpunkt eine auf den ersten Blick demokratische Tendenz zur Verteidigung der Interessen der Volksmassen verkörperte. Die politischen Parteien, die Kommunistische Partei mit eingeschlossen, befanden sich in einer tiefen inneren Krise. Diese Krise wurde zu einem Gutteil durch die Reformen und Anpassungen selbst verursacht, die von den traditionellen Parteien unter dem Druck der Anprangerungen der gaitanistischen Bewegung umgesetzt wurden. Die Volksmassen wendeten sich eher jenem zu, die eine sofortige Besserung ihrer Lage versprachen, als langfristig auf eine Weltrevolution zu setzen. Gilberto Vieira, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, vermerkte in seinem Bericht an die 12. Vollversammlung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kolumbiens im November 1948 folgendes: „decir que el 9 de abril nuestro partido no era más que una gota en medio del mar embravecido es definir exactamente las cosas“⁴⁵.

Bei der Untersuchung der Ressentiments und des Grolls, den Gaitán und seine Gefolgschaft gegenüber der herrschenden Klasse und die kolumbianische Oligarchie hegten, müssen die aufgeschaukelten Emotionen eines radikalisierten Kleinbürgertums in Betracht gezogen werden. Als Sohn eines in bescheidenen Verhältnissen lebenden Buchhändlers und Autor einer Diplomarbeit über die „sozialistischen Ideen“ bekam der junge Rechtsanwalt Gaitán die Gelegenheit, mit den Zirkeln der intellektuellen Elite von Bogotá zu verkehren, ohne dass es ihm jedoch gelang, von diesen vollständig als einer der ihren akzeptiert zu werden. Für diesen als Demütigung empfundenen Standesdünkel der herrschenden Aristokratie sollte er sich später bitter rächen.

Von 1926 bis 1929 schloss Gaitán seine Ausbildung in Strafrecht im faschistischen Italien ab und begann nach seiner Rückkehr nach Kolumbien, massiv politisch tätig zu werden. Kurz nach seiner Wahl in den kolumbianischen Nationalkongress, begann er, sich

⁴⁴ Ebd.: 180

⁴⁵ Vieira, 1973: 68

dort einen großen Namen zu machen, indem er die Umstände öffentlich anprangerte, unter denen das berüchtigte Massaker an den Bananenarbeitern an der Karibikküste begangen worden war. Nach der Machterlangung der Liberalen unter Olaya Herrera, wurde Gaitán dank der Unterstützung des neuen Präsidenten in die höchsten Ämter befördert: Als Präsident des Abgeordnetenhauses, Präsident des Führungsgremiums der Liberalen Partei und zweitwichtigstem Amtsträger der Republik gibt er sich vollkommen solidarisch mit der Regierungspolitik. Dessen ungeachtet entschied er sich im Jahre 1933, wie bereits erwähnt, dazu, auf eigene Faust sein Glück zu versuchen, indem er eine eigene politische Organisation gründete: die Nationale Union der Revolutionären Linken (UNIR). Mit dieser Organisation versuchte Gaitán wie oben geschildert, Landarbeiter und Siedler der Umgebung von Bogotá sowie Handwerker und städtisches Proletariat in einer Art Schmelztiegel zu vereinen. Kurz vor den Parlamentswahlen löste Gaitán jedoch die UNIR auf und kehrte in den Schoß der Liberalen Partei zurück.⁴⁶

Als Bürgermeister von Bogotá versuchte Gaitán darauf, die Unterstützung der Volksmassen wieder zurück zu gewinnen. In dieser Funktion sind die Erfolge, die Gaitán vorzuweisen hatte, durchaus signifikant: Auf seinen Druck kommen auch den Stadtteilen in den marginalisierten Zonen die städtischen Infrastrukturmaßnahmen zugute, es wurde eine Kampagne zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und eine Alphabetisierungskampagne umgesetzt. Dem liberal-reformatorischen Populismus von López setzt er einen moralischen Populismus entgegen. Dabei schreckt auch vor opulenten Masseninszenierungen in der Art Mussolinis nicht zurück, deren Effizienz er während seines Aufenthalts in Italien hautnah miterleben konnte. Im Zuge dieser Manifestationen geht er sogar soweit, sich vom italienischen *Duce* folgenden Leitspruch „auszuleihen“: „Si avanzo, seguidme; si retrocedo matadme; si muero, vengadme“⁴⁷

⁴⁶ Pécaut, 1987/II: 54ff.

⁴⁷ Zitiert nach Pécaut, 1987/II: 56

1.3.2 Die Ermordung Gaitáns

Trotz des Widerstands der konservativen Regierung, wurde Gaitán von Tag zu Tag stärker. Im Jahre 1948 schien bereits klar vorhersehbar, dass der Chef der Liberalen Partei im Jahr 1950, dem Jahr der Präsidentschaftswahlen zum Präsidenten der Republik gewählt werden würde. Somit stand die baldige Rückkehr der Liberalen an die Macht außer Frage. Viele der Mächtigen befürchteten, dass damit einhergehend den reformistischen Strömungen und Bestrebungen Tür und Tor geöffnet wäre.

Der Liberalen Partei selbst war 1946 die Situation zu brenzlich geworden, und führende Kräfte innerhalb der Partei versuchten die Kandidatur Gaitáns für die Präsidentschaftswahlen 1946 zu verhindern, indem sie den als gemäßigt geltenden Kandidaten Gabriel Turbay aufstellten. Gaitán ließ sich aber nicht von seiner Kandidatur abbringen, was zu einer inneren Spaltung der Liberalen Partei und deren Schwächung führte. Lachender Nutznießer dieser Situation waren die Konservativen, die damit bei den Wahlen die relativ meisten Stimmen erzielten und nach 15 Jahren unter Mariano Ospina Pérez endlich wieder an die ersehnte Macht zurückkehren konnten.

Die Volksstimmung war trotz dieser Niederlage Gaitán immer stärker zugetan. Enthusiasmus, Siegesgewissheit und enormes Engagement für Gaitáns Sache, bei den nächsten Präsidentschaftswahlen als alleiniger Kandidat der Liberalen ins Rennen zu gehen, prägten diese Monate zwischen 1946 und 1948 bis am 9. April 1948 ein Ereignis, Kolumbien erschütterte, dessen Folgen das Land bis heute nicht gänzlich überwunden zu haben scheint: Jorge Eliecer Gaitán wurde im Zentrum Bogotás von einem offenbar geistig verwirrten Attentäter ermordet.

Der Name des Attentäters - Juan Roa Sierra - wird in vielen Darstellungen des Geschehens eher am Rande erwähnt. Dies hat mehrere Gründe: Der angebliche Mörder wurde sofort nach der Tat von einer aufgebrachten Menschenmenge gelyncht. Eine genaue Klärung des Tathergangs und der Hintergründe schien daher unmöglich. Viel bedeutsamer scheint mir aber in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass der Name des Mörders vor dem geschichtlichen Hintergrund tatsächlich nebensächlich und austauschbar erschien. Letztlich stand dieser nur stellvertretend für ein politisches (vor allem konservatives) Establishment, dass eine Veränderung der herrschenden Machtstrukturen unter allen Umständen verhindern wollte. So war es auch offensichtlich, dass die Menschen die eigentlich Schuldigen, die Hintermänner und Drahtzieher der Tat im Umfeld der konservativen Machthaber ausmachten. Der Hauch des Mysteriums, der in

vielen Fällen bei der Ermordung prominenter Persönlichkeiten die Tat umgibt, machte natürlich auch vor Gaitán nicht Halt. Bis heute haben allerlei Verschwörungstheorien und unbeweisbare Thesen bei der Untersuchung der geschichtlichen Hintergründe Hochkonjunktur. Auch der kurz nach der Tat nach Kolumbien entsandten Sonderkommission von Scotland Yard gelang es nicht, die virulenten Fragen rund um der Tathergang und die Hintergründe schlüssig zu beantworten.

Wie bei vielen anderen ähnlich gearteten Fällen, hat man auch im Fall der Ermordung Gaitáns versucht, durch die Anwendung des Nützlichkeitsprinzips mehr Licht ins Dunkel zu bringen. Wer profitierte am meisten vom Tod Gaitáns? Vermutlich nicht die Mehrheit der Liberalen, obwohl deren politische Mitte und die alten Parteirecken dem Programm Gaitáns und dessen öffentlichem Diskurs skeptisch gegenüberstanden. Wenn man die Ergebnisse des Volksaufstandes, die der Ermordung Gaitáns folgte, sowie die Pläne der Konservativen Partei betrachtet, ihren Kandidaten Laureano Gómez als nächsten Präsident durchzusetzen und auch die Tatsache berücksichtigt, dass sich in den Jahren zuvor eine Minderheit der Liberalen Partei gegen Gaitán durchgesetzt hatte, kann man allenfalls sehr allgemein feststellen, dass jene am meisten von der Ermordung Gaitáns profitierten, die zeitweise versucht hatten, den Aufstieg seiner Bewegung zu verhindern. Diese Feststellung trifft also sowohl für die Mehrheit der Konservativen Parteigänger als auch für eine Minderheit der Liberalen Partei selbst zu. Nach 1948 standen alle nur erdenklichen konterrevolutionären und repressiven Maßnahmen gegen den Volksaufstand auf der Tagesordnung, d.h. Maßnahmen, die dazu bestimmt waren, die lange Tradition des Liberalismus einzudämmen und das traditionelle soziopolitische Gleichgewicht unter der Hegemonie der Konservativen, der urbanen Oligarchie, der Großgrundbesitzer und der Katholischen Kirche wieder herzustellen.⁴⁸

Der Aufstieg des Gaitanismus lässt sich auch dadurch erklären, dass er mit seinem Leitspruch „gegen die liberale Oligarchie und gegen die konservative Oligarchie“ weit über die Grenzen der liberalen Partei hinausging. Der Status eines „Volkstribuns“, der unerschrocken für die Rechte von unterjochten und rechtlosen Volksmassen eintrat, den Gaitán selbst für sich beanspruchte, wurde in vielen historischen Analysen bis vor kurzer

⁴⁸ Fals Borda in: CEREC, 1985:36ff.

Zeit kaum in Frage gestellt. Aber an diesem Mythos und der Selbstdarstellung Gaitáns als eine Art moderner Robin Hood wird heute immer mehr gerüttelt.

In jüngsten Analysen wird von Historikern vermehrt auf die Widersprüche, die Ambivalenzen und die Ungereimtheiten im politischen Denken und Handeln Gaitáns hingewiesen. Es wird sehr häufig aufgezeigt, dass Gaitáns Diskurs aus einem Sammelsurium aus nationalistischen, faschistischen, sozialistischen, kommunistischen und kapitalistischen Versatzstücken bestand, der von manchmal sehr inhaltsleeren Parolen und Schlagwörter durchzogen war. Auch eine gewisse autoritäre Schlagseite in Persönlichkeit und Politik Gaitáns lässt ihn heute immer mehr in einem eher negativen Licht erscheinen. Ob die von Gaitán betriebene Aufwiegelung der armen Volksmassen unter seiner Präsidentschaft zu wirklich greifbaren sozialen und wirtschaftlichen Fortschritten für diese auf nationaler Ebene geführt hätten? Darüber lässt sich heute nur spekulieren. Der Gerechtigkeit halber möchte ich aber an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Gaitán auf lokaler Ebene, etwa als Bürgermeister von Bogotá, sehr wohl einige positive Maßnahmen für die arme Bevölkerung gesetzt hat (siehe oben).

Um den politischen Erfolg Gaitáns zu verstehen, ist es auch notwendig, den politischen Nutzen zu kennen, den dieser „Volkstribun“ aus dem Misserfolg der „Revolución en marcha“ zog. Die Wahlergebnisse des Jahres 1946 zeigen die Dimensionen des Aufstiegs Gaitáns: Gesamte liberale Stimmen: 800150. Davon für Gabriel Turbay: 441 199. Für J.E. Gaitán: 358 957. Gesamte konservative Stimmen (für Ospina Pérez): 565.939.⁴⁹

In diesem Zusammenhang lassen sich drei wichtige Aspekte feststellen:

- Die Stimmen für Gaitán kamen hauptsächlich aus den Städten.
- Die Liberale Partei, die stimmenmäßig stärker, aber unter zwei Kandidaten gespalten ist (Gaitán und Turbay), verlor die Wahlen gegen die vereinigte Konservative Partei rund um den Kandidaten Ospina.⁵⁰
- Tatsächlich trat seit 1947 Gaitán als unschlagbarer Kandidat für die Wahlen im Jahre 1950 in Erscheinung. Die Repression war daher für die Konservativen in der Regierung der einzige Mechanismus um aufrecht zu erhalten, was sich durch Wahlen allein nicht mehr aufrechterhalten ließ: ihren Verbleib an der Macht. Die

⁴⁹ Daten aus: Colombia Política, Statistisches Zentralamt (DANE)

⁵⁰ Sánchez Gonzalo in CEREC, 1985: 230

Bewegung verlor mit der Ermordung Gaitáns zuerst ihren politischen Kopf und wurde dann im Laufe des blutigen Prozesses, der als die „Violencia“ in die Geschichte einging, vollständig ausgelöscht.⁵¹

An dieser Stelle scheint es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass es sich bei den Ereignissen des 9. April 1948 nicht nur um einen „Bogotazo“ handelt (Tatsächlich wird in diesem Zusammenhang von den Kolumbianern selbst eher der Ausdruck „nueve de abril“ verwendet).

Der 9. April erschütterte auch die Provinz, das Land und seine Bevölkerung, Dörfer und kleinste Örtlichkeiten in Kolumbien. Es handelte sich in Wahrheit um einen nationalen Aufstand, der vor allem außerhalb von Bogotá, die Fähigkeit der Massen zur revolutionären Aktion bewies. Dazu gesellt sich ein Faktor, dessen Wichtigkeit meist nicht gebührend gewürdigt wird: Auf dem Land gliederten sich die Bauern in Volksmilizen ein, die in diesem Klima der nationalen Unruhe und Erschütterung wie Pilze aus dem Boden sprossen.⁵²

Ich möchte an dieser Stelle darauf verweisen, dass der Beginn der „Violencia“, des blutigen, anarchischen Bürgerkriegs in Kolumbien, keineswegs mit der Ermordung Gaitáns am 9. April begann. In Wirklichkeit hatten die massiven und gewaltsamen Auseinandersetzungen bereits mit der Machtübernahme des Konservativen Pérez Ospina im Jahre 1946 begonnen, der in ländlichen Regionen eine blutige Repression gegen die Liberalen einleitete. Die aufgeschaukelten Gemüter wurden, wie gesagt, durch die bevorstehende neuerliche Kandidatur Gaitáns für die 1950 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen weiter erhitzt.

Wenn es also historisch nicht richtig wäre, den „Bogotazo“ als Beginn der „Violencia“ zu bezeichnen, so trifft dies doch für das kollektive Gedächtnis des kolumbianischen Volkes zu, das den Mord an Gaitán weiterhin als Ausgangspunkt des Bürgerkriegs betrachtet. Eines trifft jedoch sicher zu: Erst ab dem „Bogotazo“ wurde die blutige Dynamik der Gewalt auf wohl unaufhaltsame Weise entfesselt.

Abschließend zu diesem Kapitel über die Vorgeschichte des „Bogotazo“ möchte ich noch auf eine kleine historische Randnotiz verweisen, die in den Chroniken zu jenen bewegten Tagen kaum Beachtung findet, die einer gewissen historischen Symbolkraft

⁵¹ Damit wurde ein Prozess brutal zum Stillstand gebracht, der laut der Analyse des britischen Historikers Hobsbawm, wohl zu einer ähnlichen Situation wie jener der Kubanischen Revolution geführt hätte. Vgl. Hobsbawm, „The Revolutionary situation in Colombia“ in „The World Today“, 19. Juni 1963, S.248

⁵² Sánchez in: „Anuario de Historia Social y de la Cultura. Nr.10. Universidad Nacional de Colombia“, 1982: 190ff.

aber nicht entbehrt: Während der Tage vor der Ermordung Gaitáns wurde in Bogotá die 9. Panamerikanische Konferenz abgehalten. Unter anderem war im Rahmen dieser Konferenz ein Treffen des konservativen kolumbianischen Präsidenten Ospina mit dem US-Außenminister George Marshall geplant. Auch Gaitán hatte für den Nachmittag des Tages seiner Ermordung ein Treffen im Rahmen des Lateinamerikanischen Jugendkongresses mit einem jungen Kubaner vereinbart, der sich im Zuge einer Demonstrationstour gegen US-amerikanische Aktivitäten gerade in Bogotá aufhielt. Sein Name: Fidel Castro

2. LIBERALE UND KONSERVATIVE – EINE KURZE BETRACHTUNG DER GESCHICHTE DER BEIDEN PARTEIEN UND IHRER ROLLE IN DER „VIOLENCIA“

2.1 Allgemeines

Die Geschichte Kolumbiens ist von politischer Gewalt geprägt, die wiederum sehr oft von den zwei traditionellen politischen Parteien, den Liberalen und Konservativen verursacht oder noch weiter verstärkt wurde. Um die Geschichte der politischen Parteien Kolumbiens zu verstehen, möchte ich wichtige Aspekte des ersten Kapitels an dieser Stelle neuerlich anführen, welche grundlegende Fragen des Ursprungs der Parteienkonflikte behandeln. Bei diesen Aspekten handelt es sich im Wesentlichen um die die „Kultur“ des Hasses und der Vergeltung, deren Grundstein von Beginn an in den höchsten Sphären der Macht der beiden Streitparteien gelegt worden war. So wurden die Liberale und die Konservative Partei Kolumbiens von wichtigen Historikern wie Daniel Pecaut oder Malcolm Deas als zwei „Subkulturen“ oder „Clans“⁵³ bezeichnet, bei deren Streit es darum ging, sich der Vormachtstellung und der Kontrolle des Staates zu sichern und die sich auf ideologischer Ebene nicht wirklich substantiell voneinander unterschieden. Diese Streitigkeiten und Kämpfe verschärften sich – wie im ersten Kapitel bereits ausgeführt – im 20. Jahrhundert noch, und die Kluft zwischen den Parteien wurde immer tiefer, besonders als mit der Neuordnung des Landes in den 1920-er Jahren begonnen wurde. In dieser Epoche wurden neue Funktionen für das Staatswesen festgelegt und definiert, auf die viele Menschen seit der Epoche der Bildung des kolumbianischen Staates gewartet hatten: Der Staat wird bei Vorgängen in Wirtschaft und Verwaltung immer präsenter. Dabei stand für jede der Fraktionen der herrschenden Klassen und Parteien das eigene Überleben als politische und soziale Kraft auf dem Spiel.⁵⁴

Bei dieser Polarisierung standen wesentliche Faktoren auf dem Spiel: Die Ausübung der Macht und der Einsatz der öffentlichen Finanzen, die Nutzbarmachung des Bodens und dessen Kontrolle, die Verteidigung verschiedener Formen eines lokalen und

⁵³ Deas, 1999: 47

⁵⁴ Fajardo in CEREC, 1985:365

regionalen *Caudillismus* und dessen Organisationsstruktur, die traditionelle Vorherrschaft der Kirche, in einem Wort das Überleben von seit alters her bestehenden oder neugeschaffenen Interessen mit tiefen Wurzeln in einer angeblich „heiligen Ordnung“:

Eine genaue Analyse der Geschichte und des Charakters der beiden traditionellen Parteien Kolumbiens würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Eines lässt sich jedoch zweifelsfrei feststellen: Beide Parteien wurden von höchsten Sphären von Großgrundbesitzern und Geschäftsleuten Kolumbiens beeinflusst und geführt. Die Liberale Partei neigte jedoch insgesamt zu einem populistischeren, „volksnäheren“ politischen Diskurs, wodurch sie sich einen breiten Rückhalt bei den armen Volksschichten des Landes schuf. Auch war eine gewisse antiklerikale Haltung bei einzelnen Vertretern der Liberalen Partei vorhanden, ein Charakteristikum, das jedoch nicht als Leitlinie für die gesamte Partei durch alle historischen Phasen als verbindlich angesehen werden darf. Im Gegensatz dazu schien allerdings die Konservative Partei auf Gedeih und Verderb mit den Interessen und dem Einfluss der Katholischen Kirche zu verschmelzen.

Doch technische und wirtschaftliche Modernisierung machten im Laufe der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch vor Kolumbien nicht halt. Der Steuerapparat und die allgemeine Steuerpolitik mussten nun unter völlig neuen Bedingungen geleitet und gelenkt werden: Es war die Zeit eines beschleunigten Wirtschaftswachstums, welches sich auch in einer massiven Steigerung der Kaffeexporte niederschlug. Dabei handelte es sich um eine bis dato noch nie erlebte Rasanze des Wirtschaftswachstums. Dies führte auch zu neuen Rahmenbedingungen, unter denen der politische Kampf der beiden Parteien um die Kontrolle des Staates im Zeichen der Konfrontation verlief. Diese Dynamik entwickelte sich hauptsächlich seit Beginn der sogenannten *Liberalen Republik*, als die Verfassungsreformen den neuen Leitcharakter des Staates und seiner Funktionen festlegten. Gleichzeitig sahen sich aber bisher privilegierte Sektoren der Gesellschaft (Kirche, Großgrundbesitzer, Finanzoligarchie) herausgefordert und in ihrer Vormachtstellung bedroht. Es kam zu einer fanatisch-sektiererischen Konfrontation um die Vorherrschaft im Staat und um die Kontrolle seiner Institutionen. Diese Konfrontation erreichte 1946 einen Höhepunkt, als die Macht erstmals nach 15 Jahren wieder von den Liberalen auf die Konservativen überging, und die neue konservative Regierung unter

Ospina Pérez verstärkt die staatlichen Institutionen zur Ausübung von Repression verwendete.⁵⁵

Um die Dynamik des gewaltsamen politischen Kampfes zu verstehen, muss man auch immer wieder regionale Eigenheiten in Kolumbien berücksichtigen, denn wie ich schon zuvor an mehreren Stellen ausgeführt habe, entwickelten sich nicht alle Dinge in allen Regionen des Landes auf die gleiche Weise.

Wenn man die Entwicklung der Klassenkonflikte der 1920-er und 1930-er Jahre Revue passieren lässt, so wird klar, dass die durch große Haciendas dominierten ländlichen Zonen, in vielen Fällen den Hauptschauplatz für die Austragung dieses Konfliktes bildeten. Andere Regionen waren hingegen Zentren des kleinen und mittleren Grundbesitzes, wo die sozialen Konflikte weniger durch den Klassenkampf als durch „klassische“ Streitfragen, die in traditionellen bäuerlichen Gesellschaften seit jeher üblich sind, geprägt waren: Streitigkeiten um Wasserrechte, Grenzmarkierungen, alte Dispute über Erbfolgen und Familienabstammungen usw. Wenn man so will, leiteten die beiden traditionellen Parteien diese oft archaisch anmutenden Kleinkonflikte in gelenkte Bahnen, indem sie sich auf die Seite einer der Konfliktgruppen stellte und sich diese wiederum mit jener Partei identifizierten, die tatsächlich oder vorgeblich ihre Interessen vertrat. So machten sich die politischen Parteien praktisch der bäuerlichen Konflikte, die oft keinen ideologischen oder klassenkämpferischen Hintergrund hatten, zunutze, um billige politische Profite zu erzielen.⁵⁶

2.2 Parteizugehörigkeit als Instrument der nationalen Einigung - ein kritischer Exkurs

Ist aber trotz dieser Umstände vielleicht die These zulässig, derzufolge die politischen Parteien ein Werk der Einigung der kolumbianischen Nation verrichteten, indem sie in allen Provinzen, Landkreisen und Gemeinden Wurzel schlugen und eine

⁵⁵ Ebd. :365ff.

⁵⁶ Gaitán, 1975: 134ff

Partizipation - wie eingeschränkt, verfälscht und wirkungslos diese auch gewesen sein mag - breiter Schichten der Bevölkerung ermöglichten?⁵⁷

Ich halte diese These, die von manchen Analysten aufgestellt wird (wie etwa Darío Fajardo in "Once ensayos sobre la violencia", Fondo Editorial CEREC, 1985) angesichts des Risses, der sich durch die gesamte kolumbianische Gesellschaft zog, und der durch die traditionellen Parteien noch massiv vertieft wurde, für ziemlich gewagt, wenn nicht an den Haaren herbeigezogen.

Als Beweis zur Stützung der angeführten These wird oft die rhetorische Frage gestellt, ob die Identifizierung und die politische Loyalität mit der politischen Partei - Liberale oder Konservative- nicht stärker als die Identifizierung mit der eigenen Region oder der „Patria Chica“ gewesen sei. Und wenn dem so war: Zeigten die politischen Parteien nicht eine effektive Möglichkeit zur nationalen Einigung der Regionen und Klassen auf? Durch die Polarisierung, die die Parteien an die Spitze getrieben hatten, sei es zu einer allgemeinen Belebung und Festigung der politischen Aktivität gekommen, wodurch sich erstmals Ideologien mit Blickwinkel auf die „Nation“ formuliert und sich lokale Organisationen als Teil eines größeren, übergeordneten Zusammenhangs verstanden und artikuliert hätten: als Teil einer großen Partei auf nationaler Ebene. Dies sei ein Phänomen, das noch offensichtlicher werde, wenn man den stark lokalen Charakter der Parteien in Betracht zieht. Diese seien fähig gewesen, ein Gefühl der Verbundenheit, des gegenseitigen Beistands, der Loyalität und der Zusammengehörigkeit in der Bevölkerung zu wecken (und erfolgreich an dieses zu appellieren), das man sonst eigentlich nur auf der Ebene der kleinsten verschworenen Gemeinschaft, wie etwa der Familie vorfindet.

Parteizugehörigkeit als wesentliches Identifikation stiftendes Merkmal: Diese Analyse trifft sicherlich für die jüngste Geschichte Kolumbiens zu. Wenn man aber bedenkt, dass Leben und Tod des einzelnen in manchen Momenten von der „richtigen“ Parteizugehörigkeit abhing, kann man der fanatischen Identifizierung mit einer Partei wohl keine positiven Aspekte abgewinnen, schon gar nicht im Sinne einer „Einigung“ der Nation, es sei denn, dass man diese "Einigung" auf sehr paradoxe Weise dadurch definiert, dass die Menschen in ihrer Spaltung geeint waren. Der Schaden, den die Parteien meiner Ansicht nach mit dieser Polarisierung angerichtet haben, übersteigt den Nutzen bei weitem, und die kolumbianische Nation leidet noch heute unter den Auswirkungen und Nachbeben dieser Spaltung der Gesellschaft in Liberale und

⁵⁷ Fajardo in CEREC, 1985: 268ff.

Konservative. Manchmal trägt eine krampfhafte Suche nach einem neuen Blickwinkel für alte Probleme und nach Positiven im Negativen nicht gerade zu einer Schärfung des Blickes bei. Diese Bemerkung sei mir an dieser Stelle gestattet.

Eine Analyse trifft jedoch sicher zu: Die Parteien bringen gleichzeitig Emotionen, Interessen und Bestrebungen sowohl auf nationaler als auch lokaler Ebene zum Ausdruck; der Regionalismus kann je nach Gegebenheit und Ort von Konservatismus oder Liberalismus geprägt und gefärbt sein.⁵⁸

Die Deutung Marco Palacios, nachdem die „nationale Einheit“ nur ganz instabil aufgebaut war (sozusagen auf tönernen Füßen stand) und die Identifizierung mit der staatlichen Zentralgewalt (d.h. der Regierung) extrem schwach war, erscheint mir in diesem Zusammenhang stimmiger.⁵⁹

Es ist richtig, dass es einen extrem hohen Identifikationsgrad mit einer der beiden traditionellen Parteien gab. Diese Identifizierung blieb allerdings im Wesentlichen auf die lokale bzw. maximal regionale Ebene beschränkt (es fehlten zu jener Zeit ja auch einige Mittel, die die Ausprägung eines nationalen Zusammengehörigkeitsgefühl hätten verstärken können, wie etwa Fernsehen, Radio, gut funktionierende Transportwege etc.).⁶⁰

Dies erklärt vielleicht, warum in den ländlichen Gebieten ein Zentralstaat, der seine Legitimität nicht durchsetzen konnte oder wollte, mitverantwortlich dafür war, dass auf regionaler und lokaler Ebene ein blutiger Parteienstreit mit archaischen und anarchischen Zügen entbrannte.

Einige wichtige Phänomene einer negativen Wechselbeziehung zwischen urbaner Zentralgewalt und ländlicher Lokalgewalt, die man auch als „Lokaldespotentum“ bezeichnen könnte, treten in Kolumbien in dieser Zeit, wie auch in den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern, immer häufiger zutage: Es sind dies Phänomene, für die häufig die Bezeichnung Nepotismus (Günstlingswirtschaft), „Gamonalismo“ (Ausbeutung durch mächtige Großgrundbesitzer), Kazikismus oder „Bandolerismus“ verwendet wird.⁶¹

Niemand kann auch die Tatsache leugnen, dass sich Banditen („Bandoleros“) und Bandenchefs zu Mitte des Jahrhunderts in Wahlagenten der Politiker verwandelten, die den Forderungen ihrer Auftraggeber durch Gewalt und Einschüchterung Nachdruck

⁵⁸ Bejarano in CEREC, 1985:305 ff

⁵⁹ Vgl. etwa Palacio 1995: 145ff

⁶⁰ Bejarano in CEREC, 1985: 307

⁶¹ Sánchez in CEREC, 1985:211f

verliehen (um so etwa Stimmen zu gewinnen). In verschiedenen Regionen war es offensichtlich, dass bestimmte Mitglieder des Nationalkongresses nicht ohne Unterstützung dieser marodierenden Banden und ihrer Chefs gewählt werden konnten, diese sich aber ihrerseits ein Minimum an Sicherheit und Schutz von Seiten der von ihnen „vertretenen“ Politikern erwarteten, um so ungestört weiter ihr Unwesen zu treiben. Es ist kein Geheimnis, dass sogar Priester und andere hohe katholische Geistliche in diese Maschinerie verwickelt waren und dass einige Staatsminister, Botschafter und andere hohe Funktionäre der beiden Parteien, genügend Präzedenzfälle für einen Verbindung zu dieser Form der archaischen, aber dennoch von oben organisierten und unterstützten Gewalttätigkeit liefern. So entstand ein System der Willkür und Straflosigkeit, das die kolumbianische Justizgeschichte bis heute prägt und das teils verheerende Image der kolumbianischen Gerichte aufrechterhält. Noch heute können einflussreiche Persönlichkeiten die Verhaftung und Verurteilung von Verbrechern oder Paramilitärs erfolgreich verhindern.⁶²

⁶² Dass bereits in jenen Tagen das Problem der Straflosigkeit in den Medien diskutiert wurde, zeigt etwa eine Notiz der Tageszeitung „El Tiempo“ vom 26. Januar 1965, die sich auf den Fall des lange Zeit von oberster staatlicher Stelle protegierten Banditen Efraín González bezieht. Beispiele dafür lassen sich aber in der jüngsten Vergangenheit Kolumbiens und auch in der Gegenwart unzählige anführen.

3. DER BOGOTAZO - BÜRGERAUFGSTAND UND ANARCHIE

3.1 Die Manifestation des Volkszornes in den Stunden nach der Ermordung Gaitáns

Im Folgenden gebe ich einen kleinen Überblick über die Ereignisse, die durch die Ermordung Gaitáns ausgelöst wurden, Ereignisse, die wie gesagt, die Revolten und Tumulte, die in der Hauptstadt spontan ausgelöst wurden, insgesamt an Heftigkeit weit übertrafen (tatsächlich ist ja in Kolumbien statt des Ausdrucks „Bogotazo“, der nahe legt, dass sich die Unruhen allein in Bogotá abgespielt haben, eher der Begriff „9 de abril“ gebräuchlich) und welche eine neue, turbulente und blutige Etappe in der Geschichte der politischen Gewalt Kolumbiens einleiteten.

Am Nachmittag des 9. Aprils, nachdem sich die Nachricht über die Ermordung Gaitáns wie ein Lauffeuer in Bogotá verbreitet hatte, erschallten überall die Rufe und Racheschrei der Aufständischen wie „wir werden Gaitán rächen“, oder „machen wir die Revolution“. Diese Aufrufe ergingen auch aus den Radiosendern, welche von den empörten Randalierern eingenommen worden waren, um ihre Parolen zu verbreiten und auf nationaler Ebene zur Gründung von Revolutionsjuntas aufzustacheln. Manchmal wurden in diesen Sendern die Nachrichten zugunsten der Aufständischen stark übertrieben, etwa indem man den Triumph der Revolution in der Hauptstadt als absolute Gewissheit verkündete.

Wie wir aus vielen ähnlichen Ereignissen in der Geschichte wissen, ist es für jede revolutionäre Gruppe, die auf gewaltsame Weise in einem Land an die Macht kommen will, im Augenblick der Machtergreifung von enormer Bedeutung, die Hebel der Massenmedien zu ihren Gunsten beeinflussen oder diese selbst in der Hand halten zu können.

Es sei aber in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass die Unruhen des 9. April spontan entstanden waren und jeder klaren Struktur, Organisation und Strategie entbehrten. Dennoch war für alle beteiligten Akteure die Wichtigkeit der über das Radio verbreiteten Nachrichten und Aufrufe für ihre Sache offensichtlich. Diese Radiobotschaften spielten auch eine entscheidende Rolle, um die Aufständischenbewegung in der Provinz

und in den ländlichen Regionen voranzutreiben. Dadurch erklärt sich auch die Tatsache, dass in vielen Dörfern auf dem Land sehr ähnliche Maßnahmen und Methoden angewendet wurden. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die interessante Tatsache hinzuweisen, dass gerade Bogotá eine der wenigen Bastionen der Aufständischen des 9. Aprils 1948 war, in denen es ihnen nicht gelang, eine funktionierende Revolutionsjunta einzurichten.⁶³

Eine flüchtig einberufene Regierungsjunta, die aus dem Ex-Arbeitsminister der Liberalen Partei Adán Arriaga, dem Sozialisten Gerardo Molina und dem Schriftsteller Jorge Zalamea bestand und durch die V. Polizeidivision gestützt wurde, die in Massen zu den Aufständischen übergelaufen war, blieb praktisch ohne jede Autorität, als man am Morgen des 10. April erfuhr, dass der liberale Führer Echandía nach einem Treffen mit Ospina Pérez, an dem andere liberale Führer wie Lleras Restrepo und Plinio Mendoza Neira teilnahmen, das Amt des Innenministers annehmen würde, um auf diese Weise die erhitzten Gemüter wieder zu beruhigen. Da sich die Verhandlungen zwischen den Liberalen und dem Präsidenten Ospina über weitere Zugeständnisse immer weiter hinauszögerten, wurden die hohen Erwartungen immer stärker gedämpft: Die Aufständischen begannen, ihren Schwung zu verlieren und mutlos zu werden.

Natürlich ist es richtig, wenn zahlreiche Analysten und Historiker auf die Tatsache aufmerksam machen, dass sich viele Menschen ohne jeglicher politischer Motive der Stimmung allgemeiner Anarchie zunutze machten, um sich durch Plünderungen Besitz anzueignen oder jahrelange persönliche Fehden zu einem blutigen Ende zu führen. Wenn man jedoch genau untersucht, an welchen Orten und Plätzen die Brände in der Hauptstadt am Nachmittag und in der Nacht nach der Ermordung Gaitáns von der aufgebrachten Masse gelegt wurden, zeigt sich jedoch ganz klar, dass trotz des allgemeinen Chaos und der herrschenden Recht- und Straflosigkeit, diese Aktionen vor allem darauf abzielten, die Symbole der politischen Macht und wirtschaftlichen Herrschaft zu treffen. Diese Schlussfolgerung ergibt sich ganz offensichtlich, wenn man die Liste der Gebäude betrachtet, die durch Feuer zerstört wurden. Es handelt sich unter anderem um folgende Sitze der Verwaltungs- und Regierungsgewalt bzw. um Gebäude, die wirtschaftliche oder politische Macht symbolisierten:

⁶³ Sánchez in: „Anuario de Historia Social y de la Cultura. Nr.10. Universidad Nacional de Colombia“, 1982: 198ff.

Innenministerium, Justizpalast und Justizministerium (mit ihren jeweiligen Ermittlungsarchiven), Bildungs- und Kommunikationsministerium, Staatskanzlei des Außenministeriums (der Palast von San Carlos wurde teilweise zerstört), die Generalstaatsanwaltschaft und der Sitz der Stadtregierung von Bogotá. Ebenso wurden Kirchensitze und Niederlassungen wie die apostolische Nunziatur, der Erzbischofspalast und die Konvente der Dominikanerinnen und Nonnen von Santa Inés, große Industrie- und Gewerbeunternehmen wie das Kaufhaus „Almacenes Croydon“ nachdem sie zuvor geplündert worden waren, dem Erdboden gleichgemacht. Der Sitz der Tageszeitung „El Siglo“, vermutlich das einzige Gebäude, das gegen Schäden durch Tumulte und Ausschreitungen versichert war, wurde ebenfalls in Schutt und Asche gelegt.

Natürlich scheinen in der Statistik der Zerstörung jener Tage nicht nur diese offiziellen Gebäude, sondern viele andere Häuser und Wohnungen auf. Im Allgemeinen waren die Brände kleinerer Gebäude und Niederlassungen allerdings nicht ein Ergebnis einer vorsätzlichen Tat, sondern wurden eher durch die Verbreitung der Flammen jener Brände, die an den zuvor erwähnten Gebäuden gelegt wurden, verursacht. Die Tatsache allein, dass wahre Volksmassen aus dem armen Süden Bogotás in das Zentrum strömten, das auch gleichzeitig das wirtschaftliche, administrative und politische Zentrum der Hauptstadt und des ganzen Landes war, ist ein Zeichen dafür, dass das Volk als wahren Schuldigen am Tod ihres Führers instinktiv genau jene Machtsphären ausgemacht hatte, für die diese Gebäude auch symbolisch standen.⁶⁴

Zur selben Zeit, als sich am 9. April 1948 der Volksaufstand ereignete, wurden zahlreiche erfolgreiche Fluchtversuche von Häftlingen aus den Gefängnissen „Picota“, „La Modelo“, „El Buen Pastor“ und der Zentralen Strafanstalt verzeichnet. Die Ausbrecher hatten die gute Gelegenheit, die die allgemeine Verwirrung und das überall herrschende Chaos boten, zur Flucht benutzt. Die 5. Polizeidivision schloss sich sofort mit großer Mehrheit der Aufstandsbewegung an, während die Armee einige Stunden lang unschlüssig schwankte. Als sich die Militärs schließlich zur Unterstützung der Regierung durchrangen, taten sie es mit blutiger Repression, welche hunderte von Toten und Verwundeten auf den Straßen Bogotás hinterließ.

⁶⁴ Ebd.

Es muss nochmals betont werden, dass der Mord an Gaitán (trotz der Vorgeschichte der „Violencia“, die für die einen ab 1946, für die anderen mindestens seit den 1930-er Jahren, wenn nicht sogar mit dem Krieg der Tausend Tage 1899-1902 zwischen den Liberalen und Konservativen begonnen hatte) eine plötzliche und markante Veränderung in der sozialen und politischen Entwicklung Kolumbiens einleitete, denn die Ereignisse, die daraufhin entfesselt wurden, brachten sehr deutlich die Reichweite und die Größe der Unterstützung, auf die Gaitán zählen konnte, zum Ausdruck.

3.2 Die Auswirkungen des „Bogotazo“ auf dem Land

Bei Gaitáns politischen Inszenierungen auf öffentlichen Plätzen war bereits abzusehen gewesen, dass hier Volksmassen in Bewegung gesetzt wurden, die nach dem gewaltsamen Tod ihres Anführers nicht mehr zum Halten zu bringen waren. Wenn auch die spektakulärsten Ereignisse wie das Inbrandsetzen von Gebäuden, die mit der Regierungsgewalt und wirtschaftlicher Unterdrückung identifiziert wurden, die verheerendsten Plünderungen, Konfrontationen, Gefechte und Scharmützel sofort nach dem Attentat an Gaitán in den Straßen Bogotás stattfanden, und diese Ereignisse daher wie gesagt als „Bogotazo“ in die Geschichte eingingen, geschah doch der Großteil der Volkaufstände des 9. April in der Provinz, also in den ländlichen Regionen, wo sie auch am längsten andauerten und am komplexesten verliefen.

Diese Entwicklung der „Violencia“ zeigt, wie groß die Probleme der Unruhe und der Rebellion auf dem Land waren. Wenn wir vom 9. April 1948 und der sozusagen „offiziellen“ Periode des Bürgerkriegs zwischen 1949 und 1953 einmal absehen, so ist die Violencia ein praktisch vollkommen ländliches Phänomen, auch wenn in einem oder zwei Fällen (wie dies etwa bei Ereignissen in den Departments Valle und Caldas der Fall war) ihre Ursachen bzw. die auslösenden Ereignisse in der Stadt lagen und einige der reaktionären Bandoleros (d.h. die Regierung unterstützenden marodierenden Banditen wie etwa die berühmt-berüchtigten „Pajáros“ (Vögel) oder die „Chulavitas“, regierungstreue Spezialpolizisten aus dem Department Boyacá, die oft in Zivil in Erscheinung traten und hauptsächlich von den Städten aus ihr Unwesen trieben und für ihre Aktionen den motorisierten Transport benutzten. Bei diesen Gruppen, die durchaus als die Vorläufer des

heutigen ultrarechten Paramilitarismus bezeichnet werden können und für oft wahllose Massaker an der Zivilbevölkerung verantwortlich waren, vermengte sich ein fanatisches politisches Zugehörigkeitsgefühl (mit der regierenden Konservativen Partei) oft mit gewöhnlicher Kriminalität. Für den Historiker Hobsbawn handelt es sich bei der „Violencia“ in Kolumbien „um die wohl größte bewaffnete Mobilisierung von Bauern in der neueren Geschichte der westlichen Hemisphäre“⁶⁵, ganz egal, ob deren Protagonisten nun liberal oder später kommunistisch ausgerichtete Guerilleros, reaktionäre und regierungstreue Bandoleros oder bäuerliche Selbstverteidigungs-Gruppen waren.

Es ist daher äußerst wichtig, die Entwicklung und den Verlauf der politischen und sozialen Aktionen, aus welchen der komplexe Prozess der „Violencia“ bestand, zu verstehen. Es handelte sich im Wesentlichen um einen Prozess des „Auge um Auge, Zahn um Zahns“, der Vergeltung und Einschüchterung, welche die Ausübung von Gewalt in den ländlichen Gebieten als Grundlage der Legitimität der politischen Macht begleiten. Dieses Verständnis wird aber durch die Tatsache erschwert, dass diese Entwicklung in jeder Region des Landes oft höchst unterschiedlich verlief. Im Folgenden sehen wir einige Beispiele für die verschiedenen gewalttätigen Reaktionen, die durch den Mord an Gaitán am 9. April 1948 ausgelöst wurden.

Die ersten Nachrichten über die Ermordung Gaitáns wurden in jenen Provinzen bekannt, die in der größten Nähe zu den urbanen Entwicklungszentren des Landes lagen. Die Verbreitung der Nachrichten erfolgten meist über Radiostationen, denn in abgeschiedenen und vom Staat praktisch vergessenen Regionen des Landes wie dem Chocó und dem Westen des Departments Antioquía kam die Nachricht vom Tod des Liberalenführers oft bis zu einem Monat später an. Ein besonderes Echo erzeugten die Revolten und Unruhen von unzähligen Dörfern am Ufer des Cauca-Flusses, zwischen Peque und Bolombolo, in Antioquía (bzw. von Puerto Berrío im Department Magdalena) bis Puerto Tejada im südlichen Department Cauca. Ein besonders schauerlicher Vorfall ereignete sich in Puerto Tejada: Aufgebrachte Liberale brachten einige bekannte konservative Würdenträger um, köpften sie anschließend und spielten mit ihren Köpfen auf dem öffentlichen Platz des Dorfes Fußball. Dieser grauenhafte Vorfall ging als „*Puerto Tejadazo*“ ebenfalls in die Geschichte der „Violencia“ ein.⁶⁶

⁶⁵ Hobsbawn in CEREC, 1985:68f.

⁶⁶ Guzmán/Fals/Umaña, 1962: 370

3.3 Der „Bogotazo“ in den Städten

Medellín und Cali, die zwei großen Hauptstädte im Westteil des Landes, wurden ebenso von der Gewalt erschüttert. In Medellín kam es zur Absetzung der Gemeindebehörden und eine aufgebrachte Volksmasse strömte auf die Straßen. Ein großer Teil der Polizei wurde entwaffnet und es begannen unkontrollierbare Plünderungen, deren Opfer nach Schätzungen der Presse ungefähr 500 Geschäfte und Handelsniederlassungen wurden. Die Gebäude der konservativen Tageszeitung „La Defensa“ und die Außenstelle der Tageszeitung „El Siglo“ wurden ebenso in Brand gesetzt wie ein Teil des Gebäudes, in dem die „Universidad Pontificia Bolivariana“ ihren Sitz hatte. Die Armee, die sich aufgrund von Militärübungen am Freitag, den 9. April außerhalb der Stadt befand, bremste den Volksprotest erst am Samstag ein. Dieser setzte sich aber einige Tage lang in den abgelegensten Dörfern fort. Um die Hunderten Festgenommenen aufnehmen zu können, mussten Schulen, öffentliche Gebäude und die Stierkampfarena „La Macarena“ in Gefängnisse umgewandelt werden. Schließlich wurde ein Militärbürgermeister ernannt.⁶⁷

In Cali, der drittgrößten Stadt des Landes verliefen die Ereignisse ähnlich wie in Medellín; bei der Suche nach Waffen wurden Läden und Eisenwarengeschäfte geräumt und in vielen Fällen niedergerissen. Der Radiosender „La Voz del Valle“ und die Zeitung „El Diario del Pacífico“ wurden schwer zerstört, ebenso verschiedene Geschäftsniederlassungen. Sogar der Eisenbahnhauptbahnhof fiel in die Hände der Rebellen, die später vom Heer besiegt wurden. In kleineren Verwaltungseinheiten, den sogenannten „Corregimientos“, wie etwa im Corregimiento Betania in der Gemeinde Bolívar wurde die Polizei entwaffnet und ein „Revolutionsinspektor“ ernannt, der sich zum zivilen und militärischen Oberhaupt des Corregimiento proklamierte.

In Manizales, einem der Hauptorte des Kaffeeanbaugebietes, umstellte eine wütende Menge die Gebäude der Departmentsregierung, das Bürgermeisteramt sowie das Funkgebäude von „Radio Manizales“. Danach wurden auf der Suche nach rudimentären Waffen - nach dem Muster der Vorfälle in anderen Regionen des Landes - Eisenwarenhandlungen und ähnliche Geschäfte geplündert und ausgeräumt. Zur selben

⁶⁷ Sánchez in: „Anuario de Historia Social y de la Cultura. Nr.10. Universidad Nacional de Colombia“, 1982: 203ff.

Zeit wurden die Büroräumlichkeiten des konservativen Führers Gilberto Alzate Avendaño in Brand gesteckt und dem Erdboden gleichgemacht. Stunden danach nahm die aufgebrachte Masse die örtliche Polizeibehörde ein und bemächtigte sich der dort lagernden Objekte, einschließlich Waffen.

In anderen mittelgroßen Ortschaften wie Chinchiná wurde eine Regierungsjunta gebildet, die Polizei entwaffnet und die Waffen einer Volksmiliz übergeben, die 30 Stunden lang die Ortschaft vollkommen unter ihrer Kontrolle hatte und noch am 10. April Befehle eines vorgesetzten angeblich existierenden „Nationalen Revolutionskommandos“ erwartete. In Pijao, das bis dahin eine Ortschaft mit einer beträchtlichen konservativen Mehrheit war, wurde der konservative Bürgermeister beim Betreten seiner Amtsräume ermordet.⁶⁸

3.4 Anarchie oder Wunsch nach neuer Ordnung - eine Reflexion über den Charakter der frühen Violencia

3.4.1 Allgemeines

Bei der Analyse der Entwicklung der Ereignisse in ihrer Gesamtheit fällt die Tatsache ins Auge, dass in kleinen oder mittelgroßen Ortschaften, auch wenn ein gewisser Rachedurst auch hier nicht abwesend war, die erste Reaktion des wütenden Volkes darin bestand, sich seine eigenen Autoritäten und Behörden zu geben. Diese wurden in einer offenen Ratsversammlung („Cabildo“) gewählt, und darauf die Ziele der Volksmilizen und deren allgemeine Versorgung mit Waffen festgelegt. Personen, die bisher ohne Stimme geblieben waren, versuchten sich damit also selbst eine politische Stimme zu geben und ihre Aktionen auf verschiedenen Ebenen zu koordinieren und zu organisieren.

So muss man also ein wenig vorsichtig sein, wenn man aufgrund der Tatsache des spontanen Ausbruchs des Volksunmuts und der Gewalt auch einen völlig anarchischen Verlauf der Unruhen unterstellt. Im Gegenteil – dieser breite Wunsch nach Koordination und Organisation lässt vermuten, dass es einer großen Gruppe von Beteiligten in erster Linie nicht um Rache und um das Abreagieren jahrelang aufgestauter

⁶⁸ Sánchez in: „Anuario de Historia Social y de la Cultura. Nr.10. Universidad Nacional de Colombia“, 1982:203

sozialer und politischer Frustrationen ging, sondern um Veränderung auf Basis der Mehrheit des Volkswillens. Dies alles geschah mit ungewöhnlicher Schnelligkeit und mit einer beeindruckenden Regelmäßigkeit beinahe in jedem Winkel des Landes.⁶⁹

So kann man zusammenfassend sagen, dass „Revolution“ zwar einerseits in vielen Gebieten des Landes Plünderung und Rache bedeutete, aber andererseits auch die Absetzung von bestehenden Behörden und Autoritäten, eine straffe Organisation von Revolutionsjuntas, bei der die Entscheidungskraft und die Effizienz des Volkes bei der Bewaffnung und bei einer manchmal folgenden Besetzungen von Ländereien, die als legitim angesehen wurden, eine wichtige Rolle spielten.⁷⁰

Trotz dieser Tatsache ist die „Violencia“ an ihren Hauptschauplätzen *gerade nicht* einfach nur eine bloße Bewegung der Armen gegen die Reichen, der Kampf des Besitzlosen um mehr Landbesitz. Die herkömmliche Betrachtungsweise der „Violencia“, wonach es sich bei der ihr um ein historisches Phänomen handelte, bei dem arme konservative Bauern (d.h. Bauern eines der Konservativen Partei angehörenden Großgrundbesitzers) und arme liberale Bauern (die sich wiederum ihrem liberalen Grundstücksherrn zugehörig fühlten) sich gegenseitig massakrierten, Jagd aufeinander machten und von ihren Ländereien vertrieben, während die herrschende Oligarchie sowohl der Liberalen als auch der Konservativen praktisch völlig ungeschoren davonkam, zwar durchaus richtig, greift aber zu kurz. Denn ein wichtiger Faktor wird dabei oft ein wenig übersehen: Der Aufstieg der kleinen kolumbianischen Mittelklasse während der „Violencia“.

Die herkömmlichen Interpretationen und Analysen, die sich auf den Kampf zwischen Liberalen und Konservativen, der später in einen Kampf Arm gegen Reich überging konzentrieren, vergessen meist zu erwähnen, dass im Verlauf von mindestens 15 Jahren zwischen nur rudimentär funktionierenden staatlichen Institutionen und totaler Anarchie die „Violencia“ von einer aufstrebenden Mittelklasse geschickt dazu benutzt wurde, um zu höherem Wohlstand Macht und Einflussnahme zu gelangen. Es handelte sich dabei um jene kleine ländliche Mittelschicht, die es in einer quasi feudalen Gesellschaft, wie sie in Kolumbien Mitte des 20. Jahrhunderts noch weitgehend herrschte, schwer gehabt hätte, eine andere Form des sozialen Aufstiegs zu finden.

⁶⁹ Ebd. 204.

⁷⁰ Ebd. S. 207

Einige Analysten wie der Historiker und Sozialrebellenforscher E.J. Hobsbawn weisen darauf hin, dass dieser Aspekt der „Violencia“ frappierend an den Aufstieg der sizilianischen Mafia erinnere, besonders hinsichtlich der Entwicklung im Department Caldas, der Kaffeeanbauregion Kolumbiens par excellence.⁷¹

Dort hätten sich mittlere Landpächter im Stil der sizilianischen „Gabellotti“ organisiert, um einerseits die hochgestellten Gutsherren selbst zu erpressen, andererseits aber die armen Bauern, die für die Pächter das Land bestellten, einzuschüchtern. Hobsbawn spricht von einer „wirtschaftlichen Institutionalisierung“ der „Violencia“, die der Steigerung der Kaffeeproduktion aber keinerlei Abbruch tut.⁷²

3.4.2 Banditentum als historisches Kontinuum – eine Subkultur zwischen reaktionärem Konservativismus und Klassenkampf – das Fallbeispiel Efraín González

Natürlich hatte die „Violencia“ auch häufig eine revolutionäre Schlagseite und ein aufkommendes Klassenbewusstsein spielte im weitesten Sinn des Wortes eine Rolle, vor allem in den späteren Jahren, in denen die Bandoleros, denen die Rechtfertigung, für die beiden großen Parteien zu kämpfen abhanden kam, immer mehr dazu neigten, sich als Verteidiger der Rechte der Armen auszugeben und damit eine Art „Robin-Hood-Image“ um sich zu schaffen.⁷³

Einige populäre Lieder sind etwa in den Departments Boyacá, Quindío und Santander den „Heldentaten“ dieser Bandoleros gewidmet und gingen mit der Zeit ins kollektive Bewusstsein und Kulturgut ein. Besonders notorisch wurde etwa das dramatische und gewalttätige Leben des Bandoleros Efraín González (1933-1965), in dem sich sämtliche Widersprüche der „Violencia“ widerspiegeln. Sein Schicksal steht stellvertretend für die unselige Tradition Kolumbiens das Recht in die eigene Hand nehmen zu müssen, es zu „privatisieren“, und zwar immer dann, wenn im Land ein Machtvakuum herrscht oder der Staat sein Machtmonopol nicht zum Schutze aller seiner Bürger, sondern im Gegenteil zu deren Verfolgung ausübt. Das Leben dieses Bandoleros, der gleichzeitig Opfer und Täter der „Violencia“ war, besitzt einige frappante Parallelen zum Werdegang von Carlos Castaño, dem berühmt-berüchtigten Führer der ultrarechten

⁷¹ Hobsbawn in CEREC, 1985: 18f.

⁷² Hobsbawn in CEREC, 1985: 18ff.

⁷³ Ebd.

Paramilitärs der 1990-er Jahre und dem Drogenzaren Pablo Escobar und stellt für einige historische Analysten einen weiteren Beweis dafür dar, dass sich an der Essenz der bewaffnete Konflikt in Kolumbien nichts geändert hat, mit dem einzigen Unterschied, dass sich seine Protagonisten heute unter einer anderen Erscheinungsform und unter anderem Namen präsentieren.

Tiefreligiös und streng konservativ erzogen war der junge 15-jährige Armeeoffizier Efraín Gonzalez nach der Ermordung seiner Mutter durch linksgerichtete Guerillas aus dem Militär desertiert und entfesselte nach Gründung einiger „Cuadrillas“ einen privaten Rachefeldzug, der sich hauptsächlich sowohl gegen die linke Guerilla, als auch das kolumbianische Militär aber auch gegen Vertreter des liberalen Establishment richtete. Tatkräftige oder stillschweigende Unterstützung erfuhr Gonzalez dabei von weiten Teilen der lokalen Katholischen Kirche und konservativer Politiker, die ihn für ihre politischen Zwecke instrumentalisieren, ihn aber bei Bedarf auch bedenkenlos fallen ließen. Dabei gelang es Gonzalez, in weiten Teilen der Regionen Santander und Boyacá eine Art Alleinherrschaft zu etablieren, bei der er Kriegsherr, Mineneigner, Friedensrichter, Volkstribun, Wohltäter und Exekutor in einer Person war. In der seit jeher für exzessive Gewalt anfälligen Smaragdminenregion der Region von Westboyacá setzte er mit aller Härte ein fragiles Gleichgewicht durch, das diese anarchische Region allerdings lange Zeit vor einem völligen Abdriften in den totalen Bürgerkrieg bewahrte.⁷⁴

Dies alles spielte sich vor Hintergrund zweier virulenter regionaler Problematiken ab:

1) eines seit jeher in der Region bestehenden blutigen Interessenkonflikts zwischen Bauern und Minenarbeitern und Schürfern einerseits und

2) einer regelrechten Invasion von landlosen Massen, von der „Violencia“ Vertriebenen und Glücksrittern, die ihr Glück ebenfalls in der Smaragdregion, versuchen wollten, andererseits. Die Spannungen wurden noch durch die Tatsache verschärft, dass die bereits in der Gegend ansässigen Diamantsucher und Minenarbeiter die Neuankömmlinge aus „ihren“ angestammten Gebieten vertreiben wollten.

Auch Gonzalez gelang es nicht mehr, diese eskalierende Situation in den Griff zu bekommen und seine Bandoleros verloren allmählich die Vormachtstellung in den

⁷⁴ In gewisser Weise herrscht auch heute noch in der Smaragdregion um Muzo (Westboyacá) das durch Paramilitärs und Warlords hergestellte fragile Gleichgewicht. Es handelt sich um eine der wenigen Regionen Kolumbiens, wo es den linksgerichteten Guerillas (aber auch den Kräften des Staates) nie gelungen ist, richtig Fuß zu fassen und die Autorität der mit tausendköpfigen „Privatarmeen“ für „Ruhe und Ordnung“ sorgenden Smaragdkaiser und Paramilitärs in der Nachfolge Efraín Gonzalez' (wie etwa des berühmt-berüchtigten Victor Carranza, in den 1980-er und 1990-er Jahren unumstrittener König der Smaragdregion) herauszufordern. Dieses Gebiet ist bis heute eine der gewalttätigsten und anarchischsten Regionen Kolumbiens.

Minengebieten gegenüber der regulären kolumbianischen Armee. Schließlich wurde von Seiten des kolumbianischen Staates eine beispiellose Hetzjagd gegen Gonzalez entfacht, wobei letzterer schließlich in einem Viertel in Bogotá von 200 bewaffneten Soldaten gestellt und erschossen wurde.

In gewisser Hinsicht stellte das Leben von Efraín Gonzalez so etwas wie die Blaupause für den soziologischen Steckbrief heutiger ultrarechter und reaktionärer Narkoparamilitärs dar: Tiefe Katholizität, vermengt mit unglaublicher Brutalität einerseits, Gönnerhaftigkeit gegenüber den Armen und ausgesprochene Sentimentalität andererseits. Das Phänomen Efraín Gonzalez ist heute nicht nur im traditionellen Liedgut, sondern auch in Romanen, Telenovelas und Kinofilmen präsent, wobei die Darstellung seines Lebens von stark romantisierenden Elementen geprägt ist.

Dabei handelte es sich bei diesen Banditen, Pistoleros, Delinquenten oder Gesetzesflüchtigen häufig um Jugendliche ohne Besitz oder emotionale Bindungen, bzw. um Opfer von Massakern und Enteignungen durch Kräfte des Staates oder der politischen Opposition.⁷⁵

Interessant ist das soziologische Detail, das sowohl bei den reaktionären Bandoleros als auch bei den liberalen und den späteren linksgerichteten Guerilla-Führern eine deutliche Vorliebe und Passion für die mexikanische Folklore und Volkskultur zu finden ist, vor allem für die traditionellen Liedformen der „Rancheras“ und „Corridos“, die oft von den Heldentaten berühmter Banditen, von Gewalt, Verrat und betrogener Liebe erzählen. Religiosität, Patriotismus, Revolution, Gewalt, Machismus, Rachdurst, selbstmitleidige Sentimentalität, Freiheit und Romantik erfahren in diesen Liedern eine erstaunliche Verquickung. Viele Musiksoziologen verweisen auf erstaunliche Parallelen zu der nordamerikanischen „Country-Musik“, die oft mit rassistischen und reaktionären Kreisen in Verbindung gebracht wird, aber immer wieder auch eine ungeahnte gesellschaftskritische Schlagseite offenbart.

Die moderne Variante dieser traditionellen Liedformen ist die ebenfalls aus México stammende „Musica porteña“, die sich heute in breiten Kreisen kolumbianischer Paramilitärs und Drogenbarone großer Beliebtheit erfreut, denn diese Musik enthält oft sehr direkte Anspielungen auf die Welt der Kriminalität und des Drogenhandels. Auch von den berühmten Paramilitärs Fidel und Carlos Castaño der 1980-er und 1990-er Jahre ist neben ihrer Vorliebe für Sylvester-Stallone-Filme (Fidel Castaños Spitzname war

⁷⁵ Hobsbawn in CEREC, 1985: 18ff.

bezeichnenderweise „Rambo“) eine große Passion für die traditionelle und moderne mexikanische Folklore bekannt.

3.4.3 Die Violencia als Fortführung der frühen Bauernkämpfe

Es wäre unrichtig zu behaupten, dass die Ermordung Gaitáns so etwas wie der Initialfunke der Bauernbewegung war, denn diese geht in Wirklichkeit viele Jahre zurück wie das Beispiel Viotá zeigt. Hierbei handelt es sich um ein Beispiel erfolgreicher bäuerlicher Autonomie und Selbstverwaltung einer Gemeinde kommunistischer Kaffeeerntearbeiter Ende der 1920-er und Anfang der 1930-er Jahre. Viele Jahre vor dem Bürgerkrieg der „Violencia“ gelang es den lokalen Pächtern, von den Kommunisten geführt, die Grundeigentümer dazu zu zwingen, ihnen die von ihnen bestellten Parzellen zu verkaufen.⁷⁶

Seit dieser Zeit setzte sich die Region - oder besser gesagt die Gutsherrenhöfe und die kleinen Dörfer, da ja das städtische Zentrum nicht kommunistisch war – aus relativ gleichgestellten kleinen bäuerischen Grundbesitzern zusammen. Hobsbawn bezeichnete den Kommunismus von Viotá als eine Form der absoluten bäuerischen Autonomie, Unabhängigkeit und Selbstverwaltung auf lokaler Ebene. Als die Regierung während der Phase der Repression eine bewaffnete Strafexpedition in die Region entsandte, stellte sich eine gut bewaffnete, organisierte und auf den Kampf vorbereitete Bevölkerung den Truppen und brachten diesen eine Niederlage bei⁷⁷.

Nach diesem der offiziellen Armee beigebrachten Desaster gab es lange Zeit keinen erneuten Versuch von Regierungsseite, die alte Ordnung in Viotá wieder herzustellen sodass einer der Bauernsprecher großsprecherisch aber nicht ohne Grund verkünden konnte: „Más allá se matan unos a otros; aquí no se persigue a nadie“⁷⁸.

⁷⁶ Besonders das Department Tolima sowie einige Teile des Departments Huila waren seit den 1930-er Jahre Brennpunkt einer starken Bauern- und Landbewegung.

⁷⁷ Hobsbawn in CEREC, 1985: 26

⁷⁸ Ebd.

3.4.4 Die Violencia als lokaler Genozid

Aber es gab nicht viele solcher Inseln bäuerischer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung. Außerhalb von ihnen herrschte bei den Menschen Angst und Furcht. Denn der beeindruckendste und schrecklichste Aspekt der Violencia Mitte des 19. Jahrhunderts war die grausame und sinnlose Wildheit und erbarmungslose Rohheit der bewaffneten Männer und marodierenden Bandoleros. Die Opfer der Violencia werden nicht einfach nur ermordet und umgebracht, sondern sie werden häufig aufs Grausamste gefoltert, indem man sie in Teile schneidet (in vielen Fällen wird aus den Opfern im wahrsten Sinne des Wortes „Hackfleisch“ gemacht), sie vergewaltigt, köpft und manchmal sogar regelrecht skalpiert. Doch dies allein reichte den Mördern meist noch immer nicht, denn man wollte nicht einen „Keim“ des Feindes am Leben lassen und praktisch ganze Familien, eingeschlossen Kinder, Babys und schwangere, ausrotten. Lokaler Genozid ist das Wort, das verwendet wird, um diese Vorfälle zu beschreiben.⁷⁹

3.4.5 Ein Staat gegen die eigenen Bürger – eine kritische Reflexion über das kritische Verhältnis zwischen Bürgern, Demokratie und Staat am Beispiel der Violencia

Der organisierte und bewaffnete Landkampf, der sich in Kolumbien ab 1948 entwickelte, wurde zum einzig möglich erscheinenden Weg zur Durchsetzung notwendiger sozialer Transformationen. Die Erreichung dieser sozialen Veränderungen schien im Rahmen der „demokratischen“ Institutionen innerhalb der geschlossenen Gesellschaft Kolumbiens, die von traditionellen politischen, ökonomischen und religiösen Eliten des Landes beherrscht war, auf andere Weise unmöglich.

Diese Idee der Notwendigkeit einer quasi „Privatisierung“ der Gewalt zur Erreichung persönlicher Ziele, zur Verteidigung der eigenen Rechtsansprüche ökonomischer oder sozialer Natur, ja zur Verteidigung des blanken Rechts auf Leben bzw. Überleben, zieht sich bis heute wie eine Leitlinie durch die Geschichte der politischen Gewalt Kolumbiens: Linke Guerillas berufen sich auf diese Notwendigkeit ebenso wie rechte Paramilitärs oder sogar die Mitglieder der verschiedenen Drogenclands, sowie die Regierung selbst. Das Problem wird dort umso virulenter, wo der Staat durch seine Abwesenheit glänzt, bzw. wo er sein – in jeder funktionierenden Demokratie praktisch

⁷⁹ Hobsbawm in CEREC, 1985: 30ff.

unumstrittenes Gewaltmonopol - missbraucht oder überschreitet, um selbst gewaltsam alleinig die Interessen bestimmter Schichten der Bevölkerung zu vertreten (etwa der Viehzüchter oder Großgrundbesitzer) und durchzusetzen.

Wenn ein friedlicher Ausgleich von natürlichen Interessenskonflikten durch Kompromisse und Abstandnehmen von Höchstforderungen durch Vermittlung des Staates oder innerhalb seiner demokratischer Institutionen nicht möglich ist, wenn dieser Staat selbst nicht fähig ist, die elementarsten Rechte seiner Bürger zu schützen und zu sichern (sondern sie im Gegenteil durch den Missbrauch seines Gewaltmonopols bedroht), ist die Frage nach seiner Legitimität nur zu berechtigt. Die Zeit der „Violencia“ ist ein Musterbeispiel dafür, wie ein eigentlich demokratisch legitimierter Staat anstatt die Rechte seiner Bürger zu schützen, diese systematisch verletzt. Anstatt dass der Staat die Bürger schützt, sind diese gezwungen, sich vor dem Staat zu schützen.⁸⁰

Dieses Trauma lebt heute noch in der Art und Weise fort, mit der in Kolumbien politische, soziale oder ökonomische Konflikte gewaltsam „gelöst“ werden, und in der Selbstverständlichkeit, mit der die Gewalt von allen beteiligten Akteuren als zwar nicht einzig legitimes aber einzig effizientes Mittel zur Lösung dieser Probleme betrachtet wird. Somit überraschen die enorme Skepsis und das Misstrauen einer großen Zahl der Bürger Kolumbiens nicht, wenn es darum geht, die Wahrung ihrer Bürgerrechte über die demokratischen Institutionen statt über die „Privatisierung“ von Gewalt und Selbstjustiz sicherzustellen. Dies stellt insofern einen Widerspruch dar, als auch viele einfache Kolumbianer mit Stolz auf die demokratische Tradition ihres Landes (Kolumbien gilt als älteste Demokratie Lateinamerikas)⁸¹ und die lange Geschichte seiner demokratischen Institutionen verweisen, von diesen aber andererseits möglichst keinen Gebrauch machen wollen, weil das Misstrauen diesen gegenüber aufgrund tatsächlich erlittener oder imaginer Traumata zu groß ist.

⁸⁰ Aufschlussreicher als so manche politische Analyse ist in diesem Zusammenhang eine Episode, die von Gonzalo Sánchez und Donny Meertens geschildert wird. Ein in der Zeit der „Violencia“ nach seiner Meinung über die Todesstrafe gefragter einfacher Bauer gab folgende Antwort: „Yo opino que la quiten.“ (Gonzalo Sánchez und Donny Martens: *Bandoleros, Gamonales y Campesinos. El caso de la Violencia en Colombia*. El Ancora Editores, Bogotá 1983.S. 215). Dieses Missverständnis, bei dem der Bauer unter „Todesstrafe“ die gewalttätige Aktion des Staates gegen missliebige Bauern und einfache Menschen versteht, liefert ein sprechendes Zeugnis für das Verhältnis Bürger-Staat (nicht nur) zu jener Zeit.

⁸¹ Tatsächlich blieb Kolumbien auch während des 20.Jahrhunderts mit der Ausnahme einer kurzen Periode (1953-1957 unter General Rojas Pinilla) von den „klassischen“ lateinamerikanischen Militärdiktaturen verschont, auch wenn zumindest für die Regierungszeit von Laureano Gómez die Bezeichnung „Zivildiktatur“ durchaus zulässig wäre.

Der Staat wiederum (und vor allem die aktuelle Regierung des ultrarechten Uribe-Veléz) gibt vor, dass die Demokratie nur dann (vor allem vor der linken Guerilla) erfolgreich geschützt werden kann, wenn man nach dem Vorbild Bushs und unter dem Schirmmantel eines vermeintlichen universalen „Kampfs gegen den Terror“ die ohnehin in der politischen Praxis kaum gewährleisteten, aber immerhin zumindest in der Verfassung festgeschriebenen (und damit theoretisch einklagbaren) demokratischen Bürgerrechte systematisch abbaut. Gegen die demokratischen Regeln zu verstoßen um die Demokratie zu schützen - eine gefährliche Formel, die einen traurigen Höhepunkt bei der heute auch in westlichen Demokratien verbreiteten Diskussion um die Zulassung der Folter im Namen höherer demokratischer Werte findet.

Ganz abgesehen von der Frage, ob sich bewaffnete politische Opposition in einem Staat wenn schon nicht rechtfertigen so doch durch eine differenzierte Analyse der sozialen, politischen und ökonomischen Genese dieser Gewalt erklären lassen kann (wie dies für den Fall Kolumbiens sicher zutrifft) - ist es wirklich zuviel verlangt, gerade vom Staat, der als einziger *legaler* Akteur in einem bewaffneten Konflikt auftritt, eine höhere moralische Legitimierung zu verlangen, als von jenen *illegalen* Gruppen, die diesen bekämpfen? Kann nicht vielmehr vom Staat - auch unter zugegebenermaßen erschwerten Umständen der Ausübung seines Machtmonopols im Rahmen eines bewaffneten inneren Konflikts - ein Vorgehen gefordert werden, das auf der Einhaltung demokratischer Prinzipien und der Menschenrechte basiert (auf welchen im Übrigen auch seine ganze Legitimität beruht) und nicht zu denselben Mitteln zu greifen, derer sich seine illegalen Gegner bedienen, die im Namen der Demokratie bekämpft werden? Die Stärke einer Demokratie beruht letztlich auch darauf, sogar ihren Gegnern jene Menschenrechte zu gewährleisten, die diese im bewaffneten Konflikt ihren Feinden nicht zugestehen. Ein solches Vorgehen mag kurzfristig immer mit Nachteilen militärischer und strategischer Natur verschaffen, auf lange Sicht ist dies jedoch wohl der einzige Weg zur Aufrechterhaltung von demokratischer Glaubwürdigkeit und Legitimität.

Im Falle Kolumbiens ist die Frage nach dem eigentlichen Wesen der kolumbianischen Demokratie immer wieder Anlass für heftige Debatten. Wenn Journalisten und Schriftsteller wie Apolinar Díaz Camejo die Demokratie in Kolumbien als „vererbte Macht ohne Monarchie“⁸² bezeichnen, treffen sie damit den Nagel insofern auf den Kopf, als dass die kolumbianische Regierungsmacht tatsächlich lange Zeit von

⁸² Zitiert nach Pearce, 1990: 120

mächtigen Familien der Liberalen und Konservativen Partei (vor und nach 1948) quasi als Erbpacht angesehen wurde, die in vielen Fällen vom Vater auf den Sohn bzw. Enkel überging (so war der dreifache konservative Präsidentschaftskandidat Alvaro Gómez Hurtado etwa Sohn des von 1950 – 1953 regierenden Expräsidenten Laureano Gómez, der von 1974 bis 1978 regierende Liberale Alfonso López Michelsen war Sohn des Expräsidenten Alfonso López Pumarejo, der von 1998-2002 regierende Konservative Andrés Pastrana Sohn des Konservativen Expräsidenten Misael Pastrana. Dies sind nur einige wenige für Hunderte von Beispielen dafür, dass die Macht in Kolumbien seit jeher in den Händen einiger weniger Familien ruhte – der von Gaitán so angeprangerten „Oligarchie“ sowohl der Liberalen als auch der Konservativen. Wenn man die Geschichte der letzten 60-70 Jahre Politik in Kolumbien Revue passieren lässt, wird man immer wieder auf die Namen von Familienclans wie Santos, Turbay, Lleras etc. stoßen, die nicht nur die politische Macht verkörperten, sondern auch Wirtschaft, und Pressewesen beherrschten. Auf die quasi Institutionalisierung der gleichmäßigen Aufteilung der Macht zwischen Liberalen und Konservativen als Reaktion auf das Trauma der „Violencia“ im Zeitraum von 1958 bis 1974 im Rahmen des Regierungsbündnisses „Frente Nacional“ werde ich an späterer Stelle genauer eingehen).

Vielleicht ist auch die Deutung zulässig, dass Kolumbien deshalb im Laufe des 20. Jahrhunderts so resistent gegen Militärdiktaturen schien, weil die herrschenden Klassen ihrer gar nicht bedurften, um bequem ihre Interessen auch auf anscheinend demokratischem Wege durchzusetzen. Verkürzt könnte man auch sagen: Wo es keinen Allende gibt, ist auch kein Pinochet notwendig. Dieser kleine Exkurs nur zur Erklärung der Selbstverständlichkeit, mit der in Kolumbien von allen Seiten auf die Gewalt zur vermeintlichen oder tatsächlichen Selbstverteidigung, zur Verteidigung der Bürgerrechte oder einfach nur zur Durchsetzung von sozialen und wirtschaftlichen Interessen zurückgegriffen wurde.

4. Die „Violencia“ (1946 – 1958): Zwischen staatlicher Repression und zivilem Widerstand.

4.1 Allgemeines

Spätestens ab dem Moment, an dem die „offizielle“, staatliche Gewalt zur Zeit der „Violencia“ ihren Höhepunkt erreichte – in der Periode vor und nach der Amtseinssetzung des Konservativen Präsidenten Laureano Gómez 1950 – und jede Hoffnung auf den Erfolg eines legalen Kampfes offensichtlich zum Scheitern verurteilt war, manifestierte sich die Gewalt als allumfassendes landesweites Phänomen – als sich als Reaktion auf die brutale Repression von Seiten der konservativen Regierung ganz spontan vielerorts Selbstverteidigungs-Gruppen der Bauern und somit die Keimzellen des Guerilla-Widerstands gegen das Regime bildeten.⁸³

Bei der Art des Widerstands der liberalen Bauern gegen das konservative Regime und ihrer Form der Selbstverteidigung und Selbstorganisation bis 1953 ist es möglich, verschiedene, mehr oder weniger klar voneinander abgegrenzte Phasen zu identifizieren. In ihrer *ersten Phase* wurde diese bäuerliche Selbstverteidigung von den Liberalen am stärksten für den Parteienkampf um die Vorherrschaft der politischen Macht instrumentalisiert, und als Ausdruck eben dieses Kampfes um die politische Hegemonie gab es sicherlich gewisse Parallelen - von der Dauer, Intensität und der größeren Anzahl der Opfer einmal abgesehen – zu den Bürgerkriegen, bei denen sich Liberale und Konservative im 19. Jahrhundert gegenüberstanden. *Ein* Unterschied zu diesen früheren Auseinandersetzungen muss aber als fundamental herausgestrichen werden: Während bei früheren Bürgerkriegen (etwa dem an Grausamkeit kaum zu überbietendem „Krieg der Tausend Tage“ 1899-1902) sich noch reguläre Heere mit Berufsoffizieren und -soldaten der Liberalen und Konservativen gegenüberstanden, und die Zivilbevölkerung, etwa durch Einsatz von „Kindersoldaten“ und „Bauernheeren“ *auch* für die parteipolitischen Kriegsstrategien und Zwecke missbraucht wurden, fand die „Violencia“ *praktisch ausschließlich* auf dem Rücken der Bauernschaft statt, die für die Interessen der Liberalen und Konservativen Partei sprichwörtlich zum „Bauernopfer“ wurden. Die Identifizierung der

⁸³ Sánchez in CEREC, 1985:225

liberalen Bauernschaft mit ihrer Führung (die diesen Konflikt meist aus dem sicheren Abstand der Städte betrachtete und noch anheizte) war in dieser ersten Widerstandsphase noch kaum in Frage gestellt. Hobsbawn weist etwa auf die paradoxe Tatsache hin, dass die liberalen Guerillas der Llanos anfänglich wesentlich mehr Zeit damit verbrachten, gegen gewöhnliche Kriminelle und kommunistisch beeinflusste Guerillas zu kämpfen als gegen ihren konservativen Erzfeind, wobei man sich auf folgende ideologische Einstellung berief, die von den armen liberalen Bauern selbst keineswegs in Frage gestellt wurde: „Diejenigen, die behaupten, dass alles allen gehört, und dass die Dinge nicht das Eigentum der Grundherrn sind, sondern man diese jenen geben soll, die ihrer bedürfen, sind Banditen.“⁸⁴

Die Bauern kämpften in dieser Etappe des Bürgerkriegs also – trotz der Organisation der Selbstverteidigungs-Gruppen - nicht für ihre eigenen Interessen, sondern vor allem für jene ihrer politischen Führer, ganz egal ob auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene. (Der militärische Ausdruck dieser oft anarchischen Kämpfe war die sogenannte *Cuadrilla*). So spielte beim ersten Aufflammen dieser Kämpfe durchaus das Motiv der Rache für die der konservativen Partei bei der Machtübernahme der Liberalen 1930 beigebrachten blutigen Massaker, vor allem in den Departments Santander, Norte de Santander und Boyacá, eine wichtige Rolle.⁸⁵

In der nächsten Phase verschwanden die rein mit dem Parteienkampf verbundenen Elemente nicht ganz, aber neuen Ereignissen und Faktoren, wie etwa dem immer stärker werdenden Klassenbewusstsein kam in der Entwicklung des Konflikts immer größere Bedeutung zu.

⁸⁴ Zitiert nach Hobsbawn in: CEREC, 1985:20

⁸⁵ Sánchez in CEREC, 1985: 226

4.2 Die kolumbianische Bauernschaft zwischen strukturellem Konservatismus und neuem Klassenbewusstsein - die Fallbeispiele Guadalupe Salcedo und Juan de la Cruz Varela

Ein verstärktes Auftreten von Enklaven bäuerlicher Selbstverwaltung und Selbstverteidigung unter kommunistischer Führung und die Spaltung der anfänglich liberalen Bauernguerillagruppen des „*Bloque Llanero*“ der weiten Orinoco-Tiefebene im Osten des Landes, die ursprünglich ausschließlich unter dem Einfluss von liberalen Großgrundbesitzern stand, in einen liberalen und in einen kommunistischen Zweig. In diesem Zusammenhang muss unbedingt der Name Guadalupe Salcedo erwähnt werden, eines legendären Führers der liberalen Guerilla, dem bis in die späten 1970-er Jahre in der Tiefebene der „*Llanos orientales*“ zahlreiche Volkslieder, Tänze und Heldenpoeme gewidmet waren. Salcedo tat sich nicht nur mit beispiellosen Militäraktionen hervor, bei der eine numerisch unterlegene und oft schlecht ausgerüstete Bauern-Guerilla der regulären kolumbianischen Armee die Stirn bot, sondern vor allem auch durch sein Geschick bei der Organisation der Zivilbevölkerung und dem Aufbau einer funktionierenden Selbstverwaltung.

1953 übergab der nunmehr zum Volkshelden mutierte Salcedo, anlässlich der vom Militärregime Rojas Pinillas proklamierten Generalamnestie für alle bewaffneten Gruppen mit seiner liberalen Guerilla die Waffen an die Regierung. 1957 wurde er bei einem Polizeieinsatz ermordet, ein Tod, der die Legendenbildung um ihn nur noch verstärkte. 1975 wurde das Stück „*Guadalupe años cincuenta*“ uraufgeführt, das auf seinem Leben basiert, und seither zu den Klassikern des kolumbianischen Theaters zählt.

Ab dem Moment also, als die Kommunisten innerhalb der bäuerlichen Selbstverteidigungs- und Guerillagruppen immer mehr an Einfluss gewannen, begannen diese in großen Teilen des Landes zum Sprachrohr des Kampfes der Bauern gegen die Großgrundbesitzer zu werden, ganz unabhängig davon, zu welcher politischen Fraktion – Liberale oder Konservative- diese gehörten.⁸⁶

Im Süden des Departments Tolima, einer Zone mit einer sehr langen Tradition des organisierten Kampfes um Landbesitz, wurde im Jahre 1950 unter der Leitung der

⁸⁶ Sánchez in CEREC, 1985: 226

Kommunistischen Partei die Praxis der „Selbstverteidigung der Massen“ umgesetzt. Ab dem Jahre 1952 ist die Taktik der (sesshaften) Selbstverteidigung allein nicht mehr ausreichend, um der Repression und der Gewalt von Seiten der konservativen Regierung zu widerstehen. Die Selbstverteidigungs-Gruppen verwandeln sich in mobile Guerillas. In der kargen Andenhochregion Sumapaz (zwischen ca. 2500 und 4000 Metern Seehöhe) und in der Gemeinde Tequendama operiert die Kommunistische Partei später mit derselben Selbstverteidigungs-Taktik, aus der ebenfalls mobile Guerilla-Gruppen hervorgehen, welche eine der Keimzellen der heutigen kommunistischen FARC-Guerilla bilden. Noch heute ist die wilde, nebelverhangene Bergregion Sumapaz eine Hochburg der FARC, in der es der Regierungsgewalt trotz der Nähe zur Hauptstadt (ein Teil der Region gehört sogar als 20. Lokalität ganz offiziell zu Bogotá) trotz gewaltiger Anstrengungen nicht gelungen ist, wirklich Fuß zu fassen).

Ein Name, der in Verbindung mit der aufkeimenden Guerilla von Sumapaz immer genannt wird, ist jener von Juan de la Cruz Varela, einem linken Aktivisten der ersten Stunde, der bereits in den 1920-er Jahren die Bauernbewegung im Osten des Departments Tolima organisiert hatte. Anfänglich ein Mitglied der Liberalen Partei, gingen die sozialen Forderungen Varelas bald über ein von der liberalen Führungsschicht akzeptierbares Maß hinaus. Ende der 1940-er Jahre trat Varela schließlich der Kommunistischen Partei Kolumbiens bei, welche unter der konservativen Regierung für illegal erklärt worden war. Anfang der 1950-er Jahre konnte seine mit rudimentären, zum Teil selbst hergestellten Waffen ausgerüstete Bauern-Selbstverteidigungsgruppe dem Druck und der vereinten Gewalt von Armee, rechten Bandoleros, Polizei und Luftwaffe nicht mehr standhalten und flüchtete in die unzugängliche Bergregion von Sumapaz, wo seine ausgezehnte Truppe bis zur Verkündung einer allgemeinen Amnestie durch den kurz zuvor durch einen Militärputsch an die Macht gelangten General Rojas Pinilla 1953 durchhielt.

Der dem Waffenstillstand und der Amnestie skeptisch gegenüberstehende und den Intentionen Rojas Pinillas misstrauende Bauernführer Varela, rang sich schließlich doch zur Übergabe der Waffen an das Militärregime durch. Bemerkenswert ist eine Stellungnahme Varelas zu dieser Aufgabe des Kampfes:

Aquí les presento estas cartas de otros frentes guerrilleros que ya han pactado la paz con el gobierno. Nosotros comprendemos muy bien que la paz, siendo necesaria, no va a ser duradera, pero creo que nos va a tocar seguir el mismo camino de la otra gente y negociar, o mejor, hacer un simulacro de entrega de armas. Solos nada podemos hacer en adelante, aunque solos hayamos

luchado hasta hoy. De todos modos continuaremos la lucha a través de los sindicatos por la revolución colombiana que apenas comienza.⁸⁷

Wohl ohne es selbst zu ahnen, liefert Varela damit eine Beschreibung des Endes der „Violencia“ und ihrer gleichzeitigen Fortsetzung unter anderen Vorzeichen, wie sie treffender und prägnanter nicht sein könnte. *Unumgänglich* („necesaria“) war das Ende der „Violencia“ durch ihre Übertreibung, weil sie schließlich einen Punkt erreicht hatte, an dem niemand mehr wirklich von ihr profitieren konnte, kurz gesagt durch allgemeine Erschöpfung aller beteiligten Akteure aufgrund eines nie dagewesenen Gewaltexzesses. *Dauerhaft* („duradera“) konnte der Frieden nicht sein, da sich nicht wirklich etwas an den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen änderte, die für die „Violencia“ (mit)verantwortlich waren. Da das gemeinsame Haus Kolumbien bis auf die Grundfesten abgebrannt war, einigte man sich darauf, keine Brände mehr zu legen, bis sich die alten Rauchschwaden verzogen hatten. Sobald es aber darum ging, ein neues Haus zu konstruieren, konnte der Streit darum nicht ausbleiben, wer der Baumeister sein sollte und wem es schließlich gestattet wurde, darin zu leben.

Varelas persönliche Geschichte war aufs engste mit der Geschichte der politischen Gewalt Kolumbiens in allen ihren Phasen verknüpft.⁸⁸

Kaum ein entscheidendes oder richtungsweisendes Ereignis in der Geschichte Kolumbiens des 20. Jahrhunderts, bei dem Varela nicht direkt oder indirekt beteiligt gewesen wäre. Zeit seines Lebens eine umstrittene Persönlichkeit, der später schwere Vorwürfe aufgrund angeblich von ihm begangener schwerer Menschenrechtsverletzungen und Morde, war Varela, von dem der Schriftsteller Plinio Apuleyo Mendoza sagen sollte, dass „er dreißig Jahre gewartet hatte, um sich seine ersten Schuhe anzuziehen“⁸⁹ gleichzeitig der erste Bauer, der einen Sitz im kolumbianischen Kongress eroberte, und starb 1982 im Alter von achtzig Jahren, zu dieser Zeit als durchaus geachtete Persönlichkeit.

Die signifikanteste Entwicklung geschah während dieser Periode jedoch bei den Guerillas der östlichen Orinoco-Tiefenbenen, den „*Llanos orientales*“. Signifikant deshalb, weil das, was dort geschah, die Entwicklung in anderen Regionen des Landes vorwegnahm, und außerdem, weil die Truppenstärke der bewaffneten Bauern im

⁸⁷ Molano, 1990: 30

⁸⁸ Ein äußerst symbolträchtiges Detail am Rande ist die Tatsache, dass Varela am 21. November 1902 geboren wurde, genau jenem Tag, an dem der Frieden von Wisconsin unterzeichnet wurde, der dem Krieg der Tausend Tage (1899-1902) ein Ende setzte.

⁸⁹ Apuleyo Mendoza in Revista Acción Liberal, Nr. 2, 1960: 35

Widerstand die jeder anderen Region des Landes weit übertraf. Wie gesagt gab es einen markanten Einfluss der liberalen Großgrundbesitzer auf die Bauern-Guerillas. Als sich während des Prozesses des Kampfes selbst die Guerilla-Organisationen allerdings gezwungen sahen, die Interessen der liberalen Großgrundbesitzer herauszufordern (z.B. mit Viehsteuern, um ihren Unterhalt und ihre Ausrüstung mit Waffen) zu sichern, schlossen die letztgenannten einen expliziten Pakt mit Heer und Polizei: die sogenannte „Erklärung von Sogamoso“. Nach dieser Erklärung wendeten auch die liberalen Großgrundbesitzer nicht mehr die Bezeichnung „Rebellen“ für die Guerilleros an, sondern begannen sie als „Banditen“ zu bezeichnen, gegen die jede Repression gerechtfertigt wäre.⁹⁰

Als die Bauernschaft einerseits gegen Polizei und Militär als verlängerten Arm der offiziellen Repression und andererseits gegen die liberalen Großgrundbesitzer zu kämpfen beginnen musste, wandelte sich die Natur des Kampfes: Aus dem Bürgerkrieg war langsam ein *Klassenkampf* geworden. Wie einer der Führer der Llano-Guerilla sagen sollte, hatte „die Arbeiter- und Bauernschaft wahrscheinlich ihre Denkweise verändert“.⁹¹

Die Reise des Expräsidenten López in die Region (Dezember 1951), um sich mit den Guerilla-Führern zu treffen, stellte vielleicht den einzigen zaghaften Versuch der liberalen Partei dar, eine ihrem Einfluss zu entgleiten drohende Bewegung unter Kontrolle zu halten und die Geister, die auch sie mitgerufen hatte, wieder zu verscheuchen. Bereits im Jahre 1952 zog López in einem politischen Kommuniqué seine Solidarität und Unterstützung für die Guerillas der Llanos im eigenen Namen und im Namen der liberalen Führung zurück. Dies geschah über einen an Ospina Pérez gerichteten Brief, der in den Tageszeitungen „El Tiempo“ und „El Expectador“ veröffentlicht wurde. Laut Francisco Leal, war López der erste politische Führer und der erste Führer der Liberalen, der das Großbürgertum vor der neuen Gefahr warnte, dass „hinter der Gewalt die soziale Revolution marschierte“⁹².

⁹⁰ Eine nachdrückliche Beschreibung über den Hintergrund dieser Änderung der Haltung der Liberalen und den aufkeimenden Spannungen zwischen der einfachen bewaffneten Bauernschaft und liberalen Großgrundbesitzern findet sich in der Juan Lozanos Einleitung zu Eduardo Franco Isazas „Guerillas del Llano“ (1959)

⁹¹ Lozano, Vorwort zu: „Las Guerrillas del Llano“, Eduardo Isaza (Bogotá, 1959). Keine Seitennummerierung

⁹² Sánchez in CEREC1985:231

Es muss immer wieder darauf hingewiesen werden: Die Bewegung der Aufständischen gegen die Regierung wurde von der Liberalen Partei genährt, und ganz egal welche Aktionen die Rebellen auch immer tätigten, sie taten dies (zumindest sehr lange Zeit) im Namen und unter Berufung auf die Liberale Partei und gegen die Kämpfer und Aktivisten ihres uralten politischen Rivalen - der Konservativen Partei -. Andererseits zeigen die Art und Weise, mit denen die Volksmassen ihre Aktionen durchführten, ebenso wie die unterschiedlichen Zielscheiben, gegen die sich die Aktionen im Verlauf der Volksrebellion richteten und die damit in Einklang stehenden, sich neu bildenden Organisationsformen des Widerstands an dessen Höhepunkt, dass der ursprünglich rein antikonservative Charakter des Aufstands - wie bereits ausgeführt- weit in den Hintergrund und in vielen Fällen sogar in offenem Widerspruch zu ihrer anfänglichen liberalen Inspirationsquelle getreten war. Wenn nicht sogar offen kommunistisch und klassenkämpferisch nimmt der Aufstand zumindest mehr und mehr die Form eines diffusen antioligarchischen Kampfes an, der über den reinen Parteienkampf weit hinausgeht.⁹³

Ganz gewiss trug der gewaltsame Tod Gaitáns dazu bei, dass sich sowohl auf dem Land als auch in den großen Städten die Feindschaft und der Hass gegen die Konservativen in den ärmsten Bevölkerungsschichten verstärkte, da die Liberale Partei auf die fast uneingeschränkte Gefolgschaft bei großen Massen der Bauern- und Arbeiterbevölkerung zählen konnte.

Gaitán war zum Bannerträger der Hoffnung geworden, dass man ein über hundert Jahre bestehendes Problem der ungerechten Verteilung von Land, Macht und Einfluss lösen konnte. Sein – oft zweifelhaftes – lautstarkes Eintreten für „das Volk“ gegen „die da oben“, gegen die politische und wirtschaftliche Oligarchie, war der Schrei der Landbevölkerung, die sich, als sie von seinem gewaltsamen Tod erfuhr, an seinen – bereits an früherer Stelle zitierten - historisch gewordenen Leitspruch erinnerte.

Ab diesem Zeitpunkt kann der Prozess der „Violencia“ gemäß Guzmán, Fals y Luna in die folgenden fünf Etappen eingeteilt werden.⁹⁴

⁹³ Ebd.

⁹⁴ Guzman/Fals/Umaña, 1962/I: 25

1. Bildung der Volksspannung, von 1948 bis 1949.
2. Die erste Welle der Violencia, von 1949 bis 1953.
3. Der erste Waffenstillstand, von 1953 bis 1954.
4. Die zweite Welle der Violencia, von 1954 bis 1958.
5. Der zweite Waffenstillstand, 1958.

4.3 Der historische Verlauf der „Violencia“

4.3.1 Die erste Etappe der Violencia – Die Regierungen Laureano Gómez und Urdaneta – Beteiligung am Koreakrieg

Guzman/Fals/Umaña rufen die Erinnerung an die aufgeheizte Atmosphäre jener Phase mit folgenden Worten wach:

Caldeada la pasión multitudinaria por fogosas campañas políticas en que la emoción predomina sobre la sensatez, necesariamente se desemboca en situaciones de violencia, porque llega un momento en que el odio, el fanatismo, la intransigencia, la ambición de dominio, la perspectiva de cierta holgura económica dominan a las masas. Las empresas montadas sobre consignas de odio al enemigo y muerte al contendor implicaron, de hecho, la hecatombe de nuestro ambiente.⁹⁵

In diesem Sinn war der 9. April 1948 der Funke, der einen unaufhaltbaren Flächenbrand verursachte.

Dieser Prozess wird von Guzmán mit folgenden sehr archaischen Worten beschrieben: „Luchar... Para eso están los campesinos, la gleba campesina, *carne de demagogia, víctima de intransigencias políticas, en cuya muerte oscura se desangra la patria.*“⁹⁶

Diese Beschreibung (von der veralteten Sprache zur Beschreibung historischer Ereignisse einmal abgesehen) mutet insofern merkwürdig an, als dass in dieser 1962 erstmals erschienenen und in Zusammenarbeit mit Eduardo Umaña Luna und Orlando Fals Borda geschriebenen Sammelband „La Violencia en Colombia“, einer bis heute trotz aller Änderungen und Modernisierungen in der Methodik des Zugangs zum Thema gültigen und minutiösen Aufarbeitung der Vorgänge, die sofort nach Erscheinen von der kolumbianischen Rechten hart attackiert wurde, weil zum ersten Mal deutlich die enorme

⁹⁵ Guzman/Fals/Umaña, 1962/I: 39f.

⁹⁶ Ebd.

Mitverantwortung der traditionellen politischen Parteien, der Kirche, der Armee und der Wirtschafts- und Finanzoligarchie des Landes für den Bürgerkrieg und das tausendfache Morden aufgezeigt wurden, leicht der Eindruck entsteht, dass sich der Autor mit der Idee identifiziert, dass die Bauern wie williges Schlachtfleisch zum Abschachten „ausersehen“ sind, wobei ein gewisser Fatalismus, wonach es gar nicht anders sein konnte, einerseits und eine leichte Verachtung gegenüber den Bauern andererseits mitschwingt. Trotz der großen Verdienste dieses Buches zur Aufarbeitung der „Violencia“ wird doch an einigen Stellen deutlich, wie sehr die glaubwürdig humanistisch gesinnten Autoren es selbst nicht schaffen, in ihrer Ausdrucksform das herrschende Gedankengut der mächtigen Klassen ganz hinter sich zu lassen. Eines ist jedoch gewiss: Die Bauern wurden zu diesem Kampf geschleppt, getrieben, dazu gezwungen, ohne dass die politischen Führer und „Kaziken“, die gerade das Sagen hatten, sich bewusst geworden wären, wie gefährlich es war, mit Landarbeitern und Bauern Revolution zu spielen.

Era de pensarse que los eminentes hombres públicos del liberalismo que llevaron hasta el último extremo la lucha civil contra el gobierno del doctor Ospina y que comprometieron al pueblo en esa lucha, estaban espiritual y personalmente preparados para afrontar las consecuencias de sus actos. No fue así, sin embargo. Sino que por el contrario cuando la violencia oficial planificada se estrelló contra los pueblos, y las gentes del campo se vieron ante la alternativa de perecer o resistir y optaron por la resistencia, entonces los prohombres liberales, hasta ayer tan valerosos, exigentes e insatisfechos, o se recluyeron en sus casas y particulares ocupaciones, u optaron por la circunspección, la moderación, las buenas maneras, la cabeza fría, los amistosos acercamientos y los respetuosos memoriales.⁹⁷

In der ersten Welle der Gewalttätigkeiten ließ eine falsche politische Strategie die beiden traditionellen Parteien wild aufeinander prallen, als die schmutzige und gewalttätige konservative „Wahlkampagne“, in voller Blüte stand. In dieser ersten Etappe der „Violencia“ lassen sich wiederum drei wichtige unterschiedliche Phasen identifizieren:

- a) Stabilisierung der konservativen Partei an der Macht, und damit einhergehender Ausschluss des liberalen Rivalen von dieser mit gewalttätigen Mitteln.
- b) Benutzung der Polizei für eine systematische Verfolgung der Anhänger des politischen Widersachers, die unleugbar von hohen Regierungskreisen ausgedacht und geplant war.
- c) Erklärung des zivilen Widerstands durch die verfolgte liberale Partei, welcher schon bald in die Aktion bewaffneter Gruppen übergang.

⁹⁷Lozano, Vorwort zu: „Las Guerrillas del Llano“, Eduardo Isaza (Bogotá, 1959). Keine Seitennummerierung

Im Jahre 1949, am Vorabend der Einsetzung des Präsidenten Laureano Gómez, ist das gesamte Land wie vom Virus der Gewalttätigkeit befallen und sieht entsetzt dabei zu, wie immer weiter nicht nur grässliche, sondern jede Vorstellungskraft bei weitem überschreitende Verbrechen begangen werden. Der Oktober dieses Jahres stellt eine der unheilvollsten Phasen in der gesamten Geschichte Kolumbiens dar. Es wird der Weiler Ceilán in Bugalagrande (Valle) angegriffen, in Brand gesetzt und geplündert. Die Banditen hinterlassen 150 Opfer, viele von ihnen verbrannt und verkohlt auf dem Schauplatz des Verbrechens. Kurz darauf werden in San Raffael 27 Bürger massakriert, deren Leichname kurzerhand in den Fluss geworfen werden und dessen Wasser blutrot färben.⁹⁸

Am 22. Oktober wird die Casa Liberal in Cali überfallen und ein wahres Gemetzel unter den Personen angerichtet, die bei einer politischen Konferenz teilnahmen. Dabei handelt es sich in ihrer Mehrzahl um Personen, die aus ihren Dörfern, die ohnehin schon von der Gewalt gezeißelt wurden, vertrieben worden waren. Der Verurteilung dieser Aktion durch Dr. Rafael Escallon, einem Konservativen und Exgeneralstaatsanwalt der Republik sprechen in diesem Zusammenhang für sich:

Con el alma profundamente adolorida vengo de Cali, ciudad victima de una cruel afrenta por parte de las autoridades encargadas de velar por su bienestar... La tragedia del sábado 22, que tantas vidas, dolor y sangre le ha costado, no tiene justificación ni disculpa. Nadie hablo en Cali de asonada o ataque a la policía. La hecatombe se consumo dentro del solar que llaman Casa Liberal. En ningún momento se ha dicho en que consistió la asonada (contra) la policía...⁹⁹

Die Gewalt erreichte anlässlich der Wahl von Laureano Gómez Castro zum Präsidenten der Republik (1950-1954) ein jedes Maß überschreitende Niveau. Die Liberalen erklärten öffentlich, dass sich das Land die Last eines Klüngels von sektiererischen politischen Führern aufgeladen hatte, welche der Bevölkerung für offensichtlich böse Zwecke aufgezwungen worden seien. Laureano Gómez wurde am 27. November 1949 ohne liberalen Gegenkandidaten zum Präsidenten gewählt. Die nationale liberale Führung verlautbarte dazu folgendes:

La elección fue ilegítima, ilegítimos e insólitos sus resultados. Así lo declaramos desde el 28 de octubre de 1949, y esa declaración que pertenece a la historia ya no puede ser alterada por nosotros, como no podemos alterar los hechos que la provocaron. Ayer, hoy y mañana, ha sido, es y será cierto que la autoridad ejercida por Laureano Gómez sobre el país no se deriva de un título jurídico sino la imposición de la fuerza.¹⁰⁰

⁹⁸ Guzman/Fals/Umaña, 1962/I: 54

⁹⁹ Semana, Band VII, Nr. 159 5. November 1949, Archiv CINEP

¹⁰⁰ Bericht des Nationalen Führungsgremiums der Liberalen Partei zum Parteitag, Bogotá, 23. Juni 1951, Archiv: CINEP

Während dieser Periode folgte Massaker wie das von Belalcazar (Cauca), bei dem 112 Personen an einem einzigen Tag erschossen wurden, auf Massaker. Gefangene werden erbarmungslos von Angehörigen der regulären Armee, wie etwa dem berüchtigten Leutnant „Mechabrava“ getötet. Mit eiserner Härte wird in den Städten und auf dem Land ein System der Repression errichtet. Dies führt zu einem Staat, der geradezu davon besessen ist, jene zu verfolgen, die die politischen Ideen der Regierung nicht teilen. Die Verfolgten organisierten sich in „Widerstandskomitees“. Bei der Verfolgung beteiligen sich auch vorzugsweise Angehörige der Polizei und des Sicherheitskorps. Die Institutionen der Judikative und Legislative bleiben weiterhin vollständig auf den Kopf gestellt. Im November wird ein Dekret erlassen, durch welches die verfassungsmäßigen Vorschriften für die Nachfolge in der Präsidentschaft modifiziert werden und noch im gleichen Monat legt Laureano Gómez seine Präsidentschaft aus gesundheitlichen Gründen zurück, und setzt Dr. Roberto Urdaneta vorübergehend als seinen Nachfolger ein.¹⁰¹

Unter der kurzen Präsidentschaft Urdanetas erreicht das Blutvergießen weitere unvorstellbare Ausmaße. Die Guerillas organisieren sich besser und die Regierung reagiert darauf mit äußerster Härte und Grausamkeit. Die Verbrechen und Grausamkeiten erreichen auf beiden Seiten ein barbarisches Ausmaß, wie das Beispiel der Ortschaft Líbano 1952 zeigt. Auf die Brandstiftung bei den Tageszeitungen El Tiempo und El Espectador folgen Anschläge auf den Sitz des nationalen Führungsgremiums der liberalen Partei und der Büros der liberalen Führungspolitiker Alfonso López Pumarejo und Carlos Lleras Restrepo. Uniformierte Polizeieinheiten sind direkt bei diesen Brandanschlägen sowie bei den Plünderungen der Residenz von Lleras Restrepo beteiligt.

Im Bericht des Generalsekretariats der Kommunistischen Partei Kolumbiens wird die sich bildende Guerillabewegung folgendermaßen zusammenfassend beschrieben:

En Chaparral se inicia en 1950 como acción de autodefensa de masas; en 1952 se transforma en lucha de guerrillas, dando origen a la resistencia armada en todo el sur del Tolima. Es un movimiento de clase, amplio y definido. El problema de abastecimientos es resuelto por el propio trabajo agrícola de los guerrilleros y por el amplísimo respaldo de la población laboriosa que mira en ellos sus defensores contra los atropellos del enemigo. Con este movimiento colaboraron en ocasiones grupos liberales como el de Rioblanco,¹⁰² que crearon numerosos problemas por sus formas anárquicas de actuar y por su sectarismo.

¹⁰¹ Guzman/Fals/Umaña, 1982/I:44

¹⁰² Ebd.:50

Man musste nicht lange warten, bis diese Entwicklung den Vereinigten Staaten Sorge bereitete. Diese Situation politischer Instabilität und internen Kriegen in Kolumbien beunruhigte auch die Funktionäre des amerikanischen Außenministeriums und der Weltbank. Im US-Außenministerium nahm man davon Abstand, eine günstige Empfehlung hinsichtlich einiger Anträge Kolumbiens an die Weltbank und die Export-Import-Bank zu geben, solange der von Präsident Laureano Gómez verhängte Ausnahmezustand in Kraft wäre.¹⁰³

Mitte des 20. Jahrhunderts setzte die US-Regierung die kolumbianische Regierung unter Druck, die Wirtschaft des Landes zu liberalisieren. Der US-Botschafter in Bogotá, Willard Beaulac, empfahl, die Kredite und Darlehen der Export-Import-Bank und der Weltbank an die Bedingung zu knüpfen, dass Kolumbien dem „Grad der wirtschaftlichen Autarkie und der staatlichen Kontrolle privater Tätigkeit“ Einhalt gebieten und ausländische Investitionen fördern sollte.¹⁰⁴

Anfänglich war das Image des Präsidenten Laureano Gómez bei der US-Regierung wenig positiv. Tatsächlich hatte Gómez, der von seinen liberalen Gegnern das „Monster“ genannt wurde, trotz seiner erbitterten Feindschaft zu den Liberalen in seiner politischen Vergangenheit einige Eckpunkte des Gaitanismus aufgegriffen und war so sogar von Gaitán selbst mehrfach positiv erwähnt worden, vor allem was seine von xenophoben Untertönen getragene Kampagne gegen nordamerikanische Investitionen in Kolumbien betraf. In einem Artikel der Zeitschrift *Life* mit der Überschrift „How to Win an Election in Colombia“ wurde darauf hingewiesen, dass es den Konservativen, einer Minderheitspartei gelungen war, Gómez als Präsident ohne jeden Gegenkandidaten in einer Kampagne durchzusetzen, deren Hauptmerkmal der herrschende Terror gewesen sei.¹⁰⁵

Die *New York Times* machte darauf aufmerksam, dass die Präsidentschaftskampagne etwa 1000 Menschenleben gekostet hatte und dass „die Situation (in Kolumbien) hauptsächlich ein Resultat des Charakters und der Überzeugungen von Laureano Gómez“ sei. Dieser wurde darüber hinaus vom US-

¹⁰³ Saenz Rovner in: Anuario colombiano de historia social y de la cultura, Nr. 28. Universidad Nacional de Colombia. 2001: 66

¹⁰⁴ Ebd.

¹⁰⁵ Ebd.:69

Botschafter als „gewissenlos“, „hetzender Rechtspolitiker“, „ultrakonservativ“ und als „Franco-Bewunderer“ bezeichnet.¹⁰⁶

Dennoch versprach Beaulac nordamerikanische Unterstützung und Kooperation, wenn Kolumbien die vorgegebenen Bedingungen erfüllte. Gómez erwiderte darauf, dass „Kolumbien durch eine vollständige Kooperation mit den Vereinigten Staaten nur gewinnen konnte.“ Nach dieser Konversation mäßigte Beaulac seine Ansicht über Gómez und versicherte dem Außenministerium der Vereinigten Staaten dass es keine „neue Evidenz dafür gibt, die darauf hinweist, dass Gómez und die Konservative Partei die Absicht haben, den Faschismus in Kolumbien einzuführen“ und dass als Präsident Gómez nicht „so destruktiv“ sei, „wie er es war, als er sich noch in der Opposition befand“.¹⁰⁷

Am 7. August 1950 bestätigte Gómez bei der Zeremonie seiner Amtseinssetzung als Präsident seine bedingungslose Unterstützung für die Außenpolitik der nordamerikanischen Regierung und für dessen Rolle in Korea aufgrund seiner „heroischen Anstrengung zur Rettung der Zivilisation“. Er bezeichnete die Vereinigten Staaten als „Verteidiger der Souveränität und Unabhängigkeit des Volkes und der Freiheit und Würde der Menschen, welche die kommunistische Tyrannei zerstören trachtet“.¹⁰⁸

Aber der wirkliche Beweis für die Annäherung von Gómez an die nordamerikanische Außenpolitik konnte dank des Krieges in Korea erbracht werden. Am 25. Juni 1950 überschritten die von der Sowjetunion bewaffneten und unterstützten nordkoreanischen Truppen die Demarkationslinie 38, welche die koreanische Halbinsel seit 1948 in Nordkorea und Südkorea teilte. Zwei Tage danach verurteilte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf Druck der USA und unter Ausnützung der Abwesenheit des sowjetischen Vertreters die Invasion und rief die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen dazu auf, Südkorea militärisch zu unterstützen. Am 28. desselben Monats nahmen die Nordkoreaner Seoul ein.¹⁰⁹

In den ersten Wochen der Regierung von Laureano Gómez bot Kolumbien die Entsendung einer Fregatte und eines Infanteriebataillons an. Die Vereinigten Staaten

¹⁰⁶ Fajardo in CEREC, 1985: 78

¹⁰⁷ Saenz Rovner in: Anuario colombiano de historia social y de la cultura. Nr. 28. Universidad Nacional de Colombia. 2001: 49.

¹⁰⁸ Ebd.

¹⁰⁹ Ebd.: 58

sollten das Training, die adäquate logistische Unterstützung sowie die notwendige Bewaffnung zu günstigen wirtschaftlichen Bedingungen bereitstellen. So kam es, dass Kolumbien das einzige lateinamerikanische Land war, das Truppen in den Koreakrieg entsandte.

4.3.2 Die zweite Etappe der „Violencia“: Beginn der Militärdiktatur Gustavo Rojas Pinillas - Zwischen Befriedung, Modernisierung und Repression

Es mutet geradezu wie eine Ironie der Geschichte an, dass es in Kolumbien eines Militärputsches und einer darauf folgenden Militärdiktatur bedurfte, um der „Violencia“ zumindest für einige Zeit Einhalt zu gebieten.

Die Militärdiktatur, die am 13. Juni 1953 unter der Führung von General Rojas Pinilla begann, und die sich kurz darauf durch die Bestätigung durch eine von diesem selbst eingesetzten Verfassungsgebenden Versammlung, an der neben den Militärs auch eine Mehrheit von konservativen Politikern sowie und auch einige Vertreter der Liberalen miteinbezogen wurden, einen quasi legalen Anstrich zu geben bemüht war, entfaltete ab dem ersten Augenblick eine intensive Kampagne zur Befriedung des Landes, die über die Kommandanten der offiziellen Streitkräfte an alle bewaffneten Gruppen gerichtet wurde. Das wichtigste Mittel im Rahmen dieser Befriedungskampagne bildete das Angebot einer breiten Amnestie und Strafflosigkeit, die sowohl für die liberalen und kommunistischen Guerillas als auch die rechtsgerichteten Bandoleros und die konservativen Kontraguerrillas galt. Dazu kamen kleine staatliche Hilfen für die Reintegration der Mitglieder der bewaffneten Verbände in das zivile Leben.

So gelang es, die Guerillas langsam aus den Tiefen der Llanos zu locken und zu der Übergabe ihrer Waffen zu bewegen.

Als vielsagendes Dokument muss in diesem Zusammenhang das Rundschreiben zitiert werden, das an die Kommandanten der Flotte, der Luftstreitkräfte und der Armee am 19. Juni 1953 gerichtet wurde und in dem folgendes zu lesen ist:

Interpretando el sentir del excelentísimo señor Presidente de la República, Teniente General Gustavo Rojas Pinilla, lo autorizo para que a todos los individuos que en una u otra forma se hallan comprometido en hechos subversivos contra el orden público y que se presenten voluntariamente ante las autoridades militares haciendo entrega de sus armas, los dejen en completa libertad, les protejan sus vidas, les ayuden a reiniciar sus actividades de trabajo y los auxilien en sus actividades mas apremiantes cuando las circunstancias así lo exijan y usted lo

examine necesario. Sírvase hacer conocer esta orden en todas sus dependencias y difundirla en las zonas afectadas de su jurisdicción. Firmada: Brig. Gral. Alfredo Duarte Blum.¹¹⁰

Die folgenreichste Vereinbarung gelang General Duarte Blum in den östlichen Llanos, wo nach Aussagen des Generals, dem es gelungen war, das Vertrauen der Guerillas für sich zu gewinnen, insgesamt 3540 bewaffnete Kämpfer allein im August und September 1953 sich den Militärs stellten. Insgesamt gaben 6500 ausgelaugte und von Krankheiten geplagte Rebellen ihre Waffen im gesamten Land und innerhalb von nur fünf Tagen im September 1953 ab, begierig, wieder in die Normalität und zu ihren Familien und ihren Gemeinden zurückzukehren. So konnte rasch ein beträchtliches Abnehmen der politischen Gewalt und der allgemeinen Kriminalität im Land festgestellt werden, womit die Gewalt auf einige wenige Brandherde im Süden des Departments Tolima beschränkt wurde.

Mario Murillo schreibt dazu folgendes:

En su mayor parte, los grupos armados estuvieron de acuerdo cuando el gobierno comenzó a formular un programa de reformas democrático y un desarrollo económico que estaba aparentemente diseñado para reconstruir el campo devastado y ayudar a los campesinos desalojados. Las vastas y subdesarrolladas regiones del sur fueron abiertas como solución al problema de la tierra conduciendo a una intensa colonización de campesinos desplazados por la violencia. Algunos grupos armados guerrilleros, particularmente con base en el área de mayor influencia comunista de Sumapaz y el sureño de Tolima, no estaban completamente listos para formar parte de la amnistía; sin embargo, optaron por más de un ataque de „autodefensa“ contra el nuevo gobierno. Ellos no estaban convencidos de que el gobierno proporcionaría opciones significativas para ellos y sus familias. Aunque eran considerablemente muchos menos en cantidad, estos grupos eran similares a las guerrillas de hoy, quienes insisten en un plan de paz comprensivo que vaya más allá de la simple deposición de las armas y la reinserción en la vida civil. Las fuerzas en esta región planteaban el problema de la tierra y la reforma política como un componente esencial de cualquier acuerdo con el gobierno. Algo más que una rendición incondicional constituida. Estas guerrillas proporcionaron el fundamento de lo que se ha llegado a conocer como las „Repúblicas Independientes“, dispersas a lo largo de las junglas de las colinas andinas y organizadas como comunidades de autodefensa militar y de autoabastecimiento económico. Naturalmente, su posición no era vista favorablemente por el gobierno.¹¹¹

Murillo spricht hier zwei Aspekte an, die für den weiteren Verlauf der politischen Gewalt in Kolumbien von großer Bedeutung sein sollten: Einerseits die Tatsache, dass hier weite, unzugängliche Gebiete im östlichen Orinoco-Tiefland Kolumbiens, den sogenannten „Llanos Orientales“, für die Besiedlung durch verarmte, durch die „Violencia“ von ihren Ländereien vertriebene Massen einfacher Bauern aus dem Zentrum des Landes (vor allem aus Kaffeeanbaugebieten des „Viejo Caldas“, des Tolima und des südlichen

¹¹⁰ Diario de Colombia (Bogotá), 20 Juni 1953.

¹¹¹ Murillo, 2004: 59

Antioquía) geöffnet wurden, was zu neuen Streitigkeiten um Landrechte, meist zwischen alteingesessenen Großgrundbesitzern und ebendiesen neuen Siedlern führte.

Andererseits spricht Murillo das Phänomen der immer weiter zunehmenden Politisierung der Guerillas an, für die eine Garantie auf Amnestie und Straflosigkeit allein nicht mehr genügte. Mit der Zeit sollten diese Guerillas immer konsequentere Forderungen nach sozialpolitischen und strukturellen Veränderungen stellen, die eine radikale Agrarreform und eine Veränderung und Öffnung der demokratischen Strukturen und des Systems der kolumbianischen regulären Streitkräfte einschlossen.

Wenn man die Situationen jener Gruppen betrachtet, die versuchen, wieder ein friedliches Leben aufzunehmen, offenbart sich ein Bild abgrundtiefen Elends. Es handelte sich dabei um Volksmassen, die jede nur erdenkliche Art von Entbehrungen und Gewaltorgien erduldet hatten, selbst dabei oft zu Tätern geworden waren, und nun auf grausame Weise durch sich massiv ausbreitende Krankheiten und Epidemien gequält wurden.

Im Wesentlichen gab es zwei Gruppen von Überlebenden: Die Gruppen, die durch Berge und Wälder marodierten und jene, die als Vertriebene in Dörfern und Städten überlebt hatten. Beide Gruppen bilden eine Masse von Bauern, die ein gemeinsamer Nenner des Elends und Unglücks einte. Diese Masse verfügt über eine erstaunliche Bereitschaft zu Konfrontation und Kampf. Die bitteren Erfahrungen, die sie im Umgang mit den staatlichen Sicherheitsbehörden, mit Polizei und Armee gemacht haben, führten bei ihnen zu einer erhöhten Reizbarkeit und einem ausgeprägten Misstrauen in staatliche Maßnahmen, ein Misstrauen gegen den Staat, das bis heute bei der kolumbianischen Bauernschaft fortlebt.

Der Diktator Rojas Pinillas gelang es, durch die oben erwähnten umfangreichen Amnestien für alle bewaffneten Gruppen die „Violencia“ für einen kurzen Zeitraum fast gänzlich zum Erliegen zu bringen. Dabei kam ihm zugute, dass ihm am Anfang sowohl von den Liberalen als auch von den Konservativen – mit Ausnahme der eisernen Anhänger des ultrareaktionären Laureano Gómez, der durch den Militärputsch Rojas Pinillas ins Exil in Spanien getrieben worden war - große Unterstützung entgegengebracht wurde. Rojas Pinilla bewies in der Anfangsphase auch großes Geschick darin, sich selbst als einigende dritte Kraft in Kolumbien zu präsentieren, die auf eine moralische

Erneuerung der Nation abzielte und unterschiedliche ideologische Elemente vereinte. Fanatischer Antikommunismus bei gleichzeitigem paternalistischem Sozialreformismus und Wiederaufnahme einiger wichtiger Elemente des Gaitanismus, Vertiefung der Beziehung zwischen Staat und Kirche, Appelle an die Überwindung der parteipolitischen Grabenkämpfe durch eine nationale Versöhnung im Geiste eines übergeordneten Patriotismus in Anlehnung an die Ideale Simon Bolívars – dieses Sammelsurium unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Anschauungen und Ideologien fand zunächst großen Anklang bei der großen Masse der kriegsmüden Kolumbianer.

Mit dem sicheren Rückhalt breiter Sektoren der kolumbianischen Bevölkerung setzte Rojas Pinilla auch eine Reihe ehrgeiziger Infrastrukturprojekte um, die für Kolumbien einen weiteren wichtigen Schritt in das moderne Zeitalter bedeuteten: die Einführung des Fernsehens mithilfe deutscher Unternehmen, der Bau des internationalen Flughafens El Dorado in Bogotá, den Ausbau der wichtigen Eisenbahnlinie Bogotá - Santa Marta an der Karibikküste. Ein weiterer Meilenstein war die Einführung des Frauenwahlrechts, ein Umstand, der umso befremdlicher anmutet, als das Rojas Pinilla weit davon entfernt war, das theoretisch von ihm eingeführte Recht auch in die Praxis umzusetzen. Einige Kritiker Rojas weisen darauf hin, dass diese Errungenschaft der Regierung Rojas Pinillas von einigen durchaus egoistischen Hintergedanken getragen war:

El general Rojas Pinilla también aprovechó el discurso populista maternalista que venía desde la época del caudillo Jorge Eliécer Gaitán, en el cual se planteaba la idea que las mujeres, por ser madres, eran ciudadanas importantes. El Papa Pío XII había bendecido el voto femenino para salvar a Italia del comunismo; no es casual que en las mismas sesiones de agosto de 1954, también se aprobara un Acto Legislativo que declaraba ilegal el comunismo. Tanto la iglesia como el populismo, utilizan la ideología maternalista, exaltando socialmente a las mujeres por este rol, e invitándolas al sufragio, es decir a votar por los intereses de la patria. No era la misma interpretación que las sufragistas tenían, sus aspiraciones iban por la participación política, la democracia, la paz y el ejercicio pleno de la ciudadanía.¹¹²

Das Frauenwahlrecht sollte also so gesehen dazu dienen, eine Bestätigung der Präsidentschaft des tiefkatholischen Rojas Pinillas bei den für 1958 vorgesehenen regulären demokratischen Wahlen durch die Frauen zu bewirken, die von diesem als religiöser eingestuft wurden als ihre Männer. Das Kalkül Rojas Pinillas war also offensichtlich, dass die weibliche Wählerschaft bei einem zukünftigen Urnengang unter dem Einfluss der Kirche mehr oder weniger geschlossen für einen konservativen

¹¹² Unbekannter Verfasser: <http://www.monografias.com/trabajos63/mujeres-urnas/mujeres-urnas2.shtml>

Kandidaten stimmen würde, der Rojas Pinilla trotz all seiner sozialkämpferischen Rhetorik seinem Wesen nach immer war.

Der amerikanische Historiker David Bushnell macht in seinem Buch „*Colombia, una nación a pesar de si misma*“ auf einige frappierende Parallelen der Politik Rojas Pinillas nicht nur mit dem Gedankengut Gaitans sondern vor allem auch mit jener Peróns in Argentinien aufmerksam:

Finalmente, tal vez el aspecto más controvertido de la política socioeconómica de Rojas Pinilla fue su franco intento de convertir las organizaciones de los trabajadores en uno de los dos principales puntales de su régimen junto con las fuerzas armadas. Tal política era muy similar a la de Perón, otro militar que pretendió apelar al favor del pueblo por sobre las cabezas de los líderes civiles de los partidos. Perón había proclamado también un ambicioso programa de reformas económicas y sociales y, con su peculiar versión del populismo autoritario todavía estaba en el poder cuando Rojas Pinilla asumió el gobierno.¹¹³

So vielversprechend der Anfang der Regierung Rojas Pinillas auch war und so sehr er auch von den weiten Teilen der Gesellschaft gestützt wurde - so bald kehrte auch Ernüchterung über die Absicht Rojas Pinillas ein, seine Militärregierung nur als Übergangsphase zu neuen demokratischen Wahlen zu etablieren. Immer deutlicher wurde Liberalen und Konservativen auch bewusst, dass Rojas Pinilla mit seiner Absicht ernsthafte, sich als unabhängige dritte Kraft zu etablieren, um auf diese Weise den beiden traditionellen Parteien tatsächlich den Verbleib an der Macht streitig zu machen. Mit Rojas Pinillas an der Spitze des Staates würde es also keine baldige Rückkehr zur „politischen Normalität“, zur gewohnten Hegemonie der beiden traditionellen Parteien geben.

In dieser Phase leistete sich Rojas Pinilla auch einige schwerwiegende politische Fehler, die ihn letztlich auch das Amt des Präsidenten kosten sollten. Der seit 1949 geltende Ausnahmezustand wurde entgegen allen Ankündigungen von ihm nicht aufgehoben, die reichlich fließenden Devisen aus dem beispiellosen Kaffee-Boom jener Jahre wurden nur in die oben genannten prestigeträchtigen Infrastrukturprojekte, nicht aber in den Aufbau moderner und gerechterer sozialer und agroindustrieller Strukturen oder den Aufbau einer allgemeinen Gesundheitsversorgung investiert.

Es mehrten sich auch die Vorwürfe (deren Stichhaltigkeit bis heute nicht restlos geklärt ist) aufgrund angeblicher persönlicher Bereicherung, illegaler Geschäfte (vor allem mit Vieh und Land), Günstlingswirtschaft und Nepotismus des Diktators und seiner

¹¹³ Bushnell, 1996:299

näheren Umgebung. Es mag an diesen Vorwürfen nicht immer alles gestimmt haben – aber sie trugen zweifellos zu einem allmählichen Imageverlust Rojas Pinillas bei.

Die eiserne Hand der Diktatur war immer stärker zu spüren: am offensichtlichsten spiegelt sich dies in der Schließung der traditionellen Tageszeitungen „El Tiempo“ und „El Expectador“, die aber sehr bald aufgrund des ausländischen Protests und internen Drucks unter anderen Namen, „Intermedio“ und „El Independiente“ wiedereröffnet wurden. Ganz offensichtlich hatte Rojas Pinilla die Welle des Protests und den damit einhergehenden Prestigeverlust für seine Regierung, den diese Maßnahme hervorrief, weit unterschätzt.

Tristemente, el general que tuvo la nación en sus manos, seguía la trillada ruta de los dictadores latinoamericanos: euforia inicial, agitar de pañuelos y esperanzas, móviles patrióticos del golpe, lucha demagógica por los desposeídos planteando remedios radicales contra la corrupción atávica. Del populismo inicial se transita hacia la dictadura plena: censura de prensa; rechazo airado a cualquier crítica o forma de oposición; soberbia, endiosamiento e infalibilidad; soluciones de fuerza cuando ésta resulta contraproducente; turbulencias civiles sujetadas con mano fuerte; y por último, alejamiento de los camaradas, olímpicos desdén por las rebeldías crecientes y caída bajo distintas formas de derrocamiento, con sucesión militar transitoria o temporalmente estable (cuando no, devolución de las riendas del Estado al estamento político, en ciclos repetidos que en Colombia no han ocurrido).¹¹⁴

Es fällt schwer, einen genauen Zeitpunkt für den Verlust der Unterstützung der Regierung Rojas Pinillas durch die breite Volksmasse und durch die beiden traditionellen Parteien zu definieren. All die oben genannten Faktoren trugen schrittweise zu Abkehr und Ernüchterung bei. Blutige Akte der Repression im urbanen Umfeld wie etwa das berühmte-berühmte Massaker in einer Stierkampfarena, das sich in Bogotá im Februar 1956 zugetragen, als sich die Menge der Zuschauer weigerte, der anwesenden Tochter des Diktators ihre Huldigung darzubringen, worauf seine Anhänger für diesen Akt des zivilen Ungehorsams blutige Rache nahmen und mindestens 8 Zivilisten töteten, waren zwar nicht an der Tagesordnung, trugen aber weiter zur Untergrabung des Ansehens des Regimes bei.

Wenn sich Rojas Pinillas einerseits durch solche mit seinem Regime in Verbindung stehenden Gewaltakten langsam beim Volk unbeliebt machte, verlor er gleichzeitig zunehmend an Zuspruch in den Reihen der liberalen und konservativen Oligarchie, indem er ganz in der Tradition Gaitáns in der Rolle des Beschützers des einfachen Volkes Gesetze für Steuererhöhungen für die wohlhabendsten Bürger verabschiedete, eine Steuer auf Aktien- und Spekulationsgewinn erließ, um die Erlöse in neu geschaffene Sozialprogramme zu investieren, welche unter der Kontrolle des ebenfalls von Rojas

¹¹⁴ Medina/Sánchez, 2003: 247

Pinilla geschaffenen Sozialamtes (Secretariado Nacional de Asistencia Social-SENDAS) stand, Diese Institution, für die die Person Eva Peróns mit ihrer vielfältigen karitativen Tätigkeit ganz offensichtlich Pate stand, und welche von der Tochter des Generals, María Eugenia Rojas, ganz im Stile des argentinischen Vorbilds geführt wurde, setzte stark auf katholisch-karitative Hilfe in Form von Armenausspeisungen, Zuteilung von Sozialwohnungen und Sozialmärkte für die sozial Schwächsten. Dennoch gelang es María Eugenia Rojas nie, die Popularität ihres großen Vorbilds zu erreichen.

Die wahre Zerreißprobe für die Unterstützung der Militärregierung durch die traditionellen Parteien war allerdings gekommen, als Pläne Rojas Pinillas bekannt wurden, die Industrie mit einer Sondersteuer zu belegen und als es immer offensichtlicher wurde, dass dieser keineswegs gewillt war, bei den für 1958 vorgesehenen Präsidentenwahlen die Macht wieder an die traditionelle Parteienoligarchie abzutreten, sondern ganz im Gegenteil selbst mit einer eigenen Liste anzutreten gedachte.

Insgesamt bleibt das Urteil über die Regierungszeit Rojas Pinillas zwiespältig. Offensichtlich ist, dass seine Diktatur zumindest in ihrer Anfangsphase angesichts der Dimensionen, die die "Violencia" unter Laureano Gómez erreicht hatte, ein wohl akzeptables kleineres Übel war. Ebenso offensichtlich ist aber auch, dass er aufgrund mangelnder Vorbereitung, einer fehlenden langfristigen Strategie, innenpolitischen Turbulenzen und einem zu radikalem religiös verbrämten antikommunistischem Sendungsbewusstsein nicht in der Lage war, der „Violencia“ auf Dauer Einhalt zu gebieten. Im Gegenteil: seine drakonischen Strafmmissionen in jene Gebieten, in denen die kommunistische Guerilla nur pro forma ihre Waffen übergeben hatte, aber weiter starke politische Agitation unter den Bauern zugunsten einer radikalen Landreform betrieb (wie in der Gegend von Sumapaz), trugen dazu bei, dass die „Violencia“ auch unter Rojas Pinillas Amtszeit wieder massiv aufflammte.

Zu dem Wiederanschwellen der Gewalt trug auch ein weiterer schwerer Fehler Rojas Pinillas bei, der darin bestand, die Amnestie im Verlaufe des Jahres 1954 auch auf jene bewaffneten Bandoleros zu erweitern, die im Namen des Konservativen Präsidenten Laureano Gómez die liberale Zivilbevölkerung brutal terrorisiert hatten, und - kaum aus den Gefängnissen entlassen - wieder damit begannen, liberale Bauern umzubringen. Somit trug Rojas Pinillas Politik der allgemeinen Straflosigkeit mit dazu bei, das Phänomen der bäuerlichen Selbstverteidigung neuerlich virulent werden zu lassen.

Das Symbol für das politische, militärische, moralische und humanitäre Fiasko, in welches die Politik der harten Hand und der Repression während der Militärdiktatur Rojas Pinillas gegen die kommunistische Agitation und weiterhin in Rebellion gegen den Staat befindlichen kommunistischen Bauernguerillas mündete, ist jedoch der als „Krieg von Villarica“ bekannt gewordene rabiate Feldzug einer bis an die Zähne bewaffneten und zahlenmäßig weit stärkeren regulären Armee gegen kleine Gruppen wieder bewaffneter Bauern im Department Tolima.

Hier ein Zeitzeugenbericht aus der Warte eines betroffenen Bauernguerilleros über diese bewegten und blutigen Tage, als jede Illusion, die „Violencia“ könnte bald der Vergangenheit angehören, endgültig zerschlagen wurde.

A raíz del asesinato de los estudiantes en Bogotá, a partir de junio de 1954 desató otra sangrienta fase de violencia, los campesinos de Villarica, debidamente organizados en comités de frente democrático, y sindicatos de agricultores, iniciamos la fijación de centenares de consignas murales por caminos, casas, arboles y demás medios disponibles, manifestando nuestra protesta, acompañando todo ello de memoriales y peticiones exigiendo el cumplimiento de las promesas de Rojas Pinilla, a cambio de seguir engañando al pueblo con promesas y mas promesas. La exigencia de una organización general del campesinado y la acción de protesta, dió pie al gobierno para preparar la iniciación de la nueva ola de violencia.¹¹⁵

Während mehr als fünf Monaten zwischen November 1954 und Mai 1955 fanden in verschiedenen Ortsteilen der Gemeinde Villarica in der Region Sumapaz sporadische Zusammenstöße und Gefechte zwischen Bauern und der Armee statt, wobei häufig zwischen 200 und 300 Heereseinheiten mit Bauern zusammenstießen, die entschlossen waren, ihr Hab und Gut, ihr Heim und ihre Familien zu verteidigen.

Je stärker der Widerstand der Bauern wurde, desto mehr sah sich die Diktatur gezwungen, ebenfalls die Aggression zu erhöhen, was wahre Schlachten nach sich zog, bei denen die Regierung etwa 1500 Kampfeinheiten, verstärkt durch Maschinengewehre, 40 gepanzerte Wagen und einige Panzer konzentrierte, welche vom Hauptplatz Villaricas aus unablässig auf die Verteidigungsstellungen und Häuser der Bauern feuerten, wobei dieser Angriff durch aufeinander folgende Geschwader von 10 Bombenflugzeugen und Maschinengewehrbeschuss aus der Luft unterstützt wurde. Drei Tage lang dauerte dieser verbissene Kampf, nach dem sich die Armee aber dennoch zum Rückzug gezwungen sah. Die Armee hatte eine blamable Niederlage einstecken müssen und darüber hinaus noch

¹¹⁵ Guzman/Fals/Umaña, Eduardo, 1982 Bd. 2: 112

mit ihrem brachialen Vorgehen gegen spärlich bewaffnete Bauerngruppen jeden Anspruch auf moralische Legitimität für lange Zeit verspielt.¹¹⁶

Wenn auch die offizielle Gründung der FARC, der ältesten noch existierenden linken Guerilla Lateinamerikas fast ein Jahrzehnt später als Konsequenz eines ebenso massiven Angriffs der regulären kolumbianischen Armee auf eine autarke Bauernklave in Marquetalia (Tolima) erfolgen sollte, gibt es jedoch keinen Zweifel darüber, dass mit der Aggression des Militärregimes gegen die Bauern von Villarica endgültig der Grundstein zu ihrer späteren Existenz gelegt und eine klaffende Wunde im Fleisch der kolumbianischen Gesellschaft geöffnet worden war, die bis heute nicht verheilt ist.

Das endgültige Ende der Diktatur Rojas Pinillas war besiegelt, als sich auch die Katholische Kirche ganz offen gegen diesen stellte und einen Generalstreik unterstützte, der von breiten Sektoren der kolumbianischen Gesellschaft getragen wurde. Diese seltsame Allianz, die sich aus den Anhängern des ehemaligen konservativen Präsidenten Laureano Gómez, dessen ehemaligen erbitterten Feinden, den Liberalen sowie den kolumbianischen Streitkräften und der Katholischen Kirche gebildet hatte, zwang den Diktator schließlich zum Rücktritt. An dessen Stelle trat das als „Frente Nacional“ bezeichnete seltsame Wahlbündnis der beiden Erzfeinde Liberale und Konservative, mit dem die sogenannte „offizielle“ Periode der „Violencia“ in der herkömmlichen Geschichtsschreibung als beendet gilt.

4.4 Eine Opferbilanz der "Violencia"

Eine offizielle Bilanz der Opfer, die dieser Bürgerkrieg gekostet hat, ist bis heute schwer zu erstellen. Laut einer Schätzung des französischen Soziologen und Kolumbien-Experten Daniel Pécaut betrug die Zahl der Opfer der Violencia im Jahre 1947, also noch vor dem Mord an Gaitán, etwa 14.000, um in den anarchischen 12 Monaten des Jahres 1948 auf mehr als 43.000 Tote anzusteigen, während die Zahl der Todesopfer im Jahre 1949 auf „nur“ 18.500 sank, um im Jahr darauf wiederum auf unvorstellbare 50.000 zu steigen. Bis zum Beginn der Militärdiktatur Rojas Pinillas beläuft sich die Zahl der Toten auf mindestens 140.000, was bei einer Bevölkerungszahl von 15 Millionen Menschen

¹¹⁶ Ebd.

(nach einer offiziellen Volkszählung 1951) einen unvorstellbaren Prozentsatz von 1% dieser Gesamtbevölkerung darstellt.¹¹⁷

Die Schätzungen für die Gesamtzahl der Opfer zwischen 1946 und 1958 schwanken zwischen 200.000 und 300.000 Toten, wobei etwa drei Viertel der Regierungszeit von Laureano Gómez zuzuschreiben sind.¹¹⁸ Ganz schwer zu erfassen sind die Zahlen jener Personen, die durch die *Violencia* Hab und Gut verloren haben, vertrieben wurden, sowie an Leib und Seele verletzt wurden. Es besteht jedoch kein Zweifel darüber, dass es sich bei diesen Opfern um Hunderttausende wenn nicht gar Millionen Menschen, in ihrer Mehrzahl einfache Bauern, handelt.

4.5 Die „Violencia“ im Spiegel von Volkskultur, Literatur und Malerei

Das Trauma der *Violencia* lebt in Kolumbien in vielfacher Weise fort. Abgesehen von der Tatsache, dass sich viele der politischen, sozialen und strukturellen Schemata, welche die "Violencia" bedingten, bis heute unter veränderten Vorzeichen und vor der Hintergrund einer in vielen Belangen modernisierten Gesellschaft zu wiederholen scheinen, lebt das Gedächtnis um die blutigen Ereignisse nicht nur im kollektiven Bewusstsein der unmittelbaren Zeitzeugen sondern auch mündliche Überlieferung und Erzählungen in den nächsten Generationen fort. Die Protagonisten der „Violencia“, rechte Bandoleros, die die konservative Regierung durch ihren Terror stützten und liberale sowie kommunistische Guerillas, fanden - wie bereits an anderer Stelle erwähnt - Eingang in verschiedene Ausdrucksformen der Populärkultur und Folklore zwischen Musik, Theater und Tanz. Dabei wurde es mit der historischen Wahrheit nicht immer so genau genommen, womit diese Kulturformen vielfach zur Grundlage von Legenden- und Mythenbildungen, bei der die historischen Gestalten entweder heroisiert oder dämonisiert wurden.

Ab den 1960-er Jahren wurde schließlich eine Flut von nationalen und internationalen Essays, soziologischen und historischen Studien zu den Hintergründen und den Verlauf dieser geschichtlichen Periode in Kolumbien und im Ausland publiziert, wobei dem historischen Phänomen der „Violencia“ immer neue Facetten abgewonnen

¹¹⁷ Pécaut, 1987: 549ff.

¹¹⁸ Hörtner, 2006: 87

wurden, um so das Problem in all seiner Komplexität zu beleuchten. Nicht immer haben diese Studien meiner Meinung nach zu einem wirklichen Erkenntnisgewinn beigetragen, vor allem dort, wo die historische, soziale und politische Analyse der Hintergründe der Gewaltexplosion zugunsten eines etwas obskur-psychologisierend anmutenden Erklärungsansatzes vernachlässigt wurde.

In der Literatur bildete sich sogar das eigene Subgenre der sogenannten „Violencia-Literatur“. Dieses Phänomen wäre sicher einer eigenen Abhandlung wert, ich möchte an dieser Stelle aber zumindest einige der wichtigsten Veröffentlichungen anführen. Der Klassiker der Violencia-Literatur schlechthin ist vielleicht der (auch erfolgreich verfilmte) Roman Gustavo Álvarez Gardeazábal's *„Condores no entierran todos los días“* (1971), der auf der außergewöhnlichen, realen Lebensgeschichte von León María Lozano, alias „El Condor“, basiert, einem der gefürchtesten, vom konservativen Regime und schließlich auch von der Militärregierung Rojas Pinillas unterstützten, aber letztlich fallengelassenen, reaktionären Bandoleros (die wie bereits an anderer Stelle ausgeführt auch unter dem Namen „Pájaros“ bekannt wurden) und dessen Biografie mit literarischen Mitteln aufarbeitet. Gustavo Álvarez Gardeazábal gelingt es, das Klima des allgemeinen Terrors jener Jahre, die Dämonisierung der Liberalen durch die Katholische Kirche, die Stimmung von Gesetzlosigkeit, Straflosigkeit und Anarchie, die sich durch die gesamte kolumbianische ländliche Gesellschaft zog, den Machiavellismus eines gedungenen politischen Mörders und seiner konservativen Auftraggeber auf nachdrückliche Weise heraufzubeschwören. Für den Autor stellte dieses Porträt eines einfachen, tiefgläubigen Mannes, der Käse auf dem Marktplatz seiner kleinen Dorfgemeinde Tuluá verkaufte, und sich eigentlich eher durch Zufall – durch die Verteidigung einer Kapelle gegen erzürnte Anhänger Gaitáns - zu einem der gefürchtesten Bandenchefs seiner Zeit verwandelte mehr als nur ein Symbol dieser Zeit dar, es bedeutete für ihn die Verkörperung der „absoluten Macht“.¹¹⁹

An dieser Stelle sei mir hier die Anmerkung gestattet, dass viele wichtige Führer der „Pájaros“ und ihrer konservativen politischen Hintermänner nie für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen wurden - im Gegenteil - das Netzwerk aus gedungenen Mördern und politischen Drahtziehern blieb auch lange nach dem sozusagen offiziellen Ende der „Violencia“ intakt, und viele ihrer Protagonisten bekleideten weiterhin wichtige und prestigeträchtige Posten in Politik, Diplomatie und Wirtschaft.

¹¹⁹ Unbekannter Verf. :<http://www.elpais.com.co/paisonline/notas/Octubre222006/histo.html>

Auch einige der früheren Romane des kolumbianischen Literaturnobelpreisträgers Gabriel García Márquez, vor allem die meisterhaft knappen „*La mala hora*“ und „*El coronel no tiene quién le escriba*“ gehören zu diesem wichtigen Subgenre der kolumbianischen Literatur. Die wahren Protagonisten dieser Romane sind keine Personen – es ist vielmehr die alles durchdringende, allgegenwärtige, autoritäre Gewalt - ein schleichender Verfall aller Werte der Menschlichkeit und der Moral. Die Meisterschaft García Márquez' besteht gerade in der Beschwörung dieser Stimmung allgemeiner Paranoia und der Ausübung von Macht durch psychologischen und physischen Terror, in die auch noch jene mithineingezogen werden, die eigentlich guten Willens sind, ohne dass hier leichtfertig konkrete parteipolitische Schuldzuschreibungen ausgesprochen werden. Der Hauch des Fatalismus, der durch die knappe, auf jede Schnörkel verzichtende Schreibweise noch verstärkt wird, bewirkt, dass der Leser mitten in einen Strudel von Hoffnungslosigkeit und Depression hineingerissen wird.

Die Gewalttäter in den Romanen des kolumbianischen Nobelpreisträgers geben sich keiner Illusion hin, dass sie ihr Leben auf natürliche Weise beschließen werden. Der Horror der Gewalt wird also nicht so sehr durch blutige äußere Ereignisse geschildert, er spielt sich vielmehr auf der Ebene der literarisch nur angedeuteten Vorgänge im Inneren jedes Einzelnen, durch die Darstellung des fehlenden Aufbegehren gegen ebendiese Umstände und das willfährige Sich-Ergeben in eine scheinbar aussichtslose Situation und in die quasi Naturgesetzlichkeit der Gewalt ab – dennoch oder vielleicht gerade deswegen wirkt die soziale Anklage umso nachdrücklicher.

Auch bei vielen den späteren Meisterwerken García Márquez', wie bei „*Cien años de soledad*“ und „*El otoño del patriarca*“ zieht sich der Aspekt totalitärer Gewalt, der zweifellos durch die traumatische Erfahrung der „Violencia“ beeinflusst ist, wie ein unsichtbarer Leitfaden durch das Geschehen, auch wenn diese Romane nicht mehr unmittelbar zur Violencia-Literatur zu zählen sind.

In diesen Romanen wimmelt es vor konkreten Anspielungen auf Ereignisse der Bürgerkriege zwischen Liberalen und Konservativen im 19. Jahrhundert, auf den Krieg der Tausend Tage (1899-1902), die blutig niedergeschlagenen Arbeiterbewegungen an der Karibikküste in den 1920-er Jahren und die „Violencia“. Durch den erzählerischen Kniff, diese Ereignisse in der Erzählung aber in keiner realen Zeit zu verorten, entsteht der Eindruck eines sich immer wiederholenden fatalen Zyklus der Gewalt, aus denen die Menschen nicht ausbrechen können oder wollen.

García Márquez gelingt in diesen Romanen darüber hinaus die meisterhafte und nachdrückliche Darstellung eines Aspektes totalitärer Macht, der in vielen anderen Romanen oder Abhandlungen zu kurz kommt: der absoluten Einsamkeit und Isoliertheit jener, die diese Macht ausüben, in Verbindung mit einem allumfassenden Misstrauen gegen alle und alles: kurzum das Ende jeglicher Verbindung der Menschen durch Kommunikation. Jeder Akt der Gewalt zieht einen weiteren nach sich, bis sich auch die besten Intentionen durch Kontrollverlust, Paranoia und Hass aufgelöst haben. So sagt im Roman *Cien años de soledad* der General Moncada, ein alter Kampfgefährte des Oberst Aureliano Buendía, kurz bevor dieser ihn wegen des Verdachts auf Verrat hinrichten lässt:

„Pero lo que me preocupa no es que me fusiles, porque al fin y al cabo, para la gente como nosotros ésta es la muerte natural... Lo que me preocupa es que de tanto odiar a los militares, de tanto combatirlos, de tanto pensar en ellos, has terminado por ser igual a ellos. Y no hay un ideal en la vida que merezca tanta abyección.“¹²⁰

Diese Worte könnten sich auch auf die linke Guerilla der ELN beziehen, die vor allem in den 1970-er und 1980-er Jahre für ihre ideologischen Standgerichte wegen „Verrats“ unter den eigenen Reihen berühmt-berüchtigt waren, denen selbst ihre höchstrangigen Anführer manchmal zum Opfer fielen bzw. nur um Haaresbreite entgingen.

An anderer Stelle trifft ein desillusioniert und verhärteter Aureliano Buendía folgende bittere Feststellung mit dem er den Verlust jeglicher Ideale beschreibt: „Sólo estamos luchando por el poder“.¹²¹

Ein weiteres interessantes Merkmal des oft als „magischer Realismus“ bezeichneten Literaturstils García Márquez' ist die Verschmelzung von Realität und Legende, von historischer Tatsache und subjektiver Vergegenwärtigung oder Verdrehung dieser Tatsachen, ein Merkmal, das insofern sehr interessant ist, als gerade die Verquickung von Wahrheit und Erfindung, diese Überlagerung von Realität und Legende, tatsächlich Erlebtem und Geschilderten, Erinnerungem und bewusst Vergessenem, Prosaischer Tat und ins heroische erhobenem Mythos für die Aufarbeitung der „Violencia“ in Kolumbien gerade bei der Generation der Zeitzeugen so typisch ist.

Der „magische Realismus“ besteht im Wesentlichen darin, dass der Erzähler bestimmte fantastische Elemente, die sich aus Volks(aber)glauben, Vergessenwollen und

¹²⁰ García Márquez, 1967: 138

¹²¹ García Márquez, 1967: 268

Verdrehung in der oralen Vergewärtigung und Erinnerung an bestimmte, tatsächliche Ereignisse ergeben, nicht in Frage stellt, sondern sie so schildert, als wären sie eine unverrückbare Tatsache. Natürlich ist es richtig, dass dieser „magische Realismus“ im Werk García Márquez sich nicht nur auf den Umgang mit Gewalt, sondern auf sämtliche Lebensbereiche, Religiosität, Liebe und Sexualität mit eingeschlossen bezieht – aber außer Frage steht, dass dieser subjektive Zugang zur eigenen Erinnerung und zur eigenen Geschichte, ihre Verklärung und manchmal sogar komplette Auslöschung - die eigentliche Magie des „magischen Realismus“ ausmacht. Die fantastischen Ereignisse, werden erst durch die Tatsache, dass die Menschen an sie glauben oder glauben wollen, Wirklichkeit.

Es geht hier also nicht um eine Literatur mit übersinnlichen Elementen oder gar Esoterik, sondern einfach um die Schilderung dessen, was die Menschen, aus welchen Gründen auch immer, als wahr ansehen, wobei der Erzähler diesen radikal subjektiven Standpunkt gleichsam verinnerlicht.

Magie im Sinne von García Márquez kann also auch manchmal gewissermaßen als die literarische Darstellung der bewußten oder unbewußten Verzerrung realer Ereignisse oder Handlungen verstanden werden, für die die dargestellten Menschen Schuld oder Scham empfinden oder an die sie sich nicht erinnern wollen – eine erfolgreiche Verdrängung und Verzerrung der Realität also durch orale Weitergabe und Ausschmückung des tatsächlichen Geschehens Wunschvorstellung, Glaube und Aberglaube. Die Mythen, Legenden und Halbwahrheiten, die sich an diese bewussten und unbewussten Lügen knüpfen werden langsam zu kollektiven Mythen und dienen unter anderem auch dazu, einem Geschehen, das einem unverständlich oder unerträglich erschienen mag, nachträglich Rechtfertigung und Sinn zu verleihen.

Weitere Hauptwerke der Violencia-Literatur sind „*El cristo de espaldas*“, eine nachdrückliche Schilderung der Querverbindungen zwischen „Violencia“ und katholischem Fundamentalismus des Schriftstellers Eduardo Caballero Calderón, des Vaters des bekannten linken Schriftstellers, Kolumnisten und Journalisten Antonio Caballero, Clemente Airós’ „*El campo y el fuego*“ (1961) sowie Manuel Mejía Vallejos „*El día señalado*“, in dem der Autor mit falsch verstandenem Pflichtgefühl und dem Rachefuror jener Zeit der Spannung, der Beklemmung und des Terrors abrechnet. Die eigentliche symbolische Zentralfigur der Romans ist der vielbeschäftigte Totengräber der Ortschaft Tambo, vor dessen Kulisse die Handlung spielt, der angesichts der allgegenwärtigen

Gewalt prosaisch aber treffend illustriert, warum sein Beruf, der einzige Broterwerb mit Zukunft in seiner Gesellschaft ist: „es el único oficio con clientela en este pueblo“ (S.32).¹²²

Auf die heutige Zeit übersetzt könnte man auch mit starkem Sarkasmus feststellen, dass Guerilla, Paramilitärs und Drogenmafia die einzig verlässlichen „Arbeitgeber“ in manchen Regionen Kolumbiens sind.

Auch die kolumbianische Malerei setzte sich naturgemäß immer wieder obsessiv mit der „Violencia“ auseinander: Auf diesem Gebiet möchte ich vor allem das Bild Alejandro Obregóns *„La Violencia: detalle de un genocidio“* (1962) erwähnen, das von manchen Kritikern in seiner anklagenden Kraft mit Picassos *„Guernica“* verglichen wird. Das Bild zeigt den toten Körper einer schwangeren Frau, der mit einem in Weiß, Braun und Grau gehaltenem Landschaftshintergrund verschmilzt. In dieser Landschaft sind Rinder, Vulkane (wohl als Anspielung auf einen der Hauptschauplätze der Violencia, der von Vulkanen durchzogenen Landschaft der Kaffeeanbauzone) sowie weitere typische Elemente lateinamerikanischer Fauna und Flora zu sehen.

Wenn Obregón als Untertitel dieses Meisterwerks *„detalle de un genocidio“* wählt, so sind diese Worte nicht zufällig gewählt. Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, war einer der grausamsten Aspekte der „Violencia“ der, dass man das Leben des potentiellen Feindes bereits im Ansatz zu ersticken trachtete, und daher schwangere Frauen zu den Hauptopfern des bestialischen Rachefurors gehörten.

Ein weiteres wichtiges Werk Obregóns *„el velorio del estudiante muerto“* (1956) spielt auf ein Massaker an Studenten an, das zur Zeit der Militärdiktatur Rojas Pinillas begangen wurde.

Das Thema der Gewalt und politische Themen im Allgemeinen sollte Obregón auch in späteren Phasen immer wieder aufgreifen, etwa in *„Homenaje al cura Camilo“* (1968), einem Bild in dem er sich mit Leben und Sterben des charismatischen kolumbianischen Geistlichen Camilo Torres befasst, der, überzeugt von der Notwendigkeit radikaler Reformen zur Bekämpfung der sozialen Ungerechtigkeit aus dem bequemen zivilen Leben ausschied, in die Reihen der linken Guerilla ELN eintrat und in seinem ersten Gefecht mit der regulären kolumbianischen Armee starb, woraufhin er zu einer romantisch verklärten Symbolfigur der Guerilla und der Befreiungstheologie wurde (siehe Kapitel über die Guerilla).

¹²² Unbekannter Verf.: http://cvc.cervantes.es/lengua/thesaurus/pdf/31/TH_31_002_150_0.pdf

Auch im Werk des wohl berühmtesten kolumbianischen Malers und Bildhauers, Fernando Botero, gibt es immer wieder Bezüge zur alltäglichen Gewalt bzw. zur Epoche der Violencia. Allein einige der Titel seiner Werke sprechen Bände: „*Alarido*“, „*Carro Bomba*“, „*Desplazado*“, „*La Muerte en la Catedral*“, „*Masacre*“, „*Matanza de los Inocentes*“, „*Mujer llorando*“, „*Otro Crimen*“ usw. Dabei greift er auch immer wieder auf biblische Vorlagen zurück und stellt diese in den Kontext der Gewalt in Kolumbien. Dieses Thema beschäftigt Botero bis heute, wie man am Bild „*Masacre en Colombia*“ gut erkennen kann.

5. DIE NATIONALE FRONT – EIN INSTITUTIONALISIERTES PROPORZSYSTEM

5.1 Vorgeschichte und Inhalt des Paktes zwischen Konservativen und Liberalen

Bereits im Vorfeld zum Rücktritt Rojas Pinillas war es in Spanien zu Gesprächen zwischen dem liberalen Führer Alberto Lleras Camargo und dem dort im Exil lebenden Expräsidenten Laureano Gómez gekommen, die zum Ziel hatten, ein System zur Beendigung der Feindseligkeiten zu suchen, das beiden traditionellen Parteien einen gleichen Zugang zur Macht und die Aufrechterhaltung ihrer Hegemonie zusichern sollte. Das Ergebnis dieser langen Gespräche und Verhandlungen war schließlich ein zunächst „Frente Civil“ und dann „Frente Nacional“ genanntes Bündnis zwischen den beiden verfeindeten Parteien, dessen Hauptmerkmal in der Übereinkunft bestand, sich ab den für 1958 vorgesehenen Wahlen insgesamt 16 Jahre lang an der Macht abzuwechseln, wobei unabhängig vom tatsächlichen Wahlausgang jeweils eine Partei für den Zeitraum von vier Jahren den Präsidenten stellen sollte und in einem beispiellosem Proporzsystem – ebenfalls unabhängig vom tatsächlichen Ausgang der Parlamentswahlen jeweils die Hälfte der Abgeordnetensitze im Kongress mit Mitgliedern der beiden Parteien sowie darüber hinaus ebenfalls nach einem strikten Proporzschema auch die Posten der meisten Staatsbeamten besetzt werden sollten. Somit wurde in den Parlamentswahlen nur über die innerparteilichen Kräfteverhältnisse entschieden. Im kolumbianischen Kongress war gemäß dem Pakt der "Nationalen Front" zunächst eine 2/3 Mehrheit für die beiden traditionellen Parteien „reserviert“, während sich die Opposition das letzte Drittel aufteilen musste.¹²³

Dieses Abkommen von Sitges, das der formellen Absichtserklärung von Benidorm (ebenfalls Spanien) folgte, ließen sich die beiden Parteien schließlich noch durch ein Referendum bestätigen, das von der Militärjunta organisiert wurde, die für eine Übergangsphase von beiden Parteien eingesetzt worden war, und bei dem eine für Kolumbien extrem hohe Beteiligung von beinahe 70% erzielt wurde. Die Zustimmung für den Friedenspakt der beiden Erzfeinde lag sogar bei 80% - ein deutliches Zeichen dafür,

¹²³ Vgl. Hörtnner, 2006: 87ff.

dass sich die kriegsmüde Bevölkerung durch dieses Abkommen einen dauerhaften Frieden erhoffte. Es war dies auch das erste Mal, dass die Frauen in Kolumbien ihr Wahlrecht auch tatsächlich ausüben durften.

Offiziell begann die Ära des Nationalen Front am 7. August 1958, als der Liberale Alberto Lleras Camargo zum zweiten Mal das Amt des Präsidenten Kolumbiens antrat. Auf Alberto Lleras Camargo sollte der Konservative Guillermo León Valencia (1962-1966) und dann wiederum der Liberale Carlos Lleras Restrepo (1966-1970) folgen. Der letzte „offizielle“ Präsident der Nationalen Front war der Konservative Misael Pastrana (1970-1974).

5.2 Die erste Phase der Nationalen Front: Die trügerische Befriedung des Landes

Alberto Lleras Camargo vorrangiges Ziel war es natürlich, das immer noch virulente Problem der „Violencia“ und ihrer vollständigen Degradierung zu einem allgemeinen Banditentum, einer Raubökonomie, bei der die Gewalt letztlich als Mittel des Unterhalts eingesetzt wurde, zu lösen. Er versuchte dies mit der Strategie des Angebots einer weitreichenden Amnestie für die bewaffneten Gruppen bei gleichzeitiger systematischer Verfolgung jener Gruppen, die sich entschieden, ihre Waffen nicht abzugeben. Es gelang ihm mit dieser Politik immerhin, die verbliebenen Banden größtenteils zu vernichten, zur Aufgabe zu zwingen oder aufzureiben.

Dennoch war die Ruhe, die in das tägliche Leben in Kolumbien zurückkehrte, trügerisch – unter der scheinbar befriedeten Oberfläche brodelten die sozialen Konflikte weiter, welche sich in nicht allzu langer Zeit wieder gewaltsam entladen sollten. Vor allem liberale und kommunistische Guerillas, die den Versprechungen des Staates misstrauten, blieben weiterhin im Untergrund und verschanzten sich in kleinsten, autarken Widerstandsnestern in unzugänglichen Regionen entlang des Andenkammes, vor allem in den Departments Tolima und Huila, weit abgeschieden von der städtischen Gesellschaft und dem Rest Kolumbiens. Abgesehen von der Tatsache, dass sie weiter bewaffnet blieben, war ihre Aktivität vollkommen friedlich, denn diese Siedlerklaven widmeten sich

vorrangig dem Aufbau einer kleinflächigen Subsistenz-Landwirtschaft und dem Versuch des Aufbaus eines ländlichen Kommunismus.¹²⁴

Dieser erfolgreiche Versuch einer landwirtschaftlichen Autarkie machte diese Bauernklaven wirtschaftlich vom Rest Kolumbiens vollkommen unabhängig, isolierte sie aber gleichzeitig so stark vom Rest des Landes, dass sie einige Zeit später vom offiziellen kolumbianischen Staat als „unabhängige Republiken“ titulierte wurden, als Ministaaten im Staat, die ein Rechtsstaat nicht tolerieren konnte und die es gewaltsam zu bekämpfen und zu beseitigen galt. Für diese Kleinbauernkommunen war das Leben außerhalb der gesetzlichen Strukturen des kolumbianischen Staates bereits zur Selbstverständlichkeit geworden, aber innerhalb dieser begrenzten dörflichen Gemeinschaften bildeten sich sehrwohl Spielregeln für das soziale und wirtschaftliche Zusammenleben heraus, die vielleicht demokratischer waren als jene der offiziellen Demokratie, gegen die diese Bauern mit ihrem totalen Rückzug aus der Gesellschaft passiven und aktiven Widerstand leisteten.

5.3 Die Nationale Front zwischen Modernisierung, Reform, Stillstand und Korruption

Außer Frage steht jedoch, dass die Nationale Front die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und Liberalen beendete, indem sie beide Seiten zu gleichen Maßen an den Pfründen des Staates teilhaben ließ. Neue Formen der Gewalt sollten im Laufe der Zeit entstehen, aber im Wesentlichen sollte es nicht mehr zu jenen Gewaltexzessen kommen, die zwischen 1946 und 1957 beinahe an der Tagesordnung waren. Die bereits vor der „Violencia“ schwer auszumachenden ideologischen Unterschiede zwischen den beiden Parteien verschmolzen so immer mehr, sodass schließlich aus dem Blickwinkel vieler Bürgerinnen und Bürger nur mehr ein großer, starrer und einheitlicher Block übrig blieb.

„La única diferencia actual entre liberales y conservadores, es que los liberales van a misa de cinco y los conservadores van a misa de ocho.“¹²⁵ Dieses Bonmot aus García Márquez' *„Cien años de soledad“* trifft die Situation wohl präzise auf den Kopf, obwohl sich an der traditionellen Identifikation der Menschen mit einer der beiden Parteien

¹²⁴ Vgl. Hörtnner, 2006:87ff.

¹²⁵ Zitat aus <http://lacasadeasterionb.homestead.com/v4n13crono.html>

nicht viel änderte, wobei diese Identifikation allerdings immer mehr und mehr auf materieller Basis stattfand, durch Beziehungen („Palancas“), über die man sich persönliche Vergünstigungen, Privilegien, Ämter aber auch manchmal nur die elementarsten Rechte erkaufte. Klientelismus, Nepotismus und Korruption wurden somit Tür und Tor geöffnet. Dies begann beim Kauf von Wählerstimmen und endete keineswegs nur bei der Vergabe von Posten in Bürokratie, Wirtschaft und Diplomatie aufgrund erwiesener „Gefälligkeiten“. So bildete sich allmählich ein unendlich verzweigtes System gegenseitiger Abhängigkeiten heraus, das von der kleinsten politischen Ebene bis in höchste Führungsschichten reichte.

Die Aufteilung der Staatspründe erfolgte in erstaunlicher Eintracht; Verteilungskämpfe fanden eher innerparteilich zwischen den verschiedenen Interessensgruppen, Familienclans und lokalen Führern statt als zwischen den Parteien.¹²⁶

Nicht alle Analysten sehen indes das Wirken der Nationalen Front so negativ. Der amerikanische Historiker und Kolumbien-Experte David Bushnell schreibt dazu etwa folgendes:

Para algunos observadores externos, así como para una minoría desafecta de los colombianos, las nuevas reglas representaban, por su propia naturaleza, una negación de los principios democráticos. Sin duda alguna, se restringía la política democrática, pero menos de lo que en principio podría pensarse. Para empezar, aunque para la época el Partido Liberal superaba claramente al Conservador en respaldo popular, no era tan poderoso como para que la obligada igualdad con el Partido Conservador violentara seriamente la voluntad de los habitantes, por lo menos en lo que respecta a la nación como un todo. En algunos municipios, sin duda un partido podría tener tal predominio, que sería difícil encontrar suficientes miembros del otro para ocupar el 50% de los cargos locales garantizados. El sistema del Frente Nacional tampoco puso término a la competencia electoral. Aunque cada partido contaba de antemano con la mitad de los escaños del Congreso, las Asambleas Departamentales y los Concejos Municipales, todavía realizaban elecciones para todas las corporaciones y la competencia a menudo era aguda; se trataba apenas de la rivalidad entre diferentes listas de candidatos liberales o conservadores por la participación garantizada en el poder para cada partido. Incluso se podría decir que la exclusión era menos importante de lo que parecía. Aparte de la insignificancia general de tales agrupaciones en la política colombiana, no había ningún reglamento que determinara los requisitos para pertenecer a los partidos. De esta manera, cualquier persona, hombre o mujer, podía hacerse llamar liberal o conservador el día de las elecciones y competir por un lugar en la cuota de tal o cual partido. Los comunistas, por ejemplo, presentaron candidatos como miembros de una facción disidente del Partido Liberal, improvisada para este propósito, y los resultados que obtuvieron fueron tan pobres como habrían sido si se hubieran presentado con sus propios colores.¹²⁷

Diese Ansicht Bushnells, eines im Übrigen zwar konservativen aber sehr klarsichtigen Analytikers der kolumbianischen Geschichte, mit der er das virulente Problem der parteipolitischen Erstarrung und der de facto Ausschließung anderer politischer Strömungen aus dem demokratischen Geschehen durch das System der

¹²⁶ Hörtnner, 2006: 91

¹²⁷ Bushnell, 1996: 309

Nationalen Front, de facto rechtfertigt, erscheint mir aus mehreren Gründen problematisch:

Es mag schon richtig sein, dass für die Zugehörigkeit zu einer der beiden Parteien keine speziellen Requisiten erforderlich waren, aber in genau diesem Fehlen von politischer Ideologie und Zielsetzung liegt wohl der Haken. Wo Politik letztlich nur mehr noch als Verwaltung des Status quo und als Mittel zur Aufteilung von bürokratischen Posten verstanden wird, kommt jede gesellschaftspolitische und soziale Vision zu kurz. Ich denke nicht, dass die Formulierung radikaler gesellschaftspolitischer oder sozialreformerischer Standpunkte oder über einen engen zeitlichen Horizont hinausgehender politischer Ziele in einem Umfeld möglich ist, in dem weitestmögliche Anpassung an die Positionen zweier Großparteien, die weite und einflussreiche Sektoren der Gesellschaft geschlossen hinter sich wissen, gefordert wird. Aber genau eine solche Möglichkeit der Formulierung radikaler Alternativen zu einem sozialen, wirtschaftlichen und politischen Status quo braucht eine lebendige Demokratie, um diese in einem breiten öffentlichen Diskurs, der viele Sektoren der Bevölkerung und eine Vielzahl von Interessensvertretungen mit einbezieht, zu widerlegen, abzulehnen, anzunehmen oder durch Kompromisse zu modifizieren. Radikale Standpunkte müssen - auch wenn man nicht mit ihnen übereinstimmt - artikuliert und vorgetragen werden können, und dienen auch dazu, dass eine Demokratie in Diskussion mit diesen oder in friedlicher Konfrontation zu diesen wächst.

Dabei geht es nicht allein um die Sphäre der Parteipolitik im engeren Sinn – auch die Möglichkeit, Missmut über Missstände im System zu artikulieren oder durch demokratische Kanäle jenseits von Parteipolitik oder Parlament - etwa durch Studentenbewegungen, Bauernorganisationen Bürgerinitiativen oder Gewerkschaften - Veränderungen in der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Staates einzufordern – und dabei auch zu drastischen, aber in der Demokratie vorgesehenen Mitteln wie etwa jenen des Streiks zu greifen– wurde in der Ära der Nationalen Front immer wieder beschränkt oder unterdrückt, wodurch das Recht jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers auf politische Partizipation nur dem Papier nach existierte. So ist in diesem Zusammenhang etwa das drastische Vorgehen des konservativen Präsidenten Guillermo León Valencia, dem oft der Beiname „Präsident des Friedens“ verliehen wird, gegen manifestierende Studenten bemerkenswert.

Zweitens rechtfertigt Bushnell den de facto- Ausschluss dritter Parteien aus dem politischen Geschehen damit, dass diese für die kolumbianische Politik ohnehin immer irrelevant gewesen seien. Dabei verwechselt Bushnell allerdings meiner Meinung nach Ursache und Wirkung. Die Tatsache der Irrelevanz von dritten Parteien bis fast zum Ende des 20. Jahrhunderts ist wohl gerade der Tatsache zuzuschreiben, dass diesen eben nie ein wirklicher Raum zur demokratischen Entfaltung zugestanden wurde. Die Bindung einer Partei zu den Bürgerinnen und Bürgern einer Staats ist ein Prozess, der sicherlich nicht von heute auf morgen geschehen kann, und der eines demokratischen Freiraums bedarf, den die Proporzregierung der Konservativen und Liberalen ihren Gegnern einzuräumen keineswegs gewillt waren. Reformen, die durchaus während der Regierungszeit der Nationalen Front erfolgt sind, waren somit fast immer Reformen von oben, paternalistische Zugeständnisse der Regierenden an das Volk, nie unter Einbindung von sozialen und politischen Bürgerbewegungen oder gar von diesen selbst durchgesetzte Verbesserungen.

Versuche, das starre Bündnis der oligarchischen Großparteien aufzubrechen, wurden von diesen in trauter Einmütigkeit verhindert - entweder durch Wahlbetrug, durch Repression oder durch Integration der Rebellen in das System. Die zwei Parteien kontrollierten nicht nur den Staatsapparat, sondern auch die Massenmedien und die wichtigsten Wirtschaftszweige.¹²⁸

Der linke Journalist Antonio Caballero macht in einem Interview auf einen weiteren negativen Aspekt aufmerksam, den das Proporzsystem der Nationalen Front mit sich brachte: den stetig steigenden Einfluss der Militärs auf das politische Geschehen in Kolumbien:

Probablemente el Frente Nacional era, si no necesario, sí inevitable. Pero no era necesario que excluyese a quien no fuera liberal o conservador. O militar. Porque recuerde que el Frente Nacional empezó llamándose Frente Civil y cambió su nombre porque incluyó a las Fuerzas Militares consagrando privilegios para ellas y perdonando y olvidando todo lo que hubieran hecho durante el gobierno de Rojas. Claro que por esa época los Estados Unidos estaban fortaleciendo los ejércitos en toda América Latina por la lucha contra el comunismo, etcétera. Pero sin el Frente Nacional los militares colombianos no hubieran alcanzado un poder tan grande como el que manejan desde entonces. No lo habían tenido nunca. No contaban para nada. Recuerdo que, cuando el golpe de Rojas, un tío abuelo mío comentó: "Que bueno que los pobres militares dieron su golpe. Estaban muy mal pagados. Ojalá el próximo golpes lo den los maestros." Pero no lo han dado, claro. El Frente Nacional implicó entre otras cosas, una militarización permanente de la vida política de Colombia.¹²⁹

In einer nüchternen Bilanz steht dem historischen Verdienst der Nationalen Front, der Violencia für einige Jahre beinahe völlig Einhalt geboten zu haben, das Versäumnis gegenüber, die sozialen und politischen Strukturen so verändert und demokratisiert zu

¹²⁸ Hörtnner, 2006: 92

¹²⁹ Caballero/Iragori, 2002:76

haben, dass das Wiederaufflammen der Gewalttätigkeit unter anderen Vorzeichen verhindert worden wäre.

Zweifellos wurde Kolumbien während dieser 16 Jahre hinsichtlich der Infrastruktur (Straßen, Bau von Schulen und Universitäten) weiter an die moderne Welt herangeführt. Die Ausgaben des Staates in ein - nun vermehrt auch auf staatlichen Institutionen - beruhendem Schulsystem wurden verstärkt, auch wenn viele Errungenschaften durch das enorme Bevölkerungswachstum wieder zunichte gemacht wurden, da ganz einfach gut ausgebildete Lehrer für die immer größere Anzahl von Schülern fehlten.

Formal trat die volle Pressefreiheit wieder in Kraft und im Windschatten der Öffnung der Katholischen Kirche im Rahmen des 2. Vatikanischen Konzils begann diese langsam damit, in politischen sozialen und moralischen Fragen eine moderatere Haltung einzunehmen, ihre enge und alleinige Bindung an die Konservative Partei schrittweise abzulegen und eine Versöhnung mit zuvor verfolgten religiösen Strömungen (wie den Protestanten) zu betreiben. Auch war der Widerstand der Kirche gegen Verhütungsmittel, die von der Regierung richtigerweise als Instrument gegen das massive Bevölkerungswachstum erkannt und propagiert wurde, eher formeller Natur und änderte nichts an ihrer prinzipiellen Unterstützung für die Proporzregierung. Wenn man also der Nationalen Front nicht immer absprechen konnte, einige Probleme richtig erkannt zu haben so wurde doch der Verarmung und den ungleichen Besitzstrukturen auf dem Land einerseits und dem zunehmenden Phänomen der Verelendung der Massen durch eine immer stärkere Landflucht und einen rapiden Urbanisierungsprozess andererseits nicht wirklich mit adäquaten Mitteln begegnet. So vertieften sich die Gräben, die zwischen Stadt und Land, Besitzlosen und Privilegierten, Bauern und Großgrundbesitzern, weißer Oberschicht und afrokolumbianischer oder indigener Unterschicht existierten, immer weiter.

Ein tiefer Graben trat auch - trotz ostentativer Geschlossenheit - innerhalb der Konservativen Partei zwischen den beiden Flügeln des Laureanismus und des Ospinismus auf, eine Spaltung von der die machtpolitisch äußerst geschickt agierende Liberale Partei (und keineswegs immer geeinte Liberale Partei) profitierte, indem sie die gegen einander streitenden konservativen Fraktionen, die um die Gunst der Liberalen buhlten, immer wieder zu personalpolitischen Zugeständnissen und Kompromissen zwang, während sie selbst immer ihre natürlichen Führer (wie Lleras Camargo und Lleras

Restrepo) für das Präsidentenamt und die anderen höchsten Ämter durchsetzte und auch eine wesentlich engere Verbindung zu ihrer eigenen Basis gewann.¹³⁰

Ein gutwilliger aber zu zaghafter Versuch zur Landreform, die unter dem Liberalen Lleras Restrepo, der während seiner Präsidentschaft auf einen durchaus effizienten Apparat aus Spartenfachleuten setzte, in Gang gebracht worden war, blieb, aufgrund der mangelnden Durchsetzungskraft des Präsidenten einerseits, und der wütenden Proteste der eigenen liberalen Klientel (vor allem der Großgrundbesitzer und Viehzüchter) an der Atlantikküste andererseits in guten Ansätzen stecken.

Eine komplizierte Prozedur der Landzuteilung, deren Ziel eigentlich eine höhere Transparenz der Verteilungsvorgänge für alle Beteiligten und eine bessere rechtsstaatliche Legitimierung der Landreform war, führte letztendlich zu einer aufgeblasenen Bürokratie, zu Klientelismus und Korruption, welche die geforderte Transparenz zunichte machten. Das bereits unter der Präsidentschaft von Lleras Camargo Anfang der 1960-er Jahre zum Behufe der Schaffung von Vergabetransparenz und zur Autorisierung der direkten Enteignung privater Grundstücke und zu deren Wiedervergabe an besitzlose Bauern aus der Taufe gehobene „Instituto Colombiano de Reforma Agraria“ wurde oft seinem Anspruch nicht gerecht und diente manchmal mehr der Verschleierung der Machtkämpfe hinter den Kulissen als der Transparenz.

Lleras Restrepo hatte zwar die enorme soziale Sprengkraft richtig erkannt, die durch die Landflucht der Bauern in die Städte entstand, wo für diese weder genügend Arbeitsplätze noch eine entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stand, was auf lange Sicht nur zu noch mehr sozialer Verelendung und explodierender Kriminalität führen musste, war aber letztendlich zu schwach, um die Reformen gegen den Widerstand von mächtigen Interessensverbänden, allen voran der „Sociedad de Agricultores de Colombia“, welche die großen ländlichen Unternehmer repräsentierte, konsequent durchzusetzen. So wurde die Reform, die ein großer Wurf hätte werden können, zu einem leidlichen positiven Reförmchen, das auch unter seinem Nachfolger Misael Pastrana zwar nicht abrupt gestoppt wurde aber letztlich im Sande versickerte.

¹³⁰ Palacio, 1995: 258

5.4 Rückkehr von Rojas Pinilla und Bildung der ANAPO

Mit der Zeit formierte sich aber nicht nur in der Bevölkerung wachsender Unmut gegen die demokratische Erstarrung, in welche die Koalition der Nationalen Front geführt hatte, es entstanden auch wichtige Dissidenzen im Umfeld der Konservativen und Liberalen Partei selbst. Sehr zum Missbehagen der Liberalen und Konservativen war der ehemalige Militärdiktator Rojas Pinillas Ende 1958 nach Kolumbien zurückgekehrt.

Obwohl dieser bei seiner Rückkehr keineswegs die erhoffte Unterstützung der Massen erfuhr, waren auch weite Kreise der Liberalen und Konservativen nicht wirklich daran interessiert, einen gegen ihn erhobene Anklage wegen Korruption und anderer sehr ernster Anklagepunkte zu unterstützen, wohl auch aus Sorge darum, selbst aufgrund ihrer anfänglichen Kollaboration und Verstrickung in das Regime Rojas Pinillas mit ramponiertem Image aus der Sache hervorzugehen. So gelang Rojas Pinilla eine zumindest teilweise Rehabilitierung vor der Öffentlichkeit, als der Oberste Gerichtshof Kolumbiens einen Schiedsspruch aufhob, aufgrund dessen er seiner politischen Rechte verlustig gegangen wäre. Rojas Pinilla, begierig seinen ehemaligen liberalen und konservativen Helfern das Leben möglichst schwer zu machen begann sofort damit, eine neue populistische politische Bewegung zu organisieren, der er den Namen ANAPO (Alianza Nacional Popular) gab und die gegen die Nationale Front Stimmung machen sollte.¹³¹

Die Erkenntnis, dass sich die Geschichte immer wieder unter lediglich veränderten äußeren Vorzeichen wiederholt, beschleicht einen unwillkürlich, wenn man David Bushnells Analyse der Entwicklung der ANAPO zu einer treibenden Kraft innerhalb der kolumbianischen Gesellschaft liest:

La Anapo compartía con el Frente Nacional el hecho de estar compuesto por miembro de ambos partidos, con sectores liberales y conservadores, los cuales apoyaban a los candidatos de sus respectivos partidos en las elecciones, de la misma manera como lo hiciera cualquier facción de los partidos tradicionales. Los colores de la Anapo eran azul, blanco y rojo, no como imitación del simbolismo "gringo" sino como muestra de la pacífica de los "rojos" y los "azules" de Colombia. De esta manera el ex dictador presionaba una vez más a los colombianos a pasar por alto las diferencias y el odios entre los partidos, pero no al estilo del Frente Nacional, al cual descartaba como alianza de oligarcas que pretendían de mantener sus privilegios egoístas contra el común de la gente. Apelaba a las clases populares de una manera que recordaba a Gaitán, aunque su programa específico fuese aún más difícil de describir. Por una parte, Rojas Pinilla asumió una línea nacionalista y acusó a los oligarcas de estar demasiado comprometidos

¹³¹ Bushnell, 1996: 313.f

con los Estados Unidos; pero este nacionalismo era del tipo que hace énfasis en los valores tradicionales de patria, familia, religión y comunidad, tal como era de esperar por parte de alguien de su formación y procedencia personal. Por otra parte, su condena total de los oligarcas y su sistema de privilegios socioeconómicos y políticos presentaba un cierto matiz de izquierda. Un agudo comentario que cobró gran aceptación en la época sostenía que el programa de la Anapo era en último análisis una mezcla de „Vodka y agua bendita“.[...]

Rápidamente la Anapo se convirtió en una fuerza política que necesariamente había que tener en cuenta. En algunas pequeñas poblaciones, el jefe de una de las dos colectividades tradicionales bien podría decidir aliarse con la Anapo y posteriormente, el día de las elecciones ceder sus votos seguros a los candidatos de la Alianza. Pero la Anapo tuvo mayor respuesta en las clases bajas y medias bajas urbanas, cuyas lealtades heredadas hacia los dos partidos eran más débiles. Estos sectores encontraron en Rojas, tal como lo habían experimentado con Gaitán, una figura que parecía comprender los problemas de desempleo y caestía que los afligían y que estaba preparada para enfrentar las oscuras fuerzas que eran históricamente responsables de estos males."¹³²

Tatsächlich mobilisierte Rojas mit seiner Bewegung, die eine ideologische Mischung aus Katholizismus, Nationalismus, Antiimperialismus und Sozialismus darstellte, breite Massen der Bevölkerung. Die Gunst weiter Teile der Kirche gewann er sich darüber hinaus dadurch, das er die offizielle Politik der Geburtenkontrolle als Ausdruck des amerikanischen Imperialismus anprangerte, der mit allen Mitteln verhindern wolle, dass die Bevölkerung in Lateinamerika zahlenmäßig jener der Vereinigten Staaten überlegen wäre, um so weiter ihre Herrschaft über diesen Kontinent ausüben zu können.

Im April 1970 trat Rojas mit seiner Anapo auf Seiten der Konservativen und gleichzeitig in Opposition zu diesen und derem offiziellen Kandidaten Misael Pastrana zu den Präsidentschaftswahlen an. Am Wahltag - dem 19. April - lag Rojas bei der Stimmauszählung weit vor seinem Konkurrenten Misael Pastrana, als die Rundfunkberichte über den Fortgang der Stimmverhältnisse plötzlich von höchster Stelle aus gestoppt wurden. Am nächsten Tag wurde der Wahlsieg Misael Pastranas mit einem hauchdünnen Vorsprung verkündet, wodurch er, da es damals noch keine Stichwahl gab, zum nächsten Präsident Kolumbiens designiert wurde. Der Verdacht des Wahlbetruges lag auf der Hand.

In einem politisch extrem angespannten Klima bestätigte der noch amtierende Präsident Lleras Restrepo den Wahlausgang und verhängte gleichzeitig den Ausnahmezustand in den größten Städten des Landes. Rojas Pinilla selbst nahm dieses Ergebnis schließlich an und forderte seine Anhänger auf, Ruhe zu bewahren - eine

¹³² Ebd.:314f.

Haltung, die möglicherweise einen Volksaufstand im Stile des 9. April 1948 verhindert hat, was Rojas Pinilla trotz aller zwiespältigen Bilanz seiner Politik moralisch hoch anzurechnen ist. Der vermutete (oder tatsächliche) Wahlbetrug sollte aber für die Geschichte Kolumbiens nicht ohne Folgen bleiben: Die Guerillabewegung Movimiento 19 de abril, kurz M-19 genannt, die kurze Zeit danach aus der Taufe gehoben wurde, spielte nicht nur in ihrem Namen auf die Ereignisse des 19. April 1970 an, sie nahm auch in ihrer unorthodoxen, nationalistischen, linken aber nicht dogmatisch marxistischen Ideologie einiger der Leitlinien des linken Flügels der ANAPO wieder auf, und viele Sympathisanten und Aktivisten der Bewegung Rojas Pinillas gehörten zum Führungskader dieser lange Zeit populärsten Guerillabewegung Kolumbiens (siehe Kapitel über die Guerilla).¹³³

5.5 Die MRL unter López Michelsen als liberale Dissidenz

Ein weiterer Kritiker, der (diesmals innerparteilich) gegen das System der Nationalen Front ausscherte, war Alfonso López Michelsen, der Sohn des zweimaligen liberalen Präsidenten Alfonso López Pumarejo. Bereits 1958 hatte er darauf hingewiesen, dass dieses System statt zu mehr Gleichheit zu 16 Jahren autoritärer Regierung führen könnte. 1960 gründete er die liberale Splittergruppe MRL (Movimiento Revolucionario Liberal), ein Sammelbecken intellektueller Marxisten, Schriftsteller, Künstler, Journalisten und idealistischer Studenten, die auch offen mit den Kommunisten kokettierten. Mit dieser innerliberalen Fraktion trat López Michelsen auch zu den Präsidentschaftswahlen 1962 an, wobei er immerhin 600 000 Stimmen auf sich vereinte, wodurch er sich als wichtige liberale Kraft etablierte. In der Retrospektive mutet diese linke Phase im politischen Werdegang López Michelsens als reines Kalkül an - um durch Ausfüllung eines Wählervakuums zur Linken und der Instrumentalisierung von Kommunisten, Sozialisten und marxistisch gesinnter Intellektuellen eine Vormachtstellung innerhalb der Liberalen Partei zu erlangen, mit dem langfristigen Ziel, selbst das Präsidentenamt zu bekleiden.

Im Laufe der nächsten Jahre wandte sich Lopez Michelsen immer mehr von Kommunismus und Sozialismus ab und der politischen Mitte zu, änderte aber nichts an seiner prinzipiellen Kritik am Proporzsystem der Nationalen Front.

¹³³ Ebd.

Im Jahre 1974 sollte schließlich seine große Stunde schlagen - der Pakt der Nationalen Front war nach 16 Jahren offiziell abgelaufen und die Präsidentwahlen de facto wieder dem freien Spiel der demokratischen Kräfte überlassen. Er siegte in den Präsidentschaftswahlen, die auch deswegen denkwürdig waren, weil hier gleich Kinder ehemaliger Präsidenten gegeneinander antraten. Neben López Michelsen (Liberale) selbst waren dies Álvaro Gómez Hurtado, der nicht weniger reaktionäre Sohn des reaktionären Expräsidenten Laureano Gómez, für die Konservativen und María Eugenia Rojas, Tochter von Rojas Pinilla, welche nach den Wahlen von 1970 die Führung der ANAPO von ihrem Vater übernommen hatte und auch für diese antrat.¹³⁴

5.6 Das offizielle Ende der Nationalen Front und ihre praktische Weiterführung

Zur großen Enttäuschung seiner Anhänger und entgegen seiner Polemiken im Wahlkampf ließ López Michelsen, sobald er selbst an das Ruder der Macht gelangt war, das erprobte System der gleichmäßigen Verteilung von Regierungsämtern praktisch unverändert. Somit hatte López schließlich nicht nur jene seiner Anhänger vor den Kopf gestoßen, die einst von ihm eine Wende zu resoluteren linken Positionen innerhalb der Liberalen Partei sondern auch jene, die eine radikale Abkehr vom politischen System der Nationalen Front erwartet hatten.

Den einzigen Bruch den López Michelsen wirklich vollzog war jener mit einer – von seinem Vorgänger Misael Pastrana ohnehin nur mehr zahnlos betriebenen Landreform. Bis zu seinem Tod hat sich López Michelsen, der auch nach seiner Präsidentschaft ein angesehenes und einflussreiches Mitglied der Liberalen Partei war und auch die kolumbianische Medien- und Meinungslandschaft wesentlich beeinflusste gegen die Politik einer radikalen Agrarreform ausgesprochen, wobei er sich auf fehlgeschlagene Versuche in anderen lateinamerikanischen Ländern beruft. Interessant ist in diesem Zusammenhang die unkonventionelle Ansichtweise, die der Präsident etwa in einem Interview mit der Soziologin Rocío Londoño vertritt: „el problema rural en Colombia es de otra índole: no consiste en buscar tierra para los hombres sino hombres para las tierras.“¹³⁵

¹³⁴ Palacios, 1995: 259f.

¹³⁵ Londoño: <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/colombia/assets/own/analisis%20politico%2037.pdf>

Viele Kritiker López Michelsens meinen allerdings, dass sich hinter der in einigen Punkten durchaus berechtigten Kritik des Expräsidenten an einer radikalen Agrarreform bzw. ihrer Durchführung das Eigeninteresse eines traditionellen kolumbianischen Großgrundbesitzers versteckt, da die Familie López Michelsen bekanntermaßen riesige Ländereien im Norden Kolumbiens besitzt (vor allem im Department César, dessen Gouverneur López Michelsen von 1970-1974 war).

Diese Politik der de-facto Fortschreibung des Status Quo sollte sich auch unter der Präsidentschaft des Liberalen Turbay Ayala und jener des konservativen Intellektuellen Belisario Betancur nicht ändern.

Erst unter dem Liberalen Virgilio Barco erfolgte eine Abkehr vom unausgesprochenen Prinzip der jeweilig anderen Partei einen gleichen Teil der Regierungsgewalt zu „reservieren“. Barco war zu dem Schluß gekommen, dass das Prinzip eines Dauerkonsens zwischen den beiden Parteien, die quasi Einzementierung des Zweiparteien-Monopols zu einer Erstarrung des Systems und damit einhergehend unvermeidlich zum Verlust des Vertrauens der Bevölkerung in die politische Klasse führen würde. Die Bevölkerung würde sich somit die Frage der Sinnhaftigkeit der friedlichen Beteiligung an der Politik stellen, da nach jedem Wahlausgang ohnehin automatisch wieder zum System der Nationalen Front zurückgekehrt würde. Das fördere die politische Radikalisierung und den Wunsch, eine Veränderung auf bewaffnetem Wege zu erzwingen.

Somit war Virgilio Barco der erste Präsident, der nach über 30 Jahren zu einer reinen Einparteienherrschaft zurückkehrte, um auf diese Weise auch die politischen Verantwortlichkeiten transparenter zu machen.

6. DIE GUERILLA-BEWEGUNGEN

6.1 Allgemeines

Kolumbien besitzt seit dem Bürgerkrieg der 1940-er und 1950-er Jahre eine starke Tradition von illegalen bewaffneten Widerstandsbewegungen gegen die Regierung, wobei der Übergang zwischen sesshaften „Bauernselbstverteidigungsgruppen“ und mobilen Guerillas oft ein fließender war. Der Name *Guerrillas* für die Mehrzahl der bewaffneten Gruppen, die sich während der Zeit der „Violencia“ in der Andenregion Kolumbiens von Süden nach Norden sowie in den östlichen Tiefländer ausbreiteten und sich in ihrer Mehrzahl der Liberalen Partei bzw. in geringerem Maße der Kommunistischen Partei zugehörig fühlten, wurde von diesen Kampfzellen, die auf eine Repräsentation in ihren jeweiligen Parteien abzielten, selbst angenommen und konsolidiert.

Im Gegensatz dazu bezeichneten die Regierung sowie die Angehörigen der Konservativen Partei die Aufständischen als „*Bandoleros*“ oder „*Lumpengesindel*“ („*chusma*“) wodurch man deren Aufblühen auf den Status eines simplen gemeinen Verbrechertums zu reduzieren trachtete. Dieselbe Strategie hatte man von Seiten der Konservativen bereits als Reaktion auf den entfesselten Volkszorn nach Gaitáns Ermordung angewendet, indem man die Vorgeschichte, die zu der gewalttätigen Reaktion führte, vollkommen ausblendete. Ambivalenter ist die Haltung der Liberalen Partei zu den frühen Guerillas. Während man diese in einer ersten Phase für die eigenen Zwecke instrumentalisierte, indem man sich der starken Identifikation der Bauern-Kämpfer mit der Liberalen Partei zunutze machte, wurde die Unterstützung schnell aufgegeben, als man aufgrund der immer heftiger formulierten sozialen Forderungen die eigenen Privilegien und Vormachtstellung gefährdet sah.

So kam es in Folge auch bald zu einem Bruch mit der bis dahin geltenden Rhetorik, indem man auf den offiziellen Sprachduktus der Konservativen, bei der die Aufständischen als „Lumpenbanden“ („*chusma*“) diffamiert wurden, einschwenkte, und diese selbst nicht länger als „Aufständischen“ („*insurgentes*“) bezeichnete.

Die Bezeichnung „Guerilla“, wörtlich „Kleinkrieg“, bezieht sich im allgemeinen Sprachgebrauch auf eine nicht konventionelle Art der Kriegsführung, bei der kleine, äußerst mobile und flexible bewaffnete Einheiten nadelstichtartige Attacken auf die strategischen Schwachstellen eines zahlenmäßig und militärtechnologisch weit überlegenen Gegners durchführen, wodurch dieser langsam zermürbt und demoralisiert werden soll.

Der Begriff „Guerilla“ soll darüber hinaus den militärischen Organisationscharakter dieser Bewegungen unterstreichen, der – ähnlich wie bei regulären Armeen – auf den Prinzipien einer strikten Disziplin und militärisch-hierarchischen Hackordnung beruhen. Eine besondere Rolle bei dieser Art der Kriegsführung spielt dabei der Rückhalt und die Unterstützung der Zivilbevölkerung, denn mit der Notwendigkeit der ständigen Bewegung geht das Angewiesensein auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln und militärisch relevanten Informationen einher.

Ein wesentliches Prinzip des Guerillakampfes besteht seit jeher darin, dass die Guerillas selbst den Zeitpunkt der bewaffneten Konfrontation bestimmen und nicht der Gegner, also immer nur dann angreifen, wenn ein militärischer Erfolg bei geringen eigenen Verlusten wahrscheinlich ist, man selbst in der Überzahl ist oder der Feind in einen Hinterhalt gelockt wurde.

Im Kontext der Situation in Kolumbien möchte ich anmerken, dass im Laufe der 1990-er Jahre Organisationen wie die FARC aufgrund großer territorialer Eroberungen das Schema des traditionellen Guerillakampfes in gewissem Maße überwunden hatten, und in einigen Fällen sogar in der Lage waren, einen regelrechten Bewegungskrieg zu führen.

Der Guerillakampf ist natürlich kein Selbstzweck, sondern Instrument zur Durchsetzung politischer und sozialer Forderungen, die auf friedlichem Wege nicht durchsetzbar und nicht erreichbar scheinen. Im speziellen Kontext Lateinamerikas ist der Begriff „Guerilla“ fast immer mit dem Begriff der „Revolution“ verbunden, d.h. den bewaffneten Umsturz einer Diktatur oder einer als sozial ungerecht empfundenen formell rechtmäßigen Demokratie.

Seit den 1960-er Jahren ist in Kolumbien ein gutes Dutzend links ausgerichteter bewaffneter Aufständischenbewegungen entstanden. Da einige von diesen weder militärisch noch politisch eine besondere Relevanz entwickelten, möchte ich mich im

Folgenden auf die Beschreibung der größten, historisch wichtigsten und politisch einflussreichsten Organisationen beschränken.

Der französische Kolumbien-Experte Daniel Pécaut spricht in seiner neuen Studie über die FARC („Las FARC ¿una guerrilla sin fin o sin fines“, Norma 2008) davon, dass man die Guerilla-Bewegungen in Kolumbien grob in zwei Klassen einteilen könnte:

[...]uno donde la organización se arraiga en lo social y sus tensiones, que le proveen sus justificaciones, y otro donde la organización comienza por lo político "puro", teniendo como fundamentos la convicción y el imaginario. A las acusaciones de reformismo de sus críticos, los comunistas replican denunciando su voluntarismo "pequeño-burgués" y su fundamentalismo. Esta discrepancia dejará sus huellas. Las FARC reivindicarán explícitamente la temporalidad lenta atribuida al mundo campesino. Sentirán la mayor desconfianza hacia los aspirantes a guerrilleros de la ciudad y de las universidades y les impondrán pruebas tendientes a desanimarlos. Alimentarán un resentimiento duradero hacia quienes, pretendiendo encarnar el radicalismo, los han despreciado por tanto tiempo a pesar de disponer de una implantación territorial y una capacidad militar muy superiores.¹³⁶

Gemäß dieser Kategorisierung würden die FARC und die indigene Bewegung Quintín Lame in die erste Klasse fallen, während praktisch alle anderen relevanten Bewegungen der zweiten Klasse zugehörig wären.

Meiner Ansicht nach sollte man diese Einteilung auf noch zumindest zwei weitere Kategorien ausdehnen:

1. Jene Guerillas, die einen territorialen Hegemonieanspruch über das gesamte Nationalgebiet Kolumbiens stellten oder stellen und jene, die ihre Aktion – etwa im Rahmen der „Fokustheorie“ - weitgehend auf einige wenige strategisch oder ökonomisch wichtige Regionen beschränkten, bzw. aufgrund ihrer sozialen und ethnischen Herkunft einer bestimmten Region verhaftet blieben. Zu der ersten Klasse gehören die FARC und im geringeren Maße die M-19, zur zweiten Bewegungen wie das ELN, das EPL oder die Quintín Lame.

2. Guerillas, die ihren Ursprung in den ruralen Gebieten bzw. ihren Aktionsschwerpunkt in diesen haben und jene, die einen wesentlichen (wenn auch nicht ausschließlich) urbanen Charakter aufweisen. Zu der ersten Gruppe gehören trotz aller Bemühungen urbane „bolivarianische“ Milizen zu etablieren natürlich die FARC und die indigene Bewegung Quintín Lame und auch die Guerillas des ELN und des EPL, auch wenn diese auch auf urbane Elemente verweisen können, während die M-19 sowohl

¹³⁶ Pécaut, 2008: 39

hinsichtlich der Herkunft ihrer Kämpfer als auch ihrer Aktionsschwerpunkte im Wesentlichen urban geprägt blieben.

Im Gegensatz zu der (zumindest öffentlich zur Schau gestellten) Einheit innerhalb der regulären kolumbianischen Armee ist und bleibt ein wesentliches Merkmal der Guerillabewegungen die starke ideologische, politische und strategische Kluft zwischen diesen Bewegungen einerseits und die immer wieder auftretenden blutigen Richtungskämpfe und Dissidenzen innerhalb der einzelnen Bewegungen andererseits, ein Faktor der insbesondere für das EPL und das ELN zutrifft.

Die angespannten Beziehungen zwischen den einzelnen Bewegungen waren vor allem das Resultat von ideologischen Differenzen, die zumeist durch die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen internationalen kommunistischen Machtzentren (Moskau, Peking, Havanna) begründet waren. Die bewegungsinternen Dissidenzen und Uneinigkeiten ergaben sich mit der gegenseitigen Anschuldigung des Verrats oder „Abwechtlertums“ meist ebenfalls aus programmatisch-ideologischen oder militärisch-strategischen Differenzen, hatten ihre Ursache aber auch manchmal in persönlichen Zwistigkeiten zwischen den Führern, welche sich zu internen Kämpfen um die Macht innerhalb der Bewegungen auswuchsen.

Vorkommnisse wie die standrechtlichen Erschießungen von „Abweichlern“ und „Reformisten“ innerhalb des Ejército de Liberación Nacional (ELN) während der 1960-er und 1970-er Jahre sowie der erbarmungslose Kleinkrieg zwischen FARC und EPL um die Kontrolle des Bananenanbauregion Urabá sind dafür gute Beispiele. Auch zwischen FARC und ELN und M-19 kam es im Verlauf der Geschichte zu teilweise gewaltsam ausgetragenen Zwistigkeiten.

Ebenso fanden zahlreiche Zusammenstöße zwischen der FARC und der Indio-Guerilla Quintín Lame statt, da die FARC versuchte, die indigenen Behörden dieser Region des Departments Cauca unter ihre Autorität zu unterwerfen, die Reservate zu kontrollieren, junge indigene Männer oder Jugendliche gewaltsam für die FARC zu rekrutieren und die Stammregionen der indigenen Paez-Ethnie zu einem Schauplatz bewaffneter Zusammenstöße mit den kolumbianischen Streitkräften zu verwandeln.

Die Einigung der unterschiedlichen Guerilla-Bewegungen begann erst im Jahre 1985 mit der Schaffung der Coordinación Nacional Guerrillera (CNG), welche im Jahre 1987 unter dem neuen Namen Coordinación Guerrillera Simón Bolívar (CGSB) auftrat.

Wenn auch die Gründung dieser Koordinations- und Kollaborationsplattform die zeitweise Überwindung der Bruderkämpfe unter den Guerilla-Bewegungen ermöglichte, gelang es zu keiner Zeit, über einfache Pressecommuniqués hinausgehende gemeinsame politische, strategische und militärische Ziele zu formulieren. Im Gegensatz zu Guatemala, El Salvador oder Nicaragua, "Ländern, in denen gut organisierte revolutionäre Fronten gegründet wurden" war, laut Eduardo Pizarro (1996) "die Einheit in Kolumbien rein scheinbar".¹³⁷

Vier der Mitgliedsorganisationen dieses kolumbianischen Guerilla-Dachverbandes sollten sich einige Jahre später in das legale politische Leben integrieren (M-19, Quintín Lame, PRT und der Großteil der EPL), während die verbleibenden Gruppen (FARC, ELN und eine Abspaltung der EPL) eine scheinbar formelle Einheit unter der Guerilla-Koordination CGSB aufrecht erhielten, aber in ideologischer und strategischer Hinsicht weiterhin deutlich gespalten blieben.

Im Gegensatz zu Kolumbien hatten die bewaffneten Oppositionsbewegungen in Nicaragua und Kuba ab einem bestimmten Zeitpunkt der Auseinandersetzung eine strategische Konvergenz erreicht, die es ihnen ermöglichte, die jeweiligen Regime und ihre regulären Armeen als einheitliche bewaffnete Front zu bekämpfen und zu besiegen. Ein Grund für den unterschiedlichen Erfolg dieser Guerilla-Bewegungen ist möglicherweise die unterschiedliche Natur der regulären Streitkräfte und Armeen von Südamerika und jenen Zentralamerikas und der Karibik.

Dieser Unterschied mag im Wesentlichen in der Tatsache begründet sein, dass die erstgenannten gleichsam mit der Geburt der neuen Nationen entstanden sind und sich als Erben der revolutionären Konzepte der Unabhängigkeitshelden Bolívar, Artigas und San Martín verstanden¹³⁸, während die letztgenannten von Anfang an unter der breiten Bevölkerung auf massive Ablehnung stießen, da sie als Nationalwachen unter der militärischen Besatzung der Vereinigten Staaten zur Aufrechterhaltung der inneren polizeilichen und politischen Kontrolle und zur Sicherung der sozialen Ordnung von diktatorischen Regimes geschaffen worden waren, wodurch diese Armeen von der Bevölkerung als imperialistische Besatzungsheere und nicht als Nationalheere mit historischer gewachsener Legitimität angesehen wurden.

¹³⁷ Pizarro in IEPRI, 1996: 214

¹³⁸ Zumindest in der Theorie, denn in der Praxis fungierten die repressiven nationalen Militärregimes etwa in Chile und Argentinien als Instrumente zur Durchsetzung der Hegemonie-Ansprüche der Vereinigten Staaten in ihrem "Hinterhof" Lateinamerika vor dem Hintergrund des Kalten Krieges.

Der Rückhalt in der Bevölkerung für den Guerillakrieg in Kuba und Nicaragua war daher so stark, dass trotz enormen zahlenmäßigen und militärisch-technologischen Nachteilen der Guerilla-Bewegungen die Regimes dieser Länder in die Knie gezwungen werden konnten. Wenn auch analog dazu in Kolumbien etwa die FARC (zumindest lange Zeit) einen sehr starken Rückhalt in der Zivilbevölkerung fand, war die Ablehnung der regulären Streitkräfte innerhalb der Bevölkerung aber nie so groß, dass auch die letzten Reserven gegen diese mobilisiert werden konnten.

Im Folgenden möchte ich eine kurze Beschreibung der wichtigsten Elemente und Charakteristiken in der historischen Entwicklung der relevantesten Guerillagruppen in Kolumbien vornehmen, und versuchen herauszuarbeiten, was ihre Ziele sind, worin sie sich gleichen und in welchen fundamentalen Aspekten sie sich voneinander unterscheiden.

6.2 Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, Ejército del Pueblo (FARC-EP)

6.2.1 Allgemeines

Bei den Bewaffneten Revolutionären Streitkräften Kolumbiens FARC (**Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia**) handelt es sich um die wichtigste und größte Guerillaorganisation Kolumbiens und gleichzeitig um die älteste, noch aktive linke Aufständischenbewegung ganz Lateinamerikas.

Was die FARC von allen anderen linken Guerillas in Lateinamerika und in Kolumbien selbst unterscheidet, ist die Tatsache, dass letztere Organisationen allesamt in der Folge des Triumphs der Kubanischen Revolution unter Fidel Castro (1959) entstanden, während die FARC zwar formell auch erst 1964 gegründet wurden, aber zu diesem Zeitpunkt auf weitaus ältere historische Wurzeln verweisen konnten, die – wie bereits in den vorangegangenen Kapiteln geschildert - in den sozialen Land- und Bauernbewegungen in den südlichen Departments Tolima und Huila, in den liberalen und später kommunistischen Bauern-Selbstverteidigungsgruppen insbesondere der Llanos

Orientales während der Zeit der „Violencia“ und in den kommunistisch beeinflussten Bauernkommunen (vor allem im Hochland von Sumapaz) liegen.

Die aktuelle militärische Stärke dieser stark an traditionell marxistisch-leninistischem Gedankengut orientierten Guerillagruppe, die sowohl im kolumbianischem Kernland als auch in den unwegsamen Dschungel-Grenzgebieten zu Ekuador, Venezuela, Panamá und Peru operiert, wird mit 10000-20000 Mann immer wieder höchst unterschiedlich beziffert.

6.2.2 Der Gründungsmythos von Marquetalia

Um die historische Entwicklung der FARC (und jene der anderen Guerilla-Bewegungen) in kurzen Worten nachzeichnen zu können, ist es notwendig, einige in den vorangegangenen Kapiteln ausführlicher behandelte Ereignisse nochmals aufzugreifen.

Ein wichtiger Eckstein der Geschichte und der historischen Wurzeln der FARC liegt bereits im Jahre 1953, als General Gustavo Rojas Pinilla nach einem Staatsstreich die Macht ergriff und mithilfe einer Generalamnestie für alle an Gewaltverbrechen beteiligten Personen, marodierende Banden und liberalen und kommunistischen Guerillas der gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteien ein Ende zu setzen versuchte.

Einige der von der Kommunistischen Partei Kolumbiens (PCC) beeinflussten Guerillas trauten allerdings dieser Amnestie nicht und weigerte sich, die Waffen abzugeben. In der Folge wurde sogenannte „befreite Zonen“ geschaffen, wie z.B. El Pato im Department Caquetá, Riochiquito und Guyabero, wo sich die durch Banden oder durch die reguläre kolumbianische Armee bedrängten Bauern niedergelassen und eine gewisse soziale und wirtschaftliche Autonomie durchgesetzt hatten und wo der Einfluss des Staates praktisch nicht vorhanden war.

In diesen unzugänglichen und weitgehend von der Außenwelt isolierten Inseln der bäuerlichen Selbstverwaltung entwickelten sich allmählich Parallelstrukturen zu den offiziellen staatlichen Machtinstitutionen, die vor allem auf dem Prinzip einer vollkommen autarken Subsistenz-Landwirtschaft beruhten.

Dies alles spielte sich nun bereits vor dem Hintergrund eines neuen Verhältnisses zwischen den beiden traditionellen Parteien ab, welches darauf ausgerichtet war, ein weiteres Ausbluten des Landes im Zuge der „Violencia“ zu verhindern.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass im Jahre 1958 die beiden Erzfeinde Liberale und Konservative zu einem Abkommen gelangten, durch welches die Macht zwischen den beiden Parteien in einem Proporzsystem aufgeteilt werden sollte, um auf diese Weise die seit dem Bogotazo von 1948 entfesselte Gewaltorgie zu beenden. Dieses als „Frente Nacional“ in die Geschichtsbücher eingegangene Bündnis war formell auf 16 Jahre (also bis 1974 begrenzt), wurde aber in der Praxis bis zum Jahre 1986 aufrechterhalten. Die Verdienste dieses Proporzsystems um die Verringerung der Gewalt im Land sind unbestritten, gleichzeitig wurde es aber verabsäumt, moderne und gerechtere politische, rechtliche und soziale Strukturen zu schaffen, um ein Wiederaufkeimen der Gewalt und der sozialen Spannungen zu verhindern.

Im Verlaufe der frühen 1960-er Jahre begannen die vom Rest des Staates praktisch weitgehend abgeschotteten autonomen Bauernkommunen den Unmut weiter Kreise des konservativen und ultrarechten politischen Spektrums zu erregen, welche in der Öffentlichkeit und im kolumbianischen Kongress Stimmung gegen die sogenannten „Unabhängigen Republiken“ von Marquetalia und Guaybero machten, und den Zentralstaat aufforderten, diesen für sie untragbaren, dem Kommunismus Vorschub leistenden Zustand mit militärischen Mitteln ein Ende zu setzen.

Besonders lautstark setzte sich hierbei Alvaro Gomez Hurtado, der nicht minder reaktionäre Sohn des ehemaligen konservativen Präsidenten Laureano Gómez, unter dessen Präsidentschaft die Violencia den höchsten Blutzoll gefordert hatte und der von seinen liberalen Gegnern „Bestie“ genannt wurde, für ein militärisches Vorgehen gegen diese Siedlerenklaven ein. Und tatsächlich gab die Regierung unter dem konservativen „Friedenspräsidenten“ Guillermo León Valencia diesem Drängen nach und begann im Mai 1964 eine der größten Militäroffensiven der jüngeren kolumbianischen Geschichte: Die „Eroberung“ der winzigen Bauernkommune Marquetalia unter Einsatz eines massiven militärischen Aufgebots und unter Zuhilfenahme von Napalm und Flugzeuggeschwadern.¹³⁹

Doch die Wiederherstellung der Staatsgewalt erwies sich für die Regierung der Nationalen Front im Rückblick als wahrer Pyrrhus-Sieg. Denn nur kurz darauf sollten sich die der Militäroffensive entkommenen Bauern unter Führung des ehemaligen liberalen

¹³⁹ Vgl. Hörtnner, 2006: 104f.

Bauern-Guerrilleros Manuel Marulanda, der aufgrund seiner überragenden Geschicklichkeit mit Feuerwaffen den Spitznamen "Tirofijo" erhielt und zu einer der größten Guerilla-Legenden des gesamten Kontinents werden sollte, vereinen, um noch im selben Jahr den sogenannten „Bloque Sur“ zu gründen, der zwei Jahre später in „Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia“ (FARC) umbenannt werden sollte.¹⁴⁰

Die Mobilisierungskraft dieses Gründungsmythos der FARC, dieses massive repressive und brutale Vorgehen der regulären kolumbianischen Armee gegen eine Handvoll rudimentär bewaffneter Bauern, sollte auch Jahrzehnte später und trotz der zahlreichen und massiven Transformationen, die diese Guerilla seither erlebt hat, nicht unterschätzt werden. Immer wieder berufen sich die FARC in ihren offiziellen Kommuniqués und politischen Aussendungen auf dieses Ereignis und verwenden dieses traumatische Ereignis vor über 50 Jahren dazu, ihre Existenz auch heute noch zu rechtfertigen. Jacobo Arenas, der 1990 an Krebs verstorbene Chefideologe der FARC beschreibt die Ereignisse rund um die offizielle Gründung der FARC folgendermaßen:

Campesinos que no disponían de tierra la ocuparon y en un momento determinado iniciaron la lucha para defender esas posiciones, generalmente en territorios nacionales, es decir, en tierras que no eran de propiedad de los grandes latifundistas sino en tierras de la nación.

El problema radicaba en que esas tierras quedan como un cinturón circundante de grandes propiedades latifundistas. Entonces, cuando los campesinos hicieron sus fundos, los grandes propietarios quisieron expropiarlos, pero no comprándoles sino desencadenando contra ellos la violencia para obligarlos a abandonar sus posesiones y de esa manera agrandar los latifundios. Los campesinos se agruparon entonces para defender el derecho a la tierra que ellos mismos habían conquistado. Y se desencadenó en el Parlamento un debate en torno a un fenómeno nuevo, según los que enfocaron la cuestión en la Cámara y en el Senado de la República: el surgimiento de las llamadas Repúblicas Independientes.

Quien inició esta discusión fue el doctor Alvaro Gómez Hurtado, quien sostuvo que en las Repúblicas Independientes había un sistema de leyes propias, normas propias de los movimientos, que se gobernaban y comenzaban a gobernar en otras áreas sin permitir que llegara fuerza pública, el ejército de Colombia. Se creaba de esta manera en el país una situación de orden político que empataba perfectamente con la concepción de los militares y del militarismo que había comenzado prácticamente en el año 46, para encarnar en la teoría de la seguridad nacional. Esta teoría comienza afirmando que el mundo se ha dividido en dos partes y que eso genera un conflicto internacional, que se da entre una parte del mundo que es comunista y otra que sigue siendo capitalista, le ponen a ésta "la civilización cristiana y occidental".

Hay que trasladar entonces el conflicto internacional al escenario de cada país, en donde toma la forma de guerra interna. Este es el fenómeno que se está viviendo desde el fin de Segunda Guerra Mundial.

Gómez Hurtado y otros personajes se ocuparon de la novedosa teoría de las Repúblicas Independientes, teniendo como fondo el problema de la definición de la guerra interna. Así se inició esa confrontación que lleva más de veinte años.¹⁴¹

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Behar, 1985: 69

Inwiefern dieser massive Angriff der Armee und die brutale Unterdrückung der Bauern-Enklaven durch die Regierung rückblickend betrachtet wirklich zur Gründung und zur starken Konsolidierung der FARC beigetragen haben, darüber tobt noch heute ein heftiger Experten-Streit, der zum Teil über die Medien ausgetragen wird. Viele sind der Ansicht, dass diese Aktion der Armee rein kontraproduktiv gewirkt habe, da die Bauernenklaven keine Gefahr für die Stabilität der Regierung und des Staates gewesen seien und diese sich, wenn man sie in Ruhe gelassen hätte, mit der Zeit selbst wieder der Gesellschaft angenähert hätten, wodurch der Staat und die Armee selbst für die Gründung der FARC und ihre Stärkung mitverantwortlich zu machen sei.

Diese Ansicht wird unter anderem vom bekannten linken Schriftsteller und Journalisten Antonio Caballero vertreten, der in einem Interview folgendermaßen zu diesen Ereignissen Stellung nimmt:

El Ejército colombiano se la pasa quejándose de que no le dejan las manos libres. No. El Ejército ha tenido manos libres para hacer lo que ha querido. Ha asesinado sindicalistas, ha arrasado pueblos, ha bombardeado, ha usado napalm. Ha hecho todo lo que ha querido y el resultado de eso ha sido no la aniquilación de la guerrilla, sino su crecimiento y multiplicación. La política de arrasamiento de las zonas guerrilleras hace casi medio siglo - a petición del doctor Alvaro Gómez Hurtado, a quien le parecía inconcebible que existieran lo que él llamaba "repúblicas independientes" en Marquetalia y Guayabero - por obra de las fuerzas armadas en el gobierno de Guillermo León Valencia, logró que lo que eran 50 hombres se transformaran en lo que hoy son las FARC: más de cien frentes, 20.000 hombres en todo el país, sin contar las ramificaciones urbanas. Y no sólo eso. En el transcurso de estos años han surgido más guerrillas. Posiblemente sea necesario darle golpes a la guerrilla, pero el hecho es que se ha intentado y no se ha conseguido. Al revés: Como los golpes han sido siempre mal dados, no al aparato armado guerrillero sino a la población civil, se la ha hecho crecer.¹⁴²

An anderer Stelle in selbem Interview bekräftigt er diese Ansicht:

[...] en Marquetalia nacieron las FARC, que eran en ese momento 50 hombres que se defendían contra los abusos de los terratenientes respaldados por el ejército y que, al convertirse en el gobierno de Valencia en el blanco directo del Estado, empezaron a transformarse en lo que son hoy: más de un centenar de frentes armados con presencia en todo el país, que tienen en jaque al Estado. Eso se le debe en buena medida a eso que bautizaron „la pacificación de Valencia“, que no fue una pacificación sino una oleada represiva que con el tiempo generó una reacción consistente en el crecimiento y fortalecimiento de múltiples y muy numerosas guerrillas.¹⁴³

Andere Analysten räumen zwar ein, dass eine unnötig brutale Repression des Staates zur Gründung der FARC geführt hätten, heben aber hervor, dass sich in den vergangenen 45 Jahren auf nationaler und internationaler Ebene so viele strukturelle Dinge verändert hätten, dass die Beschwörung des Mythos Marquetalia durch die FARC

¹⁴² Caballero/Iragorri, 2002: 63

¹⁴³ Ebd. : 76

heute nur einen rein manipulativen Charakter hätte, um einen Opferstatus zu suggerieren, den die FARC längst nicht mehr hätten, da sie sich schon seit langem von einer defensiven in eine aggressive Organisation verwandelt hätten, auch wenn ihr Führungspersonal lange Zeit mit jenem der 1960-er Jahre identisch gewesen sei (auf die Frage der Kontinuität der Strukturen, welche an der Entstehung der Gewalt beteiligt sind, komme ich an anderer Stelle ausführlich zurück). Die sozialen, ökonomischen und politischen Begleitumstände, welche die Gründung der FARC einst gerechtfertigt hätten, seien heute nicht mehr gegeben. So schreibt etwa Eduardo Pizarro Leongómez:

Segun este mito, las FARC no surgieron por iniciativa propia, sino como resultado de una agresión externa. El movimiento guerrillero incipiente no habría sido el que declaró la guerra al Estado; por el contrario, fue el Estado el que declaró la guerra a las organizaciones agrarias comunistas, las cuales se vieron obligadas a defender su vida mediante las armas. El discurso de Manuel Marulanda en San Vicente de Caguán se inscribe en la lógica propia de esta lectura de la historia.

Mediante este mito histórico, las FARC buscaron siempre desligarse del resto de grupos guerrilleros de la época, las llamadas "guerrillas" de primera generación" (EPL y ELN), las cuales habrían surgido con base en la iniciativa política de sectores de clase media urbana radicalizados. Frente al voluntarismo y al foquismo guevarista, las FARC aparecían, por el contrario, como el resultado de una agresión del Estado contra la población campesina. Mediante la construcción de esta visión sobre sus orígenes remotos, las FARC han construido y recreado su justificación histórica, con total autonomía de los cambios que se han producido tanto en el ámbito internacional (el fin de la Guerra Fría) como en el interno (la Constitución de 1991 y la apertura democrática).¹⁴⁴

Mit anderen Worten: Die FARC sind laut eigener Auffassung Guerillas, nicht weil sie Guerillas sein *wollten*, sondern weil sie Guerillas sein *mussten*.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein wichtiges Charakteristikum der FARC hinweisen, das in vielen Analysen und in der medialen Darstellung oft nicht ausreichend berücksichtigt wird. Ganz egal wie man die FARC heute sieht, sind sie nämlich keineswegs eine ideologische Kopfgeburt oder ein künstliches geschaffenes Instrument der Sowjetunion im „Stellvertreterkrieg“ des Konfliktes der Supermächte USA und UDSSR, sondern tatsächlich eine in Widerstand zu einem repressiven Zentralstaat organisch gewachsene Bauernguerilla mit tiefen historischen Wurzeln in regionalen sozialen und politischen Strukturen und mit einer (zumindest anfänglich) ebenso tiefen kulturellen und sozialen Verankerung in den regionalen Bauerngesellschaften. Dieser soziale Kontext ging bei der feindseligen Reaktion der Vereinigten Staaten auf die Bildung dieser Bauernguerillabewegung vollkommen unter und wurde von diesen nur als weitere kommunistische Bedrohung in der von ihnen dominierten Hemisphäre wahrgenommen,

¹⁴⁴ Pizarro in IEPRI, 2006: 181-182

auf die es gewaltsam zu reagieren galt. Mario Murillo sieht in einer Analyse dieser Problematik frappierende Parallelen zur Aktualität und kommt ebenso wie Antonio Caballero zum Schluss, dass die Repression gegen die erste Guerillakeimzelle diese nur gestärkt habe:

Mas que ver a los rebeldes como una manifestación orgánica de resistencia a un sistema no democrático y extremadamente militarista, los Estados Unidos fueron rápidamente a aplicarlo dentro del contexto del triunfo reciente de la Revolución Cubana y las amenazas percibidas en el hemisferio de la Unión Soviética. Aquí otra vez los paralelos con la Colombia actual son sorprendentes, cuando consideramos que la administración Bush denuncia que células de Al-Qaeda están operando en los enclaves de la guerrilla junto a la frontera Colombia-Ecuador, o que las FARC tiene vínculos con grupos tales como Hezbollah, acusaciones divulgadas en recientes reportes de noticias [...] como en los años sesenta, hoy, la respuesta local debe corresponderse a una respuesta global.

Los primeros fundadores de las FARC estaban bien atentos al hecho de que estaban enfrentando a un enemigo muy poderoso: el ejército colombiano y sus defensores en Washington, que los obligaban a llevar a cabo "un trabajo político con las masas en gran escala"; éste sería realizado no sólo en las áreas donde los rebeldes originalmente estaban situados, sino en cualquier parte adonde ellos expandieran su movimiento. Estaban conscientes de la necesidad de desarrollar maneras de financiar el movimiento a través del apoyo directo de las comunidades, también de cómo implementar esfuerzos en la educación y propaganda en regiones donde los guerrilleros nunca habían existido. Inmediatamente los jóvenes rebeldes quisieron demostrar a la opinión pública colombiana que ellos no estaban derrotados y que de hecho las ofensivas militares en Marquetalia contra los guerrilleros campesinos, en realidad, reforzaron la organización.¹⁴⁵

6.2.3 Die Ideologie der FARC- zwischen Radikalismus und Pragmatismus

Trotz der traditionell starken und engen Beziehung zur legalen moskaufreundlichen kolumbianischen KP, welche die FARC als bewaffneten Arm ihrer Strategie der „Kombination aller Formen des Kampfes“ (d.h. die Kombination des legalen Kampfes über Parlament und Gewerkschaften mit dem illegalen bewaffneten Kampf) konzipierte, und trotz militärischer und finanzieller Unterstützung aus der Sowjetunion, Kuba und anderen Ostblockstaaten, waren die FARC immer darauf bedacht, eine gewisse politische Eigenständigkeit in Bezug auf die kolumbianische KP und ein gerüttelt Maß an finanzieller Unabhängigkeit gegenüber den sie unterstützenden Staaten des Eisernen Vorhangs zu bewahren.

Trotz der massiven Veränderungen in Kampfstärke und Struktur sind die FARC auch heute im Wesen noch das, was sie vor 45 Jahren waren: eine Bauernguerilla mit abgrundtiefem Misstrauen gegen die urbane und rurale Oligarchie einerseits und gegen

¹⁴⁵ Murillo, 2004: 67-68

ein pazifistisches linkes Intellektuellentum andererseits, das von den FARC als verweichlicht eingestuft und von ihnen bezichtigt wird, die wahren Interessen und täglichen Konditionen der Bauernschaft unmöglich verstehen zu können und diese beständig zu verraten. Selbst von den Vertretern der KP trennten die FARC oft Welten, was in vielen Fällen auch ganz einfach durch die unterschiedlichen Lebensrealitäten begründet sein mag, in denen die beiden Organisationen lebten: Die linke Guerilla in oft prekären Verhältnissen in abgelegenen Dschungel- und Gebirgsregionen und in ständigem-sozialen Kontakt mit der Bauernschaft einerseits, und die über die Revolution theoretisierenden Funktionäre der KP in den Städten andererseits, die aus einer Existenz der Legalität heraus die Guerilla oft nur als Instrument sahen, ihren politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen.¹⁴⁶

Obwohl die Farc vor allem im Laufe der 1980-er und 1990-er Jahre versuchten, verstärkt Einfluss in den Städten zu gewinnen, urbane Milizen und Unterstützungsnetzwerke aufzubauen und vermehrt Studenten und Mitglieder der Mittelschicht und Intellektuelle für ihren Kampf zu gewinnen bzw. suchte, blieb die Anziehungskraft, die die FARC auf diese Bevölkerungsschichten, welche sich eher mit aus ihren eigenen Reihen hervorgegangenen Guerillabewegungen wie der M19, dem ELN oder der EPL identifizierten, ziemlich gering. Somit blieb der politisch-ideologische Einflussbereich der FARC über weite Strecken auf ihren Kernbereich der Landarbeiter und Kleinbauern beschränkt und der Blickwinkel der Organisation auf deren Lebensverhältnisse reduziert.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass innerhalb der sozialen Strukturen der FARC schon in der Frühphase sexuelle Kontakte zwischen den Kämpfern und Kämpferinnen (der Frauenanteil bei den FARC ist mit ca. 30-40 % extrem hoch) nicht zu unterdrücken suchte, sondern diese zuließ und allenfalls die Lenkung der Geschlechterbeziehungen in geregelte Bahnen propagierte und auch für Verhütungsmittel plädierte. Kam es dennoch zur Schwangerschaft der Kämpferinnen, wurden sie in vielen Fällen gezwungen, eine Abtreibung vorzunehmen bzw. bei Geburt des Kindes dieses an eine Bauernfamilie zur Pflege zur übergeben.

Die alles in allem permissive Haltung der FARC zur Sexualität und Paarbeziehung unter ihren Kämpfern und Kämpferinnen stand im klaren Gegensatz zu der Konzeption von Guerillas wie der ELN, wo in der illusorischen „Naherwartung“ einer baldigen

¹⁴⁶ Hörtner, 2006:104f.

Revolution oder eines „Aufstandes der Massen“ ein asketisches, auf jede sozialen und sexuellen Kontakte verzichtendes Kämpferideal aufrechterhalten wurde, ein Ideal, das so natürlich unerfüllbar blieb und zu schweren Spaltungen und Konflikten innerhalb der Bewegungen führte, die bei einer realistischeren Herangehensweise an Fragen der Sexualität und Beziehung vermeidbar gewesen wären.¹⁴⁷

Die FARC erwiesen sich auch insofern als pragmatisch, als dass es kaum zu ausgeprägten ideologisch-politischen Grundsatzdebatten kam, wodurch zwar einerseits die Exzesse von blutigen Flügelkämpfen innerhalb der Bewegung, wie sie etwa lange Zeit bei dem EPL und vor allem dem ELN an der Tagesordnung waren, vermieden wurden, andererseits es aber verabsäumt wurde, den essentiellen, pragmatisch gehaltenen und durchaus berechtigten Forderungskatalog der FARC für den Eintritt in Verhandlungen mit der Regierung anders als nur durch die militärische Stärke und Aktion zu forcieren. Auch ließen sich die Führer der FARC kaum dazu bewegen, sich als Teil einer „Weltrevolution“ zu verstehen - zu sehr blieb man einem Problembewusstsein auf lokaler und regionaler Ebene verhaftet. Somit ging es den FARC im Wesentlichen immer um eine maximal „regionale“ oder „lokale“ Revolution, vor allem durch das Mittel einer radikalen Landreform. Bis heute ist der Einfluss, den die FARC auf die kleinsten politischen und sozialen Strukturen auszuüben trachten ein besonderes Merkmal der Organisation.

Dieser Fokus der FARC auf die Erfüllung der zentralen agrarpolitischen Forderungen brachten ihr von Seiten der anderen Guerillas den Vorwurf des Revisionismus und des Reformismus ein, da die Aktion lediglich auf die Durchsetzung einzelner punktueller Verbesserungen beschränkt sei, anstelle die kapitalistische Macht frontal und in ihrer ganzen Essenz anzugreifen.

Die Diskussionen innerhalb der Organisation wurden nicht so sehr unterdrückt, als dass sie vielmehr von selbst gar nicht stattfanden, nicht im Kreise der militärischen Führer und schon gar nicht unter den einfachen Kämpfern. Das Erstellen der ideologischen Konzepte und Gerüste wird einfach der KP überlassen.

Daniel Pécaut weist in seiner jüngsten Studie über die FARC auf die Vorteile und Nachteile hin, die sich aus dieser mangelnden politischen und ideologischen Fokussierung ergeben:

¹⁴⁷ Vgl. dazu López Vigil, 1989:171-176

[...] De modo que éstas no tienen que preocuparse directamente por las tareas ideológicas y políticas. Manuel Marulanda nunca posó de genió teórico de la revolución. Sus escritos están consagrados por encima de todo a exaltar la gesta de Marquetalia. Jacobo Arenas pudo estar tentado por semejante estatuto, pero sus escasos escritos, dedicados unas veces también a celebrar los hechos de Marquetalia y otras a analizar la situación colombiana, no trascendieron las fronteras del país, tal vez ni siquiera el círculo de los militantes. Ningún otro líder de las FARC intentó „teorizar“ sobre la lucha armada colombiana. Incluso Marta Harnecker, la discípula de Althusser y de Fidel Castro, renunció a emitir una interpretación erudita al respecto y se limitó en sus obras a reproducir entrevistas realizadas en la época del cese al fuego con Belisario Betancur.

Esta parsimonia en cuanto a la elaboración política e ideológica tiene sus ventajas: contribuye a que las FARC eviten los debates susceptibles de engendrar tensiones o disensiones internas. Este es uno de los secretos de su longevidad. Pero también tiene sus inconvenientes: su débil poder de atracción, aun entre las corrientes que tienen una sensibilidad de izquierda.¹⁴⁸

Trotz der oftmaligen Beschwörung der „Revolution“ durch die FARC selbst, ging es (zumindest in der Anfangsphase der Bewegung) also nicht so sehr um ein Konzept der Revolution und der Erlangung der Macht auf militärischem Wege, wie er von den anderen Guerillagruppen propagiert wurde, sondern vielmehr um einen gewissen pragmatischen Reformismus und die Weiterführung der bauerlichen Selbstverteidigung im Zeichen eines defensiven Partisanenkrieges, der noch weit davon entfernt war, sich – wie dies in den 1990-er Jahren der Fall war - zu einem offensiven „Bewegungskrieg“ zu entwickeln.

6.2.4 Führungsstruktur der FARC

Die FARC bilden als militärische Bewegung eine seit jeher streng hierarchisch gegliederte Führungspyramide, an deren Spitze seit 2008 Alfonso Cano steht, der damit die Nachfolge des an einem Herzinfarkts verstorbenen legendären Anführers Manuel Marulanda („Tirofijo“), übernahm. Manuel Marulanda hatte seine Guerilla-Laufbahn schon zu Zeiten der „Violencia“ in den Reihen der liberalen Guerilla begonnen und war 1964 nach der brutalen Attacke der Regierung gegen die autonome Bauernklave Marquetalia federführend an der Gründung und Entwicklung der FARC beteiligt.

Das siebenköpfige Sekretariat der FARC ist das zentrale Führungsgremium der Bewegung und für alle wesentlichen strategischen, taktischen, militärischen, logistischen, politischen und ideologischen Fragen zuständig. Die Befehle, Anordnungen, Vereinbarungen und Entscheidungen dieses Gremiums sind für alle Mitglieder und militärischen Abteilungen zwingend und verbindlich.

¹⁴⁸ Pécaut, 2008: 142f.

Der Generalstab der FARC („Estado Mayor“) besteht aus etwa 30 Mitgliedern, zu denen auch die sieben Führungspersönlichkeiten des Sekretariats gehören.

Die FARC sind aktuell in sieben militärische Blöcke („bloques“) organisiert, die sich von Süden nach Norden und von Osten nach Westen auf das gesamte Territorium Kolumbiens verteilen. Diese Blöcke sind wiederum in Fronten („frentes“) zwischen 50 und 500 Mann und Kolonnen („columnas“), sowie in noch kleinere Einheiten unterteilt. Die kleinste Einheit, deren Funktion dem eines Spähtrupps gleicht, besteht aus 12 bewaffneten Kämpfern.

Da es sich bei der FARC um eine militärische Organisation handelt, die zur Zeit ihres größten Wachstums über eine Kampfstärke von 20000 - 30000 Kämpfern verfügte, spielte der Aufbau eines nicht rein militärischen Unterstützungs- und Finanzierungsapparates eine immer größere Rolle. Somit gab und gibt es innerhalb der FARC auch Einheiten, die weniger mit der Kriegführung an sich als mit Logistik, Nahrungsmittelversorgung, ärztlicher Versorgung, Transport, Buchhaltung, Informationsbeschaffung, Propaganda, Außenbeziehungen etc. beschäftigt sind bzw. sich auf reine Sprengstoffeinsätze zur Schädigung der staatlichen militärischen (und immer öfter auch zivilen) Infrastruktur konzentrieren¹⁴⁹.

Im Laufe der 1990-er Jahre wurde die traditionell streng zentralisierte und hierarchische Kommandostruktur der FARC insofern gelockert, als dass man den einzelnen Kommandanten der Blöcke und regionalen Fronten wesentlich mehr Autonomie zugestand, was zwar einerseits zu einer erhöhten militärischen Flexibilität, andererseits aber auch zu einer größeren Zahl von Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung führte, da sich die einzelnen Kommandanten zu immer größeren Missbräuchen und Fehlverhalten befugt sahen.

Um diesem Problem zu begegnen, führte die FARC-Führung das sogenannte „Rotationsprinzip“ ein, dessen Charakteristik darin bestand sowohl die regionalen Kommandos als auch die Hauptaufgaben des Führungspersonals innerhalb der eigenen Reihen zu wechseln, um keine „Kriegsherrenstrukturen“ aufkommen zu lassen.¹⁵⁰

Daniel Pecaut weist in seiner Studie über die FARC (2008) auf den Umstand hin, dass sich die einzelnen regionalen Fronten der FARC in Bezug auf die Qualität der Ausrüstung, Kleidung, Ernährung etc. oft wesentlich unterscheiden, und dass diese

¹⁴⁹ Vgl. dazu Pizarro Leongómez in IEPR, 2006: 189

¹⁵⁰ Ebd.: 189

Unterscheidung und das äußere Erscheinungsbild der Guerilla durch die in der jeweiligen Region dominierende Finanzierungsform geprägt ist:

Las ganancias, en efecto distan mucho de ser idénticas para todos los frentes: los que están implantados en las regiones de narco-economía son privilegiados. Los desmovilizados evocan con rencor estas desigualdades, que se manifestarían en la alimentación, la calidad de los uniformes y hasta el tipo de munición. La concentración en la zona desmilitarizada entre 1998 y 2001¹⁵¹ de guerrilleros procedentes de diversas regiones dio la oportunidad de constatarlas. La orgullosa estampa de unos contrastaba con el pobre aspecto de otros, a menudo encargados de las labores subalternas de seguridad [...].

El rencor es aun más fuerte cuando tienen la oportunidad de darse cuenta de que algunos comandantes gozan de todas las comodidades a pesar de la austeridad que prevalece entre los combatientes de base. También en la zona desmilitarizada, vieron a muchos pavonearse en sus 4 x 4 y a veces quedarse en casas que no tenían nada de espartanas. Los que estuvieron en las zonas de producción de cocaína mencionan el caso de un comandante que se hizo acondicionar una residencia con piscina. De modo que no dudan que algunos jefes se quedan con parte del impuesto.¹⁵²

In den letzten Jahren musste das oberste Führungsgremium der FARC einige schwere Rückschläge hinnehmen: Neben dem natürlichen Tod des legendären Anführers Manuel Marulanda mussten sie auch die Tötung von Iván Ríos und Raúl Reyes, zwei Angehörigen des FARC-Sekretariats, verkraften. Ersterer wurde von einem anderen, zur Armee übergelaufenen FARC-Mitglied umgebracht, während letzterer bei einem Militärschlag der kolumbianischen Armee auf ekuatorianischem Territorium ums Leben kam, ein Umstand der zu schweren diplomatischen Verstimmungen zwischen Kolumbien und seinen Nachbarländern Ecuador und Venezuela führen sollten, wobei Kolumbien seinen Nachbarn vorwarf, den FARC-Kämpfer auf ihrem Nationalgebiet Unterschlupf zu gewähren und Ecuador und Venezuela im Gegenzug massiven Protest gegen die bewussten Grenzverletzungen des Nachbarlandes einlegten.

¹⁵¹ Pécaut spielt dabei auf die Tatsache an, dass im Zuge der Friedensverhandlungen des konservativen Präsidenten Pastrana den FARC ein demilitarisiertes Rückzugsgebiet in der Region des Caguán in Südkolumbien in der Größe der Schweiz überlassen wurden, wo auch die Verhandlungen stattfanden.

¹⁵² Pécaut, 2008, S.87f.

6.2.5 Stationen der historischen Entwicklung

Gemäß Danuel Pécaut kann die Entwicklung der FARC in 4 wichtige Etappen eingeteilt werden:

1. Stagnation und Partisanen-Guerilla (1964- 1980)
2. Expansion (1980-1990)
3. Offensive (1990-2002)
4. Rückzug (2002-2009)¹⁵³

Im Folgenden möchte ich eine kurze Zusammenfassung dieser einzelnen Phasen, so wie sie Pécaut in seinem Buch beschreibt, vornehmen:

1. Stagnation und Partisanen-Guerilla (1964-1980)

Wie schon zuvor ausgeführt ändert sich an der Kriegsführung der Guerilla in dieser Phase im Vergleich zur liberalen Guerilla der Llanos und zu den Bewegungen der bäuerlichen Selbstverteidigung nichts Wesentliches. Die Führer der Guerilla sind dieselben wie jene des Bauernwiderstands seit 1950 und auch der Aktionsbereich und Einfluss bleiben im Wesentlichen identisch mit den Kernzonen des bäuerlichen Widerstands gegen die konservative Regierung während der „Violencia“.

Einige frühe Versuche der Expansion scheitern, so erleiden die zu dieser Zeit noch relativ rudimentär ausgerüsteten FARC beim Versuch, eine Zelle im Kaffee-Department Quindio aufzubauen, bereits in den ersten Jahren einen herben Rückschlag, verlieren viele Kämpfer und 70% ihres Waffenbestandes. Von diesem Fiasko sollten sie sich erst 1974 erholen, als das „Sekretariat“ des „Generalstabs“ und die ersten fünf Kampffronten geschaffen werden.

In dieser Phase ist es also noch nicht möglich, genau zwischen „neuer Guerilla“ und den „Überbleibseln“ der alten Selbstverteidigungsstrukturen zu unterscheiden. Für gewöhnlich beschränken sich die FARC darauf, Siedler in die neuen Siedlungsgebiete in den Llanos Orientales sowie in die Region des Magdalena Medio zu „begleiten“ und sich mit diesen weiter fortzubewegen, geben sich also mit einem verstärkten Einfluss in den menschenarmen, peripheren Zonen des kolumbianischen Territoriums zufrieden.

¹⁵³ Pécaut, 2008:41-67

Auch das Engagement im Agrarbereich erfolgt nicht ohne Widersprüchlichkeiten. So werden Allianzen nur mit jenen Landbewegungen eingegangen, die mit der FARC immer eng verbunden waren, gleichzeitig wird es verabsäumt größeren Einfluss auf die ANUC (Asociación de Usuarios Campesinos) auszuüben, einer vom Präsidenten Carlos Lleras Restrepo gegründeten Institution, die ursprünglich darauf abzielte, Kleinbauern und Pächtern ein Instrument zum Erwerb des von ihnen bestellten Landes in die Hand zu geben, aber im Laufe der Zeit immer kämpferischer wurde und für eine Vielzahl von friedlichen Landnahmen in den Regionen der Atlantikküste verantwortlich zeichnete.

Im Jahre 1975 bietet der FARC-Führer Manuel Marulanda dem Präsidenten López Michelsen die Demobilisierung der FARC unter der Bedingung von Agrarreformen an, was dieser unter dem Druck der Militärs ablehnt.

2. Expansion (1980-1990)

In dieser Phase erhöhen die FARC ihre ursprünglich 5 Kampffronten ("frentes") auf zunächst 12, dann 48. Schrittweise geht man nun dazu über, dem bekämpften Feind nicht nur Hinterhalte zu legen, sondern diesen frontal zu bekämpfen. Somit wird der militärische Pol zu Lasten des politischen Pols gestärkt, und der militärische Apparat setzt eine relative Autonomie gegenüber dem politischen Apparat der Kommunistischen Partei durch.

Dies alles findet vor dem Hintergrund eines aufgeheizten sozialen Klimas statt: weiteren massiven Bombardements der kolumbianischen Armee an der Grenze der südöstlichen Departments Huila , Meta und Caquetá 1978, eines Generalstreiks in Bogotá im Jahre 1977 und der Verabschiedung des Sicherheitsstatutes unter dem liberalen Präsidenten Turbay-Ayala (1978-1982), das dem Militär bei der Verfolgung der Guerilla weitgehende Sondervollmachten einräumte, wodurch der Einsatz von Methoden wie Ermordung von Zivilpersonen, Verschwindenlassen von „Symphatisanten der Guerilla“ und systematische Folterung von linken Aktivisten und Guerillamitgliedern quasi von höchster Stelle autorisiert wird. Durch die staatliche Repression wird die Guerilla aber keineswegs geschwächt - im Gegenteil, viele Regimegegner, vor allem aus der studentischen und intellektuellen Mittelschicht, sehen im bewaffneten Kampf die einzige Möglichkeit zum Aufbrechen der verkrusteten Strukturen und zur Durchsetzung berechtigter sozialer und politischer Forderungen.

Die sozialen und politischen Umwälzungen jener Jahre werden von den FARC in dem Sinn interpretiert, dass eine revolutionäre Situation am Entstehen sei und der Aufstand der Volksmassen kurz bevorstünde. Somit war der Boden bereitet für die revolutionäre Aktion und die Ergreifung der Macht auf militärischem Wege. Die Tage der defensiv ausgerichteten Guerilla sind gezählt - ab nun geht es für die FARC darum, von der Peripherie ins Zentrum zu rücken und den Staat an seinen Pulsadern zu treffen.

Um diese neue, nunmehr tatsächlich auf dem Konzept der Machtergreifung basierenden Orientierung symbolische Schlagkraft zu verleihen, fügen die FARC ab 1982 im Rahmen ihrer 7. Konferenz dem Namen ihrer Organisation das Kürzel EP (Ejército del Pueblo) hinzu.

1. Zwischenspiel: Gründung und Auslöschung der Patriotischen Union (UP)

Trotz dieser militärischen und sprachlichen Aufrüstung spielten die FARC eine wesentliche Rolle in dem vom konservativen Präsidenten Belisario Betancur (1982-1986) ins Leben gerufene ehrgeizigen Friedensprozess, bei dem auch andere Guerillaorganisationen wie die M-19 und die EPL beteiligt waren.

1984 unterzeichnen die FARC mit der Regierung ein Waffenstillstandsabkommen, das bis 1987 im Wesentlichen eingehalten werden sollte. Ein Produkt dieses Waffenstillstands ist die Gründung der „Unión Patriótica“ 1985, einer politische Partei, die als neue politische Bewegung unter der Schirmherrschaft der FARC konzipiert war, und bei der vom Staat amnestierte und in das zivile Leben integrierte Ex-Kommandanten der FARC gemeinsam mit nationalen und regionalen Funktionären der Kommunistischen Partei federführend beteiligt sind. Der Unión Patriótica gelingt bei den Präsidenten- und Regionalwahlen 1986 der höchste Wählerzuspruch, den bis damals eine linke politische Gruppierung in Kolumbien je erreicht hatte – und dies trotz der Tatsache, dass zu dieser Zeit bereits ein in der Geschichte einmaliger „schmutziger Krieg“ gegen deren Führer, Funktionäre und Mitglieder im Gange ist.¹⁵⁴

Diese Bewegung, war trotz der ursprünglichen Intention, sie innerhalb der FARC-Strategie der Kombination aller Formen des Kampfes zu integrieren, kein exklusives Organ der FARC-EP, denn sie konnte auf breite Unterstützung durch

¹⁵⁴ Vgl. CINEP, 2003: 55

Bürgerrechtsbewegungen, Gewerkschaften und Arbeiter zählen, die durchwegs unterschiedliche Absichten und Ideen vertraten.

Mehrere Führer der UP zeigten sich sogar mit den bewaffneten Aktionen der FARC-EP als nicht einverstanden und verlangten, den politischen Weg trotz einer entfesselten neuen Welt der Gewalt aufrecht zu erhalten. Sie kritisierten sowohl die Regierung als auch die FARC-EP scharf, da diese keine weiteren Versuche unternahm hätte, die Situation unter Kontrolle zu halten. Dennoch hielt die UP an der Fortführung des eingeschlagenen politischen Weges fest.

Diese Entscheidung für einen alternativen, friedlichen Weg des sozialen Protests durch politische Aktion und nicht durch Waffengewalt führte allerdings zu einem der traurigsten Kapitel in der Geschichte der zivilen Volksbewegungen Kolumbiens: Zwischen 2000 und 4000 Aktivisten der UP, unter ihnen die beiden Präsidentschaftskandidaten Jaime Pardo Leal (1987) und Bernardo Jaramillo Ossa und mehrere Kongress- und Senatsabgeordnete wurden systematisch ermordet bzw. verschwanden spurlos. Nur ein winziger Bruchteil dieser Fälle konnten geklärt oder gar vor Gericht geführt werden. In den meisten Fällen wurden die Aktivisten von mit Regierungskräften paktierenden Paramilitärs bzw. im Auftrag von Arbeitgebern, Geschäftsleuten, Großgrundbesitzern, Politikern oder Drogenhändlern ermordet. Manchmal kam es aber auch zu bewaffneten Aktionen der FARC selbst gegen ihren ursprünglichen politischen Arm.¹⁵⁵

Für die FARC ist diese blutige Episode ein weiterer Beweis dafür, dass der Weg über die politische Aktion nicht zielführend ist und von der herrschenden Oligarchie mit allen Mitteln verhindert wird, weswegen sie im Jahre 1987 den Waffenstillstand brechen und wieder mit einer bewaffneten Offensive beginnen, wodurch sich die Autonomie der Guerilla in Bezug auf den politischen Apparat weiter konsolidiert. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Umstand, dass die Guerilla-Führung während des Waffenstillstands einen gewissen Grad von Sesshaftigkeit erlangt, denn ihr offizielles Hauptquartier befindet sich nun in der sogenannten „Casa Verde“ in der Lokalität La Uribe im Department Meta, wo sich hochrangige Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Journalismus und Kultur die Klinke in die Hand drücken und Manuel Marulanda und andere wichtige FARC-Führer Interviews geben.

An der partiellen „Sesshaftigkeit“ der FARC-Führung änderte auch die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen durch die FARC im Laufe des Jahres 1987 und

¹⁵⁵ Ebd.

die Politik der starken Hand unter Betancurs liberalem Nachfolger im Präsidentenamt, Virgilio Barco, zunächst nichts.

3. Offensive (1990-2002)

Was an der weiteren militärischen Expansion und Offensive der FARC zwischen 1990-2002 auffällt, ist vor allem die Tatsache, dass diese vor dem Hintergrund völlig geänderter internationaler und nationaler Rahmenbedingungen stattfindet. Während andere linksgerichtete Guerillas in Lateinamerika (und in Kolumbien selbst) nach dem Ende des Kommunismus und dem Fall der Eisernen Mauer sich vermehrt in der Defensive befinden und in der Folge meist zu Friedensabkommen mit ihren jeweiligen Regierungen gelangen, trifft dies für die FARC nicht im geringsten zu.

Der Einfluss der Kommunistischen Partei auf die FARC, der in den Jahren zuvor ohnehin nicht mehr besonders stark war, nimmt aufgrund der mit dem Fall des Kommunismus einhergehenden totalen Schwächung dieser Partei weiter ab, wodurch sich die Tendenz, den militärischen Apparat zulasten des politischen Anspruchs zu stärken, weiter fortsetzt. Nach dem Tod Jacobo Arenas, eines der wenigen „Ideologen“ der FARC und Mitbegründer der legalen politischen Partei UP im Jahre 1990 tritt dieser militärische Aspekt immer weiter in den Vordergrund. Die Kommunistische Partei wird gedemütigt, indem man von ihr verlangt, ihren jährlichen Parteikongress in einer von den FARC kontrollierten unzugänglichen Gebirgs- oder Dschungelbastionen abzuhalten, ein Ansinnen, dem die KP nicht nachgibt, worauf die FARC auf eine weitere Repräsentation in ihr verzichten.

Auch der nationale politische Rahmen ändert sich zu Beginn der 1990-er Jahre stark. Eine neue Verfassung tritt 1991 in Kraft, an deren Ausarbeitung demobilisierte und amnestierte wichtige Mitglieder der Rebellenbewegungen M-19, EPL und Quintín Lame federführend beteiligt gewesen waren. In dieser neuen Verfassung sind wichtige individuelle, soziale, politische und wirtschaftliche Rechte verankert. Ebenso werden auch die Rechte von Bevölkerungsgruppen wie den indigenen Ethnien Kolumbiens und der Gemeinschaft der Afrokolumbianer erstmals gebührend berücksichtigt. Dabei handelt es sich um einen wichtigen Schritt in Richtung einer modernen, partizipativen Demokratie, auch wenn letztlich viele Rechte weiterhin nur auf dem Papier bestehen. Die FARC sind an der Ausarbeitung dieser Verfassung ebenso wie das ELN nicht beteiligt, weil sie die

von der Regierung gestellte Bedingungen - Abgabe der Waffen und Integration ins zivile Leben - nicht akzeptiert hatten.

Ausgerechnet an dem Tag, an dem diese neue Verfassung vom kolumbianischen Volk mit einer Volksabstimmung ratifiziert wird, führt die neue liberale Regierung unter César Gaviria eine massive Luftoffensive gegen das Hauptquartier der FARC in der „Casa Verde“ durch, und zwingt damit die in ihrer Gesamtheit vollständig den Angriffen entkommene FARC-Führung dazu, jene Politik der Sesshaftigkeit vollständig aufzugeben, die es ihr zehn Jahre lang ermöglicht hatte, trotz fortdauerndem Konflikt mit Emissären der Regierung und Repräsentanten anderer Bevölkerungsschichten in Kontakt zu bleiben.

Die FARC lancieren daraufhin eine militärische Offensive ungeahnten Ausmaßes, die sich auf beinahe alle Regionen des nationalen Territoriums erstreckt. Dabei zeigen sie eine militärische Stärke, die es ihnen sogar in einigen Fällen ermöglicht, einen wahren „Bewegungskrieg“ zu entfesseln, und sogar (auch symbolisch) wichtige Triumphe wie die militärische Einnahme von Militärbasen und Kleinstädten wie der Hauptstadt des Amazonasdepartments Vaupés, Mitú, und die Zerstörung von Eliteeinheiten, zu verbuchen.

Politisch begründet wird diese militärische Offensive unter anderem mit der Politik der neoliberalen Wende, die in Kolumbien seit Beginn der 1990-er Jahre unter der Regierung des Liberalen César Gaviria vollzogen worden sei und welche den kolumbianischen Agrarsektor unter dem Vorwand der Liberalisierung schutzlos der ausländischen, oft sehr stark staatlich subventionierten Konkurrenz ausgeliefert hätte. Dies habe zu einem weiteren Verfall der Preise der Agrarprodukte, einschließlich des für Kolumbien so wichtigen Kaffees, und zu einer noch stärkeren Verarmung der Bauern geführt und diese schließlich dazu gezwungen, in Kokaanbaugebiete abzuwandern und Koka anzupflanzen. Die von der kolumbianischen Regierung auf Druck der USA angewendete repressive Politik der systematischen Vernichtung der Koka-Plantagen durch Fungizid-Besprühung aus der Luft, beraube die Kleinbauern darüber hinaus ihrer einzigen Existenzgrundlage, weswegen die FARC entschieden habe, sich mit dem Protest der Bauern solidarisch zu erklären.

In den Jahren 1995-1996 kommt es im Süden des Landes zu gewaltigen Protestmärschen und Manifestationen der Koka-Bauern gegen diese Regierungspolitik, wobei es den FARC gelingt, die Anliegen der Bauern für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Trotz der gewaltigen Offensive gelangen in einigen Gelegenheiten Friedensgespräche mit der Regierung, zunächst Anfang der 1990-er Jahre in Mexiko und schließlich Ende der 1990-er Jahre, diesmal im weitaus umfangreicheren Stil im Rahmen der großen Friedensinitiative des konservativen Präsidenten Andrés Pastrana.

Im Jahre 1988 wird unter dessen neu gewählter Regierung ein Abkommen mit den FARC über die Einrichtung einer sogenannten „*Entspannungszone*“ (*Zona de Distensión*) im Süden des Landes getroffen. Dabei handelt es sich um eine entmilitarisierte Zone, die sich über 40.000 km² (also in etwa der Größe der Schweiz) zwischen den Gemeinden La Uribe, Mesetas, San Vicente del Caguán, La Macarena und Villahermosa erstreckt, und deren Ziel darin besteht, einen Friedensprozess mit dieser bewaffneten Gruppe voranzutreiben. In dieser Zone wird den FARC de facto eine äußerst weitgehende zivile und militärische Kontrolle und die Ausübung quasi-staatlicher Funktionen für den Zeitraum der Friedensgespräche zugestanden.

Dieser „Friedensprozess“ schleppt sich zwischen 1998 und 2002 vor dem Hintergrund einer immer stärkeren bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Guerilla und staatlichen Kräften hin (da kein für beide Seiten verbindlicher Waffenstillstand für die Aufnahme und Fortführung der Gespräche vereinbart worden war) aber trotz mancher theoretischer Fortschritte, erlaubten es die im Zuge der Verhandlung auftretenden Spannungen und Polemiken nicht, ihn zu einem konkreten Abschluss zu bringen. Im Laufe des Jahres 2002 bricht Pastrana schließlich - provoziert durch einige schwere Schläge der Guerilla, wie etwa der Entführung eines Flugzeugs und anschließendem Kidnapping eines Senators - die Gespräche erfolglos ab.

4. Rückzug (2002-2009)

Mit dem Amtsantritt des neuen ultrarechten Präsidenten Alvaro Uribe, eines Politikers mit liberaler Vergangenheit, der sich aber den Präsidentenwahlen 2002 als unabhängiger Kandidat präsentiert und der bei seiner Wahl vom offensichtlichen Scheitern des Friedensprozesses unter Pastrana profitiert, indem er dem kriegsmüden kolumbianischen Volk eine Politik der eisernen Faust gegen die Guerilla verspricht, kommt es zu einem fundamentalen Paradigmenwechsel im Verhältnis des Staates zur Guerilla, der sich auch in einer ganz neuen Rhetorik manifestiert.

Ab nun ist man nur zu Verhandlungen bereit, wenn der Staat die Bedingungen diktiert, wobei dieser verspricht, keinerlei inhaltlichen Konzessionen mehr zu machen. Bei

der Guerilla handelt es sich nun im Sprachgebrauch der Regierung nicht mehr um Aufständische mit politischen Beweggründen sondern um „Terroristen“ und der Kampf gegen diese wird zum Teil des internationalen „Krieges gegen den Terrorismus“, den die USA nach den Attacken gegen das World Trade Center am 11. September 2001 ausgerufen hatten, deklariert. Vor diesem Hintergrund scheinen auch weitere massive Investitionen des kolumbianischen Staates in Waffen und militärische Infrastruktur zulasten eines stärkeren Engagements für soziale Belange gerechtfertigt.

Auf militärischer Ebene bedeutet dies, dass das Ziel des Staates nun allein darin besteht, die Guerilla wenn nicht vollkommen zu zerschlagen, dann doch so hart militärisch zu treffen, dass diese gezwungen sei, die Friedensangebote des Staates zu dessen Bedingungen zu akzeptieren. Alvaro Uribe sieht sich selbst als einziger Garant für die „Befriedung“ des Landes mit militärischen Mitteln und als Gegengewicht zu der Politik des in Kolumbien allgemein verhassten linksautoritären Präsidenten Venezuelas, Hugo Chavez. Um die Kontinuität seiner Politik der Unnachgiebigkeit und harten Linie gegenüber den Guerillas zu gewährleisten, gelingt es Alvaro Uribe auch, die kolumbianische Verfassung dahingehend zu ändern, dass ihm eine Wiederwahl im Jahre 2006 ermöglicht wurde.

Während der ersten Amtsperiode des Präsidenten gibt es keine ernst zu nehmenden Begegnungen zwischen der FARC-EP und der kolumbianischen Regierung, auch wenn man einige sporadische diplomatische Kontakte für die Durchführung eines sogenannten humanitären Abkommens zwischen den Rebellen und der Regierung, das auch als „Gefangenenaustausch“ bekannt ist, weiter aufrecht hält.

Tatsächlich scheint die rhetorische und militärische Aufrüstung des Staates Früchte zu tragen. Auch wenn den FARC in den ersten Jahren der Regierung Uribes noch einige massive Gegenschläge gelingen, so sind sie in den letzten Jahren doch so weit ins Hintertreffen geraten, dass ihr Aktionsradius heute wieder auf ihre unzugänglichen Dschungelbastionen im Süden und Osten des Landes reduziert erscheint und sie längst nicht mehr dazu imstande sind, einen partiell so massiven „Bewegungskrieg“ wie in den 1990-er Jahren zu entfesseln. Die FARC sind also allem Anschein nach wieder dort angekommen, wo sie ihren Ausgang genommen haben - in den peripheren, bevölkerungsarmen Regionen des Landes.

Unter dem militärischen Druck von regulärer Armee und paramilitärischen Banden, die in vielen Fällen mit dem Militär und Großgrundbesitzern verbündet sind, müssen die FARC es sogar hinnehmen, ab Mitte der 1990-er Jahre auch aus ihren einstigen Hochburgen, etwa der Bananenanbauregion Urabá im Nordwesten des Landes, dem erdölreichen Magdalena Medio und der Viehzüchterregion an der Karibikküste vertrieben zu werden.

Die Präsenz der FARC in den Andenhochregionen, wo sie während der 1980-er und 1990-er Jahren massiv vertreten waren, ist im letzten Jahrzehnt ebenfalls stark zurückgegangen.

Einige Analytiker der kolumbianischen Situation sind allerdings zu dem Schluß gelangt, dass es sich bei diesem Rückzug der FARC nicht so sehr um einen vom Staat militärisch erzwungenen sondern vielmehr um einen strategischen Rückzug handle, um die Jahre der militärischen Aufrüstung des Staates unter dem Hardliner Uribe quasi „auszusitzen“, um danach unter einem „weicheren“ und stärker zu Konzessionen bereitem Präsidenten wieder in die Offensive zu gehen.

An dieser Sichtweise mag einiges richtig sein, aber für die FARC bedeutet diese Strategie letztlich nach 45 Jahren Kampf wieder bei Null zu beginnen, eine Tatsache, die zu berechtigten Zweifeln an ihrer aktuellen Existenzberechtigung Anlass gibt. Wo sie in den 1990-er Jahren noch tatsächlich mit dem Anspruch kämpfen konnte, die Auseinandersetzung mit dem Staat vielleicht doch zu gewinnen, geht es für sie heute im Wesentlichen darum, sie nicht zu verlieren.

Ob die militärischen Erfolge des Präsidenten Uribe im Rahmen seiner Politik der „Demokratischen Sicherheit“ und des „Patriotischen Plans“ allerdings wirklich nachhaltig sind oder in Ermangelung sozialer und ökonomischer Begleitmaßnahmen nachhaltig bleiben können, sei dahingestellt. Eine vollkommene militärische Vernichtung der FARC angesichts ihres riesigen Rückzuggebietes in den unzugänglichen Dschungelregionen an der Grenze zu Venezuela, Ecuador, Peru und Panamá scheint auch heute extrem unwahrscheinlich.

Die Truppenstärke der FARC (an ihrem Höhepunkt Ende der 1990-er Jahre laut unterschiedlichen Medienschätzungen zwischen 20000 und 25000 bewaffnete Kämpferinnen und Kämpfer) ist wahrscheinlich heute – auch aufgrund von in der jüngsten Vergangenheit gehäuft auftretenden Desertationen – stark reduziert. Dazu kamen der FARC durch den natürlichen Tod ihrer Symbolfigur Manuel Marulanda 2008 und der Tötung von Raúl Reyes und Iván Ríos, zweier führender Mitglieder des FARC-

Sekretariats, wichtige Identifikationsfiguren abhandeln, die auch das Bindeglied der Guerilla von einst mit der heutigen Guerilla bildeten. Ebenso gelang es der Armee, weitere wichtige Führer von Kommandoeinheiten der FARC im Kampf zu töten.

So beschränkt sich die Rolle der FARC momentan darauf, der Stachel im Fleisch der kolumbianischen Gesellschaft zu sein. Von einer Machtergreifung oder nur einer Reform der sozialen und politischen Verhältnisse durch den Druck der FARC kann auch 45 Jahre nach ihrer offiziellen Gründung keine Rede sein, ihre militärischen Aktionen wirkten sogar in vielen Fällen kontraproduktiv. So wurde kaum eine der Veränderungen, die sie über den bewaffneten Weg anstrebten, auch über diesen erreicht.

Kaum etwas spricht so sehr für das Scheitern der Vision der FARC auf politischer und sozialer Ebene, wie die Tatsache, dass viele ihrer wichtigsten Führer (wie etwa Manuel Marulanda, alias „Tirofijo“) selbst eines natürlichen Todes im Greisenalter dort starben, wo ihre Laufbahnen einst ihren Ausgang genommen hatten: in der letztlich selbst gewählten Isolation ihrer vollkommen abgeschotteten Dschungelbastionen.

6.3 *Ejército de Liberación Nacional (ELN)*

6.3.1 Allgemeines

Das Nationale Befreiungsheer ELN (**Ejército de Liberación Nacional-Unión Camilista**) ist die zweitgrößte und zweitwichtigste linke Guerilla-Organisation und neben der FARC die einzige heute noch aktive Aufständischenbewegung von signifikanter Größe. Im Gegensatz zur FARC liegen die frühesten Ursprünge des ELN nicht in einer tief in der ruralen Bevölkerung verwurzelten Bauernbewegung sondern im Umfeld einer politisch radikalisierten Studentschaft und von Intellektuellen-Zirkeln der urbanen Mittelklasse, aus denen sich auch die ersten Kämpfer rekrutierten.

6.3.2 Die Ideologie des ELN: Fokus- Theorie und revolutionärer Dogmatismus

Für die Entstehungsgeschichte des ELN sind zwei Inspirationsquellen fundamental: die erfolgreiche kubanische Revolution unter Fidel Castro und die Befreiungstheologie,

wodurch das ELN zur ersten Guerilla-Bewegung in Lateinamerika wurde, die auch aktive und gläubige Christen in ihren Reihen vereinigte.

Hinsichtlich des Einflusses der kubanischen Revolution war bei der Entwicklung des ELN vor allem die von Che Guevara und Régis Debray entwickelte Theorie des Fokismus massgeblich. Bei dieser Theorie wird der Schwerpunkt auf die Aktion einer „Elite“ entschlossener Revolutionäre gelegt, die durch spektakuläre Aktionen Aufsehen erregen und durch gezielte strategische und punktuelle Schläge gegen staatliche Strukturen einen unaufhaltbaren revolutionären Flächenbrand entfacht, der sich ausgehend von seiner Hauptachse – also der bewaffneten Bewegung selbst und der Bauernschaft – auch auf die Städte ausbreitet, indem immer breitere Kreise der Bevölkerung für die Ziele der Revolution gewonnen werden. Für den Erfolg eines Umsturzes im Sinne der Fokus-Theorie müssen nicht alle „objektiven“ Voraussetzungen erfüllt sein und auch ein unbedingter Rückhalt durch die Arbeiterklasse ist keine zwingende Bedingung.¹⁵⁶

Es geht bei dem Kampf also nicht um das Formulieren von sozialen und politischen Forderungen, welche laut der Theorie leicht zum Konformismus führen können, sondern um die Erreichung des strategischen Ziels, also die Eroberung der Macht.

Anders als die FARC verfolgte also das ELN von Beginn an eine auf die Erlangung der Macht auf militärischem Wege abzielende offensive Strategie, wobei die militärische Aktion der Kämpfer der Fokus-Elite zulasten der politisch-aufklärerischen Arbeit im Vordergrund stand, ein Aspekt der in der späteren Entwicklung des ELN auch intern immer heftiger kritisiert wurde.

Die Bewegung begann ihre politische und militärische Tätigkeit unter Fabio Vásquez Castaño, einem ehemaligen Studentenführer der Unruhen von 1960, der nach Kuba ausgereist war und der an der kubanischen Widerstandsgruppe während des fehlgeschlagenen Versuchs einer Konterrevolution in der Schweinebucht teilgenommen hatte. Nach seiner Rückkehr nach Kolumbien Mitte der 1960-er Jahre begann Vásquez damit, in der Region um San Vicente de Chucurí im Magdalena Medio mit einer kleinen heterogenen Gruppe aus Studenten, Vertretern der Gewerkschaftsbewegung und Bauern, die vom Trauma der „Violencia“ der vergangenen Jahrzehnte geprägt waren, einen ersten revolutionären Fokus aufzubauen, um das kubanische Beispiel zu wiederholen. Diese Zone wurde vor allem deswegen ausgesucht, weil es hier aufgrund der Nähe der

¹⁵⁶ Vgl. Hörtnner, 2006:112f

Erdölstadt Barrancabermeja eine lange Tradition von Arbeitskämpfen und auch eine wichtige Studentenbewegung gab.¹⁵⁷

Bei der Entscheidung für diesen Fokus spielte auch der Anspruch des ELN eine Rolle, die Ressourcen des Landes, wie eben das in dieser Zone reichlich vorhandene Erdöl zu verstaatlichen, und die in der Region aktiven „imperialistischen“ multinationalen Konzerne, die sich der Ausbeutung der kolumbianischen Bodenschätze widmeten, zu bekämpfen. Noch heute ist das ELN für seine Sprengstoffanschläge auf die Pipelines im Magdalena Medio und im Erdölfördergebiet des nordöstlichen Departments berüchtigt, ein Vorgehen, mit dem Druck auf die Unternehmen ausgeübt und die Zahlung von Schutzgeldern erzwungen werden soll. Diese Aktionen stellen für das ELN neben der Erpressung von Geldern für die Freilassung von Entführungsoptionen (eine Praxis, die allerdings vom ELN weit weniger massiv betrieben wird als etwa von den FARC) bei denen es sich meist um Angehörige multinationaler Konzerne, Industrielle, Gewerbetreibende und Politiker handelt, auch heute noch eine Hauptfinanzierungsquelle dar, da man – im Gegensatz zur FARC – aus moralischen Gründen auf die Beteiligung am Drogenhandel (zumindest lange Zeit) weitgehend verzichtete.¹⁵⁸

Die pro-castrische und pro-russische Ausrichtung der Bewegung führte einerseits zu wachsender Rivalität und Isolierung in Bezug auf andere bewaffnete Organisationen, während andererseits der starke Autoritarismus des Führers Fabio Castaño, der sich als Gründer der Organisation, Chefideologe, Verwalter und militärischer Chef in Personalunion verstand, schwere Gräben im ELN aufwarf, die sich in den massiv praktizierten standrechtlichen Erschießungen und Ermordungen von „Abweichlern“ und „Revisionisten“ sowie durch bewaffnete Auseinandersetzungen einzelner Fraktionen innerhalb der Bewegung manifestierten. Dieser starre Dogmatismus führte auch dazu, dass die Anziehungskraft des ELN innerhalb der Linken und sozialen Bewegungen allmählich schrumpfte. So gab auch der linke Journalist Antonio Caballero in einem Interview, zur Rolle Fabio Castaños bei der Entwicklung der Guerilla befragt, folgendes zu Protokoll:

Fue el fundador del ELN y tiene un peso enorme en el conflicto armado en el sentido de que fue el primero que convirtió a un grupo guerrillero en un grupo criminal frente a sí mismo. Por razones de la paranoia personal de Vásquez Castaño, el ELN se convirtió en el único grupo armado que ha matado más gente de sus propias filas que de las filas del enemigo. Tal vez no haya habido un caso semejante en la historia de la humanidad. La corrupción moral de la

¹⁵⁷ Vgl. Aguilera Peña in IEPRI, 2006: 214ff.

¹⁵⁸ In der kolumbianischen Presse ist in Bezug auf das ELN in Anspielung auf den „Hauptgeschäftszweig“ Erdölwirtschaft und analog zu der Verstrickung der FARC in Drogenanbau und -handel (wofür der Begriff „Narkoguerilla“ geprägt wurde) immer wieder der Begriff „Petroguerilla“ zu lesen.

guerrilla in Colombia empezó con Fabio Vásquez Castaño y en ese sentido ha tenido una influencia más grande que su propio grupo.¹⁵⁹

Das ELN, das im Gegensatz zur FARC nur selten über große militärische und finanzielle Ressourcen verfügte, und besonders stark auf die Hilfe und Unterstützung der Bauern in den von ihnen kontrollierten Regionen angewiesen war, befand sich in ihrer von einer beinahe religiös anmutenden „Naherwartung der Revolution“ geprägten Frühphase oft im deutlichen Widerspruch zwischen teoretischem Anspruch und realer täglicher Praxis, besonders was die Gerechtigkeit im Umgang mit den Bauern betrifft, denen man ihre Güter und Produkte oft ohne Gegenleistung nahm. In einem Interview mit der Journalistin María López Vigil schildert der ELN-Führer Nicolás Rodríguez Bautista „Gabino“ selbst eine äußerst symbolträchtige Episode:

Al principio, cuando los guerrilleros íbamos por ahí teníamos que comprar algo de comida a los campesinos, les pagábamos con un bono. Eran unos papelitos de cuaderno, cortaditos a mano, donde uno escribía: "En la fecha tal, al señor Fulano de Tal se le compran plátanos y yucas por valor de 20 pesos". Algunos iban firmados por los seudónimos de nuestros dirigentes: Carlos Villareal y Andrés Sierra; otros los firmaban los que iban de responsables de la comisión. Y arriba de todo iba escrito: "Bono de esperanza revolucionaria". ¡Para pagarle a los campesinos cuando triunfara la revolución ..! Yo no sé bien de quién fue esta idea, pero nosotros andábamos regando estos papelitos con toda naturalidad y la gente se los guardaba bien guardaditos para el día del triunfo...! A saber que pensarían...Seguramente que quién sabe cuándo irían a cobrar aquello... Al comienzo nuestro "dinero" eran bonos de esperanza...¹⁶⁰

6.3.3 Camillo Torres - ein Priester als Symbolfigur des bewaffneten Kampfes

Die Symbolfigur des ELN in der frühen Phase und bis heute ist jedoch der aus einer bürgerlichen Familie stammende charismatische katholische Priester Camilo Torres Restrepo, Mitbegründer der soziologischen Fakultät der Nationaluniversität von Bogotá, der im Jahre 1965 die „Frente Unido“ eine breite gesellschaftliche Allianz von linken christlichen Bewegungen bis zu radikalmarxistischen Organisationen gründete, welche das erstarrte politische Proporzsystem der Nationalen Front und die traditionelle Oligarchie radikal attackierte, aber trotz großer Sympathien in der Öffentlichkeit an inneren Zerwürfnissen zerbrach, worauf sich Camilo Torres enttäuscht für kurze Zeit aus dem politischen Leben zurückzog. Doch kurz darauf gab Camilo Torres in einem Pressecommuniqué seinen Eintritt in die Reihen des ELN bekannt, da eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nur mit Waffengewalt möglich sei.

¹⁵⁹ Caballero/Iragori, 2003:78f.

¹⁶⁰ López Vigil, 1989: 237

Sein früher Tod in seinem allerersten Gefecht (1966) trug massiv dazu bei, den Mythos des für Gerechtigkeit kämpfenden christlichen Revolutionärs Camilo Torres ins beinahe Unermessliche zu steigern, ein Mythos, der in Lateinamerika wohl nur vom ähnlich gearteten Mythos um Che-Guervara übertroffen wird.

Interessant ist, dass die Figur des Priesters Camilo Torres, der um der sozialen Gerechtigkeit willen und zur Bekämpfung menschenfeindlicher politischer Verhältnisse seine Soutane abstreifte und sich die Uniform des Guerrilleros anlegte, bis heute fast ausschließlich positiv gesehen wird - auch und gerade von Sektoren in der Bevölkerung, die der Guerilla ansonsten keine Sympathien entgegenbringen. Die kolumbianische Regierung hat die Symbolkraft des Lebens und vor allem des Todes dieses Mannes rechtzeitig erkannt und die Herausgabe seines Leichnams bzw. die Bekanntgabe seiner Sterbestelle bis heute verhindert, um den Kult um ihm keine weitere Nahrung zu geben. Doch dies alles konnte nicht verhindern, dass zahlreiche katholische Geistliche, aktive Christen, Studenten und Intellektuelle dem militanten Beispiel Camilo Torres folgten und ebenfalls für das ELN die Waffen ergriffen. Der amerikanische Kolumbien-Experte David Bushnell schreibt zu diesem Aspekt des Mythos Camilo Torres folgendes:

Camilo Torres ejemplificaba la convergencia de nuevas corrientes de la Iglesia Católica (que habían encontrado inspiración en las reformas del Segundo Concilio Vaticano y en lo que vagamente se había definido como Teología de la Liberación) con la acción revolucionaria de orientación marxista. Aunque se desligó del sacerdocio activo, Camilo no abandonó su fe, lo cual significaba para él que como cristiano debería luchar por lograr la justicia para los pobres y los rechazados de la sociedad, hacia los cuales se había orientado el ministerio de Jesús, concepción ésta que escandalizó la oligarquía de la época. Es difícil imaginar a Jesús empuñando el fusil con que vencería a fariseos y saduceos, pero Torres no fue el único sacerdote colombiano o latinoamericano que se unió activamente a la guerrilla; el propio ELN, después de haber sido casi eliminado por la represión militar de comienzos del decenio de 1970, finalmente volvió a alcanzar prominencia bajo el mando supremo de un sacerdote español, Manuel Pérez. Una práctica mucho más generalizada consistió en que los sacerdotes que sentían un profundo compromiso de transformar la sociedad participaran en simposios sobre problemas sociales, a la vez que trabajaban en „despertar la conciencia“ social de sus parroquianos; tal activismo no violento era menos difundido entre el clero colombiano que en el de otros países como Brasil, Perú o El Salvador. Inevitablemente, sin embargo, estimulaba una reevaluación crítica del orden existente que impulsaba a otros a abrazar la causa revolucionaria, o al menos simpatizar con ella desde una distancia que garantizara seguridad.¹⁶¹

6.3.4 Das ELN zwischen Krise und Transformation

Wie Bushnell im zitierten Abschnitt andeutet, machte das ELN ab 1973 eine profunde Krise durch, die einerseits durch die internen Zerwürfnisse und Fraktionskämpfe und andererseits durch eine massive Repression von Seiten der kolumbianischen Armee

¹⁶¹ Bushnell, 1996: 333f.

bedingt war, welche letztlich zu einer fast völligen Vernichtung der gesamten Bewegung und ihrer Organisationsstruktur führte - eine Krise, von der sich das ELN erst ab den frühen 1980-er Jahren merklich erholen sollte, als der spanische Geistliche Manuel Pérez an die Spitze eines kollektiven Führungsgremiums von neun Personen des ELN trat, worauf die Organisation bald wieder eine Stärke von etwa 3000 Mann erreichte. Militärische Schlagkraft, territoriale Kontrolle und sozialer Einfluss des ELN erreichten im Zeitraum zwischen 1985-1995 einen Höhenpunkt (mit einer Truppenstärke von über 5000 Kämpfern).

Im vielerlei Hinsicht ging das ELN ab diesem Zeitpunkt aber den umgekehrten Weg der FARC: der militärische Aspekt trat zugunsten der Inkorporation zivilgesellschaftlicher Kräfte langsam aber kontinuierlich in den Hintergrund. Man war ganz offensichtlich darauf bedacht, die Fehler der Vergangenheit (extrem ausgeprägte Autoritarismus und Dogmatismus) nicht zu wiederholen, die Bewegung auf eine breitere Basis zu stellen, den Kontakt mit der Bevölkerung, insbesondere mit Bauern und Arbeitern verstärkt zu suchen, Entwicklungspläne zu erarbeiten und von einer zentralen auf eine quasi föderale Kommandostruktur mit deutlich mehr innerer Demokratie umzustellen. Bei dieser neuen Konzeption der Struktur und Strategie spielten die katholischen Geistlichen in den Reihen der Guerilla eine führende Rolle, indem sie etwa Aufgaben der politischen Bildung, der gemeinschaftlichen Organisation zur Erzielung gemeinsamer Vorteile und der Evangelisierung durchführten.

Diese Mischung aus Evangelium, Marxismus und Klassenkampf stieß in der tief religiösen Bauerngesellschaft durchaus auf einige Sympathie. Basierend auf dem Konzept einer „Macht mit zwei Gesichtern“ („poder de doble cara“) sollte bereits in den Konditionen des Krieges und nicht erst nach dem Triumph der Revolution der Aufbau einer „Volksmacht“ erfolgen. Die Guerilla sollte nicht mehr allein destruktiv agieren sondern auch konstruktiv wirken, und ein Gleichgewicht zwischen Destruktion und Konstruktion anstreben, um nicht Gefahr zu laufen, bei Überbetonung des destruktiven (also militärischen) Aspekts sozial isoliert zu werden bzw bei ausschließlicher Ausrichtung auf den konstruktiven Aspekt vom Klassenfeind hart geschlagen und in die völlige Defensive abgedrängt zu werden. Der Aufbau einer neuen Gesellschaft sei nicht mehr als eine Aufgabe nach der Beendigung des Krieges anzusehen, sondern als Zweck in sich im Rahmen eines Prozesses mit erneuerter, humanitärer und demokratischer Ausrichtung. Zu guter Letzt sollte sich die „Volksmacht“ auf zweifache Weise artikulieren: Innerhalb der

Institutionen, um den Staat „von seinen Eingeweiden“ aus zu bekämpfen und außerhalb derselben, durch Schaffung neuer Organisations- und Partizipationsformen.¹⁶²

Ab Ende der 1980-er Jahre war dem ELN - auch angesichts des Zusammenbruchs des Kommunismus in Osteuropa – darüber hinaus daran gelegen, die traditionellen Risse zwischen den Aufständischenbewegungen zu kitten. Mit der Stärkung der innerorganisatorischen Demokratisierungs- und Konsensbestrebungen und der zunehmenden Autonomie der verstärkt an lokalen und regionalen sozialen Problemen orientierten einzelnen Kampffronten ging seit Mitte der 1990-er Jahre eine markante militärische Stagnation einher. Viele Beobachter führen dies einerseits auf die gewandelte strategische Ausrichtung und andererseits auf den Umstand zurück, dass sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus das ELN zur Finanzierung seiner militärischen Aktivitäten weitgehend aus dem Drogengeschäft fernhielt.

Das ELN, das lange wohl zu Recht im Rufe doktrinärer Unnachgiebigkeit stand, und als einzige Aufständischenbewegung, einschließlich der FARC, im Zuge nationaler Friedensprozesse keine legale politische Partei oder Bewegung gründete, ist heute deutlich moderater geworden. Dies geht sogar soweit, dass selbst der Hardliner und aktuelle Präsident Kolumbiens Uribe ganz im Widerspruch zu seiner sonstigen Politik der harten Hand im Jahre 2005 unter tatkräftiger Vermittlung des Literatur-Nobelpreisträgers García Márquez auf Kuba Sondierungsgespräche für einen Verhandlungsfrieden mit dem ELN aufnahm. Beobachtern ist schon lange die vergleichsweise milde Haltung des Staatsschefs zu der ELN-Guerilla aufgefallen, die von diesem weitaus seltener als Kriminelle und Terroristen tituliert werden, als es bei den FARC der Fall ist.

Sollte der kolumbianische Staatsschef mit dieser ambivalenten Strategie beabsichtigt haben, einen weiteren Keil zwischen die noch aktiven Guerilla-Organisationen zu treiben, so ist ihm dies gelungen: Die FARC reagierten auf die Annäherung zwischen ELN und Regierung mit rabiatischen militärischen Attacken gegen ELN-Stellungen. Der Zorn der FARC wurde vor allem durch die Tatsache provoziert, dass die ELN lange Zeit die FARC als „Reformisten“ und „Revisionisten“ diffamiert und ihnen in Fragen der Verwicklung in den Drogenhandel moralische Korruption vorgehalten hatten aber nun selbst augenscheinlich bereit waren, aufgrund des verstärkten militärischen Drucks durch den „Faschisten“ Uribe in die Knie zu gehen, ohne einen grundlegenden Systemwandel durchgesetzt zu haben. Doch auch diese Position mag an der Wahrheit vorbeigehen. Auch wenn das ELN militärisch bereits deutlich geschwächt wurde, gibt es noch keinen

¹⁶² Siehe zu diesem Abschnitt die detaillierten Ausführungen von Aguilera Peña in IEPRI, 2004:224- 228

Hinweis auf eine endgültige Niederlage und auch in den Verhandlungen mit dem Präsidenten zeigten sie sich nur gewillt, den Weg der Waffen zu verlassen, wenn ihnen substantielle Reformen zugesichert würden.

Das ELN hat sich in den letzten Jahren ein ansehnliches politisches Kapital aufgebaut, das es augenscheinlich nun bereit ist, für einen wirklich nachhaltigen mit weitgehenden sozialen Reformen verbundenen Friedensprozess einzusetzen. Ich möchte diesen Abschnitt über die Entwicklung dieser wichtigen kolumbianischen Guerilla-Organisation mit der Wiedergabe eines Teils jenes ausführlichen Interviews beschließen, das die kolumbianische Journalisten María López Vigil im Jahre 1989, also zur Zeit der größten militärischen und politischen Stärke des ELN, mit den beiden Führern Nicolás Rodríguez Bautista und dem Priester-Guerrillero Manuel Pérez führte (im Text nur als Nicolás und Manuel genannt) und welches einen besseren und direkteren Einblick in die Gedankenwelt dieser Organisation erlaubt, als es so manche theoretische Analyse vermöchte und zeigt gleichzeitig wie sehr sich der im Interview formulierte dogmatische Ansatz in den letzten 20 Jahren gewandelt hat.

Nicolás - La lucha armada como lá única vía que queda para llegar al poder fue un aspecto central nuestro desde el principio. Y de ahí no nos hemos movido. ¿ Por qué? Esa convicción nace de la misma historia colombiana. Uno mira nuestra historia y ve que aquí nunca ha habido espacios para una política popular y que siempre ha habido violencia para el que busca esa política popular. Hablemos sólo de lo más reciente: después de la Violencia, con sus 300 mil muertos, los dos partidos tradicionales, liberales y conservadores, hacen un pacto y acuerdan alternarse en el poder cada cuatro años. Y acuerdan, de hecho, que todo lo que está fuera de eso se considera ilegal y subversivo. ¡Esto dura hasta el 86! Cuando el ELN nace, lo que busca es un cambio radical en la política tradicional del país. Y ese cambio sólo podía conseguirse por las armas. Aunque era una cosa nueva, yo digo el ELN nace también de las entrañas de lo que había sido la Violencia, de la frustración que para tantos campesinos significó aquel movimiento. Recuerdo que en el primer grupo había compañeros que habían sido guerrilleros de La Violencia y a veces, cuando conversábamos y soñábamos cómo sería la revolución, ellos lo que soñaban era darle fute a los gobernadores y ponerlos a trabajar.... Ellos, con su experiencia que habían vivido, nosotros los que conocíamos eso también, aunque ya de otra forma...Pero todos queríamos un cambio radical.

Manuel – La violencia con la que ha actuado la oligarquía para reprimir toda la oposición a sus privilegios es una característica de la historia colombiana. Cuando olían que la gente se unía contra ellos, ya no importaban colores políticos y se pacificaba el país a como diera lugar. Y en esas "pacificaciones" siempre salía al final una amnistía, que era un solo engaño. Porque al que creía y entregaba las armas, lo mataban. Aquí la oligarquía sólo está dispuesta a permitir algunas pinceladas de democracia, pero nada que signifique que ellos vayan a perder el poder. Lo novedoso del ELN no era tanto la lucha armada porque lucha armada ha habido siempre en Colombia. Desde los años 50, después de la Violencia, el mismo Partido Comunista planteó la lucha armada en la forma de la autodefensa campesina y de ahí nacerían después las FARC. Lo novedoso del ELN era que se planteaba la estrategia de tomar el poder por las armas. Y eso no era lo común entre los partidos de izquierda. ¿Qué se planteaban esos partidos? Ir llegando

por reformas a más conquistas populares y si bien allá a lo último estaba la toma del poder...eso se tenía casi olvidado. La mayor parte de los partidos de izquierda de América Latina en aquellos momentos habían perdido de vista la perspectiva del poder. Aunque de palabra dijeran que para eso estaban, en la realidad concreta eran otra cosa, eran reformistas. Nosotros nacemos también al calor de todo el alboroto que produjo en el continente la revolución cubana y eso también es un factor esencial. En Colombia, el ambiente estaba muy caldeado cuando se da la revolución cubana y todo el mundo que quiere un cambio, empieza a decir: ¡Esa es la salida! Y no era difícil enganchar gente para un proyecto armado porque aquí había toda una tradición que era fresquita aún. Así, por varios factores nacimos con el convencimiento de la lucha armada y hasta hoy mantenemos esa convicción. Hemos ido viendo cada vez con más claridad que no hay otra vía para transformar esta sociedad. No nos han dejado otra vía. Hubo un momento de discusión sobre esto cuando lo de Allende en Chile. Estábamos entonces en plena crisis. Pero incluso en esos momentos, estando aún Allende en el poder, nosotros planteamos ya en nuestro periódico, como posición oficial, que por la vía pacífica se podía tal vez conseguir el gobierno, pero nunca el poder. Porque el poder lo tiene quien tiene las armas. Lo que pasó después en Chile confirmaría nuestro punto de vista. Años después la revolución sandinista fue el gran espejo en qué mirarnos y confirmar nuestra convicción. Para entonces seguíamos en la crisis, en momentos muy duros. Y los sandinistas con su triunfo armado, nos dieron luz. Era verdad que nosotros habíamos interpretado mal el papel del foco guerrillero, que habíamos cometido errores al interpretar la revolución cubana, pero ahí estaba una nueva experiencia, la de Nicaragua, que demostraba que teníamos que buscarle caminos a la vía armada, pero que no estábamos equivocados al creer en ella. Mucho nos ayudó la revolución sandinista a salir de la crisis, mucho.

Pero además de todo esto, hay otras razones, que son válidas para toda América Latina. El capitalismo dependiente que Estados Unidos nos ha impuesto no nos deja otra salida que la armada. Porque aún cuando la burguesía dejara hacer la revolución y estuviera dispuesta a entregar el poder y a compartirlo, ¡el imperialismo no deja! Es un problema del control de nuestras riquezas, es un problema económico, que se ha convertido en un problema político y militar. Hoy los Estados Unidos tienen todas las llaves para que no haya ninguna oposición que ponga en peligro el poder, su poder, y ni siquiera el gobierno, y eso se vio en el caso de Chile con Allende. En nuestros países, mientras no se dé una revolución, sólo habrá democracia formal. Una democracia real pone en peligro el poder imperialista y no va a ser permitida. Esta situación tan cerrada sólo se puede cambiar con las armas.¹⁶³

6.4 Ejército Popular de Liberación (EPL)

Das **Volksbefreiungsheer** (Ejército Popular de Liberación – EPL) ist die letzte und kleinste der großen linken Aufständischenbewegungen der ersten Generation. Sie ist ein Produkt der Spaltung der Kommunistischen Partei Kolumbiens in eine prosovjetsch und eine prochinesisch ausgerichtete Fraktion. Nach einem offen ausgetragenen Zwist kam es schließlich 1965 zu einer endgültigen Abspaltung, wobei die aus der KP ausgeschlossenen Funktionäre eine maostisch ausgerichtete eigene Partei bildeten, welche wiederum mit dem Aufbau eines bewaffneten Arms, eben des „Ejército Popular de Liberación“ begann, das ab 1968 massiv mit militärischen Aktionen in Erscheinung trat.

¹⁶³ López Vigil, 1989: 129-132

Die militärische Einflusszone des EPL blieb lange Zeit fast ausschließlich auf das Gebiet des Departments Antioquia, vor allem die Bananenproduktionsregion von Urabá, den Unterlauf des Cauca-Flusses und die Viehzüchterregionen in den Departments Córdoba und Sucre beschränkt.

Im Vergleich mit dem ELN werden bei der Analyse einige Parallelen augenscheinlich: Die frühen Aktivisten kamen vorwiegend aus dem studentisch-mittelständisch-intellektuellen Bereich, die in ihrer militärischen Aktion das Schwergewicht aber auf die ruralen Zonen legten, von wo aus im Rahmen der maoistischen Strategie eines „prolongierten Volkskrieges“ die Revolution auf das ganze Land ausgeweitet und auch in die Städte getragen werden sollte. Ebenso wie das ELN versagte das EPL aber letztlich darin, ein funktionierendes großes Unterstützungs- und Sympathisanten Netzwerk aufzubauen und dieses gegen die staatliche Repression intakt zu halten. Eine weitere Parallele zur Frühphase des ELN ergibt sich aus der Tatsache, dass das EPL ebenfalls unter schweren internen Zerwürfnissen, ideologischen Richtungsstreitigkeiten, Abspaltungen und doktrinärem Fanatismus litt. Ebenso wie das ELN stellte das EPL aber seine militärische Aktion nach dieser schweren inneren Krise ab den frühen 1980-er Jahren auf eine völlig neue Grundlage, indem man sich vom Maoismus lossagte und neben der rein militärischen Aktion die ideologisch-politisch Arbeit, vor allem im Bereich der Bananenarbeitergewerkschaft wieder in der Vordergrund rückte.¹⁶⁴

Diese bewaffnete Gruppe nahm am Nationalen Friedensdialog des Präsidenten Belisario Betancur in den 1980-er Jahren unter ihrem Oberkommandierendem Ernesto Rojas teil, der im Jahre 1987 großen Anteil daran hatte, dass das EPL sich gemeinsam mit der FARC (mit der sie immer wieder blutige Gefechte um die Vorherrschaft in den von diesen dominierten Zonen ausgefochten hatte), dem ELN, der M-19, der Quintín Lame und der ERP am Aufbau einer die inneren Schranken überwindenden nationalen Guerillakooperation, der „Coordinadora Guerrillera“ Simón Bolívar (CGSB) beteiligte. Diese Friedensbemühungen blieben erfolglos, weil die reguläre Armee den vom Präsidenten forcierten Waffenstillstand immer wieder durch Angriffe auf das EPL untergrub.

Als Ergebnis der mit der kolumbianischen Regierung unter César Gaviria ab 1991 geführten Friedensdialoge legte ein großer Teil des EPL (etwa 2000 Guerillakämpfer) die Waffen ab, kehrte in die Legalität zurück und nannte sich ab diesem Zeitpunkt "Esperanza, Paz y Libertad", womit man also die Initialen der alten Kampfbewegung beibehielt, ihnen

¹⁶⁴ Vgl. Hörtnner, 2006:120f.

aber nun einen ganz neuen Sinn verlieh. Diese Bewegung blieb politisch allerdings weitgehend erfolglos. Die nunmehr legalisierten Ex-Guerillakämpfer ereilte ein ähnliches Schicksal wie der von der FARC gegründeten UP: Von staatlicher Seite und politisch einflussreichen rechten Kreisen wurde eine systematische Verfolgung und Ermordung gegen sie entfesselt, was einen Teil der abgerüsteten EPL-Guerilleros dazu veranlasste, den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen oder sogar aus ökonomischen Gründen, zu den alten Erzfeinden, den Paramilitärs überzulaufen. Dieser besondere Aspekt in der Geschichte des EPL scheint die These einiger Analysten des kolumbianischen Konflikts zu bestätigen, wonach linke Guerillas und rechte Paramilitärs nur zwei Seiten einer einzigen Medaille sind, und dass ideologische und politische Aspekte bei der Eingliederung in eine der beiden bewaffneten illegalen Gruppen eine wesentlich geringere Rolle spielen als pragmatisch-ökonomische Überlegungen, da in vielen Regionen Guerilla und Paramilitärs die einzigen verlässlichen „Arbeitgeber“ sind.

Die dissidente Fraktion des EPL, welche der Theorie des prolongierten Volkskrieges unter dem Kommando von Fernando Caraballo (der 1993 gefangen genommen wurde) anfänglich treu blieb, aber ihre Tätigkeit weiterhin auf gewisse Zonen ihrer einstigen Hochburgen im Bananenanbau- und Viehzüchtergebiet des Nordens sowie auf Zonen mit gewerkschaftlicher Organisation in den Departments Caldas, Antioquía, Norte de Santander und La Guajira beschränkte, spielt heute im bewaffneten Kampf praktisch keine Rolle mehr. Aufgrund des starken Druckes, den die FARC auf diese Guerilla-Konkurrenz ausübte, sind in der Zwischenzeit beinahe alle ehemaligen EPL-Guerillakämpfer zu den Paramilitärs übergelaufen.¹⁶⁵

6.5 Movimiento 19 de abril (M-19)

6.5.1 Allgemeines

Die **M-19** (Abkürzung für Bewegung 19. April - Movimiento 19 de Abril) ist die wichtigste der bewaffneten Aufständischenbewegungen der zweiten Generation. Der Name dieser Guerillagruppe bezieht sich auf den 19. April 1970, den Tag der Präsidentschaftswahlen, als der populistische ehemalige Militärdiktator Kolumbiens, Rojas Pinilla mit seiner neuen ideologisch zwischen rechts und links sehr schwer

¹⁶⁵ Ebd.

einzuordnenden Bewegung ANAPO nur aufgrund eines offensichtlichen Wahlbetruges von seiten der Proporzregierung der Nationalen Front an einem Triumph an den Urnen gehindert wurde (siehe letztes Kapitel). Die Namensgebung dieser bewaffneten undogmatischen linken Aufstandsbewegung verdankt sich also dem einzigen „offiziellen“ Militärdiktator in Kolumbien im 20.Jahrhundert, ein Umstand, der einer gewissen Ironie nicht entbehrt.

Die Gründungsgruppe bestand aus Jaime Bateman, einem ehemaligen FARC-Mitglied, Alvaro Fayad, Ivan Marino Ospina und Luis Otero Cifuentes (von den FARC) sowie aus Israel Santamaría, Ever Bustamante, José Cortez, Fabio Hincapié und Ivan Jaramillo.

Obwohl die Bewegung zahlenmäßig nicht besonders stark war, ist sie wahrscheinlich diejenige, die politisch am meisten bewirkte und auch in der Bevölkerung (zumindest anfänglich) die größte Popularität und die stärksten Sympathien genoss - was vor allem auf die Konzeption dieser Guerilla als moderne, undogmatische nicht marxistische Widerstandsbewegung zurückzuführen ist, die einen nationalistischen und antimerikanischen Kurs verfolgte und insbesondere eine Rückeroberung der nationalen Ressourcen aus den Händen multinationaler „imperialistischer“ Konzerne und deren „Rückgabe“ an das kolumbianische Volk anstrebte.

Ganz ähnlich wie bei ELN und EPL rekrutierten sich die frühen Mitglieder, Unterstützer und Sympathisanten aus den Kreisen der städtischen Mittelschicht, insbesondere aus Intellektuellen und Studenten. Bei der offiziellen Gründung der Bewegung im Jahre 1972 spielten ebendiese städtischen Linken sowie Angehörige des sozialistischen Flügels der ANAPO eine federführende Rolle.¹⁶⁶

6.5.2 Die M-19 zwischen Pragmatismus, symbolischem Aktionismus und urbanem Terrorismus

Im Unterschied zu den FARC, dem ELN und EPL führte die M-19 ihre ersten wichtigen Aktionen im urbanen Umfeld durch und entwickelte sich erst nach und nach zu einer Guerilla mit vorwiegend ruralem Charakter, obwohl die Basisarbeit mit den

¹⁶⁶ Hörtnner 123f.f

Menschen in den Armenvierteln der Städte, bei der weniger die ideologische Indoktrinierung als eine an den konkreten Bedürfnissen der Menschen orientierte soziale Arbeit (etwa in Form von Alphabetisierungs-, Ernährungs- und Hygienekampagnen) im Vordergrund stand, immer ein Charakteristikum dieser Bewegung bleiben sollte, ein Umstand, der ihr trotz der verhältnismäßig geringen Zahl der Kämpfer zu einer ausgesprochen breiten Massenbasis verhalf. Obwohl auch die M-19 eine Rhetorik der Machtergreifung mit bewaffneten Mitteln betrieb, ging es ihr unausgesprochen doch eher darum, den bewaffneten Kampf als Druckmittel zur Durchsetzung sozialer und politischer Reformen und nicht als Selbstzweck zu verwenden.¹⁶⁷

Der linke Journalist Antonio Caballero spricht in diesem Zusammenhang davon, dass die M-19 und ihr Anführer Jaime Bateman den Krieg nicht darum betrieben „um ihn zu gewinnen, sondern um die Bedingungen des Friedens zu erreichen“.¹⁶⁸

Die M-19 war sich auch als eine der ersten Guerillagruppen um die wichtige Rolle der Medien und der Berichterstattung bei der Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu ihrem Gunsten bewusst, weswegen sie in ihrer frühen Phase auf spektakuläre, aber weitgehend gewaltfreie Aktionen in Robin-Hood-Manier (Diebstahl von Nahrungsmitteln und anschließender publikumswirksamer Verteilung in den Armenvierteln) setzten und mit diesen Tätigkeiten eine symbolische Besetzung des öffentlichen Raums erreichten, die sie in eine bemerkenswerte Nähe mit der 1994 gegründeten mexikanischen Nationalen Zapatistischen Befreiungsarmee rückt, welche mit ihrer stark an positiver Medienpräsenz und internationaler Vernetzung orientierter Tätigkeit eine ebenso starke Welle der Sympathie für die Anliegen der indigenen Bauern in Chiapas entfachte.

Eine der spektakulärsten und symbolträchtigsten Aktionen der M-19 bestand etwa im überaus medienwirksamen Raub des Schwertes des lateinamerikanischen Unabhängigkeitshelden Simon Bolívar aus einem Museum, das man erst dann zurückgeben wollte, wenn die Ideen des „Befreiers“ in die Tat umgesetzt würden. Mit dieser Aktion trug die M-19 dazu bei, dem Bolívar-Kult in Lateinamerika neue Nahrung zu geben. Der amerikanische Kolumbien-Experte David Bushnell schreibt dazu:

De esta manera, el M-19 se asoció con un nuevo culto a Bolívar por parte de la izquierda, que destacaba el apoyo dado por el héroe caraqueño a causas como la emancipación de los

¹⁶⁷ Ebd.

¹⁶⁸ Caballero/Iragorri, 2002:78

esclavos y achacó el fracaso de su intento por liberar a las masas de la opresión socioeconómica a la egoísta oposición de las élites locales apoyadas por los Estados Unidos.¹⁶⁹

Auch Bushnell verweist auf den ausgeprägten Pragmatismus der M-19, sieht darin aber gleichzeitig die Gefahr mangelnder politischer Klarheit und Kohärenz:

Al igual que ocurrió con la ANAPO, los cambios precisos que buscaba el M-19 nunca fueron muy claros. Era un movimiento fuertemente nacionalista, hostil a las inversiones y a la influencia general proveniente de los Estados Unidos; abrazaba la causa de una mayor igualdad social y criticaba la falta de participación popular genuina en el sistema político. Si el programa de la Anapo era una mezcla de "vodka y agua bendita", el M-19 ponía más vodka, pero nunca clamó por la socialización de los medios de producción. Sus objetivos permanecían en un nivel pragmático y eran un tanto vagos.¹⁷⁰

Zu glauben, dass sich die M-19 aber nur auf beinahe gewaltfreie, symbolbehaftete Aktionen stützte, wäre allerdings eine Idealisierung und Romatisierung dieser Bewegung, die vollständig an den historischen Tatsachen vorbeigeht. So kidnappte die Organisation etwa im Jahre 1976 den der Kollaboration mit der CIA und des Verrats seiner Ideale an das Establishment bezichtigten afrokolumbianischen Gewerkschaftsführer José Raquel Mercado und „exekutierte“ ihn brutal. Dies war allerdings nur eine einer durchaus großen Zahl an brutalen terroristischen Aktionen. Der M-19 gelang es mit weiteren spektakulären Aktionen im Stil der uruguayischen Stadtguerilla Tuparamos, wie dem Diebstahl von über 5000 Waffen aus einem Armeearsenal in Bogotá und der Besetzung der Botschaft der Dominikanischen Republik mit Geiselnahme von 12 Botschaftern und anschließender ungehinderter Ausreise der Geiselnahmer nach Kuba die kolumbianische Botschaft und die reguläre Armee so zu blamieren und zu provozieren, dass eine gewalttätige und repressive Reaktion des Staates unvermeidbar war.

Das von dem liberalen Präsidenten Julio César Turbay Ayala vor diesem Hintergrund erlassene berühmt-berüchtigte Sicherheitsstatut schuf einen legalen Rahmen nicht nur für die Verfolgung der Guerillas, sondern auch für die Unterdrückung aller unliebsamen oppositionellen Bewegungen und für brutale Repressalien gegen vermeintliche oder tatsächliche Sympathisanten, indem dem Militär immer größere Sonderbefugnisse eingeräumt werden, zu denen auch die Ausweitung der Militärgerichtsbarkeit auf Zivilpersonen gehört, was einem starken Machtmissbrauch Tür und Tor öffnete. In jener Zeit sind das Verschwindenlassen von Personen, außergerichtliche Tötungen und Folterungen an der Tagesordnung, Vorfälle, die zu

¹⁶⁹ Bushnell, 1996: 335

¹⁷⁰ Ebd.: 335f.

gehäuften Anklagen von Organisationen wie Amnesty International gegen den kolumbianischen Staat führen.¹⁷¹

Im Rahmen der großen Friedensinitiative des neuen Präsidenten Belisario Betancur tritt die M-19 schließlich in einen umfassenden nationalen Friedensdialog ein. Die nach einer Generalamnestie 1982 versuchte Reintegration der Guerillakämpfer ins zivile politische Leben wird allerdings von Anfang an torpediert. Bei einem bis heute ungeklärten Flugzeugabsturz kommt im Jahre 1983 der M-19-Mitgründer und Anführer Jaime Bateman ums Leben, der M-19 Unterhändler Carlos Pizarro wird bei der Anreise zu den Friedensverhandlungen mit der Regierung von Sicherheitskräften aus dem Hinterhalt angeschossen, kommt aber mit dem Leben davon und lässt sich von diesem Vorfall nicht davon abbringen den enormen Instinkt der M-19 für dramatische und massenwirksame Inszenierungen neuerlich unter Beweis zu stellen: Carlos Pizarro unterschreibt die Vereinbarungen mit der Regierung spektakulär im blutverschmierten Hemd.¹⁷²

In den nächsten Jahren wird gegen die im Waffenstillstand befindlichen oder amnestierten M-19-Mitglieder von Seiten der Sicherheitskräfte in stillschweigender oder offener Zusammenarbeit mit ultrarechten Paramilitärs eine regelrechte systematische Verfolgung entfesselt, mit dem Resultat, dass 1985 von den ursprünglich 12 Gründungsmitgliedern der Bewegung nur mehr einer am Leben ist, Carlos Pizarro.¹⁷³

Die Drahtzieher dieser gezielten Attentate stammen meist aus den Kreisen der wirtschaftlichen und politischen Elite des Landes, die der Aussicht einer demokratischen Öffnung mit Ablehnung gegenüberstehen und auf diese Weise versuchen, den Friedensprozess zu behindern. Zur selben Zeit versuchen die FARC mit der Gründung der UP eine legale politische Bewegung aufzubauen, ein Versuch, der mit der systematischen Ermordung von etwa 3000 UP-Mitgliedern tragisch endet (siehe Abschnitt über die FARC).

6.5.3 Das Debakel des Justizpalastes (1985)

Im Jahre 1985 setzte die M-19 die spektakulärste und blutigste Aktion, welche bis heute den dunkelsten Schatten auf diese Bewegung wirft, deren Popularität in der

¹⁷¹ Hörtner, 2006:134

¹⁷² Siehe dazu Hörtner, 2006: 123

¹⁷³ Ebd.: 123f.

Bevölkerung nachhaltig beschädigte und dem Friedensprozess des Präsidenten Betancur ein tragisches Ende setzte: Die gewalttätige Besetzung des Justizpalasts mitten im Zentrum der Hauptstadt Bogotá, gegenüber dem Präsidentenpalast. Der offizielle Beweggrund dieser Aktion bestand darin, den Präsidenten Betancur aufzufordern, sich wegen Hintertreibung des Friedensprozesses einem öffentlichen „Tribunal“ unter der Leitung der Richter des Obersten Gerichtshofes zu stellen, wobei es in Wahrheit wohl eher darum ging, den Präsidenten zu einem härteren Vorgehen gegen die den Friedensdialog und den Waffenstillstand torpedierenden rechten Todesschwadronen und Paramilitärs zu bewegen. Die Aktion mündete in einer totalen Katastrophe: Der gewalttätigen Erstürmung des Justizpalasts durch die kolumbianische Armee, welche insgesamt ca. 100 Menschen das Leben kostete, darunter 11 Mitglieder des Obersten Gerichtshofes, zahlreiche Besucher und Angestellte und fast das gesamte M-19 Kommando, welches die Besetzung durchgeführt hatte.¹⁷⁴

Nach diesem Fiasko des Justizpalastes wandte sich die M-19 wieder verstärkt dem bewaffneten Kampf zu und war auch federführend bei der Gründung der Nationalen Guerillakoordination beteiligt, welche das Ziel hatte, die oftmals untereinander schwer verfeindeten Guerillagruppen unter einem gemeinsamen Dachverband zu vereinen, um ein koordiniertes Vorgehen gegen den gemeinsamen Feind, den kolumbianischen Staat zu ermöglichen.

6.5.4 Reintegration ins legale politische Leben und Beteiligung der M-19 bei der neuen Verfassung von 1991

Es spricht für die außergewöhnliche Pragmatik dieser Gruppierung, dass sie sich Ende 1989 vor dem Hintergrund des gewandelten weltpolitischen Gleichgewichts aufgrund des Untergangs des Kommunismus dazu entschloss, die Waffen niederzulegen und sich als legale Partei unter dem Namen „Alianza Democrática M-19“ ins zivile politische Leben zu integrieren. Der Mut dieses Schrittes sollte gerade auch deswegen gewürdigt werden, weil zur selben Zeit unter der Präsidentschaft des Liberalen Virgilio Barco die von der FARC gegründete legale zivile Bewegung UP auf gewaltsame Weise systematisch beinahe ausgelöscht worden war, und sich die ehemaligen M-19 Guerillakämpfer und

¹⁷⁴ Ebd.:126

nunmehr frischgebackenen Demokraten lange Zeit selbst im Zeichen eines auch von hohen Regierungskreisen geförderten „schmutzigen Krieges“ systematischer Verfolgung und Bedrohung ausgesetzt sahen, darunter der Parteiführer und Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 1990 Carlos Pizarro, der kurz vor deren Abhaltung in einem Flugzeug ermordet wurde. Zu diesem Attentat sollte sich Jahre später Carlos Castaño, der Führer der paramilitärischen Vereinigung AUC als Drahtzieher bekennen.¹⁷⁵

Trotz der massiven Torpedierung des Friedensprozesses konnte die Alianza Democrática M-19 im Jahre 1990 zwei spektakuläre Wahlerfolge erzielen: 8 Prozent bei den Kongresswahlen im März dieses Jahres und beinahe 25 Prozent bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die 1991 in Kraft trat.¹⁷⁶

Somit ist die M-19 bis heute (neben der indigenen Guerilla Quintín Lame) die einzige Guerillabewegung die einen tatsächlichen Einfluss auf politische Reformen für sich verbuchen kann, denn man hatte sich die Niederlegung der Waffen neben einer großzügigen Amnestie auch durch das Angebot der aktiven Mitgestaltung der neuen kolumbianischen Verfassung im Rahmen ihrer Vertretung in einer Verfassungsgebenden Versammlung schmackhaft lassen machen, ein Angebot, von dem die M-19 bereitwillig Gebrauch machte, indem sie Antonio Navarro-Wolff, den Nachfolger von Carlos Pizarro zu deren Vizepräsidenten nominierte. So verwandelte sich die M-19 in eine treibende Kraft bei der Abfassung und inhaltlichen Formulierung der seit 1991 gültigen neuen Verfassung, bei der wichtige soziale, politische und wirtschaftliche Grundrechte verankert wurden. Diese Verfassung bildete somit (zumindest theoretisch) einen durchaus fortschrittlichen Rahmen für breite Reformansätze.

Ein pikantes Detail am Rand der Entstehungsgeschichte der neuen kolumbianischen Verfassung ist die Tatsache, dass an ihrer Ausarbeitung nicht nur die M-19 sondern auch Alvaro Gómez Hurtado beteiligt war, ein ultrarechter Politiker und Sohn des Präsidenten Laureano Gómez (1950-1953), der kurz zuvor von der M-19 entführt aber wieder freigelassen worden war.

¹⁷⁵ Ebd.: 127

¹⁷⁶ Ebd.

Heute hat die M-19 formell als militärische und politische Bewegung aufgehört zu existieren, dennoch ist ihre Denkweise, Ideologie und Entwicklung innerhalb vieler staatlicher Universitätsinstitutionen und innerhalb der Linksbündnisses, das unter dem Namen Polo Democrático Alternativo auftritt, und zu dem derzeit auch Antonio Navarro Wolff gehört, präsent, während einige andere ehemalige Mitstreiter der bewaffneten M-19 wie Ever Bustamante, Rosemberg Pabón und Luis Alberto Gil sich auf die eine oder andere Weise mit der aktuellen Regierung von Álvaro Uribe Vélez arrangierten bzw. sogar mit ultrarechten paramilitärischen Kreisen in Verbindung gebracht werden.

6.6 Movimiento Quintín Lame

Die Guerillabewegung Quintín Lame ist eine Mitte der 1980-er Jahre gegründete indigene Guerillabewegung zur Verteidigung der Rechte der indigenen Ethnie der Paez (heute Nasa), die heute mit etwa 120 000 Angehörigen die zweitstärkste indigene Gruppe des Landes stellt und deren Siedlungsgebiet sich hauptsächlich auf das südliche Department Cauca beschränkt.¹⁷⁷

Der amerikanische Kolumbien Experte David Bushnell sieht deutliche Parallelen der Entwicklung dieser als Selbstverteidigungsgruppe konzipierten Aufständischenbewegung mit der Geschichte der frühen FARC.¹⁷⁸

Der Name der Bewegung geht auf den legendären Indígena-Anführer Manuel Quintín Lame (1883-1967) zurück, einen ausgebildeten Rechtsanwalt, der sein Leben unter das Zeichen der Wiedergewinnung von Kultur, Land und Würde der Indigenas gestellt und in den Jahren 1914/1915 einen Aufstand von 6000 Indígenas angeführt hatte, der nach einigen spektakulären Anfangserfolgen schließlich von der Armee niedergeschlagen wurde. Quintín Lame trat neben seinem Engagement für die Rückgewinnung von gemeinschaftlich bewirtschafteten und von weißen Großgrundbesitzern unrechtmäßig (und manchmal auch gewaltsam) entwendeten indigenem Reservatsland vor allem auch durch seinen 1939 verfassten Essay „Gedanken

¹⁷⁷ Hörtnner, 2006: 200

¹⁷⁸ Bushnell, 1996:336

eines Indio, der in den kolumbianischen Wäldern zur Schule ging“ öffentlich in Erscheinung.¹⁷⁹

Die 1971 gegründete zivile indigene Widerstandsbewegung CRIC baut im Wesentlichen auf den Forderungen von Quintín Lame auf: Kulturelle Autonomie für die Angehörigen des Paéz-Volkes, Stärkung der indigenen Räte (Cabildos), Rückgewinnung der widerrechtlich entwendeten Reservatsgebiete, Alphabetisierungskampagnen etc. Dabei handelte es sich um Ziele die auch die Quintín Lame-Guerilla in ihrem bewaffneten Kampf einforderte.

Eine Besonderheit der Quintín Lame bestand in der Tatsache, dass sich ihr Kampf gleichzeitig auf einer Vielzahl von Fronten und vor dem Hintergrund der Präsenz einer Vielzahl bewaffneter Akteure (Staat, Großgrundbesitzer, Paramilitärs, Drogenhändler, linke Guerillas insbesondere der FARC) entwickelte: gegen die Angriffe der Großgrundbesitzer und den mit ihnen verbündeten paramilitärischen Banden sowie gegen staatliche Repression und Bevormundung einerseits und gegen die Vereinnahmung und Instrumentalisierung ihrer Ziele bzw. die gewaltsame Rekrutierung jugendlicher Paéz durch die FARC und deren Hegemonieansprüche andererseits. Autoren wie Ricardo Peñaranda betonen in ihren Studien den starken defensiven Charakter dieser Organisation und ihren Kampf zum Schutz ihrer traditionellen Gemeinschaft, denen sie keine übergeordneten nationalen Revolutionsbestrebungen den Vorrang einräumen wollten:

El Quintín Lame fue concebido como un mecanismo para contrarrestar la difusión de la violencia, en un escenario marcado por la confusión que generaba la presencia de múltiples actores armados, y para evitar que otros actores políticos hicieran suyas las banderas de protesta de las comunidades indígenas locales. En últimas, para „monopolizar“ el uso de la violencia que pretendía ejercerse a nombre de los indígenas. La acción de esta agrupación se orientó menos hacia los objetivos tradicionales de los grupos guerrilleros: toma del poder o ataques al aparato militar, y más a la defensa de las comunidades y de sus autoridades tradicionales, que aceptaron su presencia sólo en la medida en que este objetivo se cumplió. Este esfuerzo por asumir el rol de "vocero armado" de las comunidades, en un escenario donde hacían presencia numerosas organizaciones insurgentes, generó múltiples choques que fueron superados mediante una combinación de alianzas y enfrentamientos, que llegaron a ser particularmente álgidos, en especial en la compleja relación con las FARC, que no ocultaba sus aspiraciones de imponerse como el poder hegemónico en la región.¹⁸⁰

Die Quintín-Lame-Guerilla trat schließlich 1991 auf Druck der eigenen Gemeinden, welche den bewaffneten Widerstand nur als Druckmittel für die

¹⁷⁹ Siehe dazu Hörtnner, 2006: 199ff.

¹⁸⁰ Peñaranda in IEPRI, 2006: 554

Durchsetzung der berechtigten sozialen Forderungen akzeptierten, in die Friedensverhandlungen mit der kolumbianischen Regierung unter dem liberalen Präsidenten Gaviria ein, legte die Waffen nieder und war schließlich neben der M-19 bei der Gestaltung der neuen Verfassung von 1991 beteiligt, bei der auch wesentliche Indigena-Rechte in das Grundrecht verankert wurden.

Für Ricardo Peñaranda ist dieser Prozess der „möglicherweise einzige Fall einer erfolgreichen Wiedereingliederung“¹⁸¹ einer bewaffneten Gruppe in die Gesellschaft, da es dieser Gruppe gelungen sei, die Beziehungen, zu den Gemeinschaften, welche ihre soziale Basis bildeten, aufrecht zu erhalten, während letztgenannte ebenso ihren sozialen Zusammenhalt und die Fähigkeit zur gemeinschaftlichen Aktion bewahrten, wodurch viele Forderungen zur Rückerlangung der gemeinschaftlichen Territorien weitgehend auf friedlichem Wege erfüllt werden konnten.

Dieser Autor sieht auch einige Parallelen zum Zapatistischen Befreiungsheer (EZLN) in Mexiko, wo es dieser Widerstandsgruppe trotz aller Spannungen eine „Kontinuität zwischen bewaffneter Mobilisierung und sozialer Bewegung“ herzustellen.¹⁸²

6.7 Von der Guerilla beeinflusste oder kontrollierte Zonen in Kolumbien

Die Guerilla-Bewegungen haben in verschiedenen Regionen Kolumbiens Kontakt und in vielen Fällen stabile Beziehungen zu einer meist sehr heterogenen Bauernschaft aufgebaut.

Obwohl es etwa den FARC gerade in den 1990-er Jahren gelungen ist, Kampffronten in fast allen Regionen des Landes zu etablieren, ist es doch augenscheinlich, dass sich die Hochburgen der Guerilla (zumindest bis vor kurzem) in jenen Landesteilen befanden, wo man an eine jahrzehntelange Tradition des Arbeits- und Landkampfes und der Kämpfe von Gewerkschaftsbewegungen anknüpfen konnte bzw. wo solche Tradition von den Guerillas mitbegründet worden war, wie etwa in der Bananenanbauregion Urabá im Nordwesten des Landes, den Erdölzentren im Mittellauf

¹⁸¹ Ebd.: 555

¹⁸² Ebd.: 555

des Magdalena Flusses (Magdalena Medio) und im östlichen Tiefland-Department Arauca bzw. in den von Viehzucht und ausgedehnten Latifundien geprägten nördlichen Tiefebenen der Atlantikküste (Departments Bolívar, Sucre und Córdoba), wo sich ebenfalls radikale Gruppen gebildet hatten, welche Landbesetzungen als Hauptwaffe gegen die Großgrundbesitzer verwendeten. Zu den Zonen, wo die Vorherrschaft der Guerilla (insbesondere) traditionell sehr stark war, zählten auch die Regionen Tolima und Huila, wo es bereits in den 1930-er Jahren eine starke, kommunistisch beeinflusste Bauern- und Arbeiterbewegung gab, sowie das an Bodenschätze reichen und vorwiegend von indigenen Gruppen bevölkerte südlichen Department Cauca.

Strategisch für die Guerilla immer wichtiger wurden im Laufe der 1960-er und 1970-er Jahre auch jene Zonen, in denen es bereits in den 1940-er und 1950-er Jahren zu einer ausgeprägten ersten Besiedlungswelle gekommen war: die ausgedehnten und einst fast menschenleeren östlichen Orinoko-Tiefebenen der „*Llanos Orientales*“ (Departments Meta, Arauca und Casanare, später auch Guaviare). Die ersten Siedler dieser Gebiete waren in ihrer Mehrheit Bauern aus dem Zentrum des Landes bzw. aus den Kaffeeanbaugebieten, die sich von der „Violencia“ gepeinigt auf die Suche nach neuen ungestört zu bestellenden Landparzellen gemacht hatten. In diesen so spärlich besiedelten und klimatisch unwirtlichen östlichen Regionen des Landes nutzten diesen ersten Siedler die mangelnde Präsenz des Staates für illegale Landnahmen aus, wobei neue Konflikte um Grund und Boden nicht ausbleiben konnten, wobei ebendiese neu entstehenden Bruchlinien (konsolidierte Latifundien gegen landlose Bauern, expandierende Grundbesitzer gegen neue Siedler) nach und nach eine Verschiebung der Besiedlungsgrenze immer tiefer in die Weiten des Orinoko- und Amazonasbeckens hinein zur Folge hatte. Hier, wo der Einfluss des Staates im gesamten Land am schwächsten war, fiel es den FARC und anderen Guerillas nicht schwer, eine stabile Gegenmacht zu diesem aufzubauen und ihre Rolle als „Staat im Staat“ zu festigen.

Trotz der unterschiedlichen geografischen Lage wiesen auch die interandinen Täler große Ähnlichkeiten mit den Regionen des Orinoko- und Amazonasbeckens auf, insbesondere was die Muster der illegalen Landnahme und die damit einhergehende Konsolidierung der Guerillas betrifft, welche sich in der Rolle der Schutzmacht der Kleinbauern gegen die Ansprüche des Staates, der Großgrundbesitzer bzw. der

multinationalen Konzerne gefielen, welche die in diesen Zonen vorhandenen Bodenschätze (Erdöl) ausbeuteten.

Auffallend ist, dass der Einfluss des in den andinen Zonen operierenden Guerillas, welche im Laufe der 1980-er und 1990-er Jahre äußerst bedeutend war, in den letzten Jahren (seit etwa Mitte der 1990-er Jahre) immer weiter zurückgeht. Die Kriegführung in diesen relativ ungeschützten Bergregionen, wo die Guerillas über keine so ausgedehnten Rückzugsgebiete wie in den östlichen und südlichen Dschungelregionen des Landes verfügte, erwies sich gegen als immer schwieriger, vor allem angesichts der zunehmenden Modernisierung der regulären kolumbianischen Armee, welche mit der Zeit über immer bessere logistische und militärische Mittel verfügte (Nachtsichtgeräte, etc.).

Während man also in den 1980-er Jahren noch beinahe den gesamten östlichen und zentralen Andenkorridor beherrschte, beschränkt sich die Kontrolle im Andenhochland heute auf einige wenige strategisch oder ökonomisch wichtige Gebiete, wie die traditionelle FARC-Hochburg Sumapaz oder jene höher gelegenen Andenregionen, in denen die Bauern Klatschmohn zur Drogenproduktion anbauen.

Wie bereits in den vorangegangenen Kapiteln geschildert, sind die Guerillas aus den oben angeführten traditionellen Hochburgen im Norden und Osten des Landes durch den militärischen Druck der kolumbianischen Armee und der Paramilitärs in den letzten 10-15 Jahren weitgehend vertrieben worden. Gleichzeitig gelang es ihnen jedoch neue Hochburgen - vor allem in den südlichen Regionen des Landes - aufzubauen (Putumayo, Caquetá und insbesondere Nariño), Zonen, in denen ihr Einfluss bis etwa 1990 relativ gering war. Dies gilt insbesondere für das Department Nariño an der Grenze zu Ekuador das noch Anfang der 1990-er Jahre eine Region war, in dem es kaum zur Austragung des gewalttätigen Konflikts zwischen Staat und Guerillas kam und das heute eine beispiellose Welle der Gewalt erlebt, an der staatliche Kräfte, Drogenhändler und paramilitärische Gruppierungen beteiligt sind.

Allgemein lässt sich feststellen, dass sich der Konflikt aus dem Zentrum des Landes nach und nach immer weiter in die Peripherie verschoben hat, und dass die gewalttätigsten Regionen des Landes heute jene sind, in denen der Großteil des Koka-Anbaus für die Kokaingewinnung stattfindet bzw. die Grenzzonen zu den Nachbarstaaten Ekuador, Peru, Panama und insbesondere Venezuela, die für die Guerillas aufgrund der Rückzugsmöglichkeiten in weitläufigen, völlig unkontrollierbaren Dschungelregionen von erheblicher strategischer Bedeutung sind.

Anstatt um die Beherrschung des Andenkorridors geht es den Guerillas heute augenscheinlich vor allem um die Sicherung einiger überlebenswichtiger Nord-Süd und Ost-West-Korridore, vor allem für den Nachschub von Waffen und zur Kontrolle der Drogenrouten insbesondere zwischen den Koka-Anbaugebieten der Departments Caquetá und Huila entlang der Grenze von Ekuador bis zum Pazifik bzw. nach Venezuela (bzw. durch das nördliche Dschungeldepartment Chocó an der Grenze zu Panamá in Richtung Pazifik als Ersatz für die an die Paramilitärs verlorene Grenzhochburg Urabá im Department Antioquia).¹⁸³

Auffällig ist, dass sich die Guerillas - mit Ausnahme der FARC-Bastion Sumapaz - in den von Minifundien dominierten armen ländlichen Regionen im Zentrum des Landes (wie etwa im Department Boyacá) kaum etablieren konnten, was die These unterstützt, dass die Gewalt nicht dort am stärksten ist, wo die größte Armut sondern die größte soziale Ungleichheit herrscht, bzw. wo der größten Reichtum an Bodenschätzen und die stärkste gewerbliche und agroindustrielle Aktivität vorhanden ist.

6.8 Soziale Funktion der Guerilla

In jenen Gebieten, in denen die Guerillas über eine starke soziale Basis verfügten, gelang es ihnen sehr bald, auch viele zivilstaatliche Funktionen zu übernehmen, zu überwachen oder zu regeln und eine durchaus effiziente soziale Ordnung durchzusetzen, wobei die Übergänge zwischen natürlicher bzw. durch Zwang hergestellter Autorität der Guerilla oft fließend waren.

Der Staat zeigte sich in diesen Regionen äußerst schwach oder blieb vollständig abwesend und war daher unfähig, seine eigenen Rechtsnormen, welche sowohl die bestehenden Eigentumsverhältnisse als auch die zwischenmenschlichen Beziehungen regeln, durchzusetzen und diesen auch faktische Rechtskraft zu verleihen.

So fiel es den Guerillas in diesen Fällen sehr leicht als „Staat im Staat“ zu agieren, indem sie Konflikte beilegten, Eigentumsverhältnisse regelten, Infrastrukturen (Schulen, Krankenhäuser, Transportnetze und Verkehrswege, Strom- und Wasserversorgung) aufrecht erhielten oder gar erst einrichteten, d.h. all jene staatlichen Funktionen erfüllten, die der Staat selbst nicht wahrnehmen konnte oder wollte.

¹⁸³ Vgl. Pécaut, 2008: 110

So konnten die Guerillas in diesen Regionen mit den Siedlern bzw. den Bewohnern häufig eine Beziehung etablieren, die manchmal auf Zwang und Gewalt, in vielen Fällen aber auch auf gegenseitigem Beistand fußte und für beide Seiten vorteilhaft war, denn im Gegenzug für die Unterstützung durch die Bevölkerung und die Siedler gaben die Guerillas diesen Schutz gegen die Großgrundbesitzer oder gegen den Staat selbst, der meist auf einseitige Weise Partei für die stärkere, an dem sozialen Konflikt und den Verteilungskämpfen auf dem Land beteiligten Parteien ergriff, oder nicht imstande war, arme, unterprivilegierte und besitzlose Bevölkerungsschichten gegen Ausbeutung oder Übergriffe durch Großgrundbesitzer, multinationale Konzerne, Paramilitärs oder Drogenbosse zu schützen.

Wie komplex die sozialen und rechtlichen Strukturen in den von den Guerillas beherrschten Gebieten oft beschaffen waren, zeigt etwa die Verabschiedung einer „Bauernverfassung“ in der vom ELN beherrschten Region des südlichen Bolivar in den 1990-er Jahren, einem Vorschriftenkomplex mit beinahe 70 Artikeln, in welchem die Gemeindeorganisation in verschiedenen Aspekten des täglichen Lebens geregelt wurde. Über die Einhaltung dieser Vorschriften und Gesetze wachten die sogenannten „Juntas comunales“, die monatlich abgehalten wurden und an denen alle Bauern unter Strafandrohung teilnehmen mussten. Bei diesen Versammlungen wurden auf formelle Weise die Probleme jeder Gemeinde behandelt, rechtliche Entscheidungen gefällt und über die Vorschläge der sogenannten „Komitees“ beratschlagt, welche zur Behandlung von Angelegenheiten gemeinschaftlichen Interesses oder zur interkommunitären Konfliktbeilegung in den Bereichen Gewerbe, Finanzen, Arbeit, Justiz, Soziales, Umwelt und Kultur von den Guerillas nominiert worden waren. So fiel in den Zuständigkeitsbereich des „Gewerbekomitees“ unter anderem die Verwaltung und Führung von gemeinnützigen Gemeindeläden und Gemeindefleischereien.¹⁸⁴

In den meisten Fällen übernahmen die Guerillas direkt Gerichtsbarkeit und Rechtsprechung, in anderen wurde diese Funktion – bei Bewahrung einer gewissen Kontrollfunktion - an gemeinschaftliche zivile Institutionen delegiert, die bei Anwendung eines dem kolumbianischen Rechtsstaats ähnlichen Normen- und Wertesystem eine

¹⁸⁴ Vgl. Aguilera Peña in IEPRI, 2006:245-250

erstaunliche Tendenz zur quasi „außergerichtlichen“ Tat- oder Streitbeilegung bzw. zu vergleichsweise milden Sanktionen für die Rechtsverletzer erkennen lassen.¹⁸⁵

Die von diesen kommunitären Tribunalen beigelegten Konflikte sind äußerst unterschiedlicher Natur und betreffen mannigfaltige Aspekte des täglichen Lebens:

[...]unión de parejas, infidelidad, separación de cuerpos y de bienes, abandono de las responsabilidades en el sostenimiento y la educación de los hijos, chismografía, riñas, rateo, cuatrismo, violencia sexual. Prostitución, consumo y producción de narcóticos y alcoholismo. La instancia comunitaria no trata los casos de homicidio.¹⁸⁶

Viele der Normen und Vorschriften haben einen ausgeprägt praktischen und präventiven Charakter, so gibt es etwa genaue Bestimmungen, wie Tiere sicher gehalten und Landparzellen markiert sein müssen, um so Nachbarschaftskonflikte zu vermeiden. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Regelungen, welche darauf abzielen, die Landbesitzer gegenüber ihren Arbeitskräften zur Einhaltung der Arbeitszeit und der Zahlung eines Mindestlohns anzuhalten.¹⁸⁷

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass in dieser Region des südlichen Bolívar das „ELN“ eine Art „Agrarbank“ betrieb, welche über die „Gewerbekomitees“ Kleinkredite in der Höhe von etwa 5 Millionen Pesos pro Familie an die ansässigen Bauern vergab.

Eine Ironie der Geschichte liegt gerade darin, dass es den ultrarechten Paramilitärs unter Carlos Castaño unter anderem auch dadurch gelang, in dieser Region Fuss zu fassen und das ELN weitgehend zu vertreiben, indem man den Bauern versprach, dass sie ihre Kredite an die Guerilla nicht zurückzahlen mussten, wenn es den Paramilitärs gelingen sollte, diese Region unter ihre Kontrolle zu bekommen.¹⁸⁸

Im Bereich der von der Guerilla selbst übernommenen Rechtsprechung fällt eine etwas widersprüchliche moralisierende Tendenz bei Fragen des Drogenkonsums, Alkoholismus bzw. der Sexualmoral auf. So gibt es - auch in vielen Zonen, in denen sich die Guerilla dem Kokabau bzw. deren Kontrolle widmet – Sanktionen für Menschen, denen Drogenmißbrauch oder Alkoholismus nachgewiesen wird, deren Härte denen des „offiziellen“ kolumbianischen Staates keineswegs nachsteht. Ebensowenig tolerant zeigt sich die Guerilla in Fragen der Homosexualität bzw. von Prostitution und Promiskuität, wobei in vielen Fällen eine strikte und gar nicht revolutionäre Position der monogamen

¹⁸⁵ Ebd.: 247

¹⁸⁶ Ebd.: 248

¹⁸⁷ Ebd. : 248

¹⁸⁸ Ebd. : 247

Partnerschaft verteidigt wird und abweichende Verhaltensweisen – nicht nur in den eigenen Reihen – oft drakonisch sanktioniert werden, wobei diese Strafen bis zum Verstoß aus der Gemeinschaft gehen können.¹⁸⁹

In diesem Aspekt zeigen sich frappierende Parallelen zu den Paramilitärs, deren Sanktionen für soziale und sexuelle „Abweichler“ allerdings in vielen Fällen noch härter ausfielen.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Guerilla in vielen Fällen gleichzeitig als Motor als auch als Bremsklotz für die soziale und infrastrukturelle Entwicklung in abgelegenen ländlichen Regionen angesehen werden muss. Es steht außer Zweifel, dass sie in einer ersten Phase durchaus für die Implementierung einer zumindest rudimentären primären Infrastruktur in vielen vom Staat vergessenen Regionen verantwortlich zeichnete. Andererseits wird ihr von vielen Analysten die Schuld daran gegeben, dass in diesen Zonen keine weitere Entwicklung stattfinden könne. Die ständige Gewaltbereitschaft der Guerilla und ihre Tendenz, Unternehmer, Industrielle und Investoren zu entführen, verunmöglichten ein günstiges Klima für in- und ausländische Investitionen in andere Ökonomien als jener des Drogenanbaus- und -handels. Ähnlich argumentiert die Regierung: durch den Konflikt und die Konfrontation mit der Guerilla würden hohe menschliche und finanzielle Ressourcen gebunden, die man ansonsten für die ländliche Entwicklung und den Aufbau entsprechender Infrastrukturen verwenden könnte.

Diese Argumentation ist sicher zutreffend. Allerdings muss bezweifelt werden, ob die Regierung wirklich willens wäre, die heute für den Krieg verwendeten Mittel in ländliche Entwicklung und Infrastruktur zu investieren, wenn es diesen nicht gäbe. Somit hat auch die umgekehrte Sichtweise eine große Berechtigung, nämlich dass es diesen Konflikt (zumindest in diesem Ausmaß) nicht gäbe, wenn die Regierung rechtzeitig, konsequent und kontinuierlich den agrarischen Sektor und den Aufbau einer funktionierenden ländlichen Infrastruktur in allen Bereichen gefördert und eine Agrarreform durchgeführt hätte, die diese Bezeichnung auch verdiente.

¹⁸⁹ Ebd.:247ff., vgl. Auch Pécaut, 2008: 80-85

6.9 Finanzierung der Guerilla

6.9.1 Allgemeines

Im Gegensatz zu Guerillas wie der ELN und der M-19 konnte die größte, noch aktive Guerilla Kolumbiens und ganz Lateinamerikas, die FARC, im Verlaufe ihrer Geschichte nie auf eine signifikante Unterstützung durch die Sowjetunion und andere ehemalige Ostblockstaaten bzw. durch Kuba zählen. Es lag wohl auch an diesen beschränkten finanziellen Ressourcen, dass die FARC bis weit in die 1970-er Jahre hinein über den Status einer relativ rudimentär bewaffneten Bauern-Selbstverteidigungsgruppe nicht hinauskam.¹⁹⁰

Ähnlich wie beim ELN spielte bei den FARC in jener ersten Zeit die Eroberung (in der Sprachdiktion der Guerilla "recuperación", also "Rückgewinnung") von Waffen durch gezielte Schläge auf Einrichtungen des Militärs und der Polizei eine wichtige Rolle. Ab den späten 1970-er Jahren sollte sich das Bild schlagartig ändern: Die Guerillas begannen damit, sich neben der eher auf kleiner Stufe betriebenen traditionellen „Besteuerung“ von agrarischen und gewerblichen Aktivitäten und der finanziellen Erpressung von Großgrundbesitzern und internationalen Konzernen weitere, viel lukrativere finanzielle Ressourcen zu erschließen. Bei diesen Aktivitäten handelte es sich um gezielte Entführungen zur Lösegelderpressung bzw. um die Erschließung von Ressourcen aus der Drogenwirtschaft, wobei man sich zunächst nur auf die Überwachung und die Beteiligung beim Drogenanbau (vor allem der Kokapflanze zur Herstellung von Kokain, aber auch von Hanf und Mohn) konzentrierte, in einer späteren Phase aber auch in den (wesentlich gewinnträchtigeren) Phasen der Drogenverarbeitung und des Handels selbst beteiligt war.

Es war vor allem die sogenannte „Bonanza marimbera“, also der Marihuanaboom der späten 1970-er Jahre, den die M19 dazu nützte, finanzielle Ressourcen zu erschließen und ihre Kampffähigkeit zu stärken.

Später entwickelte sich eine wahre „Kokainindustrie“, die langsam, stufenweise und unaufhaltsam durch diverse subversive Gruppen (Guerillas und Paramilitärs) kontrolliert wurden, bis sie diese praktisch vollständig beherrschten, wobei diese „Industrie“ zu einem der größten „Arbeitgeber“ in Kolumbien mutierte.

¹⁹⁰ Pécaut, 2008: 89

Im Folgenden behandle ich kurz die diversen zuvor erwähnten finanziellen Ressourcen, auf die sich die Guerilla (vor allem die FARC) heute hauptsächlich stützt:

6.9.2 Erpressung von „Steuern“ und „Schutzgeldern“ („boleteo“)

Dabei handelt es sich um die bei weitem älteste Finanzierungsform der Guerilla, die auch heute noch große Anwendung findet, deren Bedeutung aber hinsichtlich der erwirtschafteten Erlöse in letzter Zeit doch hinter die anderen Finanzierungsformen zurückgetreten ist.

In den von den Guerillas dominierten Regionen sind es meistens Viehzüchter, Großgrundbesitzer, große Gewerbetreibende, agroindustrielle Betriebe aber auch Lieferanten, Transportunternehmen, Händler und Lokalpolitiker, die durch die Einhebung dieser direkten oder indirekten „Steuern“ durch die FARC oder das ELN betroffen sind. Besonders in jenen Regionen, die über große Ressourcen und Bodenschätze verfügen (Erdöl, Minen etc.) ist diese Einkommensform für die FARC und das ELN nach wie vor sehr lukrativ.

Wie sehr den FARC daran gelegen war, ihre Fähigkeit zur Etablierung einer doppelten Herrschaft (also einer zivilen und einer militärischen) zu demonstrieren, zeigt auch die Tatsache, dass sie am Höhepunkt ihrer Macht im Jahre 2002 das sogenannte „Gesetz 002“ verabschiedeten, in dem sie eine „Steuerpflicht“ für all jene Personen vorschrieben, die über ein bestimmtes Kapital verfügten, wobei sie diese Verpflichtung durch Entführungsdrohungen entsprechenden Nachdruck verliehen.¹⁹¹

6.9.3 Entführungen und Lösegelderpressung

Lösegelderpressungen nach Entführungen haben sich im Laufe der 1990-er Jahre zu einer der lukrativsten Einkommensquelle der Guerilla entwickelt.

Während der 1980-er und 1990-er Jahre ist die Zahl der Entführungen in Kolumbien stetig gestiegen, auch aufgrund neuer Methoden und Strategien der Täter –

¹⁹¹ Pécaut, 2008: 97

Massenentführungen, Flugzeugentführungen, Gefangennahme von Menschen, die sich in Kirchen versammelt haben, Anschläge auf Schulen mit anschließender Gefangennahme von Geiseln und Entführungen auf Landstraßen - dies alles sind Ereignisse, die das Land erschüttern und auch jene Personen nicht unberührt lassen, die sich außerhalb der Reichweite des Konfliktes glaubten.

Laut UNDP („Informe Nacional de Desarrollo Humano, Colombia“) wurden zwischen 1997 und 2002 in Kolumbien insgesamt über 16000 Personen entführt, eine Zahl, die das Land an die „Weltspitze“ hinsichtlich der Entführungsoffer katapultiert.¹⁹² Von diesen Entführungsoffern starben über 1200 in Gefangenschaft, wobei sogar manchmal für die Übergabe eines Leichnams noch ein Lösegeld ausgehandelt wird.¹⁹³

Ein Gutteil dieser Entführungen geht auf das Konto der FARC und (in geringerem Maße) des ELN. Die Guerilla rechtfertigt ihre Praxis für gewöhnlich mit der Feststellung, dass es sich bei den in ihrem Sprachgebrauch als „retenidos“ oder „detenidos“ also als „Gefangengenommene“ oder als „Festgenommene“ bezeichneten Entführungsoffer um Personen handelt, die den „Feind“ wenn auch nur finanziell bzw. durch Steuer- oder Beitragszahlungen unterstützten. Hatte es die FARC in einer ersten Phase bei der Praxis der Entführung tatsächlich vorwiegend auf einflussreiche Politiker, Journalisten Wirtschaftleute, Geschäftsmänner, Großgrundbesitzer, Viehzüchter und Industrielle abgesehen, die seit jeher als „Feinde des Volkes“ des Volkes klassifiziert wurden, gehören die Opfer heute ganz unterschiedlichen und auch wenig vermögenden Gesellschaftsschichten an, für die ebenfalls eine Lösegeldzahlung von den eingeschüchterten Familien verlangt wird. Sogar Mitglieder von linken NGO's, Friedensaktivisten oder Sozialarbeitern, welche der Guerilla traditionell durchaus mit einer gewissen Sympathie gegenüberstanden, waren vor Entführungen nicht gefeit.

Es ist gerade diese Praxis der massiven Entführungen, die - mehr noch als die Verstrickung der Guerilla in den Drogenanbau- und -handel - zu einem enormen Sympathieverlust in der Bevölkerung geführt hat, wohl auch aufgrund der Tatsache, dass sich bald niemand vor dieser Praxis sicher wähnen konnte.

Eine der berüchtigtsten Praktiken der Guerilla ist dabei jene, die zynisch "pescas milagrosas" genannt wurde: So wurden (oft am helllichten Tage und auch in der Nähe von urbanen Zentren) Busse, Transportfahrzeuge und Privatautos auf Verbindungsstraßen

¹⁹² UNDP, 2003: 126

¹⁹³ Pécaut, 2008: 94

oder Überlandrouten angehalten, die bei diesen „Fischzügen“ ins Netz gegangenen Insassen wahllos entführt und später deren Angehörige mit Lösegeldforderungen erpresst. Es muss festgehalten werden, dass nicht jede dieser Aktionen tatsächlich auf das Konto der FARC oder des ELN gehen, denn in Bezug auf die Entführungen im Allgemeinen und auf die „pescas milagrosas“ im Besonderen gab es immer wieder sehr viele kriminelle Trittbrettfahrer, die den „guten schlechten Ruf“ der Guerillas für ihre eigenen Machenschaften nutzten, und sich als Mitglieder dieser Guerilla-Organisationen ausgaben, so wie auch insgesamt gesagt werden muss, dass die Guerillas in Hinblick auf das Verbrechen der Entführung zwar besonders negativ hervorstechen, aber beileibe kein „Monopol“ auf dieses Delikt gepachtet haben.¹⁹⁴

So schossen während der zweiten Hälfte der 1990-er Jahre in Kolumbien kriminelle Banden wie Pilze aus den Boden, die sich auf „Entführungen“ regelrecht spezialisiert hatten und dabei hoch organisiert und arbeitsteilig vorgingen, wobei die Opfer und deren Umgebung oft zuvor monatelang beschattet wurden, um alles über deren Lebens- und Freizeitgewohnheiten, Freunde, Verwandte, Bekannte, Arbeit, Einkünfte, etc. in Erfahrung zu bringen und danach eine entsprechende Lösegeldforderung zu bemessen. Dieses Problem erreichte solche Ausmaße, dass in den Medien oft von einer wahren "Entführungsindustrie" die Rede war, die sich da herausgebildet hätte und so komplex, strukturiert und arbeitsteilig geführt würde, wie das bei „normalen“ Großunternehmen meist der Fall ist. Auch die Drogenhändler machten von der Praxis der Entführung oft Gebrauch, vor allem um dadurch ihre Auslieferung an die USA zu verhindern.

Die Tatsache, dass die rechten Paramilitärs in relativ geringem Umfang an den Entführungen beteiligt sind erklärt sich aus relativ pragmatischen Beweggründen: Während die Guerilla auf die Entführungen zurückgreifen um sich zu finanzieren, zielen die Paramilitärs und „Selbstverteidigungsgruppen“ vor allem darauf ab, die tatsächliche oder angebliche Basis der Guerilla zu treffen, wobei man den Feind bevorzugt durch Töten oder Verschwindenlassen ganz ausschaltet.¹⁹⁵

In Europa und in den USA wurde man auf das Problem der Entführungen vor allem und fast ausschließlich durch den spektakulären Fall der franko-kolumbianischen Politikerin

¹⁹⁴ Vgl. Hörtnner, 2006:130

¹⁹⁵ UNDP, 2003: 127

Ingrid Betancourt aufmerksam, die sich im Februar 2002 (kurz nach dem Scheitern der Friedensinitiative des Präsidenten Pastrana) auf eigene Faust in den Caguán aufmachte, um dort das Gespräch mit den FARC zu suchen, aber umgehend von diesen festgehalten, entführt und bis zu ihrer Befreiung durch einen aufsehenerregenden Coup der kolumbianischen Armee im Sommer 2008 in den abgelegenen Dschungelbastionen der Guerilla im Süden des Landes festgehalten wurde.

Ob bei der Befreiung von Ingrid Betancourt wirklich alles mit rechten Dingen zugegangen und tatsächlich kein hohes Lösegeld geflossen ist, wie dies Präsident Uribe und die beteiligten Militärs beteuern, sei dahingestellt. Tatsächlich liegen einige durchaus glaubwürdige internationale Medienberichte vor, die hinter der „Befreiung“ ein inszeniertes Medienspektakel sehen, dass unter anderem auch dazu dienen sollte, der Regierung, die eine Lösegeldzahlung immer strikt abgelehnt hatte, das Gesicht zu wahren, während hinter den Kulissen - vor allem aufgrund des Druckes von Frankreich und dessen Präsidenten Sarkozy doch letztlich erfolgreiche Verhandlungen aufgenommen worden seien. Fest steht jedoch, dass durch das enorme Medienecho, das der Fall Ingrid Betancourts erzeugte, der Schrecken, den die Entführungssopfer und vor allem auch deren Angehörige durchleben müssen, ein prominentes Gesicht bekam, während das Schicksal der tausenden einfachen Gefangenen in den internationalen Massenmedien häufig vollkommen unerwähnt blieb.

Dem Präsidenten Uribe brachte die „Befreiung“ Betancourts ein neues Popularitätshoch ein, wobei insgesamt festgestellt werden muss, dass sich seine enorme Beliebtheit auch der Tatsache verdankt, dass es ihm – zum hohen Preis einer enormen weiteren Militarisierung und auch Paramilitarisierung des Landes – tatsächlich gelungen ist, das Problem der Entführungen wirksam zu bekämpfen und der kolumbianischen Bevölkerung glaubhaft den Eindruck zu vermitteln, dass es wieder möglich sei, sich frei im Land zu bewegen, in Kolumbien auf Urlaub zu fahren oder Landausflüge zu unternehmen, ohne dabei Gefahr zu laufen, entführt zu werden. Die von dem Präsidenten mitpropagierten „Caravanas por la paz“, also organisierten Konvois von Ausflüglern und Urlaubern (meist vom Landeszentrum zur Atlantikküste) erwiesen sich als Methode zur Entführungsprävention überaus wirksam und ermöglichten einen ungeahnten Boom der Tourismusindustrie in Kolumbien sowie eine Ankurbelung der Wirtschaft in vielen damit verbundenen Bereichen. Von diesen Touristen-Konvois und der unter Uribe deutlich verstärkten Militärpräsenz auf Überlandstraßen profitierten letztlich auch kleine

„Familienunternehmen“, die auf den Straßen ihre Waren feilbieten oder zur Einkerer einladen.

Wenn auch die FARC langsam etwas von der in den letzten Jahren exzessiv praktizierten Methode der Entführung abweichen oder diese Praxis wieder auf rein politische Opfer beschränken, liegt das wohl nicht unbedingt daran, dass sie bemüht sind, ihr durch diese Praxis stark ramponiertes Image zu reparieren, denn vielfach hat man den Eindruck, dass sie vom nationalen und internationalen Medienecho (die Massenmedien werden von den FARC – nicht ganz zu Unrecht – als „medios de desinformación“ also als „Desinformationsmedien“ gescholten) tatsächlich vollkommen unbeindruckt agieren und unbeirrt in der Überzeugung verharren, dass sie die einzig wahren Repräsentanten des Volkes sind. Nein, wenn die Zahl der Entführungen durch die FARC in den letzten Jahren tatsächlich stark zurückgegangen ist, so liegen – neben dem externen Druck durch Uribes Politik der Militarisierung des Landes – dafür wohl vorwiegend interne und äußerst pragmatische Motive vor.

Tatsächlich hat sich die „Verwaltung“ der Entführungsoffer in den letzten Jahren zu einem gewaltigen logistischen Problem entwickelt. In einigen Fällen übersteigt die Zahl der Entführten innerhalb einer Guerilla-Einheit sogar die Zahl der Kämpfer, was zu einer enormen Einschränkung bei der Flexibilität und Mobilität führte und sich somit direkt auf die Effizienz niederschlägt. Da die Entführungsoffer in vielen Fällen ein wertvolles „Kapital“ der FARC sind, werden sie – den Umständen entsprechend – gegenüber den Guerillakämpfern selbst oft bevorzugt behandelt oder ernährt, was wiederum Ursache für viele interne Zwistigkeiten ist.¹⁹⁶

Die Bewachung von Entführungsoffern scheint laut Aussage einiger Deserteure der FARC unbeliebt und ein wahres „Strafkommando“ gewesen zu sein. Einige Ex-Kämpfer gaben dabei sogar zu Protokoll sich manchmal als „Gefangene ihrer Gefangenen“ geföhlt zu haben.

Eine weitere problematische Situation für die Guerilla entstand auch durch die Tatsache, dass Präsident Uribe die Praxis einföhrtete, übergelaufene Guerilla-Mitglieder, die mit ihren Gefangenen desertiert waren, nicht nur zu begnadigen sondern speziell (auch finanziell) zu prämiieren, wovon viele Guerrilleros in letzter Zeit auch verstärkt Gebrauch gemacht haben. Das Gefühl, dass jeder Kämpfer in den eigenen Reihen durch die Aussicht auf Kassieren der Belohnung zum potentieller Verräter und Überläufer gemacht

¹⁹⁶ Pécaut, 2008:85

werden kann, hat sicher nicht zu einer weiteren Stärkung der inneren Einheit der FARC geführt.

6.9.4 Beteiligung am Drogenanbau- und -handel

Dieser letzte Punkt ist der wohl umstrittenste und polemischste, denn die FARC haben lange Zeit bestritten, sich großteils über die Beteiligung am Kokaanbau zu finanzieren. Man räumte höchstens ein, dass sich ihre Rolle darauf beschränkte, den Kokabauern- und -produzenten eine bestimmte Steuer - die sogenannte „*Gramaje*“ als eine Art Abgeltung für den ihnen durch die FARC zuteil werdenden Schutz abzuverlangen.

Es entspricht allerdings den Tatsachen, dass die Beteiligung der FARC am Drogengeschäft komplexer gesehen werden muss, als dies in den Medien häufig dargestellt wird. So gibt es tatsächlich einige Indizien dafür, dass die FARC dem Kokaanbau anfänglich reserviert bis feindselig gegenüberstanden, was sich auch dadurch erklärt, dass in den von ihnen beherrschten Gebieten Alkohol- und Drogensüchtige mit teils drakonischen Sanktionen zu rechnen haben, die bis zur Verstoßung aus der Gemeinschaft gehen können. Die schrittweise immer stärkere Beteiligung der FARC an der Drogenwirtschaft ist wohl tatsächlich dem Umstand zuzuschreiben, dass die Guerillas die reale Gefahr sahen, ihre soziale Basis auf dem Land durch ein „Nein“ zum Kokaanbau- und -handel gänzlich an Paramilitärs und die Drogenhändler zu verlieren, denn viele Bauern sahen sich ja aufgrund einer fehlgeschlagenen Wirtschaftspolitik gezwungen, sich dem Kokaanbau zu widmen, und zwar nicht um sich zu bereichern, sondern um weiter ihren durchaus bescheidenen Lebensunterhalt zu fristen. Manchmal gaben die Guerillas ihr Einverständnis zum Kokaanbau nur unter bestimmten Bedingungen, etwa des Eintritts eines Mitglieds einer Bauernfamilie in die Reihen der Guerilla.

Insgesamt verwendeten die Guerillas zur Rechtfertigung dieser Praxis eine Rhetorik und Argumentation, die eine frappante Ähnlichkeit mit jener aufweist, welche die kolumbianische Regierung im Einklang mit einem Großteil der öffentlichen Meinung noch bis weit in die 1980-er Jahre als Begründung für ihre Nonchalance im Umgang mit dem Drogenproblem vertrat: Das Drogenproblem würde solange bestehen, solange der Konsum in den Vereinigten Staaten bestünde. Aus welchem Grund sollte Kolumbien, sollten die kolumbianischen Bauern auf Einkünfte aus dem Drogenanbau verzichten und

einen sozialen Konflikt heraufbeschwören, nur um ein Problem zu lösen, dass in Wirklichkeit ein anderes Land habe?¹⁹⁷

Es gibt auch Grund zur Annahme, dass sich die Beteiligung der Guerillas am Drogengeschäft (insbesondere der FARC und der M-19, das ELN lehnte Einkünfte aus dem Drogenanbau aus moralischen Gründen ab) lange Zeit tatsächlich nur auf die „Besteuerung“ der Anbauflächen und deren Kontrolle, also auf den am wenigsten lukrativen Teil in der Kette zwischen Herstellung, Verarbeitung, Export und Handel von Drogen beschränkte. Diese Diagnose trifft im Wesentlichen auf den Zeitraum von 1975-1985 zu.

Bei der ersten handelte es sich um eine Steuer pro Hektar Anbaufläche, die zweite belief sich auf 10% der zu verarbeitenden Kokabase, wobei der Berechnung die Annahme zugrunde lag, dass ein Hektar eine jährliche Ernte von etwa 1,6 Kg Kokainbasis mit einem Wert von US\$ 1500 pro Kilo ergibt.

Die dritte Art der von der Guerilla eingehobenen Steuern stellte eine Art „Krankenversicherung“ für jeden Angestellten in den Fincas der Drogenhändler dar, die im Vergleich zu den beiden zuvor genannten Steuern eine wesentlich geringere Summe ausmachte.

Die letzte Steuer, über deren Details es kaum zuverlässige Daten gibt, betrifft jene, die individuell eingehoben wurde, und die man dazu verwendete, spezielle Ausgaben oder Manifestationen - wie etwa die berühmt-berüchtigten Protestmärsche der Kokabauern im Süden Kolumbiens Mitte der 1990-er Jahre - zu finanzieren.¹⁹⁸

Als Gegenleistung für diese Einnahmen ließen die Guerillas die Fortführung der Produktion zu, brachten jene oft gewaltsam zum Schweigen, die andernfalls die Behörden über diese Vorgänge hätten informieren können, und boten physischen Schutz an.

Das Geschäft wurde für die Guerillas natürlich immer lukrativer je mehr sie sich nicht mehr nur dem Schutz und der Überwachung der Anbauflächen widmeten, sondern sich schrittweise immer direkter in den Drogenhandel verstrickten, etwa indem sie über die Sicherheit von Flugzeug-Landepisten in den Dschungelregionen wachten oder selbst in unzugänglichen Regionen Laboratorien für die Verarbeitung von Kokapaste in Kokain

¹⁹⁷ Vgl. Bushnell 1996: 364

¹⁹⁸ Vgl. UNDP, 2003:309ff.

betrieben. In einigen Fällen schaltete man auch die Zwischenhändler aus und handelte selbst stellvertretend für die Bauern die Kokapreise mit den Drogenhändlern aus oder übernahm - in einigen wenigen Fällen - sogar den eigentlichen Handel.

Auch wenn die Verstrickung der Guerillas in die verschiedenen Phasen des Drogenanbaus-, des Exports, und des Handels heute als erwiesen gilt, sollte man doch hinzufügen, dass diese bei weitem nicht über jene Infrastruktur und jene nationalen und internationalen Netzwerke verfügen, derer sich die Drogenmafias und die Paramilitärs zunutze machen. Insgesamt muss die Beteiligung der Guerillas an diesem Geschäft als wesentlich geringer beziffert werden als etwa jene der Paramilitärs.

Heute widmen sich laut Schätzungen von Sicherheitsorganismen 40% der Mitglieder der diversen Guerillas dem Drogenanbau und -handel. Deren Aufgabe besteht darin, die restlichen Gruppen finanziell zu unterstützen, die in Gebieten tätig sind, wo kein Koka, Hanf oder Mohn angebaut oder verarbeitet wird.

Einige Analysten sind daher zum Schluss gelangt, dass trotz aller Transformationen, die der Kommunismus erlebt hat und trotz des Falls des Eisernen Vorhangs, des Zusammenbruchs der Sowjetunion, des Erlöschens des Kalten Krieges und der Überwindung der Etappe der sogenannten Revolutionskriege, die in vielen Fällen als Stellvertreterkriege zwischen den Supermächten geführt wurden, die FARC vor allem aufgrund der finanziellen Autonomie, die ihnen der Drogenhandel einbringt, weiter bestehen. Die Beteiligung am Drogengeschäft ermögliche ihnen einen so hohen Grad von Autonomie und finanzieller Unabhängigkeit, der erforderlich war um vor dem Hintergrund eines völlig veränderten Ost-West-Verhältnisses nicht nur zu überleben, sondern stetig weiter zu wachsen, ihre Organisation zu festigen und ihren Einfluss auszudehnen.

6.10 Die Beziehung der Guerilla zu den anderen Akteuren im bewaffneten Konflikt

Auf die wechselvollen und komplexen Beziehungen der Guerilla zum kolumbianischen Staat werde ich im letzten Abschnitt näher eingehen. In diesem Abschnitt möchte ich kurz die ebenso interessanten Beziehungen der Guerilla zu den anderen, am bewaffneten Konflikt beteiligten Gesellschaftsgruppen beleuchten.

6.10.1 Guerilla und Zivile/Zivilgesellschaft

Das Verhältnis der Guerilla zur Zivilgesellschaft im Allgemeinen und zu Zivilpersonen im Besonderen ist äußerst ambivalent und konfliktbehaftet.

Einerseits sieht sich die Guerilla selbst nur zu gern in der Rolle des "wahren Repräsentanten des Volkes", andererseits entspricht ihr tatsächliches Verhalten in vielen Fällen so gar nicht dem selbst gesetzten Ideal. So verwenden die FARC ebenso wie die Paramilitärs oder die kolumbianischen Sicherheitskräfte Zivilpersonen oft als „Schutzschilder“ im bewaffneten Konflikt. Damit nicht genug: zivile politische Aktivisten jeglicher Couleur – darunter erstaunlicherweise auch immer wieder Vertreter linker Organisationen und sozialer bzw. pazifistischer NGOs, welche den Guerillas meist durchaus verständnisvoll gegenüberstehen und in ihren politischen Programmen in vielen Fällen ganz ähnliche Ziele verfolgen - sind oft Zielscheibe von Einschüchterungen und Morddrohungen. Darüber hinaus sind – wie in den vorangegangenen Abschnitten bereits angeführt - die Guerillas für mehr als 1700 Entführungen/Jahr von mehrheitlich Zivilpersonen verantwortlich, wodurch ihnen für dieses Delikt in Kolumbien die Haupttäterschaft zukommt (etwa 2/3 der Entführungen wird von den Guerillas begangen, der Rest entfällt auf gewöhnliche Kriminelle, Drogenmafias und - im geringeren Ausmaß auf Paramilitärs).¹⁹⁹

Zivile, die der Kollaboration mit staatlichen Institutionen oder mit den Paramilitärs verdächtigt sind, werden in vielen Fällen Opfer von Einschüchterung, Bedrohung oder sogar von Massakern, wodurch die Guerillas einen gehörigen Anteil am virulenten Problem der internen Vertreibungen in Kolumbien haben. Es muss allerdings festgestellt werden, dass die Paramilitärs und in geringerem Ausmaß auch die reguläre Armee in der jüngsten Vergangenheit und noch heute dafür sicherlich die Hauptschuld tragen. Der amerikanisch-kolumbianische Kolumbien-Experte Mario Murillo schildert einen besonders drastischen Fall der Menschenrechtsverletzung der Guerilla gegen die Zivilbevölkerung:

Un ataque más reciente ocurrió en el pueblo de Bellavista, Bojayá, en el departamento noroeste Chocó, el 2 de mayo de 2002. En el incidente 119 personas, incluidos 45 niños, fueron asesinados cuando el cilindro de un mortero impactó sobre una iglesia rural donde los habitantes habían buscado refugio durante una batalla de la guerilla con los paramilitares. Una publicación independiente reportó que tanto el ejército (al fracasar en proteger el pueblo), los paramilitares (por usar los escudos como escudos humanos) como los guerrilleros (por bombardear la iglesia) deben hacerse responsables por los sucesos de esta tragedia particular.

¹⁹⁹ Murillo, 2004:83

Aunque las FARC reconocieron esto como un “incidente”, la explosión señala la naturaleza destructiva del descuidado uso de este tipo de armas rudimentarias en áreas civiles.²⁰⁰

Der verstärkte Einsatz dieser von Murillo erwähnten äußerst zielungenauen explosiven Gaszylinder durch die FARC ist wohl ebensowenig zu entschuldigen wie die Verminung ganzer, auch landwirtschaftlich genutzter Zonen mit Antipersonenminen, deren Opfer Kinder, Jugendliche und Frauen sind. In einigen Fällen sind es aber auch die Bauern selbst, die etwa ihre Kokaplantagen verminen, um diese vor der staatlichen Verfolgung zu schützen.

Immer wieder erstaunt auch die manchmal sehr herablassende, beinahe kolonial anmutende Haltung der Guerillas den indigenen Gemeinden gegenüber, die oft gegen ihren Willen in den Konflikt hineingezogen werden.²⁰¹

Auf einen oft nicht beachteten und überaus problematischen Aspekt des Kampfes der Guerilla machen in jüngster Zeit verschiedene kolumbianische und internationale Umweltschutzorganisationen aufmerksam: Die enorme Umweltverschmutzung bzw. Vergiftung ganzer Landstriche, Äcker und Flüsse als Folge der gezielten Sprengstoffanschläge gegen die Erdölpipelines, die in den Departments Arauca, Santander und Bolívar (vor allem vom ELN) verübt werden.

Angesichts dieser Vorkommnisse und einer Summe weiterer kleinerer und größerer Übergriffe durch die Guerilla ist eine Idealisierung der FARC und der anderen Aufständischenbewegungen im Sinne einer überkommenen Revolutionsromantik sicherlich vollkommen unangebracht. Ebenso unangebracht scheint mir aber auch jene heute in Kolumbien und auch international vorherrschende vereinfachende Darstellung zu sein, die sich in einer sehr einseitigen Schuldzuweisung und Feindbildkonstruktion gegen die Guerilla (vor allem in den Massenmedien) manifestiert.

Es gibt heute eine starke Tendenz dazu, den Guerillas die alleinige Verantwortung für den bewaffneten Konflikt, unter dem Kolumbien seit langem leidet, zuzuschieben und dabei einerseits die historische Dimension und den sozialen und politischen Kontext, aus denen heraus diese Bewegungen entstanden ist, völlig auszuklammern und andererseits in der Berichterstattung darauf zu vergessen, dass ein großer Teil der

²⁰⁰ Ebd.:84

²⁰¹ Vgl. Hörtnner, 2006: 130

Menschenrechtsverletzungen und Übergriffe gegen Zivilpersonen nach wie vor von staatlichen Sicherheitskräften und Paramilitärs begangen wird, eine Tatsache, die natürlich die Verantwortung der Guerillas für die begangenen Delikte keineswegs mindert, diese aber in einen entsprechenden Kontext und in eine angemessene Relation setzt.

Ebenso berechtigt erscheint es allerdings auch zu hinterfragen, ob die soziale Basis, welche die Guerilla so gerne für sich reklamiert, überhaupt bzw. in einem wirklich signifikanten Umfang vorhanden ist. Einige Analysten kommen sogar zu einem die herkömmliche Theorie auf den Kopf stellenden Schluß: Die FARC seien nicht deshalb so langlebig, weil sie über eine breite Unterstützung durch die Bevölkerung verfügen, sondern weil sie über diese *gerade nicht* verfügen, da die Guerillas ihre militärische Strategie zumindest in den letzten Jahrzehnten immer über ihre politische-soziale Strategie gestellt hätten, eine Tatsache, die ebenso sehr als Folge wie als Ursache des konstatierten mangelnden Rückhalts interpretiert werden könne.²⁰²

So konnte die Taktik der rechtsextremen Paramilitärs und der staatlichen Sicherheitsorganismen, die ja vorrangig darauf abzielten, nicht so sehr die Guerillas selbst sondern ihre vermeintlichen oder tatsächlichen Kollaborateure oder Sympathisanten, d.h. deren soziale Basis durch Terror, Einschüchterung und Mord zu treffen, im Lichte dieser Erkenntnis nur fehlschlagen, weil einerseits eben die als so stark eingestufte Basis in Wirklichkeit relativ schwach war und andererseits die FARC dieser Hilfe gar nicht bedurften:

La asimetría básica de la guerra colombiana consiste en que, mientras el principal desafío del Estado, las FARC, tiene un fuerte aparato militar pero un casi inexistente movimiento de masas que lo respalde, los paramilitares tienen un débil aparato militar (débil en el sentido en que está copado por fuerzas centrífugas), pero un fuerte apoyo social.

Este simple contraste parece tener consecuencias determinantes, fácilmente reconocibles tan pronto como se acepta la idea de que, para usar la expresión de Clausewitz, "La guerra tiene su propia gramática" (en este caso, un efecto imprevisto con profundas consecuencias sociales). Los paramilitares se iniciaron como un proyecto de los ricos rurales. [...] fueron ellos quienes prestaron al paramilitarismo lo fundamental de su liderazgo. También pusieron los recursos, los contactos y el conocimiento de cada región. Eso y su alianza estratégica con el Ejército, les permitió expandirse incesantemente, desterrando a las guerrillas de varios territorios. Sin embargo, eso no fue suficiente, porque las FARC no dependen críticamente de su contacto con las masas; no estamos frente a un pez (por lo menos no frente a uno convencional) y puede vivir sin agua (o con muy poca).²⁰³

Andere Analysten spinnen diesen Gedanken weiter und kommen zum Schluß, dass beinahe jede vermeintliche Unterstützung illegaler bewaffneter Organisationen durch

²⁰² Vgl. Gutiérrez/Baron in: IEPRI, 2006:269-306

²⁰³ Gutiérrez/Baron in IEPRI, 2006:296-297

die Zivilbevölkerung, letztlich nur auf einem pragmatischen, brüchigen und zeitlich begrenztem Arrangement mit jenem bewaffneten Akteur (seien es Staat, Guerilla oder Paramilitärs) beruht, welche zu einem gegebenen Zeitpunkt - unabhängig von seiner politisch-moralischen Legitimation - als vorherrschende Kraft angesehen wird:

Para una parte significativa de la población colombiana, rural o suburbana, no existen actores políticos legítimos. La lealtad a determinados actores o instituciones le ha sido siempre ajena. Muchos acatan simplemente al más poderoso. Es quizá una actitud ancestral de supervivencia. Por eso no es de extrañar que muchas poblaciones y numerosos combatientes pasen sin mayores dificultades del apoyo a las guerrillas al respaldo a los paramilitares, o viceversa.

[...] Más aún, teniendo en cuenta que buena parte de la población colombiana se somete al más fuerte, se podría pensar que para muchos hay un cierto tipo de legitimidad que se deriva directamente de la fuerza, y no del respeto a la ley, las libertades y los derechos democráticos. Tal vez no por mera casualidad, a las FARC no les preocupa ganarse la simpatía de la población; confían en ella conquistando a través de su demostración de poder.²⁰⁴

6.10.2 Guerilla und Drogenhändler/Paramilitärs

Die Beziehung der Guerilla zu den Drogenhändlern einerseits und zu den Paramilitärs andererseits ist wesentlich ambivalenter als man gemeinhin vermuten möchte und basiert durchaus nicht auf einer ununterbrochenen Rivalität und Konfrontation, sondern unterliegt vielmehr jenem Muster, das Daniel Pécaut die „Prosaisierung des Konfliktes“²⁰⁵ nennt, also dem Aufbrechen eines starren Freund-Feind-Schemas zugunsten zwischenzeitlicher und regionaler Allianzen oder impliziter oder expliziter Nichtangriffspakte, eines „Modus vivendi“ also, der zugegebenermaßen immer äußerst instabil und brüchig aber nichtsdestotrotz höchst beachtenswert und für beide Parteien zu einem gewissen Zeitpunkt für das Erreichen ihrer (vor allem ökonomischen) Ziele vorteilhaft ist, den Charakter einer bemerkenswerten Anekdote im Umfeld des Konfliktes also weit übersteigt.

Ich habe mich dazu entschieden die Beziehungen der Guerilla zu diesen zwei weiteren wichtigen Protagonisten im bewaffneten Konflikt in einem einzigen Abschnitt zu beschreiben, da sie im Wesentlichen demselben Schema folgen.

Die erste Guerilla-Gruppe, die mit der kolumbianischen Drogenmafia in offene Konfrontation trat, war die M-19, als sie im Jahre 1981 Marta Nieves Ochoa, die

²⁰⁴ Restrepo in IEPRI, 2006: 342-343

²⁰⁵ Pécaut, 2008: 131

Schwester der Ochoa-Brüder des berüchtigten Medellin-Kartells entführte, worauf das Medellin- und das Cali-Kartell gemeinsam die erste moderne paramilitärische Vereinigung MAS („Muerte a los secuestradores“) gründeten, welche mit Terror gegen Guerillas und Linke auf die sich häufenden Entführungen von Mitgliedern der beiden kriminellen Vereinigungen durch Aktivisten der FARC und der M-19 reagierte. Dieser Terror zeigte offensichtlich Wirkung, denn die M-19 war bald auch die erste Guerilla-Bewegung, die einen Nichtangriffspakt mit Pablo Escobar und seinem Medellin-Kartell aushandelte, wie dies auch später M-19-Chef Antonio Navarro-Wolff in einem Interview bekannte.²⁰⁶

Es gibt jedoch einige Hinweise darauf, dass die Beziehungen der M-19 zur Drogenmafia in dieser Zeit den Charakter eines reinen Nichtangriffspaktes weit übertrafen und in einigen Fällen auch eine offene Zusammenarbeit zwischen den beiden Gruppierungen bzw. Waffenlieferungen der Drogenkartelle an die M-19-Guerilla einschlossen. In diesem Zusammenhang bemerkenswert ist der Umstand, dass Jaime Bateman, Mitbegründer der M-19, an dem Tag, an dem er bei einem bisher ungeklärten Flugzeugunglück starb, sich an Bord einer Maschine befand, die einem in das Drogengeschäft verwickelten Freund gehörte, und sich dem Vernehmen nach auf dem Weg nach Panamá befand, um sich dort mit dem Drogenboss Pablo Escobar zu treffen.²⁰⁷

Auch wollen bis heute die Gerüchte nicht verstummen, wonach die blutige Einnahme des Justizpalastes durch die M-19-Guerilla im Jahre 1985 eigentlich von der Drogenmafia finanziert worden sei, um den Prozess der Auslieferung von Mitgliedern der Drogenkartelle an die USA zu stoppen, wichtige mit der Auslieferung in Zusammenhang stehende Dokumente zu beseitigen und die Höchststrichter einzuschüchtern, die just an jenem Tag zusammentraten um über die Verfassungsmäßigkeit des Auslieferungsabkommens mit den USA zu beratschlagen.²⁰⁸

In der Gegenwart gründet der Wechsel von lokalen oder regionalen Nichtangriffspakten bzw. Kooperationen zu Konfrontation zwischen den Guerillas einerseits und Paramilitärs bzw. Drogenhändlern andererseits auf nüchternen Überlegungen zur wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit der einen oder anderen Option. Nicht zu unterschätzen ist dabei der Umstand, dass beide Parteien oft im gleichen Maße von einer Kooperation profitierten: Die Drogenhändler sicherten den Guerillas in den

²⁰⁶ Iragori/Navarro-Wolff, 2004: 62

²⁰⁷ Vgl. Iragori/Navarro-Wolff, 2004: 61-62

²⁰⁸ Vgl. Iragori/Navarro-Wolff, 2004, S.83-101

Drogenanbaugebieten etwa den Kontakt zur Außenwelt und langfristige und sichere Einnahmen, während die Mafias durch die Aufständischen Zugang zu abgelegenen und unwirtlichen Regionen erhielten, in denen sich die Drogenhändler auf keine konsolidierten Strukturen und Infrastrukturen stützen konnten, welche ihnen die Guerillas bereitstellten. Der militärische Schutz und die Bereitstellung einer umfangreichen „Logistik“ durch die Guerillas in Regionen, die vom Staat kaum kontrolliert werden konnten, ermöglichte den Drogenhändlern somit, ihre Aktionen auf eine Weise zu entfalten, wie sie unter anderen Umständen kaum möglich gewesen wäre (Überwachung von Flugzeuglandepisten und Anbauflächen). Die Guerillas wiederum konnten in vielen Fällen direkt über die Drogenhändler Koka für Waffen eintauschen.

Allgemein kann festgestellt werden, dass in vielen Zonen, in denen Drogen angebaut werden, die Kooperation zwischen Guerillas und Drogenhändlern meist überwiegt und auch die Paramilitärs, die ihre Aktivitäten ja größtenteils durch Gelder aus dem Drogengeschäft finanzieren, in manchen Fällen zu einer Art strategischem "Stillhalten" tendieren, da die Guerillas in diesen Gebieten noch immer die Übermacht darstellen²⁰⁹. Eine allzu offene Konfrontation würde hier nur die finanzielle Grundlage beider Organisationen untergraben, denn wie bereits oben ausgeführt ist man oft auf die „Infrastruktur“ des jeweils anderen angewiesen, und will diese zumindest solange nicht schädigen, bis man sie unter die eigene Kontrolle gebracht hat:

Las FARC y los paramilitares no siempre están trenzados en combate, sino que pueden llegar a tener actividades complementarias. En muchos municipios la coca es cultivada en las áreas rurales altas bajo el control de las FARC, y el producto enseguida es remitido en forma de pasta de coca o de cocaína a los caseríos de las áreas bajas, bajo control de los paramilitares. Estas operaciones son rutinarias y sólo pueden llevarse a cabo mediante componendas de las que militares y policías no están necesariamente excluidos: por el contrario, pueden contribuir a su funcionamiento dejándose corromper y comunicando información útil para el éxito de la empresa.

En otros lugares la guerrilla puede hacer alianzas, implícitas o casi explícitas, con redes de narcotraficantes asociados al paramilitarismo. Es lo que ocurre en muchos de los corredores estratégicos a través de los cuales las FARC se comunican con el litoral pacífico nariñense en inmediaciones de Buenaventura y que también sirven a los narcotraficantes. Se han incautado cargamentos de cocaína que reunían envíos hechos conjuntamente por las FARC, los paramilitares y los narcotraficantes.²¹⁰

In vielen Fällen kommt zu dieser brüchigen und überaus ambivalenten Kooperation ein weiterer wichtiger Aspekt hinzu: jener der gegenseitigen Überwachung und Kontrolle.

²⁰⁹ Blanquer/Gros, 1996, S.45

²¹⁰ Pécaut, 2008: 139

So ist in vielen Fällen zum Schutz der Dschungellabors, welche der Drogenverarbeitung dienen, ein System des „dos frente a dos“ gang und gäbe: jeweils zwei Vertreter der Drogenmafia und der Guerilla überwachen die jeweils andere Partei und sich selbst gegenseitig und zwar in jeder Phase des Verarbeitungs- und Produktionsprozesses.²¹¹

Im Gegensatz zu den Kokaanbauzonen sind die Regionen gewerblicher Landwirtschaft und Viehzucht fast immer Schauplatz einer offen ausgetragenen und permanenten Konfrontation zwischen Guerillas und Drogenhändlern bzw. Paramilitärs, denn hier handelt es sich um Zonen, in denen die Drogenhändler in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten viele Millionen Hektar Land mit Geld aus dem Drogengeschäft aufgekauft haben und wo sie sich als neue Großgrundbesitzer immer wieder den Einschüchterungsversuchen und den Erpressungen der Guerilla ausgesetzt sehen, was sie wiederum zum Aufbau und zur Finanzierung privater paramilitärischer „Schutzarmeen“ gegen die Guerillas veranlasste.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die Paramilitärs – im Gegensatz zur landläufigen Annahme – einer direkten bewaffneten Konfrontation mit der Guerilla eher aus dem Wege gingen, da sie in rein militärischer Hinsicht wohl kaum mit den FARC rivalisieren konnten, sondern ihre Macht vornehmlich durch Schläge gegen vermeintliche oder tatsächliche Kollaborateure oder Sympathisanten der Guerilla und äußerst gezielte „präventive“ Einschüchterung und Terrorisierung der Zivilbevölkerung bzw. Massaker zu festigen trachten.²¹²

Die Konfrontation der verfeindeten Kräfte findet also im Wesentlichen auf dem Rücken der Zivilbevölkerung statt.

Ein weiterer Aspekt der ganz in das Schema der „Prosaisierung“ des Konfliktes passt, ist die Tatsache, dass die Trennlinie zwischen der einen oder der anderen Gruppierung längst nicht mehr zwischen einzelnen Regionen, Gemeinden, Dörfern, Gemeinschaften oder Familien verläuft, sondern quer und vertikal durch diese hindurch. Nicht selten schließt sich in bestimmten Regionen ein Familienmitglied den Guerillas, das andere den Paramilitärs an. Auch Überläufer von der einen zur anderen Seite kommen immer wieder vor (vor allem von den FARC zu den Paramilitärs, in wesentlich geringerem Ausmaß in gegenläufiger Richtung), was die These zu bestätigen scheint, dass Guerillas

²¹¹ Vgl. Blanquer/Gros, 1996: 48f.

²¹² Vgl. Pécaut, 2008:121ff.

und Paramilitärs trotz gänzlich unterschiedlicher ideologischer und politischer Ausrichtung auch als zwei Seiten einer einzigen Medaille und Folge eines allgemeinen Übels angesehen werden können: nämlich als gewaltsamer Ausdruck der Hoffnungs- und Perspektivenlosigkeit in vielen ländlichen Regionen, in denen diese beide illegalen Gruppierungen - gemeinsam mit den Drogenhändlern - zu den größten „Arbeitgebern“ mutierten.

6.11 Das Image der Guerilla im Wandel - von den „wahren“ Volksvertretern zur „Narkoguerilla“ und zum „Terrorismus“- eine Reflexion über den Sprachgebrauch in den Medien

Wie groß die aktuelle Schlagkraft der Guerilla im Kampf gegen den kolumbianischen Staat tatsächlich ist - diese Frage ist Motiv heftiger Kontroversen und Debatten. *Eine* Schlacht scheint die Guerilla aber heute längst verloren zu haben - jene um die Gunst und die Sympathie der öffentlichen Meinung. Tatsächlich hat das Image insbesondere der FARC in den Augen weiter Teile der kolumbianischen Öffentlichkeit eine massive Wandlung durchgemacht und ist heute so ramponiert wie selten zuvor. Die meisten Kolumbianer und Kolumbianerinnen (vor allem in den städtischen Regionen) sehen die FARC somit nicht als „wahre Volksvertreter“ sondern als das Übel in ihrer Gesellschaft schlechthin. Dieser Umstand lässt sich vor allem auf zwei Gründe zurückführen:

Einerseits ist das schlechte Image der FARC durchaus hausgemacht und verdankt sich den zahlreichen erwiesenen Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung und den begangenen Menschenrechtsverletzungen, die von Einschüchterung bis zur Entführung und Ermordung von Zivilpersonen und (allerdings in eher seltenen Fällen) zu ganzen Massakern an der Zivilbevölkerung reichen, wie sie in den letzten Abschnitten beschrieben wurden. Einige Aktionen der FARC scheinen dabei regelrecht darauf abzielen, zu unterstreichen, dass den FARC die öffentliche Meinung vollkommen egal ist, und eine – gerechtfertigte Haltung – des Abscheus und der Ablehnung geradezu absichtlich zu provozieren.

So wurden etwa im Jahre 2002 der Gouverneur des Departments Antioquia und ein Exminister von den FARC verschleppt und später brutal ermordet – und dies ausgerechnet auf einem Friedensmarsch, bei dem die beiden Politiker ihre Bereitschaft

bekundet hatten, mit den FARC in Gespräche zu treten. Diese und ähnliche Aktionen konnten natürlich nicht ohne negative Wirkung in der Öffentlichkeit bleiben und schienen die These jener zu bestätigen, dass gegen die FARC nur die rohe Gewalt helfe.

Andererseits muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass ein Großteil der kolumbianischen und internationale Presse zumindest seit einigen Jahren äußerst einseitig, polemisch und verallgemeinernd über den Konflikt informiert und sich dabei oft - der äußerst fragwürdigen - Sichtweise der aktuellen Regierung zu eigen macht. Es fällt auf, dass sehr viele Delikte, ohne dass die näheren Begleitumstände bekannt wären, von vorneherein der Guerilla in die Schuhe geschoben und in den Medien verbreitete Tatsachen, die sich später als falsch herausstellen, kaum korrigiert werden. Dies führt zu einer insgesamt verzerrten und eindimensionalen Perspektive, die einer differenzierteren Analyse kaum standhält. Dabei werden sowohl die historischen, sozialen und politischen Implikationen der Entstehung und des Agierens der Guerilla oft vollkommen aus der Debatte ausgeblendet und auch die Relationen, in denen die von der Guerilla begangenen Gewaltakte stehen, dadurch nahezu gänzlich verwischt, dass über die - von vielen Stellen belegte - weit stärkere Beteiligung der Paramilitärs oder des Staates selbst an Gewaltakten, Übergriffen, Folterungen oder Massaker an Zivilpersonen nonchalant hinweggegangen wird bzw. die Medien diese gar nicht erwähnen, während die Delikte der Guerilla in vielen Fällen aufgebläht oder stark übertrieben dargestellt werden.

Mit dieser eindimensionalen Sichtweise einher geht vermehrt eine Darstellung, welche der Guerilla jegliche Rolle als gesellschaftlicher und politischer Akteur abspricht, und sie auf den Status von gemeinen „Kriminellen“ und „Drogenhändlern“ reduziert, denen es nur um persönliche Bereicherung und Profit gehe. In diesem Zusammenhang spielt also die in den Medien verwendete Sprache in Bezug auf die Guerillas eine wesentliche Rolle, wobei insbesondere die Begriffe „Narco-Guerilla“ bzw. „Terroristen“, welche heute vielfach zu „Narco-Terroristen“ verknüpft werden, für meine Betrachtungen von Belang sind.

Der Begriff „Narco Guerilla“ wurde von Lewis Tambs, dem konservativen US-Botschafter in Kolumbien geprägt, als kolumbianische Behörden mitten im Urwelt ein ultramodernes und gigantisches Drogenlabor ausfindig machten, das die Drogenhändler „Tranquilandia“ nannten und das angeblich von FARC-Mitgliedern bewacht wurde. Tambs

sandte darauf umgehend einen Bericht in die Vereinigten Staaten, wonach die Drogenlabors in Kolumbien von den „Kommunisten“ unterstützt würden. Obwohl zu diesem Zeitpunkt trotz der Tranquilandia-Episode eine wirklich weitreichende Verwicklung der Guerillas nicht nur in den Drogenanbau, sondern auch in den Handel keineswegs gesichert schien, wurde dieser Begriff ab diesem Moment immer wieder verwendet. Dabei ging es im Wesentlichen um eine moralische Diskreditierung der FARC als politischer Akteur, indem eine Art Gleichung FARC = Drogenhändler suggeriert wird, die in dieser Simplizität keineswegs der Realität entsprach und entspricht.

Einige linke Beobachter sahen in dieser von Tambs kreierten Bezeichnung einen Art Kampfbegriff, um den zu dieser Zeit laufenden Friedensprozess der Regierung Betancurs mit den FARC zu desavouieren und unter dem Deckmantel der US-Antidrogenpolitik eine versteckte Aufständischenbekämpfung mit gewaltigen Finanzsummen zu initiieren und die Aufhebung jeglicher Restriktionen für die militärische und logistische Hilfe durch die USA zu rechtfertigen, um so die Guerillas noch zielgenauer und direkter zu bekämpfen, eine Vorgehensweise, welche schließlich in den sogenannten „Plan Colombia“, dem 1999 zwischen Kolumbien und den USA vereinbarten Drogenbekämpfungsplan, mündete. Dies alles wohlgernekt zu einem Zeitpunkt, als die USA, wie später im Zuge des Iran-Contra-Skandals aufgedeckt, die Finanzierung des Kampfes der rechtsextremen nikaraguanischen „Contras“ gegen die linken Sandinisten durch Gelder aus dem Kokainschmuggel wenn nicht offen förderten so doch nonchalant billigten.

Implizit sollte mit der Bezeichnung „Narco-Guerilla“ wohl auch zum Ausdruck gebracht werden, dass ein Staat mit „Subversiven“, welche sich mit Geldern aus dem Drogengeschäft finanzierten, unmöglich in Verhandlungen treten könne, wobei geflissentlich ein Faktor übersehen wird, der die FARC wesentlich von gewöhnlichen Drogenkriminellen unterscheidet: Abgesehen von der nicht unwichtigen Tatsache, dass die FARC nach wie vor im Wesentlichen die Phasen des Drogenanbaus und der -verarbeitung, nicht aber jene des Exports und des eigentlichen Handels kontrollieren, ihre Gewinne also im Vergleich zu jenen der eigentlichen Drogenmafias und Paramilitärs noch relativ bescheiden ausfallen, ist die Verstrickung dieser Guerillas in das Drogengeschäft - anders als von den Medien gerne dargestellt – in den meisten Fällen keineswegs

ökonomischer Selbstzweck und dient auch nur selten zur persönlichen Bereicherung sondern ist ein Mittel zur Finanzierung des Kampfes und zum Erwerb von Waffen.

Ganz egal was man also von den FARC, ihren Zielen und gewiss fragwürdigen Methoden halten mag, erscheint mir die Darstellung, wonach diese keineswegs politische sondern nur egoistische ökonomische Ziele verfolge, als nicht zutreffend.

Gerade ironisch mutet in diesem Zusammenhang auch das Bemühen der aktuellen Regierung Uribe an, zur Rechtfertigung der Aufnahme von „Friedensgesprächen“ im Jahre 2003 mit den im Grunde der Regierung nahestehenden rechten Paramilitärs, diesen Akteuren gerade jenen politischen Status zuzusprechen, der von Uribe gegenüber der Guerilla mit Verweis auf ihren „Narco-Terrorismus“ konsequent in Abrede gestellt wird. Laut Regierungsargumentation gälte es zwischen Narco-Paramilitärs, mit denen man verhandeln dürfe und „Narcotraficantes“ also Drogenhändlern, mit denen es keine Verhandlungsgrundlage gäbe, zu unterscheiden.²¹³

Als Grundlage für diese Unterscheidung wird allerdings genau jene Differenzierung herangezogen, die offenbar für die Guerilla nicht zu gelten scheint: Es wird also differenziert, ob die Ressourcen aus Drogengeldern zur Finanzierung des Kampfes oder lediglich zur persönlichen Bereicherung dienen, eine Unterscheidung, die im Falle der Paramilitärs aber wesentlich diffiziler erscheint.

Ebenso problematisch wie der Begriff „Narco-Guerilla“ ist letztlich auch jener des „Terrorismus“ bzw. des „Narco-Terrorismus“, der in den letzten Jahren in Bezug auf die Guerilla verwendet wird. Auch bei der Genese und Verbreitung dieses Begriffs standen die USA Pate. Bereits Ende der 1990er Jahre hatte das US-Außenministerium die FARC und das ELN in ihre Liste der gefährlichsten weltweiten Terror-Organisationen aufgenommen, im Jahre 2001 folgte auch der kolumbianische paramilitärische Dachverband AUC, wohl um die Unabhängigkeit des moralischen Kriteriums der USA sowohl nach rechts als auch nach links zu dokumentieren, weswegen diese Einstufung der AUC als Terrororganisation als symbolisch betrachtet werden darf, denn sämtliche „Militärhilfen“ der USA an Kolumbien kamen letztlich ausschließlich dem Kampf gegen die FARC zugute. Ebenso zahn wie die Realpolitik der USA gegenüber den Paramilitärs war auch die Behandlung derselben in der nationalen und internationalen Presse, wobei in Bezug auf diese immer

²¹³ Vgl. Restrepo in: IEPRI, 2006: 407-438

wieder relativ wertfrei von „insurgentes“ oder „rebeldes“ die Rede ist, eine Bezeichnung, die der Guerilla fast durchwegs verweigert wird.

Tatsächlich war es aber ab den Terrorschlägen des 11. Septembers 2001, dass die Bezeichnung „Terroristen“ wirklich konsequent Eingang in den Sprachgebrauch der kolumbianischen öffentlichen Stellen, der Militärs und der Medien fand. Seither sind eine Fülle kritischer Analysen und Essays zu der Ambivalenz und Problematik, die dieser Bezeichnung innewohnt, publiziert wurden, die genug Stoff für eine ausgedehnte eigene Analyse hergeben und auf die ich im Rahmen dieser zusammenfassenden Darstellung ohne den Rahmen dieser Arbeit zu sprengen nicht ausführlich eingehen kann. Ich möchte an dieser Stelle jedoch unterstreichen, dass ich diesen Begriff für ausgesprochen problematisch halte, denn ähnlich wie jener der „Narco-Guerilla“ sagt er weniger über den tatsächlichen Sachverhalt als über den Standpunkt jener Person aus, die diesen in den Mund nimmt.

Der inflationäre Gebrauch des Worts „Terrorismus“ im Soge des von den USA unter Bush jr. ausgerufenen „weltweiten Kriegs gegen den Terror“ trägt meiner Meinung nach heute wesentlich mehr zur Verschleierung eines Sachverhaltes als zu dessen Aufklärung bei und wird dabei der Komplexität vieler Konflikte nicht gerecht, die - wie der kolumbianische - nicht in ein simples Schema „Guter Staat im Kampf gegen böse Terroristen“ passt. Der amerikanisch-kolumbianische Kolumbien-Experte Mario Murillo trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er schreibt:

El conflicto fue reconceptualizado de una insurgencia armada, en búsqueda de reivindicaciones económicas, sociales y políticas, dirigida contra el Estado, a una "guerra contra la sociedad" o un conjunto de actos terroristas librados por grupos ilegales de izquierda y de derecha. El problema de esta fórmula es que hace caso omiso de los viejos orígenes históricos, sociales y políticos de la guerra da por sentado que los actores armados no tienen profundas raíces históricas o sociales o desde sus puntos de vista, reclamos bien fundados y políticamente legítimos. No es suficiente declarar - al cabo de sesenta años de conflicto - que todo conflicto armado es ilegítimo, o que, si fue legítimo en el pasado no lo es hoy día. Además dicha posición da por sentado que durante todos estos años el Estado no ha sido participante central en él y que, contrario a toda evidencia histórica y jurídica, no ha sido responsable, por acción o omisión, de graves violaciones de derechos humanos y del derecho internacional humanitario. También ignora la profunda y bien documentada relación histórica entre el Estado y las fuerzas paramilitares. La introducción del lenguaje del "terrorismo", siguiendo la orientación del gobierno estadounidense en su "guerra global contra el terrorismo", facilitó esta política general de deshistorizar y despolitizar el conflicto.²¹⁴

Problematisch am Begriff „Terrorismus“ im Falle Kolumbiens scheint mir vor allem seine einseitige Anwendung. Niemand wird bestreiten, dass viele Akte der FARC unter die

²¹⁴ Chernick, 2008, S. 33f.

meisten Definitionen von „Terrorismus“ fallen, allerdings – und das ist der springende Punkt - trifft dies auch auf fast alle Taten der Paramilitärs und viele Aktionen der Regierung in der Vergangenheit und Gegenwart zu (und zwar nicht in entschuldbaren einzelnen Episoden sondern als Bestandteil einer strukturellen Gewalt, die von vielen unabhängigen Menschenrechtsorganisationen wie etwa Amnesty International konstatiert wurde), ohne dass sich die Regierung die Bezeichnung „Terror-Regierung“ gefallen lassen würde. Sind also alle am Konflikt beteiligten Parteien Terroristen? Trägt dies irgendetwas zur Lösung bei oder verhärtet dieser Begriff nur die Fronten, indem ein Freund-Feind und Gut-Böse Schema suggeriert wird, das keiner Realität entspricht und jede Selbstkritik der „Guten“ ausschließt. Die „Terroristen“ sind letztlich immer die anderen.

Die Fragwürdigkeit und die Kontraproduktivität des ständigen Beschwörens des „Terrorismus“ mag auch US-Präsident Barack Obama erkannt haben, als er in seiner viel beachteten Rede an die Islamische Welt in Kairo im Juni 2009 für alle überraschend ein Wort strikt vermied: Terror und Terrorismus.

Das ändert allerdings nichts daran, dass auch heute noch die komplexen sozialen und politischen Probleme Kolumbiens, deren Folge die Guerillas und Paramilitärs sind, durch die USA zu nichts weiter als einem Mosaikstein im weltweiten „Kampf gegen den Terror“ reduziert erscheinen, wobei so gänzlich unterschiedliche Gruppen wie die FARC, AUC, Hisbollah, Al-Kaida, IRA und ETA in einen einzigen Topf geworfen wurden.

Wie uns die Geschichte zeigt, sind die Akzeptanz und die Gültigkeit der Anwendung des Begriffs „Terroristen“ auf Personen oder Gruppierungen immer an die bestehenden Macht- und Einflussverhältnisse gebunden.

So war Nelson Mandela für die südafrikanische Regierung lange Zeit ein „Terrorist“ bis er den Friedensnobelpreis erhielt, ebenso PLO-Chef Jassir Arafat. Arafats langjähriger Kontrapart Menachem Begin, Außenminister und Ministerpräsident Israels, der 1978 ebenfalls - gemeinsam mit dem ägyptischen Präsidenten Sadat - den Friedensnobelpreis erhielt, wurde nach einem an Arabern verübten Massaker von den Briten als Terrorist gesucht, bevor seine politische Position ihn – trotz seiner terroristischen Vergangenheit - zu einem geachteten Partner von Amerikanern und Europäern machte. Es könnte also durchaus der Tag kommen, an dem sich auch ein FARC-„Terrorist“ in einen geachteten Friedensnobelpreisträger verwandelt.

7. KRIEG UND FRIEDEN(SBEMÜHUNGEN) – ZUR GESCHICHTE DER FRIEDENSPROZESSE IN KOLUMBIEN

7.1 Allgemeines

Die Beziehung der Guerillas zum kolumbianischen Staat und zur Regierung ist keinesfalls - wie man leichthin annehmen möchte – lediglich eine Geschichte der kontinuierlichen und bedingungslosen Konfrontation. Im Gegenteil - im Verlaufe der beinahe 50 Jahre, die dieser wohl längste bewaffnete Konflikt auf unserem Globus bereits andauert, wechselten sich Phasen schwerer bewaffneter Konfrontationen immer wieder mit Phasen der Annäherung, der Verhandlung, des Waffenstillstandes oder der stillschweigenden oder expliziten Aussetzung der Kampfhandlungen und einer beinahe friedlichen Koexistenz ab. Eine der interessantesten Charakteristiken des kolumbianischen Konfliktes besteht aber gerade darin, dass diese Perioden der Entspannung keineswegs immer mit den Phasen der offiziellen Friedensdialoge der Regierung mit den Guerillas übereinstimmen - wie das Beispiel der Friedensinitiative des Präsidenten Pastrana zeigt, fanden die gewalttätigsten und schwersten bewaffneten Auseinandersetzungen häufig gerade vor dem Hintergrund offizieller Friedensbemühungen und formeller Gespräche statt.

Luis Alberto Restrepo weist in seiner Studie „Los arduos dilemas de la democracia en Colombia“ (IEPRI, 2006) sehr scharfsinnig auf zwei weitere Muster hin, die sich mindestens seit Amtantritt des konservativen Präsidenten Belisario Betancur durch die Geschichte der Beziehung der kolumbianischen Regierung zu den Guerillas ziehen, nämlich auf die Tatsache, dass die Politik jedes Präsidenten gegenüber der Guerilla immer eine unmittelbare Reaktion auf die (meist gescheiterte) Vorgangsweise des unmittelbaren Vorgängers und einen radikalen Bruch mit dieser darstellt. So wurde bei jedem Regierungswechsel in dieser Hinsicht beinahe immer eine Kehrtwendung um 180° vollzogen, indem man etwa nach einer Phase der Annäherungen und Verhandlungen auf eine Politik der Kompromisslosigkeit und der harten Hand setzte bzw. umgekehrt. Damit nicht genug, auch innerhalb der Amtszeit eines Präsidenten kam es – und dies ist das zweite auffällige Muster - immer wieder zu radikalen Richtungswechseln, wobei eine kurze

Phase der Konfrontation meist auf eine längere Phase der Annäherung und Entspannung folgte (bzw. umgekehrt).

Somit könnte man leicht überspitzt formuliert feststellen, dass die Amtszeit jedes Präsidenten auf asymmetrische Weise in eine „Friedensphase“ und in eine „Kriegsphase“ unterteilt war. Diese Charakteristik ergab sich insofern aus dem ureigenen Wesen der Demokratie selbst, als die Regierenden und Politiker bei der Formulierung ihrer Haltung weniger auf langfristige Kohärenz, Kontinuität und Nachhaltigkeit (auch bei der Erzeugung von öffentlicher Unterstützung für die eigene Politik) achteten, als vielmehr versuchten, ihre Position in Einklang mit der vorherrschenden öffentlichen (bzw. veröffentlichten) Meinung zu bringen, welche - auch in Abhängigkeit von der internationalen Stimmungslage (etwa nach den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001) zwischen dem Ruf nach Kompromisslosigkeit und Konfrontation einerseits und Annäherung durch Verhandlung andererseits schwankte. Zumindest in den Fällen der Präsidenten Belisario Betancur, Andrés Pastrana und vor allem Alvaro Uribe tritt auch ganz deutlich zutage, dass sich ihre Wahl ganz eindeutig dem Umstand verdankt, dass die Haltung zur Frage der Aufnahme von Verhandlungen mit der Guerilla (wobei die beiden erstgenannten dafür und der letztgenannte dagegen eintraten) den Kern einer oft wankelmütigen öffentlichen Stimmung genau traf bzw. diesen noch verstärkte.²¹⁵

Bei den größer angelegten Friedensinitiativen der Regierung kann gemäß dem amerikanischen Kolumbien-Experten Marc Chernick grob unterschieden werden zwischen:

- Friedensinitiativen mit einer breiten Verhandlungsagenda, bei denen der Staat sich (zumindest offiziell) bereit zeigt, die sozialen, wirtschaftlichen und strukturellen Forderungen der Guerilla zu diskutieren und gegebenenfalls umzusetzen. Eine weitere Charakteristik dieser Art der Friedensinitiative besteht darin, dass die Frage des Waffenstillstands, der Entwaffnung und der Wiedereingliederung der Guerilla ins zivile Leben eine sekundäre Rolle spielt und keine Voraussetzung sondern eine Folge erfolgreicher Friedensdialoge sein soll.

- Friedensdialoge mit beschränkter Verhandlungsagenda, bei denen der Staat im Wesentlichen die Bedingungen diktiert und bei denen formelle Aspekte der Wiedereingliederung der Guerilla in die Gesellschaft eine größere Rolle spielen als

²¹⁵ Vgl. Restrepo in IEPRI, 2006: 322-331

inhaltliche Fragen oder das Eingehen auf sozial- und wirtschaftspolitische Forderungen der Guerilla. Bei dieser zweiten Variante wird die einseitige Erklärung eines Waffenstillstands bzw. die Entwaffnung der Guerilla als Voraussetzung für die Aufnahme von Gesprächen und für eine breite Amnestie angesehen und nicht als deren Resultat akzeptiert.²¹⁶

Obwohl es innerhalb dieser Unterteilung immer wieder zu gewissen Varianten, Abänderungen, Mischformen oder Akzentverschiebungen kam, lässt sich doch feststellen, dass die Initiativen der Regierungen Betancur (1982-1985) und Pastrana (1999-2002) im Wesentlichen dem ersten Modell und jene der Administrationen Barco/Gaviria (etwa 1989-1992) dem zweiten Muster entsprechen.

Bei der Analyse der verschiedenen Phasen des Dialogs zwischen Guerilla und Regierung fällt auf, dass beide Konfliktparteien lange Zeit einhellig die offizielle Vermittlung internationaler Institutionen (etwa der UNO) im Konflikt ablehnten, eine Tatsache, die von vielen Analysten auch als eine wesentliche Ursache für dessen regelmäßiges Scheitern angesehen wird. Die Haltung der Regierung in dieser Frage erklärt sich im Wesentlichen aus der Besorgnis, dass solche Verhandlungen unter offizieller Anerkennung der Vermittlung einflussreicher internationaler Sektoren und Institutionen die Anerkennung der Guerillas als „kriegführende Partei“ im Einklang mit dem Internationalen Humanitären Recht zur Folge haben und diesen somit eine Verhandlungsstärke verleihen könnte, die ihrer tatsächliche militärische Schlagkraft nicht entspräche. Darüber hinaus wurde die Befürchtung geäußert, dass die Anwendung des Humanitären Völkerrechts (etwa in der Frage der Behandlung von Kriegsgefangenen bzw. für deren Austausch) auf diese Weise international eingefordert werden könnte.²¹⁷

Die Gründe der Guerilla für die Ablehnung der internationalen Vermittlung sind vielfältiger Natur, meist aber Ausdruck eines latenten Misstrauens gegenüber internationalen Organisationen, welche die Interessen „imperialistischer“ Kreise verkörperten und unter dem Vorwand der „Friedensstiftung“ ihre eigenen Ziele verfolgten.

In letzter Zeit kann ein Abgehen von dieser starren Haltung der Ablehnung einer internationalen Vermittlerrolle durch den Staat festgestellt werden, wobei nicht immer alle entsprechenden Vorschläge von wirklicher Seriosität getragen erscheinen (wie etwa die in

²¹⁶ Chesnick, 2008: 82 -84

²¹⁷ Ebd.: 82

den kolumbianischen Medien stark diskutierte Forderung des aktuellen Präsidenten Uribe nach Vermittlung des Papstes im Konflikt), aber insbesondere für die Guerillas scheint die Option der internationalen Mediation auch im Licht einer damit wohl einhergehenden Anerkennung ihrer Rolle als politischer Akteur (welche von der aktuellen Regierung Uribe negiert wird) wesentlich attraktiver als noch in den vorangegangenen Jahrzehnten.

Eine weitere auffällige Charakteristik in der Geschichte der Friedensdialoge ist die Tatsache, dass diese eher selten im Ausland oder auf neutralem Boden stattfanden, sondern meist auf kolumbianischen Territorium, ein Umstand der auch häufig zur Erklärung des Scheiterns herangezogen wird.

Aufgrund der Tatsache, dass bei einer Vielzahl der Darstellungen des kolumbianischen Konflikts der Schwerpunkt bei der Beschreibung der bewaffneten Konfrontation liegt und der ebenso interessanten Geschichte der Friedensinitiativen vergleichsweise wenig Raum beschieden ist, möchte ich im Folgenden abrisshaft zumindest die wesentlichsten Aspekte der wichtigsten Friedensinitiativen beleuchten.

7.2 Belisario Betancur (1982-1986): die subjektiven und objektiven Ursachen und Bedingungen der Gewalt.

Unter allen Friedensinitiativen der Regierung in der kolumbianischen Geschichte ist jene des konservativen Präsidenten Betancur gewiss eine der ehrgeizigsten, weitreichendsten und - in Hinblick auf die Umstände ihres Scheiterns - persönlich tragischsten. Betancur hatte die Nachfolge des liberalen Präsidenten Turbay Ayala angetreten, dessen Amtszeit nach der Verabschiedung des berüchtigten Sicherheitsstatuts, das einen legalen Rahmen zur Unterdrückung aller Arten der Opposition schuf, als eine der repressivsten und brutalsten Perioden in der Geschichte des Umgangs mit zivilen Widerstandsbewegungen in Kolumbien angesehen werden muss. Betancur hatte die Wahlen mit dem Versprechen gewonnen, Frieden zu stiften und eine Annäherung an die bewaffnete Opposition einzuleiten, um eine weitere Polarisierung und Radikalisierung der Gesellschaft zu verhindern. Er befand sich damit im Einklang mit weiten Kreisen der Bevölkerung, die sich zu dieser Zeit eine friedliche Beilegung des Konflikts und Verhandlungen der Regierung mit den Guerillas wünschten.

Die Bedeutung der Initiative Betancurs liegt auch in der Tatsache begründet, dass dieser als erster Regierungschef Kolumbiens den Guerillas neben subjektiven Motiven objektive Beweggründe für ihr Handeln zugestand, und damit das Vorhandensein von objektiv feststellbaren Mißständen einräumte, gegen die diese zu Recht aufbegehrten. Somit wurde die Guerilla erstmals von höchster staatlicher Stelle, nämlich vom Präsidenten selbst, gleichsam als legitimer politischer Akteur, als Ausdruck sozialer Ungerechtigkeiten im Land und als direkte Folge der Periode der „Violencia“ anerkannt.

Dass es ihm mit seiner Initiative ernst war, verdeutlichte der Präsident dadurch, dass er den in Kolumbien bereits seit Jahrzehnten geltenden Ausnahmezustand aufhob, eine großzügige Amnestie für die Guerillas und politische Gefangene anordnete und dem Angebot eines Nationalen Dialogs an die Aufständischen durch die Verabschiedung eines breiten und ehrgeizigen Sozial- und Entwicklungsprogramm, welches die Punkte Wohnbau, Bildung und Infrastruktur beinhaltete, eine gewisse Glaubwürdigkeit verlieh.

Die Politik Betancurs beruhte somit im Wesentlichen darauf, ein Klima des Vertrauens zur Guerilla herzustellen und dies durch konkrete Maßnahmen im Sinne einer politischen Öffnung und Demokratisierung des Systems zu unterstreichen, ein Bemühen, das von einflussreichen Kräften der kolumbianischen Gesellschaft und des Militärs, welche der Annäherung des Präsidenten an die Aufständischen skeptisch bis feindselig gegenüberstanden, von Anfang an untergraben wurde.

Eine ganz neue Sichtweise entfaltete der Präsident über die Frage des Zeitpunktes, zu dem die Rebellen ihre Waffen endgültig niederlegen sollten. Für Betancur war diese Frage insofern sekundär, als er die Ansicht vertrat, dass die Waffen niederlegung im Wesentlichen eine Folge des Friedensprozesses und nicht deren Bedingung sein sollte, denn solange es keine geistige Bereitschaft zur Beschreitung eines friedlichen Weges und keine mentale Abrüstung gäbe, wäre eine solche offizielle Waffenabgabe nur ein substanzloser, kurzfristiger und formeller Akt.²¹⁸

Fast simultan mit den ersten Unterzeichnungen von Waffenstillstands- und Amnestievereinbarungen mit den FARC, der M-19, der EPL und anderen kleineren Guerillabewegungen lässt sich in Kolumbien ein sprunghaftes Ansteigen der ersten modernen paramilitärischen Verbände verzeichnen, welche die Friedensinitiative des Präsidenten durch Sabotage, Mordanschläge gegen Linke und Ex-Guerillamitglieder und

²¹⁸ Vgl. Interview mit Belisario Betancur in Hörtner, 2006: 156ff.

Einschüchterung von sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen gezielt hintertrieben. In der Tatsache, dass es Betancur nicht gelang, viele politisch, wirtschaftlich und militärisch einflussreiche Kreise auf seine Seite zu ziehen, manifestiert sich letztlich auch die große Schwäche des Präsidenten und die Ursache für sein schlussendliches Scheitern.

Gerade am Beispiel Betancur zeigt sich deutlich, wie sehr auch ein anscheinend allmächtiger und durchaus friedenswilliger Präsident selbst nur ein Spielball mächtiger, oft widerstrebender Interessen ist und wie sehr ihm in der Realpolitik durch faktische Zwänge die Hände gebunden sein können, vor allem wenn es diesem nicht gelingt, die erwähnten widerstrebenden Mächte irgendwie in Einklang zu bringen oder miteinander zu versöhnen. So gilt das ambitionierte Friedensprojekt Betancurs spätestens ab jenen Novembertagen des Jahres 1985 als gescheitert, als ein Kommando der M-19 in einer spektakulären und gewalttätigen Aktion den Justizpalast mitten in der Hauptstadt Bogotá gegenüber dem Präsidentenpalast einnahm und der Präsident die blutige Rückereroberung des Gebäudes durch die Militärs anordnete.

Obwohl sich der Präsident später immer wieder demonstrativ vor seine Militärs stellte, gibt es doch genug Gründe, um an die Stichhaltigkeit der in den Medien und wissenschaftlichen Publikationen immer wieder aufgestellten These zu glauben, wonach Betancur in Wahrheit auch noch in jener vertrackten Situation den Glauben an seine Friedensinitiative nicht verloren hätte und verhandlungsbereit gewesen sei, aber von den Militärs unter Androhung eines Putsches zu der gewaltsamen Vorgehensweise gezwungen worden sei. Somit hätte es in diesen für Kolumbien so bitteren Stunden ein wirkliches Machtvakuum gegeben, dass die Militärs ohne zu zögern aufgefüllt hätten, wäre der Präsident nicht ihren Forderungen nach einem harten Durchgreifen gefolgt.

In der Rückschau haben beim Desaster des Justizpalastes wohl alle beteiligten Gruppen und Institutionen verloren: die Guerillas der M-19, die durch diese blutige und sinnlose Aktion viel von jenem Kredit und Rückhalt verspielten, den sie sich über die Jahre bei weiten Kreisen der Bevölkerung erworben hatten und der Präsident, dessen begrenzte Macht in diesen Stunden nur zu offenbar wurde.

So hoffnungsfroh die Ära Betancur begonnen hatte, so sang- und klanglos ging diese zu Ende. Der Präsident musste - in den Augen der Bevölkerung aufgrund der fehlgeschlagenen Friedensinitiative deskreditiert und mit den Folgen einer schweren wirtschaftlichen Krise kämpfend - in seinem Amt dem liberalen Nachfolger Virgilio Barco

Platz machen, der versprach, den Guerillas keineswegs mehr so weitgehende Zugeständnisse wie sein Vorgänger zu machen.

7.3 Barco/Gaviria (ca. 1988-1991): mit „ausgestreckter Hand und festem Puls“ zur neuen Verfassung

Es mutet wie eine Ironie der Geschichte an, dass vielleicht jene Friedensinitiative, bei der man von Regierungsseite aus am wenigsten auf die Guerillas zuing, den nachträglich betrachtet größten Erfolg einbrachte. Virgilio Barco hatte 1986 die Nachfolge Betancurs angetreten und verkündet, dass er im Gegensatz zu seinem Vorgänger einen Kurs der „ausgestreckten Hand und des festen Pulses“ („mano tendida y pulso firme“) verfolgen würde, ein Motto, das ein Vierteljahrhundert später vom ultrarechten Präsidenten Uribe in leicht abgewandelter Form wieder aufgenommen wurde.²¹⁹

Tatsächlich begann die Regierungszeit Barcos mit einer wesentlichen Verschärfung des militärischen Konfrontationskurses, den bereits Betancur zu Ende seiner Amtszeit eingeschlagen hatte. Gleichzeitig fand unter der Ära Barcos der von hohen staatlichen Stellen und breiten Teilen rechter Bevölkerungssektoren mitgetragene schmutzige Krieg gegen die legale linke politische Partei UP, die aus den Friedensverhandlungen Betancurs mit den FARC hervorgegangen war, ihren traurigen und blutigen Höhepunkt (siehe vorangegangenes Kapitel). Massaker, Morde, Verschwindenlassen, Vertreibungen durch paramilitärische Organisationen und Militärs waren an der Tagesordnung, wobei die staatlichen Kräfte dem Treiben untätig gegenüberstanden oder dieses sogar deckten, wodurch mir in diesem Zusammenhang der Begriff des „Staatsterrorismus“ durchaus zutreffend scheint.

Gegen Ende der Amtszeit Barcos zeichnete sich allerdings eine leichte Kursänderung in der Politik gegenüber den Guerillas ab, wobei die an die Guerilla gestellten Vorbedingungen allerdings wesentlich strikter waren, als dies noch bei Betancur der Fall gewesen war: Verhandlungen sollten nur dann abgehalten werden, wenn sich die Guerilla bereit erklärte, einen unilateralen Waffenstillstand auszurufen und akzeptierte, dass das Endziel ihre vollständige Entwaffnung war, wobei die Verhandlungen im Wesentlichen um die rein formellen Fragen des Waffenabgabeprozesses und einer großzügigen Amnestie bzw. der Unterstützung für die Wiedereingliederung in das legale

²¹⁹ Chesnick, 2008: 86

politische Leben kreisten, sich aber die Regierung keineswegs bereit erklärte, politische oder soziale Reformen mit der Guerilla auszuverhandeln, da für diese Themen bereits institutionelle Foren oder Tribünen zur Verfügung stünden.²²⁰

Ganz überraschend scherte im Jahre 1989 die M-19 aus der Front der Guerillakoordination Simón Bolívar aus und akzeptierten diese Vorbedingungen Barcos, was in weiterer Folge – und trotz der widrigen Umstände eines weiteren schmutzigen Krieges gegen demobilisierte M-19-Aktivisten, Politiker und Präsidentschaftskandidaten – eine vollständige Wiedereingliederung dieser bewaffneten Gruppierung in die Legalität zur Folge hatte (siehe vorangegangenes Kapitel). Einige Analysten sehen in diesem plötzlichen und unerwarteten Einschwenken der M-19 eine pragmatische Reaktion auf den beginnenden Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs, während andere wiederum vermuten, dass sich die M-19 einfach der allgemeinen Konfusion infolge des täglichen Terrors der Drogenmafias gegen Gesellschaft und Staat in jenen Tagen zunutze machten, um der Regierung diskret ihre Forderungen für eine Demobilisierung vorzulegen, welche von dieser ohne Gesichtsverlust angenommen werden konnten.

Tatsächlich setzte auch Barcos Nachfolger im Präsidentenamt, der Liberale César Gaviria, auf eine Verfassungsgebende Versammlung für die Ausarbeitung einer neuen und modernen kolumbianischen Verfassung, bei der auch Vertreter der demobilisierten Guerillas federführend beteiligt sein sollten, als Instrument des Friedens und zur Schaffung der von den Guerillas geforderten demokratischen Öffnung.

So gelang es dem Präsidenten unter der Garantierung einer vom Wahlausgang unabhängigen zumindest einköpfigen Vertretung jeder ehemaligen bewaffneten Gruppierung in der Verfassungsgebenden Versammlung, nach der M-19 auch große Teile der EPL, der Quintín Lame und der kleinen Bewegung PRT zu einem einseitigen Waffenstillstand und letztlich zur formellen Übergabe der Waffen zu bewegen, worauf eine breite Amnestie für die betroffenen Mitglieder der Guerillas eingeleitet wurde, sodass diese im Rahmen ihrer neuen politischen Gruppierungen zu den Wahlen für die Zusammensetzung der Verfassungsgebenden Versammlung antreten konnten.²²¹

²²⁰ Ebd.: 86ff.

²²¹ Ebd.: 89ff.

Tatsächlich bildete die 1991 in Kraft getretene und besonders im Grundrechtskatalog sehr fortschrittliche Verfassung eine wahre Sternstunde in der Geschichte der kolumbianischen Demokratie, und dies nicht nur aufgrund der zweifellosen praktischen Verbesserungen bei Menschenrechten und demokratischen Strukturen (Einführung eines unabhängigen Verfassungsgerichtshofes, Einschränkung der Möglichkeit zur Verhängung des Ausnahmezustands, Einführung der „Tutela“, einer Beschwerdemöglichkeit bei Verletzung der in der Verfassung verbrieften Rechte, Festschreibung wichtiger Rechte für afrokolumbianische und indigene Ethnien, Anerkennung Kolumbiens als multikultureller und pluriethnischer Staat bei gleichzeitiger Feststellung der Gleichwertigkeit aller Ethnien und Kulturen etc., Dezentralisierung des Staats- und Verwaltungsapparats) sondern vielmehr durch die Art und Weise, wie diese zustande gekommen war: durch Einbindung von Vertretern aller Bevölkerungssektoren, NGO's, staatlichen Institutionen, unabhängigen Experten sowie der politischen Parteien des gesamten Spektrums, vor allem aber auch durch Einbeziehung jener ehemals illegalen Opposition, der man bis dato nur mit der Waffe in der Hand begegnet war, also den Vertretern von M-19, EPL, Quintín Lame und anderer Gruppierungen.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte begannen verschiedene Guerillabewegungen, die im Geiste der revolutionären Politik der 1960-er Jahre entstanden waren, die demokratische Politik und Wahlen als gangbaren Weg zur Erlangung der Macht anzusehen. So machte sich in den Monaten zwischen den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung und dem Inkrafttreten der neuen Verfassung für kurze Zeit eine richtige demokratische Aufbruchsstimmung in der Bevölkerung breit – politische Partizipation in allen Ebenen schien auf einmal wieder möglich und erfolgversprechend.

Einzig die FARC und das ELN zeigten sich weiter widerspenstig, wobei im Falle der FARC die Weigerung an der Ausarbeitung der neuen Verfassung teilzunehmen auch im Lichte der traumatischen Erfahrung der beinahe vollständigen Auslöschung ihres legalen politischen Arms UP als Folge des „schmutzigen Krieges“ gesehen werden sollte.

Wenn auch dem Präsidenten Gaviria zugutegehalten werden muss, dass er die Wiedereingliederung der demobilisierungswilligen Ex-Guerillakämpfer und den Übergang zur neuen Verfassung - auch durch wichtige symbolische Gesten wie der Bestellung des

Ex-Guerillamitgliedes und M-19–Chefs Antonio Navarro Wolff zum Minister – gut administrierte, so liegt sein Versagen andererseits wohl darin, dass es ihm misslang, die einzigen bis heute aktiven Guerillas (FARC und ELN) in diesen Prozess einzubinden und bei diesen Organisationen ein entsprechendes Vertrauen in die Ernsthaftigkeit des angestrebten demokratiepolitischen Wandels zu wecken. Tatsächlich haben FARC und ELN nicht Unrecht, wenn sie heute noch argumentieren, dass die Errungenschaften der Verfassung von 1991 in Wahrheit nur auf dem Papier existieren und die tatsächliche tägliche Praxis weit von den verfassungsmäßig verbrieften Rechten abweicht.

Die doppelte Strategie Gavirias – Großzügigkeit gegenüber demobilisierungsbereiten Guerillas bei gleichzeitiger Unnachgiebigkeit und Härte gegenüber allen nicht wiedereingliederungswilligen Gruppierungen – zeitigte nicht den gewünschten Erfolg. Im Gegenteil – nach den massiven Attacken der Regierung gegen das FARC-Hauptquartier in der Gemeinde La Uribe (Meta), die pikanterweise genau am Tage der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung stattfanden und eine relativ lange Periode eines de-facto-Waffenstillstandes beendeten, verstärkten die FARC ihre militärische Schlagkraft und holten zu wütenden Gegenschlägen aus.

Auch wenn Gaviria in weiterer Folge deutlich von seiner starren Haltung in Bezug auf die gestellten Vorbedingungen abwich und es sogar zu einigen interessanten und anfänglich vielversprechenden Verhandlungen in Mexiko und Venezuela mit Vertretern des Guerilla-Dachverbandes „Coordinadora Guerrillera Simón Bolívar“ kam, konnte eine weitere Eskalation des Konfliktes jedoch nicht vermieden werden, vor allem, weil man bei wichtigen Knackpunkten wie der von der Guerilla geforderten Einräumung einer entmilitarisierten Zone, in der weitere Gespräche stattfinden sollten sowie bei einer quasi offiziellen Anerkennung von real existierenden aber von der Regierung negierten lokalen Verwaltungshoheit der Guerilla in abgelegenen ruralen Zonen auf keinen grünen Zweig kam.²²²

Auch von Seiten der Guerilla kam es zusehends zu einer Verhärtung der Fronten, wobei man Gaviria – nicht vollkommen unberechtigt – vorwarf, durch seine Politik der radikalen neoliberalen Wirtschaftsöffnung den Preisverfall von agrarischen Produkten wie Kaffee provoziert und dadurch die sozialen Differenzen und die Armut (vor allem auf dem Land) noch verschärft zu haben, da man den kolumbianischen Agrarsektor schutzlos und

²²² Ebd.: 91f.

vollkommen unvorbereitet einer hoch subventionierten ausländischen Konkurrenz (aus der Europäischen Union und den USA) ausgeliefert habe, während die kolumbianischen Bauern trotz geringer Produktionskosten in Hinblick auf die Industrienationen ins Hintertreffen geraten seien und einen klaren Wettbewerbsnachteil hinnehmen müssten, da diese Produkte in Kolumbien eben nicht vom Staat subventioniert würden. Somit hätte die staatliche neoliberale Wirtschaftspolitik die Bauern geradewegs der Drogenmafia in die Hände getrieben, da diese allein durch den Anbau von Koka, Marihuana oder Klatschmohn ihren Unterhalt fristen könnten.

Auf dieser Argumentation aufbauend fiel es der Guerilla auch nicht schwer, ihre Beteiligung beim Drogenanbau- und -handel zu relativieren und zu rechtfertigen, da man sich als Schutzmacht für die Bauern gerierte, die durch die staatliche Verfolgung des Drogenanbaus ihrer einzigen noch verbliebenen Lebensgrundlage beraubt würden. (siehe dazu näheres im Kapitel zum Drogenhandel).

Die zunehmende Eskalation des bewaffneten Konfliktes im zweiten Abschnitt der Regierung Gaviria muss so auch als Folge des Zwei-Fronten-Krieges (gegen die Guerillas und gegen den Drogenhandel bzw. gegen den Drogenanbau) interpretiert werden, den die Regierung in dieser Phase – bei aller Widersprüchlichkeit und Ambivalenz, die in diesem Kampf immer wieder zutage treten – führte und bis heute führt.

7.4 Andrés Pastrana (1998-2002): Das Desaster der Entspannungszone

Der nach Betancurs Friedensinitiative zweite ambitionierte Versuch einer kolumbianischen Regierung, durch weitreichende Verhandlung Frieden zu schaffen, ist zweifellos jener der Ära des konservativen Präsidenten Andrés Pastrana, Sohn des Expräsidenten Misael Pastrana der Nationalen Front.

Pastrana war in der Präsidentschaft der Nachfolger des glücklosen Liberalen Ernesto Samper, der fast während seiner gesamten Amtszeit aufgrund der (durch einige konkrete Beweise erhärteten) Anschuldigung, seine Präsidentschaftskampagne sei durch Gelder der Drogenmafias finanziert, mehr mit seinem eigenem politischen Überleben als mit der Durchführung einer kohärenten Verhandlungsstrategie gegenüber der Guerilla beschäftigt war. Samper hatte zwar einige ehrgeizige Konzepte zur Wiederaufnahme der

Verhandlungen mit der Guerilla ausgearbeitet, die vor allem auf einer größeren Diskretion bei den Gesprächen und im Umgang mit den Medien basierten, war aber aufgrund der konkreten misslichen Begleitumstände seiner Amtszeit und dem nationalen und internationalen Misstrauen, auf das er stieß, nicht zu einer effizienten Umsetzung imstande.

Somit konnte Pastrana mit dem Versprechen antreten, dem Land durch offene und breite Verhandlungen mit der Guerilla (insbesondere mit der FARC) den ersehnten Frieden zu bringen. Pastrana griff dabei im Wesentlichen auf das Modell Belisario Betancurs zurück, also: keine Vorbedingungen, kein verpflichtender einseitiger Waffenstillstand, das Thema Waffen und Entwaffnung sollte anfangs keine Rolle spielen, Behandlung einer breiten Agenda der von den Guerillas geforderten sozialen und politischen Reformen, öffentliche Foren für die Partizipation der Zivilgesellschaft am Verhandlungsprozess.²²³

In zwei wichtigen Punkten ging Pastrana allerdings noch über das Modell Betancurs hinaus und zwar erstens in der Frage der internationalen Vermittlung, wobei von den beiden Konfliktparteien die - allerdings quasi inoffizielle - Nominierung eines Vertreters des UN-Generalsekretärs und die Beteiligung und Supervision des Prozesses durch eine „Gruppe der Freunde Kolumbiens“ akzeptiert wurde, welche aus zehn Vertretern verschiedener europäischer und amerikanischer Nationen bestand.

Der zweite - und bis heute umstrittenste Punkt - betrifft die Schaffung einer entmilitarisierten Entspannungszone („zona de despeje“ oder „zona de distensión“) von der Größe der Schweiz in der Region Caguán im südlichen Department Caquetá, einer Hochburg der FARC in den 1990-er Jahren und lange Zeit Hauptdrogenanbaugebiet Kolumbiens, welche der Staat praktisch vollkommen der Kontrolle der FARC überließ und wo auch die Gespräche stattfinden sollten.

Nach dem Scheitern der Konversationen sollte sich der Schwerpunkt der Kritik an Pastrana auf die Tatsache beziehen, dass man den Rebellen dieses - in den Augen vieler Beobachter – viel zu großzügige Zugeständnis gemacht hatte, ohne dabei genauere rechtliche Rahmenbedingungen für die Verwendung und Administration dieser Zone festzulegen. Vielfach wird kritisiert, dass die Guerilla diese Entspannungszone zur Einrichtung von Waffendepots, zur Verschleppung von gefangenen und entführten Personen, zum ungehinderten Kokaanbau bzw. zur Einrichtung von Drogenlaboratorien

²²³ Chesnick, 2008:97ff.

sowie zum militärischen Training und zur gewaltsamen Rekrutierung von Männern, Frauen und Jugendlichen verwendet hätte.

Daniel Pécaut macht in seiner Studie über die FARC auf zwei weitere problematische Aspekte der „Entspannungszone“ aufmerksam: Einerseits hätten die FARC unter „Demilitarisierung“ nie allein den Ausschluss von Polizei oder Militär aus dieser Zone verstanden, sondern wäre schnell auch dazu übergegangen sämtliche andere offiziellen Vertreter des Staates (Richter, Funktionäre etc.) aus ihrem „Hoheitsbereich“ zu vertreiben. Andererseits habe es in der ersten Zeit der Verhandlungen einen sprunghaften Anstieg der Zahl der Guerillamitglieder gegeben, was nicht nur auf die von den FARC eher selten angewendeten Zwangsrekrutierung zurückzuführen wäre. Die wahre Ursache sei darin zu finden, dass viele Bauern und einfache Bürger im Gefühl der Sicherheit und verleitet durch die Aussicht von großzügigen staatlichen Unterstützungen für demobilisierte Guerillamitglieder bei positivem Verhandlungsabschluss der Guerilla beigetreten seien.²²⁴

Die Verhandlungen Pastranas mit der FARC standen von Anfang an unter keinem guten Stern. Bei einem der wesentlichen ersten Verhandlungspunkte, dem als „Intercambio humanitario“ bekannten Gefangenenaustausch zwischen den Konfliktparteien konnte keine wesentliche Einigung erzielt werden, obwohl die FARC in einer einseitigen Geste über 300 Gefangenene freiließ.

Durch den Umstand, dass die Verhandlungen vor dem Hintergrund nicht nur aufrecht erhaltener sondern auch von Tag zu Tag gesteigerter Feindseligkeiten geführt wurden, konnte sich unmöglich ein Klima des Vertrauens bilden. Während man bei den FARC den Eindruck gewann, dass es ihnen nicht so sehr darum ging, verstanden als von der Öffentlichkeit überhaupt wahrgenommen zu werden (und sei es durch ein provokantes Aufschaukeln der Aggressionen während der Verhandlungen), war die Regierungsseite nie willens oder imstande - wie von den FARC gefordert – der prostaatlichen paramilitärischen Expansion in weiten Teilen des Landes Einhalt zu gebieten.

So schlepten sich die Verhandlungen über mehrere Jahre mühsam hin, während beide Seiten weiter an Glaubwürdigkeit und Prestige verloren: der Staat, weil er sich - zumindest wurde dies in den Medien so dargestellt - von der Guerilla zum Narren halten

²²⁴ Pécaut, 2008: 59ff.

ließ, und die Guerilla selbst, die nicht imstande waren, das Bild der Starrheit, Unnachgiebigkeit und der mangelnden Flexibilität, das inzwischen die öffentliche Meinung über sie dominierte, zu korrigieren und die Bevölkerung - auch durch kleine, aber wichtige humanitäre und symbolische Gesten - von der Gerechtigkeit ihrer Anliegen und ihres Kampfes zu überzeugen sowie die große Plattform zu nutzen, die ihnen der nationale und internationale Presserummel in der entmilitarisierten Zone des Caguán bot.

Ein aussagestarkes Bild, das in der Öffentlichkeit haften bleibt, ist jenes des leeren Verhandlungsstuhls neben dem Präsidenten Pastrana, der eigentlich für die FARC-Legende und deren militärischem Chef Manuel Marulanda reserviert gewesen war, der sich aber dazu entschieden hatte, den Präsidenten durch sein Nichterscheinen zur Eröffnungszeremonie der Verhandlungen zu brüskieren. So blieb der Verhandlungsstuhl Marulandas unter anderen neben jenen des amerikanischen Botschafter in Kolumbien sowie des kolumbianischen Literatur-Nobelpreisträgers García Márquez und im Beisein von Diplomaten, Journalisten und Persönlichkeiten aus aller Welt leer und Marulanda ließ lediglich durch einen stellvertretenden Kommandanten ein Kommuniqué verlesen, in dem die Ereignisse in Marquatalia im Jahre 1964 ein weiteres Mal als „raison d'etre“ der FARC erhalten musste, was die Rückwärtsgewandtheit dieser Organisation in den Augen vieler nur unterstrich. Was auch immer Manuel Marulanda zu dieser Verweigerung des Gespräches bewogen haben mag - ob seine Sicherheit tatsächlich, wie gesagt wird, nicht ausreichend gewährleistet gewesen ist oder ob er lediglich seinem Widersacher Pastrana den billigen Triumph von Pressefotos mit ihm nicht gönnen wollte - der Beigeschmack, den dieser Schritt in der Öffentlichkeit hinterließ war fatal und weitreichend. So fatal, dass in den Augen der Öffentlichkeit und der veröffentlichten Meinung nach der endgültigen Aufkündigung der Gespräche durch Pastrana in Anschluß an das Kidnapping eines Flugzeuges und die Entführung eines Mitglieds der parlamentarischen Friedenskommission durch die FARC im Februar des Jahres 2002 zweifelsfrei feststand, dass die FARC dafür die Alleinverantwortung trugen.

Die Rolle der FARC bei diesen Verhandlungen ist zweifelsfrei keine ruhmreiche - sie tragen gewiss die Mitverantwortung für die Eskalierung des Konfliktes inmitten der Friedensverhandlungen und die Verdoppelung der Zahl der Todesopfer während des Friedensprozesses (waren es zu Beginn der Ära Pastrana noch zehn Todesopfer täglich

gewesen so kamen zu Ende bereits zwanzig Personen täglich in Folge von Kampfhandlungen ums Leben).²²⁵

Dennoch erscheint es mir nicht gerecht, angesichts der wahren explosionsartigen Vermehrung der paramilitärischen Organisationen während des Friedensprozesses die These der alleinigen Verantwortung der FARC für das Scheitern der Gespräche zu stützen. Hier wäre auch von Regierungsseite weniger rhetorischer Friedenswille als konkrete Handlungen zur Unterbindung dieser paramilitärischer Aktionen gefragt gewesen, und zwar umsomehr, als die Regierung zweifellos einen starken Einfluss auf diese illegalen rechten Gruppierungen geltend machen konnte, deren Verbindungen zu verschiedenen öffentlichen Institutionen und zum Militär in vielen Fällen nachgewiesen wurden.

Fest steht jedoch, dass das sang- und klanglose Scheitern des Friedensprojektes Pastranas Tür und Tore öffnete für eine radikale Abkehr von der Politik des Verhandlungsweges hin zu einer Strategie der Kompromisslosigkeit und der harten Hand im Umgang mit der Guerilla, welche diesmal von einer breiten Öffentlichkeit getragen wurde und sich auch - angesichts der Neueinordnung des seit Jahrzehnten bestehenden kolumbianischen Konfliktes in das Schema des „Krieges gegen den Terror“ nach den Attacken des 11. September 2001 – im Einklang mit einer aufgeheizten und radikalisierten internationalen Stimmungslage befand.

Einem kolumbianischen Politiker gelang es vor diesem Hintergrund die Gunst der Stunde für sich zu nutzen, wobei ihm zugute kam, dass er im Laufe seiner politischen Laufbahn immer für eine Politik der Härte gegen die FARC plädiert hatte: Alvaro Uribe Velez, ein liberaler Dissident mit ultrechtem Gedankengut und Ex-Gouverneur des Departments Antioquia.

Mit der Wahl Uribes zum Präsidenten ging gleichzeitig in Kolumbien eine Ära zur Ende, die über mehrere Jahrhunderte lang Bestand hatte: jene der Vorherrschaft der Liberalen und Konservativen Partei in der kolumbianischen Politik.

Was jeder lange Zeit für undenkbar gehalten hatte, trat also ab 2002 ein: Ab diesem Zeitpunkt sollte ein wesentlich fragmentierteres und zersplitterteres Parteienspektrum das traditionelle Zweiparteienschema ablösen, die Konservativen

²²⁵ Hörtner, 2006: 188

radikal an Bedeutung verlieren, die Liberalen beinahe in der absoluten Versenkung verschwinden und viele kleine Splittergruppen und Kleinparteien als äußerst heterogenes Sammelbecken rund um eine zentrale neue Identifikationsfigur, nämlich jene des nationalistisch- liberal—katholisch-reaktionären Uribe in Erscheinung treten, welche auch die Kampagnen zur Verfassungsänderung für die Möglichkeit der Wiederwahl des Präsidenten tatkräftig unterstützten. Mit dieser als „Uribismus“ bezeichneten Sammelbewegung unterschiedlichster Gesellschaftssektoren rückt der Einfluss der Parteien und ihrer Apparate zugunsten einer als charismatisch angesehenen Führerbewegung endgültig in den Hintergrund.

7.5 Resümee und Ausblick:

Über die Ursachen, warum die vielfältigen Friedensinitiativen und –projekte jeweils zum Scheitern verurteilt waren, spalten sich die Geister. Kritik kommt sowohl von rechts als auch von links und ist daher auch ziemlich widersprüchlich. Die einen werfen den Regierungen Betancur und Pastrana vor, den Guerillas zu weit entgegengekommen zu sein, während die anderen genau das Gegenteil kritisieren, die einen wünschen mehr internationale Vermittlung während diese Option von den anderen dezidiert ausgeschlossen wird etc.. Dennoch muss man vielen Regierungen zugestehen, dass sie immerhin bemüht schienen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und die bereits gemachten Erfahrungen in die neuen Friedensprojekte einfließen zu lassen, um dadurch die alten Irrtümer zu korrigieren -und zwar unbeschadet der Tatsache, dass immer wieder neue Fehler begangen wurden.

Für viele Beobachter ist die Zeit – trotz der langen Dauer des bewaffneten Konfliktes- noch immer nicht reif für eine Verhandlungslösung. Chesnick schreibt dazu folgendes:

Una teoría central de las negociaciones sostiene que los conflictos armados internos están "maduros" para las negociaciones cuando hay un "empate mutuamente nocivo". El mejor momento para arreglar un conflicto es, primero, cuando ninguna de las dos partes es capaz de derrotar a la otra – un empate – y, segundo, cuando el padecimiento de la guerra se vuelve inaceptable o insostenible para ambas partes „mutuamente dolidas“ – Cuando ambas condiciones se dan de forma simultánea, la guerra está madura para el acuerdo. Aunque algunos analistas colombianos han hablado de un "empate negativo", que es cuando el gobierno ha sido incapaz de derrotar a la guerrilla pero ella a la vez, ha sido incapaz de tomarse el poder, la situación no ha llegado al límite en que los costos y

padecimientos proveen de incentivos suficientes para alcanzar un acuerdo negociado. En este caso, el conflicto nunca ha estado maduro para el acuerdo.²²⁶

In diesem Sinne könnte der kolumbianische Konflikt noch nicht „reif“ für eine Verhandlungslösung sein, da die kolumbianische Regierung offenbar – gegen jede Wahrscheinlichkeit – derzeit damit rechnet, die FARC vollständig vernichten zu können.

Andererseits sollte – bei nüchterner Betrachtung – der 10-Punkte-Forderungskatalog der FARC kein Hinderungsgrund für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen sein. Diese sind nämlich – ganz im Gegensatz zu der in den Medien üblichen Darstellung – überraschend moderat und reformistisch und zielen keineswegs auf die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft oder eine Verstaatlichung der Produktionsmittel ab. Der zentrale Punkt einer nachhaltigen und ganzheitlichen Agrarreform etwa steht ganz im Einklang mit Forderungen, die von Seiten von NGOs, zivilgesellschaftlichen Organisationen, unabhängigen nationalen und internationalen Beobachtern, Analysten und Experten, von politischen Parteien, ja sogar von einzelnen Regierungsvertretern selbst immer wieder erhoben werden. Dasselbe gilt im Wesentlichen auch für Punkte wie Menschenrechte, Justiz- und Staatsreform und Bewahrung der natürlichen Ressourcen.

Es stellt sich also die Frage, ob es nicht zielführender wäre, die FARC beim Wort zu nehmen (und so auch gegebenenfalls weiter bloßzustellen), als sie nur militärisch zu bekämpfen, und zwar umso mehr, als diese Ziele formulieren (zumindest offiziell), die auch von weiten Kreisen der Bevölkerung bedenkenlos getragen werden könnten.

²²⁶ Chesnick, 2008: 39f.

8. DER DROGENHANDEL

8.1 Allgemeines

Etwa seit Mitte der 1980-er Jahre rückte Kolumbien aufgrund der Produktion und des Exports illegaler Drogen verstärkt in den Blickpunkt einer internationalen Medienöffentlichkeit. Dabei kam es der Berichterstattung vor allem in der internationalen Presse in der Mehrzahl der Fälle zu einer überaus verzerrten, oberflächlichen, sensationslüsternen und einseitigen Darstellung der mit dem Drogengeschäft in Kolumbien einhergehenden Probleme und Spannungen. Vielfach wurde - und wird noch heute - gegen alle historische Evidenz suggeriert, dass der Drogenhandel am Ursprung des bewaffneten politischen und sozialen Konfliktes stünde, und dass daher, wenn das Drogenproblem gelöst sei, auch der Konflikt aus der Welt geschafft würde. Darüber hinaus lieferte die internationale Presse ein undifferenziertes Bild Kolumbiens als eines Landes, in dem die Drogenhändler an allen Schalthebeln der Macht sitzen und den Staat uneingeschränkt kontrollieren. David Bushnell schreibt zu diesem Aspekt sehr prägnant:

En todas partes se oía o se leía que la cocaína había desplazado al café como primer rubro de exportación y que los narcotraficantes “controlaban” todo el país. El sentido común bien podría haber indicado que los narcotraficantes no estaban interesados en “controlar” el país (¿por qué habrían de preocuparse por presupuestos escolares o por el salario mínimo?) sino en hacer dinero y mantenerse fuera de las cárceles; pero a menudo en las discusiones el sentido común fue el gran ausente.²²⁷

Bushnell spricht hier ein Thema an, bei dem es tatsächlich gut zu differenzieren gilt: Die Drogenhändler handelten immer nur insofern „politisch“, als sie dadurch ihre eigenen Geschäfte erleichtern oder sichern bzw. ihre Verhaftung oder Auslieferung an die USA verhindern konnten. Tatsächlich ging es ihnen nie um „Kontrolle“ in dem vom Bushnell angesprochenen weitesten Sinne des Wortes im Sinne eines tatsächlichen „Regierens“ sondern um Einflussnahme auf die Politik zu ihren Gunsten. Damit und mit den von ihnen getätigten Reinvestitionen der aus dem Drogengeschäft gemachten Gewinne etwa in den Aufkauf von weiten Landstrichen und die Förderung von paramilitärischen Gruppen zu ihrem eigenem Schutz wirkten sie aber natürlich indirekt und direkt doch in höchster Weise politisch.

²²⁷ Bushnell, 1996:354

8.2 Drogenhandel und Wirtschaft

Zweifelloos diente der Drogenhandel aber als Motor und Treibstoff für die Ausweitung und Verschärfung des bereits bestehenden Konfliktes, aber der amerikanische Kolumbien- Experte Marc Chernick weist in einer Studie zu Recht darauf hin, dass viele der Muster des sozialen Wandels (interne Vertreibungen, Gewalt, Konfrontation zwischen sozialen Akteuren und rivalisierenden Eliten), für die man undifferenzierterweise ausschließlich den illegalen Drogenhandel verantwortlich macht, bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts in ganz Lateinamerika beinahe immer mit dem Export-Boom vollkommen *legaler* primärer Produkte bzw. mit der Ausbeutung von natürlichen Bodenschätzen einhergehen.²²⁸

Die Kolonisierung neuer Regionen, um dort bestehende Bodenschätze und Ressourcen für die Produktion von Waren und deren Export auszubeuten, war also unabhängig davon, ob es sich um legale Produkte wie Kautschuk oder Kaffee, oder illegale wie Koka handelte, immer von sozialen Spannungen, Konflikten und Gewalt begleitet, wobei der Aspekt der weltweiten Nachfrage nach diesem Produkt und den damit in Beziehung stehenden Preisschwankungen und Fluktuationen diese Spannungen noch verschärften, denn in ganz Lateinamerika und in Kolumbien, diente der Export von Waren als Vehikel für die Entwicklung des Landes und für die Integration der betreffenden Region in die globale Wirtschaft.

Somit könnte man vereinfachend feststellen, dass das Ausmaß der mit der Produktion und dem Handel eines Produktes einhergehenden Gewalt und der damit verbundenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Spannungen nicht so sehr mit der *Illegalität* dieses Produktes sondern vielmehr mit dessen *Profitabilität* in Zusammenhang steht – wobei es zwischen diesen beiden Faktoren sicher interessante Wechselwirkungen gibt, auf die ich später näher eingehen möchte. Die sozialen Spannungen, Vertreibungen und Gewaltexzesse, die in Kolumbien mit dem Kautschuk-, Kaffee-, Smaragd- oder Erdölboom in Zusammenhang stehen, unterstreichen auf anschauliche Weise diese These

²²⁸ Chernick, 2008: 187

und relativieren somit die Betrachtungsweise, derzufolge der illegale Charakter des Geschäftes maßgeblich für das Ausmaß der Gewalt verantwortlich ist.

Darüber hinaus stellt Marc Chernick die ebenfalls sehr einleuchtende – und von vielen anderen Analysten gestützte - These auf, wonach der Boom des Drogenhandels- und –anbaus nicht nur in Kolumbien sondern in der gesamten Andenregion mit dem Versagen der Entwicklungspolitik der einzelnen Staaten, insbesondere mit der Eliminierung der – ohnehin meist nur in geringem Umfang vorhandenen - staatlichen Agrarbeihilfen- und –stützen im Rahmen der von den lateinamerikanischen Regierungen auf Druck von Washington im Laufe der 1980-er und 1990-er Jahre angestrebten neoliberalen Wirtschaftsreformen sowie mit der Krise der ländlichen Wirtschaft und des Gewerbesektors, in Zusammenhang steht. So sei etwa die Entwicklung der Marihuana-Produktion, also des ersten signifikanten Drogen-Booms in den Baumwollanbauzonen der Karibik rund um die Sierra Nevada de Santa Marta eine direkte Folge der Rezession in der Textilindustrie in den 1970-er Jahren, während der Koka-Boom in den südlichen und östlichen Landesteilen dank einer überaus modernen „Kokainindustrie“ ab den frühen 1980-er Jahren nicht nur zur Beschäftigung von Massen von ungelernten Tagelöhnern, Bauern und Erntehelfern führte sondern auch jenen Menschen zu Arbeit verhalf, die in der legalen Wirtschaft trotz vieler Qualifikationen keine Chance gehabt hätten.²²⁹

So führte der Drogenhandel zwar einerseits zu einem schleichenden Verlust der Autorität des Staates, da die Drogenhändler entschlossen waren, sich die Gunst weiter und einflussreicher Kreise von Politik, Recht, Wirtschaft, Kultur und sogar der Kirche auf nationaler und lokaler Ebene zu erkaufen, um so ungestört ihre Geschäfte zu betreiben, andererseits wurde durch ihn eine doppelte Ökonomie geschaffen, eine legale und illegale, von der zwar viele Menschen aller Klassen und Bildungsniveaus profitierten, welche aber die Dynamik der gewalttätigen Auseinandersetzung vor allem in jenen von Viehzucht und Latifundien geprägten Regionen beschleunigte, wo die aus dem illegalen Handel resultierenden Gelder investiert wurden.

Wie groß der Einfluss des Drogenhandels auf die kolumbianische Wirtschaftsentwicklung in der Vergangenheit war und heute noch tatsächlich ist, darüber

²²⁹ Ebd., 2008:189ff.

streiten sich die Experten. Eben aufgrund der Tatsache, dass es sich beim Drogenhandel um ein illegales Geschäft handelt, wird man dessen Dimensionen nie genau beziffern können. Es sind nur sehr ungefähre Schätzungen auf Grundlage des Drogenkonsums im In- und Ausland möglich.

Über die „wirtschaftlichen Auswirkungen des Drogenhandels“ wurde bis dato eine Flut wissenschaftlicher Studien und Untersuchungen veröffentlicht, und obwohl zwischen den Berechnungen der einzelnen Autoren oft beträchtliche Divergenzen zu verzeichnen sind, kann doch im Allgemeinen festgestellt werden, dass sich aus den Arbeiten dieser Wirtschaftswissenschaftler das Bild eines illegalen Handels ergibt, dessen Umfang wesentlich niedriger ist, als in den Massenmedien oder in Politikerreden oft behauptet wird. Ebenso gilt keineswegs als gesichert, dass das Volumen der getätigten illegalen Exporte tatsächlich jenes des kolumbianischen Exportproduktes par excellence, des Kaffees übertrifft.

Natürlich konnten in bestimmten Momenten der Devisenknappheit die Einnahmen durch den Kokahandel dazu beitragen, günstige Bedingungen für den Außenhandel, den Import von Konsumgütern und die Bedienung der Auslandsschulden aufrecht zu erhalten.

Ebenso ist es richtig, dass die Nachfrage nach bestimmten Produkten – luxuriöse Wohnungen, Unterhaltungsartikel, teure Autos – wirtschaftliche Dynamik und Beschäftigung schuf.

Dennoch ist die Zweckmäßigkeit der Berechnung des „Nutzens“ des Drogenhandels ausschließlich anhand dieser Parameter des Konsums und der Schaffung von Nachfrage nach Konsumgütern wohl äußerst zweifelhaft.

Die verzerrenden Elemente, welche der Drogenhandel in die kolumbianische Wirtschaft eingebracht hat, müssen fast durchwegs als Kosten subsumiert werden.

Die immens gesteigerten Ausgaben für Militär und Justizwesen, die Verzerrungen bei der Qualität und Quantität der öffentlichen Investitionen, die Auswirkungen der Korruption auf die Effizienz des Staates und seiner Institutionen und die zusätzlichen Ausgaben, die mit dieser Korruption in Zusammenhang stehen, die extremen Belastungsproben und Behinderungen, denen Justiz und Polizeiwesen ausgesetzt sind: dies alles sind Kosten, die in einigen Fällen schwer zu beziffern, die aber real und auch für den einzelnen Staatsbürger spürbar sind.

Dennoch halten einige Analytiker fest, dass es gerade der mit dem Drogenhandel verbundenen wirtschaftlichen Dynamik zu verdanken wäre, dass Kolumbien während der 1980-er Jahre nicht von jener Schuldenspirale und Wirtschaftskrise erfasst worden sei,

welche beinahe alle anderen lateinamerikanischen Länder während dieser Dekade heimgesucht hat.

8.3 Drogenhandel, Gesellschaft und Politik

Die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes standen dem Phänomen des Drogenhandels anfangs so nonchalant gegenüber, dass der Begriff der „Korruption“ für diese Phase eigentlich unpräzise erscheint. Korruption blüht meist im Verborgenen oder man versucht sie wenigstens zu verschleiern. Die Beziehung der neureichen Capos, die durch Drogengelder rasant in der sozialen Skala emporgeklettert waren, zu wichtigen Vertretern von Politik, Wirtschaft, Kunst und Kirche spielten sich aber ganz und gar nicht im Verborgenen ab, sie wurde sogar oft stolz zur Schau gestellt.

Das Beispiel Pablo Escobar, des legendären Capos des Medellín-Kartells, der aus einer ärmlichen sozialen Schicht stammte und von dem allgemein bekannt war, dass er seinen Reichtum auf illegale Weise erworben hatte, was das politische Establishment nicht daran hinderte, ihn auf einer Liste der Liberalen Partei für die Abgeordnetenkammer zu nominieren, zeigt deutlich, wie sehr die Drogenhändler in dieser Phase von der Gesellschaft hofiert und bewundert wurden. Pablo Escobar verkörperte für viele eine Art „amerikanischen Traum“ kolumbianischen Zuschnitts: Ein Mann, der sich aus den ärmsten Verhältnissen aus eigener Kraft hochgearbeitet hatte, reich geworden und zu wirtschaftlichem, gesellschaftlichem und politischem Prestige gelangt war, dabei aber seine sozialen Wurzeln nicht vergessen habe, sondern die Zuneigung der Massen durch den Bau von sozialen Wohnungen, durch Armenausweisungen, Benefizveranstaltungen sowie durch die Errichtung von Vergnügungsparks und Zoos gewann - ein ehrenwertes und voll integriertes Mitglied der Gesellschaft.

Dabei war Medellín für die illegalen Tätigkeiten Escobars der wohl fruchtbarste Boden - anders als im klassistisch-elitistischen Bogotá gilt für die *paisas*, wie die Bewohner des Departments Antioquia ist, genannt werden, nicht so sehr die soziale Herkunft sondern der aus eigener Kraft - ganz egal ob auf legalem oder illegalem Wege - erzielte Reichtum als Gradmesser für die gesellschaftliche Anerkennung.

Alvaro Camacho Guizado schreibt zu diesem Aspekt:

Ciertamente, los narcotraficantes son portadores de valores completamente reaccionarios y violentos. Pero al mismo tiempo, y sin habérselo propuesto, los narcos contribuyeron a debilitar los fundamentos que aún le quedaban a la sociedad tradicional colombiana. Ya no existe la identidad entre determinados apellidos y cierta posición social. En general puede afirmarse que

en Colombia en amplios sectores medios y bajos, el narcotráfico es visto como una forma legítima de ascenso social y acumulación de riquezas, a la vez que les muestra que no es posible - o es demasiado difícil - acceder al bienestar por vía del trabajo persistente. Algunos campesinos no simpatizan con los narcotraficantes, pero ven en el cultivo de productos como la coca o la amapola la única forma de escapar a la crisis agraria y ocuparse en una actividad productiva. Los grupos que la rechazan son de dos tipos: aquellos que repelen el narcotráfico por razones morales, y aquellos que lamentan el debilitamiento y sometimiento de las instituciones estatales ante los narcotraficantes.²³⁰

Etwa erst ab Mitte der 1980-er Jahre lässt sich ein Muster in der wirtschaftlichen und politischen Dynamik rund um den Drogenhandel feststellen, das zu einem wirklichen Anschwellen der Gewalt führen und den Staat vor eine wahre Zerreißprobe stellen sollte. Unter dem Einfluss und dem Druck der USA versuchen verschiedene ranghöchste Politiker auf nationaler Ebene (Präsidenten, Minister) dem Drogenhandel verstärkt restriktiv zu begegnen, während die deutlich zahlreicheren institutionellen, wirtschaftlichen und politischen Kräfte auf lokaler und regionaler Ebene, die bislang von diesem Geschäft nur profitierten, alles daran setzen, diesem Bestreben entgegenzuwirken. Diese einander widerstrebenden Kräfte innerhalb der kolumbianischen Politik spiegeln sehr gut den hinter diesen stehenden quer und vertikal durch die Parteien laufenden Interessenskonflikt wider.

Auf internationaler und nationaler Ebene drohte Kolumbien die Unterstützung der USA, welche den Drogenhandel als Bedrohung der eigenen inneren Sicherheit und Ordnung zum globalen Feind erklärt hatten, zu verlieren, wenn das Land nichts gegen diesen unternahm. Vielleicht lässt sich überspitzt sagen, dass die höchsten staatlichen Stellen in Kolumbien erst dann, den Drogenhandel als Bedrohung der inneren Sicherheit des Landes einzustufen begannen, als die USA ihrerseits ihre innere Sicherheit durch diesen gefährdet sahen. Um es noch überspitzter zu formulieren: Der Drogenhandel stellte für Kolumbien per se kein Problem dar, sondern wurde in den Augen vieler erst durch die USA zum Problem gemacht.

Einige Analysten spinnen diesen Gedanken noch weiter, indem sie die provokante These in den Raum stellen, dass nicht die lange Zeit von den staatlichen Behörden auf allen Ebenen geübte Nonchalance gegenüber dem Drogenhandel eine Gefahr für die innere Sicherheit Kolumbiens darstellte, sondern die radikale Abwendung von dieser Nonchalance hin zu Verfolgung und Repression diese in Wirklichkeit durch die Auslösung einer Welle der Gegengewalt diese erst gefährdet habe.

²³⁰ Guizado/Restrepo/Thoumi, 1999: 47f.

Zum Zeitpunkt als die Regierung Kolumbiens – auf Druck der USA – diesen Paradigmenwechsel gegenüber dem Drogenhandel weg von der stillschweigenden Tolerierung hin zur Repression und Verfolgung vollzog, waren aber auf lokaler und regionaler Ebene bereits so viele Interessen an den Drogenhandel geknüpft – sei es nur als Quelle von Arbeitsplätzen, oder in Bezug auf wirtschaftliche und politische „Vergünstigungen“, dass eine Zentralregierung mit einer restriktiven Politik schlußendlich ihrer regionalen und lokalen Basis, bei welcher der Klientelismus der Drogenbosse eine wesentliche Rolle spielte, der eigenen Überlebensfähigkeit beraubte.

So kann man zusammenfassend sagen, dass wenn der Drogenhandel den kolumbianischen Staat schädigte und weiter schädigt, dies auf widersprüchliche Weise geschieht, denn einerseits ist dieser ein wesentliches Element bei der Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Macht auf lokaler und regionaler Ebene, während er auf nationaler und internationaler Ebene massiv dazu beiträgt, die Legitimität und Effizienz des kolumbianischen Staates zu untergraben und die Krise der Glaubwürdigkeit seiner Institutionen zu vertiefen. Dabei handelt es sich um ein Dilemma, das bis heute nicht gelöst ist.

Das ambivalente Verhältnis des Staates zum Drogenhandel wird auch durch die Tatsache belegt, dass die „Banco de la República“ lange Zeit einen eigenen Schalter (die berühmt-berüchtigte „ventanilla siniestra“) für die quasi-offizielle Reinwaschung von Drogengeldern betrieb, um so eine Reinvestition der Drogengelder innerhalb Kolumbiens zu fördern. Dieses Instrument war übrigens auf Betreiben des liberalen Präsidenten López Michelsen (1974-1978) eingeführt worden und wurde just zu jener Zeit Ende der 1980-er Jahre und Anfang der 1990-er Jahre besonders intensiv genutzt, als der Krieg zwischen dem kolumbianischen Staat und den Drogenmafias seinen großen und blutigen Höhepunkt erreichte. Eine weitere Methode um illegale Gewinne zu legalisieren, im Land zu halten bzw. wieder ins Land zurückzubringen, bildeten die auch die häufig verabschiedeten Steueramnestien.²³¹

So bekämpfte man die Drogenmafias zwar von Regierungsseite etwa ab Mitte der 1980-er Jahre massiv, konnte (oder wollte) dabei aber nicht verhindern, dass diese immer weiter erfolgreich in das System der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen des kolumbianischen Staates eindringen und in vielen Fällen auf direktem Wege politische Macht und Einfluss erlangten – und zwar auch manchmal abseits der beiden traditionellen

²³¹ <http://www.derechos.org/nizkor/colombia/libros/jinetes/cap1.html>

politischen Parteien wie dies das Beispiel des Drogenbosses Carlos Lehder beweist, der die „Movimiento Cívico Latino“ gründete, bei der es sich im Wesentlichen um eine Plattform handelte, um gegen die Auslieferung kolumbianischer oder lateinamerikanischer Drogenhändler Stimmung zu machen.

Auch wenn es nach einiger Zeit doch gelang, die direkte Beteiligung der Drogenhändler am öffentlichen Leben wirksam zu beschneiden, so bleibt doch die Tatsache, dass diese durch Mittelsleute auf diskrete, beinahe „unsichtbare“ Weise noch immer stetig präsent sind und dass dieses illegale Geschäft auch noch nach Jahren stärkster Repression wenig an Einfluss auf die kolumbianische Wirtschaft und Politik verloren hat.

8.4 Der Drogenhandel und die Beziehung zu den USA

An dieser Stelle möchte ich auch darauf hinweisen, dass sich über die Position zum Drogenhandel auch in großem Maße die für Kolumbien so wichtige Beziehung zu den Vereinigten Staaten definierte.

Bedingt durch den transnationalen Charakter des Delikts des Drogenhandels sah sich die staatliche Souveränität Kolumbiens - sofern man von der Gültigkeit einer solchen in einer globalisierten Welt heute überhaupt sprechen kann - durch die Einmischung der Vereinigten Staaten in die inneren Belange des Landes in Bezug auf den Drogenhandel einer wahren Zerreißprobe ausgesetzt.

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Produktionsländern der Drogen in Lateinamerika, insbesondere mit Kolumbien verliefen im Verlauf der 1980-er und 1990-er Jahre manchmal durchaus frostig, unter anderem auch deshalb, weil Kolumbien Mitte der 1990-er Jahre mehrmals hintereinander eine „Zertifizierung für gute Kooperation“ durch die USA verweigert wurde, da in Kolumbien zuvor ein Gesetz, das eine Auslieferung von Drogenhändlern an die USA mit rückwirkender Wirkung ermöglicht hätte, nicht in Kraft getreten war und das Land die (von den USA) vorgegebenen Ziele bei der Vernichtung von Drogenanbauflächen nicht erreicht hatte.

Obwohl vermehrt Stimmen von hohen Staatsfunktionären und Politikern laut wurden, welche den Mechanismus einer Zertifizierung oder Nichtzertifizierung eines Landes durch die USA aufgrund der Tatsache, dass es sich um eine unilaterale

Maßnahme handelte als willkürlich und ungerecht anprangerten, wird dieses Instrument immer noch angewendet und dient den Vereinigten Staaten als Druckmittel, um das Erreichen von gewissen Zielvorgaben zu erzwingen bzw. die Gewährung von Krediten, Unterstützungen bzw. Finanzhilfen an eine „gute Kooperation“ zu koppeln.

8.5 Drogenhandel und Kriminalität

Die Kriminalität, die mit dem Drogenhandel einhergeht, stellt wohl den komplexesten Themenbereich in Bezug auf dieses illegale Gewerbe dar. Die Verfolgung und Unterdrückung des Drogenhandels von staatlicher und offizieller Seite änderte letztlich nichts an der Entwicklung einer neuen aufstrebenden Klasse von Neureichen, die durch das illegale Geschäft zu Prestige und Macht in der Gesellschaft gelangt waren, und an der Herausbildung einer hochaktiven kriminellen Subkultur, denn die hohen Preise und die extrem hohen Gewinnspannen, die gerade wegen der Illegalität des begehrten Produkts erzielt werden konnten, machten den Handel mit illegalen Drogen weiterhin zu einem extrem attraktiven und einträglichem Geschäft. Auch die internationale Nachfrage nach Rauschmitteln blieb im Laufe der Jahre unverändert hoch - trotz aller wie immer gearteten Kampagnen gegen Konsum und Handel und deren oft drakonischer strafrechtlicher Verfolgung.

In Kolumbien kam es als Begleiterscheinung dieser staatlichen Repression zu unzähligen Kleinkriegen zwischen verschiedenen Banden und Drogenkartellen um die Vorherrschaft am Markt. Bestechungen von Staatsbeamten, die mit der Bekämpfung dieses Delikts betraut waren, häuften sich, ebenso wie persönliche blutige Abrechnungen und Racheakte zwischen den einzelnen Banden sowie willkürliche Ermordungen von Richtern, Justizbeamten, Politikern und Journalisten, die mit ihrem mutigem persönlichen Engagement die Macht der Kartelle in Kolumbien herausgefordert und die „Ruhe“ ihrer Arbeit gestört hatten. Dabei schreckte man vor keinem Mittel, auch nicht jenem der „präventiven“ Abschreckung zurück.

Diese Aktionen erlangen unter der Bezeichnung „*narcoterrorismo*“ („*Drogenterrorismus*“) traurige Berühmtheit und brachten Kolumbien lange Zeit in die Schlagzeilen und die Schweinwerfer der internationalen Presse und der Weltöffentlichkeit.

Die meisten dieser Morde wurden von jugendlichen „*Sicarios*“, also gedungenen jugendlichen Mördern, welche die Drogenbosse in den Armenvierteln der Städte (vor allem in Medellín) anheuert, von ihren Motorrädern aus ausgeführt. Aber nicht nur Morde an Politikern und Richtern sondern auch Abrechnungen zwischen Kartellen und Banden, Bestrafungen wegen nicht beglichener Schulden, Untreue, schlecht geführten Geschäfte und allgemeine Racheakte gingen auf das Konto des „*Sicariato*“, der vielleicht größten verbrecherischen Subkultur, die Lateinamerika je gekannt hat.

Diese Subkultur, dieses Universum der jugendlichen Gewalttäter und Banden zeichnet sich durch die Übernahme vieler Elemente einer globalisierten Moderne aus: den Wunsch nach einer schnellen Teilnahme an der Welt des Konsums, die Imitierung von Verhaltensmustern aus amerikanischen TV-Serien, die musikalischen Vorlieben, die Inszenierung der Gewalt nach Mustern, die man aus Video- und Computerspielen kennengelernt hat. In dieser Welt zählen vor allem das schnelle Geld und das schnelle Vergnügen, denn bereits morgen könnte man selbst tot sein. In der Welt des „*Sicariato*“ lange zu überleben - dies ist die absolute Ausnahme und die betroffenen Jugendlichen sind sich dieser Tatsache nur allzu bewusst. Die Bemühung der älteren Generation, sich ihren Unterhalt im Einklang mit den gesellschaftlichen Normen zu verdienen und sich dabei der auferlegten Disziplin zu beugen, wird mit Verachtung bestraft. Ein schnell erworbener Reichtum muss – im Einklang mit den eigenen Gesetzen der Jugendkultur - ostentativ zur Schau gestellt werden und ist so flüchtig wie das Leben dieser Jugendlichen selbst. Gleichzeitig lebt gerade die traditionelle Welt der Eltern und Großelterngeneration in einem übersteigerten Mutter- und Madonnenkult weiter, den diese Jugendlichen an den Tag legen.²³²

Ein ungemein intensives Porträt dieser Subkultur in all ihren Widersprüchen liefert der kolumbianische Schriftsteller Fernando Vallejo in seinem Roman „*La virgen de los sicarios*“.

Was die Struktur der wichtigsten Drogenkartelle selbst betrifft, so sind diese Teil sehr komplexer, transnationaler Organisationen, die eine hohe „Unternehmensstrukturierung“ aufweisen, nicht immer zentral gesteuert und kontrolliert werden, aber über beinahe unbeschränkte Finanzmittel verfügen. Dennoch sollte man bei der Definition der beiden wichtigsten kolumbianischen Drogenkartelle, des Kartells von

²³² Vgl. Blanquer/Gros, 1996: 49-51

Medellín und jenem von Cali nicht so sehr eine pyramidalen Gliederung vor Augen haben, sondern eher von einer Art „Konföderation“ einer Unzahl kleiner und heterogener Organisationen ausgehen, die aber die Autorität einiger weniger gemeinsamer Capos anerkannten.

Diese transnationalen Organisationen stellen eine Organisations-, Sicherheits-, Finanz- und Verwaltungsstruktur zur Verfügung, die für die Produktion, die Verarbeitung, den Transport und den Verkauf von illegalen Rauschmitteln von entscheidender Wichtigkeit ist. Macht und Einfluss dieser transnationalen Organisationen erstrecken sich von ihren Ursprungsländern ausgehend über internationale Grenzen hinweg auf große und kleine Städte in der ganzen Welt, wobei aber viele Fäden bei Kolumbianern in Kolumbien, Mexiko, den Vereinigten Staaten und Europa zusammenliefen.

Dieses Phänomen wird als transnational bezeichnet, denn in der einen oder anderen Form ist eine beträchtliche Zahl von Ländern betroffen:

Zu den sogenannten Herstellerländern gesellen sich die Konsumländer, sowie jene Länder, die einen Zugang zu ihren Flughäfen, Häfen oder Schmuggelrouten bereitstellen und jene, die in Delikte verwickelt sind, die ihrerseits mit dem Drogenhandel in engem Zusammenhang stehen, wie z.B. Waffenhandel, Herstellung von chemischen Vorläufersubstanzen für die Droge bzw. die Länder, welche sich als wahre Steuer- und Finanzparadiese zum Waschen jener Gelder erwiesen, die aus dem Drogengeschäft erfließen. Somit handelt es sich also um ein transnationales Phänomen, das eng mit der Globalisierung der modernen Welt verknüpft ist.

8.6 Die geschichtliche Entwicklung des Drogenhandels in Kolumbien

Im nächsten Abschnitt möchte ich kurz die einzelnen Phasen in der Geschichte des Drogenanbaus- und -handels in Kolumbien beleuchten.

8.6.1 Der Marihuanaboom

Der erste Drogenboom, den Kolumbien in der Neuzeit erlebte, hatte das sehr schwach besiedelte und beinahe vom Rest des Landes isolierte Gebiet der „Sierra Nevada de Santa Marta“ und die umliegenden Zonen der Atlantikküste zum Schauplatz. Hier

entdeckten die Kleinbauern Mitte der 1970-er Jahre, dass der Hanfanbau zum Export von Marihuana in die Vereinigten Staaten ein wesentlich lukrativeres Geschäft war als ihre traditionellen agrarischen Produkte. Innerhalb von kürzester Zeit verdrängte die Marihuanaproduktion sogar den Anbau von Kaffee und Baumwolle. Interessant ist die Tatsache, dass es sich dabei eigentlich um die jüngste, in Kolumbien eingeführte Droge handelte. Im Gegensatz zum Kokain – das in Kolumbien aber in dieser ersten Phase nicht so sehr auf Grundlage der Bereitsstellung des Koka-Rohstoffes im eigenen Land sondern durch die Verarbeitung des aus Peru und Bolivien importierten Rohprodukts (der sogenannten Kokapaste) produziert wurde – baute man Marihuana bzw. Hanf also direkt in Kolumbien an und das Land entwickelte sich für eine kurze Zeitspanne zum weltgrößten Marihuana-Exporteur.

Auch die größte Stadt der Region der Sierra Nevada – Santa Marta – verwandelte sich darauf in kurzer Zeit nicht nur zu einem Zentrum der Kommerzialisierung dieses Produktes sondern auch zu einem Tummelplatz von Drogenhändlern, Mittelsmännern und Zwischenverkäufern aus allen Teilen des Landes, die – angelockt von der Aussicht nach schnellem Profit – auch ganze Armeen von Leibwächtern unterhielten. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Handels blieben im Wesentlichen auf die oben genannte Region beschränkt und der Boom selbst war nur von relativ kurzer Dauer. Dies hatte verschiedene Ursachen: Zum einen war das große Volumen, das die Droge beanspruchte und ihr charakteristische Geruch einem dauerhaften internationalen Export nicht sehr förderlich, da die Lieferungen sehr oft von Behörden und Drogenfahndern unterbunden werden konnten. Viele Kritiker betrachten die Tatsache, dass bei der drakonischen Verfolgung illegaler Rauschmittel nicht zwischen harten und weichen Drogen unterschieden wurde, als mitverantwortlich dafür an, dass die „harte“ Droge Kokain letztlich das „weiche“ Marihuana vom Markt verdrängte, denn beim Kokain handelt es sich im - Gegensatz zu Marihuana um ein geruchsunauffälliges Produkt mit äußerst geringem Volumensbedarf, was es für den Export besonders attraktiv machte.²³³

Dazu kam, dass dem kolumbianischen Marihuana Ende der 1970-er Jahre eine starke internationale Konkurrenz durch eine vermehrte hochqualitative Eigenproduktion in den Vereinigten Staaten – dem Hauptabnehmerland für diese Droge – entstand, welche zu einem Sinken der Preise auf dem kolumbianischen Markt führte. Diese sinkenden

²³³ Vgl. Zeitschrift „El Malpensante“, Bogotá, Ausgabe Nr. 25 Okt./2000: 102-103

Preise hatten zur Folge, dass sich viele Bauern - auch als Folge der von der Regierung Turbay auf Druck der Vereinigten Staaten initiierten Vernichtungskampagne gegen die Anpflanzungen in den wichtigsten Produktionsgebieten - allmählich vom Marihuana ab- und wieder den traditionellen Subsistenzprodukten zuwandten. Sinkende Preise *und* staatliche Verfolgung: Die Gewinne standen hier somit für viele Bauern in keiner Relation mehr zu den Verlusten und Risiken.²³⁴

Obwohl der Marihuana-Boom also weniger als ein Jahrzehnt anhielt, waren seine Auswirkungen auf die kolumbianische Gesellschaft, insbesondere in Hinblick auf die Beziehungen derselben mit dem Drogenhandel dauerhaft. Der Marihuana-Boom bestimmte den Rahmen, innerhalb dessen in Kolumbien die Diskussion über die Penalisierung bzw. die Legalisierung der Drogen stattfand.

Ende der 1970-er Jahre verteidigten verschiedene Politiker und politische Kommentatoren, welche die aus dem Drogengeschäft lukrierten Gelder wohlwollend betrachteten, die Legalisierung der Drogen. Vielleicht ist es präziser festzuhalten, dass ihr Interesse nicht so sehr der *Legalisierung der Drogen* sondern der *Legalisierung der Drogenhändler*, und insbesondere des *von ihnen lukrierten Kapitals* galt. Die Debatte um die Legalisierung entspannte sich zu dieser Zeit rund um das Thema Marihuana, da man sich der Bedeutung des Kokains in jener Phase noch nicht bewusst war, wobei man sich aber im Wesentlichen nur mit einer Dimension des Drogenhandels, dem Drogenschmuggel, beschäftigte und andere damit verbundene Aspekte wie die Produktion und den „Export“ von Gewalt nicht berührte. Der spätere Präsident Kolumbiens Ernesto Samper scheint aber einen Teil der in dieser Phase in der Diskussion um die Legalisierung oft ausgesparten Aspekte anzusprechen, wenn er 1981 in einem Essay schreibt:

Si Colombia no legaliza la marihuana, la economía nacional se verá erosionada y desestabilizada, se consolidará la impunidad de las mafias de traficantes y se corromperán totalmente ante la tentación del dinero fácil, la policía, los jueces y las fuerzas militares.²³⁵

Samper entfernt sich hier also bereits von einer rein ökonomistischen Sichtweise der Legalisierung und bringt andere Elemente, wie die Korruption des gesamten Staatsapparates ein, die auch mit einem Anschwellen der Gewalt (sei diese politischer oder nichtpolitischer Natur) in zumindest indirektem Zusammenhang stehen. Juan Gabriel

²³⁴ Ebd.

²³⁵ Tokatlian, 2000:151

Tokatlian interpretiert den Ruf Sampers nach Legalisierung als pragmatisch-positive Antwort auf die durch den Drogenhandel verursachten Herausforderungen:

Por último, la propuesta de Samper era eminentemente pragmática. No parecía sustentarse en una concepción filosófica sobre el papel del individuo y la relación con el Estado, en una convicción ética sobre la libertad personal y el bien común o en un principio económico liberal sobre la bondad incuestionable del libre mercado. Ernesto Samper parecía motivado por una elemental razón práctica: reducir el incipiente y violento impacto político del negocio ilícito de las drogas (en particular) la marihuana, manejar en términos económicos la importante renta creada por dicha empresa ilegal e incorporar socialmente una clase emergente agresiva y asertiva.²³⁶

Es mutet wie eine Ironie des Schicksals an, das derselbe Ernesto Samper, der in jungen Jahren die Legalisierung des Anbaus, des Handels und des Konsums von Drogen mit guten Argumenten leidenschaftlich verteidigt hatte, in seiner späteren Zeit der Präsidentschaft (1994-1998) unter dem Druck der USA gezwungen war, eine 180°Grad Kehrtwendung in dieser Materie zu vollziehen und - auch um dem seine gesamte Präsidentschaft begleitenden und durch durchaus stichhältige Indizien belegten Vorwurf, seine Kampagne, sei mit Geldern des Drogenkartells von Cali finanziert worden, den Wind aus den Segeln zu nehmen – sogar die internationale Gemeinschaft zu einem „großen Konsens gegen alle Formen der Liberalisierung im Gebrauch von Drogen“²³⁷ aufforderte.

Als sich also im Laufe der 1980-er Jahre herausstellte, dass die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen und angesichts eines internationalen, von „moralischen“ Überlegungen getragenen Feldzugs der USA gegen die Drogen jeden Gedanken an eine Legalisierung der Drogen und der Drogenhändler obsolet machten, hatte die kolumbianische Gesellschaft bereits in den gewalttätigsten Drogenhändlern Hoffnungen auf eine Liberalisierung und Legalisierung ihrer Aktivitäten geweckt. Diese ergriffen somit die Waffen gegen jene, die sie ihrer Ansicht nach verraten hatten.

8.6.2 Die Zeit der großen Kartelle und des „Narco-Terrorismus“

Anfang der 1980-er Jahre verschob sich der Schwerpunkt des illegalen Drogenhandels und der damit einhergehenden Aktivitäten und Kriminalität nach Medellín und Cali, den nach Bogotá größten Städten des Landes. Gleichzeitig verdrängte Kokain Marihuana als wichtigstes Handelsprodukt. David Bushnell macht in seiner Studie auf den

²³⁶ Ebd.: 154f.

²³⁷ Zitiert nach Tokatlian, 2000:136

Umstand aufmerksam, dass im Vergleich zu der ersten Phase des Drogenhandels und zum Marihuana-Boom diese zweite Phase von einem regelrechten qualitativen und quantitativen Quantensprung begleitet war:

Con el tiempo, la nueva industria de narcóticos se convirtió en algo muy diferente de la antigua, tanto en su estructura como en su escala. La marihuana se cultivaba en Colombia y luego se exportaba; la distribución en los Estados Unidos estaba principalmente en manos de norteamericanos. Pero Colombia no era gran productor de hoja de coca, de la cual se extrae la cocaína. Los principales productores eran Bolivia y Perú, desde donde se transportaba la pasta de coca semiprocada hacia laboratorios localizados en la capital antioqueña y sus alrededores (y más adelante en otros lugares) para su procesamiento final. Los colombianos se encargaban de enviar el producto terminado a los mercados extranjeros e incluso llegaron a controlar gran parte de la distribución dentro de dichos mercados, de los cuales el estadounidense era el más importante. Como procesadores y distribuidores, los productos colombianos de cocaína recibían una participación mucho mayor del precio final que los productores de materia prima bolivianos o peruanos, o los cultivadores de marihuana. El mercado, en fin de cuentas, tiende a recompensar el valor agregado de las manufacturas y la habilidad comercializadora de manera mucho más generosa que la producción primaria.²³⁸

So schuf die Drogenökonomie zwar einerseits Reichtum und Kapital, trug aber andererseits auch zur Krise von traditionellen Gewerbe und Industrie bei, denn die legalen Exporteure - etwa jene der einst hervorragenden Textilindustrie Medellins - fanden bald kein Mittel, um mit den Produzenten in den Nachbarstaaten, deren Währungen massiv abgewertet worden waren, zu konkurrieren, während in Kolumbien – aufgrund der Drogendivisen – der umgekehrte Prozess eingesetzt hatte. Importierte Konsumgüter erwiesen sich bald als günstiger als einheimische Produkte und überschwemmten in der Folge den kolumbianischen Markt.²³⁹

In dieser Phase bildeten sich schließlich die großen Drogenkartelle heraus, die das illegale Geschäft in Kolumbien (und im Ausland) bis etwa Mitte der 1990-er Jahre beherrschen sollten: die Kartelle von Medellín, von Cali und des „Norte del Valle“.

Untrennbar mit dem Kartell von Medellín, dem vielleicht mächtigsten und gewalttätigsten dieser drei großen Organisationen, ist natürlich der Name Pablo Escobars verknüpft, *des legendären Drogencapos par excellence*, dessen Aufstieg und Fall stellvertretend für das Schicksal so vieler größerer und kleiner Mafiabosse steht, ein Mann, der – wie bereits erwähnt - aus ärmlichen Verhältnissen stammte und sich die Gunst der Massen durch eine Vielzahl „*wohltätiger*“ Werke erkaufte und in dessen Charakter sich auf archetypische Weise eine tiefe Religiosität und strenge Disziplin mit absoluter Skrupellosigkeit und Gewaltbereitschaft verquickten. Obwohl Escobar durchaus

²³⁸ Bushnell, 1996: 356

²³⁹ Vgl. Bushnell, 1996:356f.

kein Hehl aus dem Ursprung seines Reichtums machte, hinderte dieser Umstand die prestigeträchtigste Zeitschrift des Landes, *Semana* nicht daran, ihn 1983 auf ihrer Titelseite als „Robin Hood aus Antioquia“ zu hofieren.²⁴⁰

In gewisser Weise trug diese neue aufstrebende Klasse von neureichen Drogenbossen zu einer Archaisierung der agrarischen Besitzverhältnisse bei, da diese Millionen Hektar Land (vor allem in den weiten Ebenen der Llanos Orientales und in den Viehzüchterregionen der Atlantikküste) und riesige Latifundien aufkauften, bzw. diese durch gewaltsame Vertreibung der ansässigen kleinen Grundbesitzer mithilfe der von ihnen finanzierten paramilitärischen Söldnerbanden erst schufen, um auf den so „erworbenen“ Grundstücken entweder legalen Tätigkeiten nachzugehen oder selbst weiter Koka anzupflanzen. Gleichzeitig verursachten die Drogenbosse einen regelrechten Boom am kolumbianischen Kunstmarkt, indem sie beträchtliche Summen in die Werke einheimischer Künstler investierten.²⁴¹

Ab Mitte der 1980-er Jahre entfesselten die kolumbianischen Drogenkartelle, allen voran das Medellín-Kartell, einen bis dato beispiellosen blutigen Terror und eine Welle der Gewalt gegen „sauber“ gebliebene Vertreter der kolumbianischen Politik und Justiz, vor allem gegen jene Persönlichkeiten, die sich für eine strikte Anwendung des seit 1978 geltenden Auslieferungsabkommens von kolumbianischen Drogenhändlern an die US-amerikanische Justiz aussprachen.

Die öffentliche Debatte und die kontroversen Positionen von kolumbianischen Politikern (mitunter quer durch die eigenen Parteien bzw. die Regierung), Juristen und Analytikern rund um das Thema der Auslieferung sollten die kommenden 10 Jahre bis zur allmählichen Zerschlagung der großen Kartelle prägen, denn die Drogenhändler setzten alles daran, die Auslieferung unter allen Umständen zu verhindern. Somit setzten die Drogenhändler die Gewalt jetzt nicht mehr nur dazu ein, die Konflikte zu „lösen“, die mit der illegalen Tätigkeit einhergehen, sondern um den Staat, insbesondere jene ihrer Vertreter in die Knie zu zwingen, die sich für die Auslieferung an die USA aussprachen. Das Motto der „extraditables“, also der sich der Auslieferung widersetzenen bereits festgenommenen oder untergetauchten Drogenhändler lautete „Preferimos una tumba en

²⁴⁰ Restrepo in IEPRI, 2006: 417

²⁴¹ Vgl. Bushnell, 1996: 358

Colombia a una cárcel en Estados Unidos", obwohl offensichtlich war, dass sie sich weder ins Grab noch ins Gefängnis wünschten, sondern in Kolumbien in Freiheit ihre Gewinne zu genießen trachteten.²⁴²

Nach einem langen, widersprüchlichen und undurchsichtigen juristisch-politischen Hickhack auf mehreren institutionellen Ebenen inkl. jener des Obersten Gerichtshofes, bei dem die Auslieferung mal als verfassungskonform und mal verfassungswidrig angesehen, mal als prinzipiell anwendbar in ein Sondergesetz gefasst, mal als nicht anwendbar wieder verworfen, mal abgeschafft und dann wieder eingeführt wurde, gelangte das Verbot der Auslieferung in der neuen Verfassung von 1991 sogar explizit zu Verfassungsrang. Natürlich wurden sofort Gerüchte laut, denen zufolge sich viele Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung von den Drogenhändlern bestechen hätten lassen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass nur sechs Jahre später in dieser Frage neuerlich eine Wendung um 180° vollzogen wurde: Die prinzipielle Möglichkeit der Auslieferung wurde diesmal in der Verfassung festgeschrieben.²⁴³

Das erste Opfer dieser als „Narco-Terrorismus“ zu trauriger Berühmtheit gelangten Welle blutiger Gewalt war 1984 der kolumbianische Justizminister Lara Bonilla, ein Vertreter des sogenannten Neuen Liberalismus, der sich offen für das Instrument der Auslieferung ausgesprochen hatte - ganz im Gegensatz zu seinem Präsidenten Belisario Betancur, der diese aus Gründen des Nationalismus und der Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität strikt ablehnte und dabei auch das Argument nicht gelten ließ, wonach das kolumbianische Justizwesen zu anfällig für Bestechungen und für Einschüchterungsversuche von Seiten der Drogenhändler sei, um wirklich rechtsgültige Urteile zu fällen, und die Strafen – wenn überhaupt – demnach lächerlich gering in Bezug auf die Schwere der begangenen Straftaten ausfielen.

Denoch erklärte der kolumbianische Staat nach dem Mord an Lara Bonilla den Drogenhändlern den offenen Krieg, wobei auch Betancur trotz weiter offen bekundeter Skepsis von seinem Prinzip der Verweigerung der Auslieferung an die USA abrückte und tatsächlich einige „größere und kleiner Fische“ ausliefern ließ. Diese Situation - bei der die kaltblütige Ermordung von Richtern und politischen Funktionären beinahe alltäglich

²⁴² Restrepo in IEPRI, 2006: 422

²⁴³ Vgl. Restrepo in IEPRI, 2006:420ff.

geworden war – eskalierte Ende 1989 und 1990 auf fatale Art und Weise. Nachdem der zweitmächtigste Mann des Medellín-Kartells, der wegen seiner Faszination für die kolumbianische Populärkultur „El Mexicano“ genannte Gonzalo Rodríguez Gacha, der zuvor mit seinen Helfershelfern ein Flugzeug der staatlichen Luftlinie Avianca mitten im Flug sprengen ließ, um vermutliche Informanten der Polizei zum Schweigen zu bringen, von den kolumbianischen Sicherheitskräften gestellt und erschossen worden war, kam es in der Abfolge von nur wenigen Monaten zu einer erschreckenden Häufung politischer Morde, welche den kolumbianischen Staat in den Grundfesten erschütterte und mit den Drogenhändlern in Zusammenhang gebracht wurden. Unter den Todesopfern befanden sich drei Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen 1990: Luis Carlos Galán, ein überaus aussichtsreicher Kandidat einer Fraktion der Liberalen Partei, der auf Härte und Unbestechlichkeit gegenüber den Drogenhändlern setzte, Bernardo Jaramillo, Kandidat der linken, aus den FARC hervorgegangenen UP und Carlos Pizarro, Ex-Guerillakämpfer und Kandidat der nunmehr legalen politischen Bewegung M-19.

Sehr zur Überraschung aller Beteiligten und der gesamten Gesellschaft setzte der aus dem Wahlgang 1990 siegreich hervorgegangene Kandidat – der Liberale César Gaviria – statt der Fortführung der Politik der Härte auf Verhandlungen mit den Drogenhändlern, die frappanterweise in gewisser Hinsicht der von Betancur initiierten Öffnung gegenüber der Guerilla ähnelten. Andrés López Restrepo verweist auf die Widersprüchlichkeit, die diesen Verhandlungen zugrunde liegen, wenn er schreibt:

Los narcotraficantes, por su parte, manifestaron que si el Estado podía negociar y dar un trato privilegiado a las guerrillas izquierdistas, también podía hacerlo con ellos. El proceso de paz estaba fundado en una ambigüedad que los narcotraficantes aprovecharon. El gobierno negociaba con las guerrillas porque, primero, reconocía motivaciones políticas en su lucha, y segundo, porque no podía derrotarlas. Este segundo factor es más importante porque es condición necesaria del primero: si el gobierno hubiera derrotado a las guerrillas no tendría que reconocerles motivaciones políticas. Los narcotraficantes vieron la posibilidad de aprovechar esta condición: si el gobierno nacional no podía derrotarlos, entonces debería reconocerles un carácter político y negociar su incorporación a la legalidad. De esta manera, la apuesta que el gobierno hizo por la negociación tuvo efectos contrarios a los esperados: no tuvo éxito con las guerrillas y en su lugar incentivó la violencia de los narcotraficantes.²⁴⁴

Obwohl man über die letzte Schlußfolgerung geteilter Meinung sein kann, so bringt dieses Zitat doch sehr prägnant einen Aspekt zum Ausdruck, der von rechten kolumbianischen Politikern nur in den seltensten Fällen eingestanden wird: Die Bereitschaft einer Regierung mit einer bewaffneten illegalen Organisation – sei diese nun

²⁴⁴ Restrepo in IEPRI, 1996: 422

nur rein krimineller oder politischer Natur - in Verhandlungen zu treten hängt nicht so sehr von einer unterstellten ethisch-moralisch-politischen Motivation des Kampfes des Gegners als ganz pragmatisch von dessen tatsächlicher Stärke und der Wahrscheinlichkeit ab, diesen in Zukunft in die Knie zwingen zu können. Auch wenn eine kolumbianische Regierung niemals öffentlich zugeben konnte, dass die anzuwendenden Strafbestimmungen oder etwaige Strafnachlässe bzw. Amnestien mit Kriminellen und „Terroristen“ (den Drogenhändlern) direkt ausgehandelt würden - tat sie doch de facto genau dies, sobald sie sich von diesen illegalen Gruppierungen an den Rand der Unregierbarkeit gebracht sah.

So gelang es Gaviria mit der Aussicht auf leichte und vorhersehbare Strafen (unter der Voraussetzung der bedingungslosen Unterwerfung unter und Zusammenarbeit mit der Justiz) eine Reihe von hohen Mitgliedern der Drogenkartelle und - nach Verankerung des Verbots der Auslieferung in die Verfassung - sogar den obersten Capo Pablo Escobar selbst zur Übergabe zu bewegen, wodurch die Phase des Drogenkrieges zunächst beendet schien. Für viele Kritiker hatten aber nicht so sehr die Drogenhändler sich dem Staat ergeben, sondern der Staat den Drogenhändlern.

Bereits nach knapp einem Jahr gelang Escobar mit einigen Helfershelfern die Flucht aus dem eigens für ihn errichteten Luxusgefängnis – übrigens kein besonders schwieriges Unterfangen, wenn man bedenkt, dass dieser in Wahrheit dort aus- und eingehen konnte, wann er wollte, allem Anschein nach in diesem mit Swimming-Pool und allem nur erdenklichem Luxus ausgestatteten „Gefängnis“ weiterhin ungestört seinen Geschäften nachging, und sogar von Sicherheitspersonal seines Vertrauens „bewacht“ wurde.²⁴⁵

Ein in den Augen der Weltöffentlichkeit der Lächerlichkeit preisgegebener Justiz- und Politapparat nahm darauf in einem Klima wieder eskalierender Gewalt die Verfolgung Escobars auf. Dabei bediente sich die kolumbianische Justiz pikanterweise auch der Unterstützung des rivalisierenden Cali-Kartells und der sogenannten „Pepes“ ("Los perseguidos por Pablo Escobar"), einer Gruppe von Drogenhändlern, Sicarios und Ex-Freunden Pablo Escobars, welche aus paramilitärischen Gruppen unter der Führung der berühmt-berüchtigten Brüder Fidel und Carlos Castaño bestanden, die vom Medellín-

²⁴⁵ Vgl. Restrepo in IEPRI, 1996: 426

Kartell selbst finanziert worden, später aber mit Escobar in offenen Konflikt geraten waren. So gelang es gewissermaßen „mit vereinten Kräften“ Pablo Escobar bei einer Razzia in Medellin 1993 zu stellen und zu töten.

Innerhalb der nächsten Jahre gelang es den kolumbianischen Behörden mit einer Taktik, die sich zwischen repressiven (öffentlichen) Druck und großen (geheimen) Zugeständnissen bewegte, die wichtigsten Capos des Cali-Kartells der Brüder Orejuela zur Übergabe zu bewegen bzw. zu verhaften. Dieses Kartell stand in Bezug auf Einfluss und Macht (vor allem auf dem internationalen Markt und bei der Verteilung des Kokains in den USA) jenem des Medellin-Kartells keineswegs nach, ging aber im Allgemeinen bei seinen Aktivitäten „unauffälliger“ vor und setzte weniger auf die direkte Konfrontation mit dem Staat als auf dessen Korruption und die schleichende Unterwanderung seiner Institutionen in allen Bereichen. Auch das Cali-Kartell scheute natürlich keineswegs vor Gewalt zurück, sondern setzte diese nur gezielter, strategischer, „punktuelter“ und „diskreter“ ein.

Bei der Vernichtung der großen Kartelle spielte ein Instrument eine große Rolle, bei dem das kolumbianische Justizsystem sprichwörtlich „das Gesicht“ verlor: die sogenannte „Justiz ohne Antlitz“ („*justicia sin rostro*“): Dabei handelte es sich um eine staatliche Maßnahme, bei der es im Wesentlichen darum ging, die Identität von Richtern, Staatsanwälten, Geschworenen und Zeugen bei Prozessen gegen Mitglieder der Drogenmafias geheim zu halten, um sie vor Morden, Einschüchterungsversuchen und Vergeltungsakten zu schützen. Diese Maßnahme erwies sich zwar anfänglich als durchaus effizient, führte aber zu einer Reihe von Problemen praktischer und grundsätzlicher Natur, da durch sie bestimmte Grundfesten des Rechtsstaates, wie etwa das Recht eines Angeklagten zu wissen, wer über ihn richtet und wer ihn welchen Vergehens bezichtigt, de facto außer Kraft gesetzt wurden. Kritiker sprachen zu Recht davon, dass man, um den Rechtsstaat zu schützen, denselben in Wirklichkeit opfere und dem Missbrauch des Systems etwa für falsche Zeugenaussagen für das Begleichen von persönlichen Rechnungen Tür und Tor öffnete.²⁴⁶

Mit der Zerschlagung des Cali-Kartells ging die Ära der allmächtigen Capos und der großen Organisationen zu Ende. Dies hat aber nichts am Umstand geändert, dass der

²⁴⁶ <http://www.proceso.com.mx/prisma.html?sec=3&nta=48137>

Drogenhandel äußerst lebendig blieb und bis heute nichts von seinem Umfang verloren hat.

8.6.3 Die Internationalisierung des Kampfes gegen den Drogenhandel - der „Plan Colombia“

Wie im vorangegangenen Abschnitt erwähnt, änderte die Zerschlagung der größten Kartelle Mitte der 1990-er Jahre nichts an den Dimensionen des Drogenhandels in Kolumbien und dem von der Regierung geführten „Krieg gegen die Drogen“ - im Gegenteil - er verschärfte sich sogar. Dabei übernahm eine Unzahl kleiner oder mittelgroßer Kartelle bzw. paramilitärischer Verbindungen bei der Kontrolle des Anbaus, der Verarbeitung, des Exports und des Handels die Rolle der einstigen beinahe monopolhaft agierenden Großkartelle. Besonders in dieser letzten Phase erlangt dabei die Intervention von außen – vor allem durch die Vereinigten Staaten – eine immense Bedeutung.

Der „Antidrogenfeldzug“ der USA hat in der Politik Kolumbiens und der ganzen Andenregion so tiefe Spuren hinterlassen wie die Entwicklung des Drogenhandels selbst. Bis zur Verdrängung des „Kriegs gegen die Drogen“ durch den „weltweiten Krieg gegen den Terrorismus“ wurde die US-Hilfe für die Herstellung der Sicherheit in der Region *offiziell* ausschließlich als Bestandteil des Kampfes gegen den Anbau und den Handel illegaler Drogen und nicht als Mittel zur Bekämpfung linker Aufständischer oder als offizielle politische Intervention deklariert – obwohl sie in den Augen vieler Betrachter genau dies de facto war. Diese Kritiker werfen den USA vor, ab dem 2. Weltkrieg bis weit über den Fall des Eisernen Vorhangs hinaus alle Probleme Lateinamerikas aus dem Blickwinkel eines globalen antikommunistischen Feldzugs betrachtet und dabei eine Doktrin unterstützt zu haben, welche darauf hinauslief, die politische, wirtschaftliche und militärische Macht in den Händen der reaktionärsten und in vielen Fällen auch diktatorischen Kräften der lateinamerikanischen Gesellschaft zu halten und zu verstärken - wobei dies in den meisten Fällen aber nicht durch direkte Intervention sondern durch die Manipulation der herrschenden Machtstrukturen hinter den Kulissen geschehen sei.²⁴⁷

²⁴⁷ Vgl. Caballero et al. 2002: 13ff.

Im Fall des Antidrogenfeldzugs sei der Krieg zwar im Ausland erklärt aber fast ausschließlich in Kolumbien geführt worden.²⁴⁸

Nach dem 11. September wurde diese Strategie des offiziellen internationalen Antidrogenfeldzuges zwar nicht aufgegeben, trat aber zugunsten des „Kriegs gegen den Terrorismus“ in den Hintergrund, wobei diese beiden Elemente in der Realität aber verquickt wurden. Die implizite These lautete folgendermaßen: wenn man „Terrorgruppen“ wie die FARC bekämpfte, so bekämpfte man gleichzeitig auch den Drogenhandel, da sich letztgenannte angeblich hauptsächlich über den Drogenhandel finanzierten und umgekehrt. Dies gab den USA Spielraum, um – immer unter Hinweis auf den internationalen „Kampf gegen Drogen und Terrorismus“ - auf direkte Weise in die Aufständischenbekämpfung einzugreifen und eine offene Politik des Interventionsmus zu betreiben, eine Entwicklung die gerade in diesen Monaten (Herbst 2009) mit der Kontroverse über die Errichtung von offiziellen US-amerikanischen Militärbasen in Kolumbien auch unter Präsident Obama einen neuen Höhepunkt erfährt. Sollten diese Militärbasen, die entgegen anderslautenden Beschwichtigungsversuchen nicht nur für die Unterstützung der kolumbianischen Armee im Kampf gegen den Drogenhandel sondern wohl als direkte Form der Beteiligung an der Bekämpfung der FARC bzw. als Abschreckungs- und Einschüchterungsmaßnahme gegen den linksautoritären Präsidenten Venezuelas, Hugo Chávez gedacht sind, tatsächlich errichtet werden, würden die USA von einem langjährigen Prinzip abrücken, das ihre Außenpolitik in den letzten Jahrzehnten geleitet hat: keine direkte politisch-militärische Intervention in Konfliktgebieten, die mit Vietnam vergleichbar sein könnten.

Über den im Rahmen dieser Verquickung der Antidrogen- mit der Antiterrorstrategie der USA maßgeblichen äußerst kontroversen Begriff der „Narco-Guerilla“ bzw. des „Narco-Terrorismus“ in Verbindung mit der Guerilla bin ich in einem der vorhergegangenen Abschnitte kurz eingegangen.

Die Notwendigkeit einer (direkten oder indirekten) Intervention in Kolumbien im Rahmen ihres internationalen Kriegs gegen die Drogen begründeten die USA mit einer Reihe durchaus hinterfragbarer Thesen. Laut Juan Tokatlian handelt es sich dabei um folgende Prämissen, die ich hier kurz und vereinfachend zusammenfassen möchte:

²⁴⁸ Ebd.

Es wird 1) davon ausgegangen, dass die in Kolumbien und in anderen Ländern hergestellten Drogen eine Gefahr für die „Moral“ und die „innere Sicherheit“ der USA und anderer Länder sind. 2) wird eine Beziehung zwischen Nachfrage und Angebot suggeriert, bei der vor allem das Angebot die Nachfrage bestimmt, und nicht umgekehrt. Dadurch wird 3) eine Repression gerechtfertigt, welche sich vorwiegend auf die Zentren des Anbaus, der Verarbeitung und der Produktion und weniger auf jene des Konsums illegaler Drogen konzentriert, da sich dieser Ansatz, der von einer vermeintlichen „Wurzel“ ausgehe als effizienter erweise, d.h die Vernichtung der Anbauflächen sei es auf manuell Weise oder (bevorzugterweise) durch Besprühung von Pflanzenvernichtungsmitteln aus der Luft hat absolute Priorität 4) Durch diese Vorgehensweise erwartet man sich schließlich einen Rückgang der Anbauzonen in den Herstellerländern und 5) einen Rückgang der Preise der illegalen Produkte, einen Schwund der Macht der Händler und die Eindämmung der durch den Drogenhandel erzeugten Gewalt sowie 6) als Folge der beiden zuvor genannten Punkte eine geringere Verfügbarkeit von Drogen auf dem US-amerikanischen Markt, einen höheren Preis für diejenigen, die diese Drogen mißbrauchen und einen geringeren Reinheitsgrad der Rauschmittel was 7) schließlich auch zur Eindämmung des Konsums führen sollte.²⁴⁹

Bei allen obengenannten Punkten wird natürlich auch die - ebenfalls sehr fragwürdige - Grundprämisse akzeptiert, dass der Weg der Repression, Prohibition und Verfolgung des Drogenanbaus, -handels und -konsums zur Beseitigung der mit diesem Phänomen einhergehenden sozialen Übel und der Gewalt tatsächlich der wirksamste ist.

Nun stellt sich nach Jahrzehnten der Anwendung dieser Strategie natürlich die Frage, ob durch sie die erwähnten Ziele tatsächlich erreicht wurden bzw. ob sich die oben genannten Prämissen nach so vielen Jahren noch aufrechterhalten lassen. Und angesichts einer erdrückenden Fülle von Statistiken, Analysen und Studien, die ein gegensätzliches Resultat bescheinigen, kann die Antwort für den gesamten Andenraum im Allgemeinen und für Kolumbien im Besonderen nur „nein“ sein. Die durch milliardenschwere Finanzmittel aus den USA unterstützte Politik der Vernichtung der Produktion an der Quelle, d.h. an den Koka-Anbauflächen und die Strategie der massiven Militäraktionen gegen die FARC und der Zerstörung von Drogenlabors etc. hat keineswegs zum gewünschten Ergebnis geführt. Besonders die von den USA forcierte Praxis der

²⁴⁹ Tokatlian, 2000: 93ff

Vernichtung von weiträumigen Anbauflächen aus der Luft mithilfe des chemischen Pflanzenvernichtungsmittels Glyphosat zeitigte nicht nur desaströse Auswirkungen auf Fauna und Flora des gesamten betroffenen Ökosystems, es hat auch die unselige „Vermählung“ zwischen Drogenhandel und Paramilitärs einerseits und Guerillas andererseits weiter verstärkt, und die schwächsten Sektoren der Gesellschaft (Kleinbauern, Erntehelfer, Tagelöhner, indigene Gruppen) noch verwundbarer gemacht.

Es ist zwar richtig, dass etwa in Peru und Bolivien, die in den 1970-er und 1980-er Jahren noch - weit vor Kolumbien - die Hauptanbauländer von Koka waren, die Produktion für einen gewissen Zeitraum deutlich zurückging, dafür stieg sie in Kolumbien so außergewöhnlich an, dass sich das Land Mitte der 1990-er Jahre vom Hauptverarbeitungs- und -exportland auch in das weltweit führende Produktionsland von Koka und Kokain verwandelte, wobei das insgesamt Produktionsvolumen in diesen Ländern in einem Vergleichszeitraum von zehn Jahren aber nicht sank, sondern sogar leicht stieg.²⁵⁰

Diesem Umstand liegt ein Phänomen zugrunde, dass „Balloneffekt“ genannt wird, sowohl auf nationaler als auch transnationaler Ebene zum Tragen kommt und im UNDP folgendermaßen definiert wird:

El efecto globo. Igual que al inflar un balón la presión del aire empuja en todas las direcciones, las políticas antidrogas basadas en reprimir la oferta la desplazan de un lugar a otro pero no la erradican. Así sucedió con la fumigación de marihuana en México que la hizo migrar hacia Colombia. Así ocurrió con el desplazamiento de la marihuana de la Sierra Nevada de Santa Marta hacia el Cauca. Más tarde - a fines de los 80 - se reprimió el cultivo de coca en Bolivia y Perú, y los narcotraficantes colombianos sustituyeron las importaciones por siembras en Colombia. [...]

El mecanismo económico que subyace al *efecto globo* es simple: el éxito de la erradicación en un área reduce temporalmente la oferta y esto se traduce en un alza de precios. Luego, dado que la demanda por drogas es bastante inelástica, los mayores precios estimulan la siembra en otros lugares. Ese traslado de las siembras se facilita en la medida en que los costos de hacerlo son bajos, puesto que la mayoría de los derechos de propiedad sobre las tierras de cultivos ilícitos no están definidos.

La disminución del área cultivada con coca desde 2001 - particularmente la caída de 29,6 % entre 2001 y 2002 - es interpretada como un éxito contundente de la política de fumigación cuando no es otra cosa que el necesario rezago en el *efecto globo* mientras se completa la recomposición regional de los cultivos. [...]

Una prueba más de la recomposición geográfica de los cultivos es que la reducción de las siembras en Colombia ha sido acompañada por el inicio de lo que se perfila como un nuevo auge en Bolivia y Perú. Como la mítica serpiente marina contra la que Hércules luchó, la guerra contra las drogas tiene un enemigo elusivo: cada vez que una cabeza de hidra se corta, nacen otras dos.²⁵¹

²⁵⁰ Chernick, 2008:218

²⁵¹ UNDP, 2003:310f.

Aus dieser Analyse ergeben sich zwei wesentliche Mechanismen eines fatalen Kreislaufs. Einerseits erweist sich, dass sich durch die massiven Besprühungen aus der Luft die Gesamtgröße der Anbauflächen nicht wesentlich verändert, sondern – über nationale Grenzen hinaus - lediglich verschoben hat. Andererseits führt eine kurzfristige Verknappung des Angebots - bei gleichbleibender Nachfrage - lediglich dazu, dass die Preise enorm stiegen, was wiederum den Koka-Anbau für alle Beteiligten - und selbstverständlich in hohem Maße auch die bewaffneten Akteure - in anderen Landesteilen immens attraktiv machte. Es kommt somit nicht nur zu einer Verschiebung der Anbauflächen sondern auch des Konflikts bzw. des Drogenkriegs - ebenfalls über internationale Grenzen hinaus. Auf diesen wichtigen Aspekt macht Marc Chernick aufmerksam, wenn er schreibt:

Por otra parte, al aumentar el volumen del negocio en Colombia durante los años noventa, la guerra contra las drogas tuvo la no buscada consecuencia de proporcionar oportunidades tanto a las guerrillas como a los paramilitares de obtener una mayor tajada del tráfico, alimentando de esa manera aún más la endémica violencia política de la nación. La destrucción de los mayores carteles colombianos también creó la oportunidad para que los carteles mexicanos intervinieran y se hicieran cargo del trasbordo y la comercialización final de la mercancía. Con la apertura de las fronteras comerciales entre Estados Unidos y México en 1994, a partir de la iniciación del Tratado de Libre Comercio de América del Norte (TLCAN), los sindicatos mexicanos de la droga estuvieron en muy buena posición para llenar el vacío dejado por los otrora todopoderosos traficantes colombianos. Las consecuencias de la guerra contra la drogas, en consecuencia, han sido devastadores tanto para Colombia como para México, en momentos en que Bolivia y Perú experimentaban algún alivio de los corrosivos efectos a gran escala del narcotráfico.²⁵²

Die Tatsache, dass Mexiko im Laufe des Jahres 2009 aufgrund einer beispiellosen Welle der Gewalt in Zusammenhang mit dem „Krieg gegen die Drogen“ auf den Schlagzeilen der Weltpresse landete, scheint diese These ganz klar zu bestätigen.

Das im Zusammenhang mit dem zuvor Gesagten wichtigste und umstrittenste Instrument dieser vorgeblichen „Hilfe“ der USA für Kolumbien bei der Drogenbekämpfung ist der sogenannte „Plan Colombia“. Ein erstes Konzept dieses Plans war im Jahre 1998 von der neuen Regierung Pastrana im Rahmen der Aufnahme der Friedensgespräche mit den FARC als eigenes nationales Projekt in Zusammenarbeit mit der Clinton-Regierung im Sinne eines kolumbianischen Marshall-Planes präsentiert worden und umfasste ursprünglich eine überraschend komplexe Sichtweise des Problems, bei welcher der Schwerpunkt der geplanten Aktionen und Finanzhilfen weniger auf der

²⁵² Ebd.:218f.

Drogenbekämpfung als auf den Aspekten wirtschaftlicher und sozialer und infrastruktureller Entwicklung für den Wiederaufbau des Landes nach dem erhofften positiven Ausgang der Verhandlungen mit den FARC lag.²⁵³

Die Akzentverschiebung, die allerdings in den nächsten Jahren vorgenommen wurde, war frappant. Der letztlich von US-Experten im Alleingang ausgearbeitete Plan mit einem auf drei Jahren verteilten Finanzierungsvolumen von 1, 6 Milliarden Dollar sah schließlich mehr als 70 % dieses Budgets für die militärische Aufrüstung der Polizei und des Militärs sowie zur Bildung von Spezialeinheiten vor, während die Bereiche Justiz, Soziales, Wirtschaftsentwicklung und Infrastruktur auf einen eher symbolischen Anteil reduziert wurden. Somit war Kolumbien 1999 zum weltweit drittgrößten Empfänger von US-Militärhilfe (nach Israel und Ägypten) geworden.²⁵⁴

Vielleicht noch wichtiger als die Aufrüstung des Sicherheitsapparats ist aber ein anderer Aspekt: die schrittweise Verschmelzung der in den Jahren zuvor zumindest offiziell streng getrennten Strategie des Antidrogenkampfes mit jener der Aufständischenbekämpfung und die massive Verwicklung der USA in diesen, insbesondere nach dem 11. September 2001 unter dem Oberbegriff des „Kriegs gegen den Terrorismus“.

Im Jahre 2002 schließlich autorisierte US-Präsident Bush auch offiziell die Verwendung der bereitgestellten Finanzmittel und Kriegsgeräte nicht nur zur Bekämpfung des illegalen Drogenanbaus- und -handels sondern auch zur Aufständischen- und „Terrorismusbekämpfung“.

De este modo, por una extraña alquimia, el Plan Colombia pasó de ser un plan antinarcóticos, en su concepción, a un plan contrainsurgente, en la práctica, y de allí a un plan antiterrorista, en su denominación. Aunque la ayuda aprobada para Colombia contenía restricciones, en la realidad el Plan había sido concebido desde la idea de hacer frente al desafío de los grupos guerrilleros. La ambigüedad entre guerra antinarcóticos y guerra contrainsurgente quedó risuelta (y disuelta) en la guerra contra el terrorismo.²⁵⁵

Es gibt einige Anzeichen, dass der neue US-Präsident Obama nach 8 Jahren Anwendung des Plan Colombia 8 mit beinahe rein militärischer Ausrichtung (die ursprünglich auf drei Jahre befristete „Hilfe“ wurde inzwischen verlängert) gewillt ist, zu dessen wesentlich gesamtheitlicheren ursprünglichen Konzeption zurückzukehren, und

²⁵³ Rojas in: IEPRI, 2006: 50

²⁵⁴ Hörtnner, 2006:189f.

²⁵⁵ Rojas in:IEPRI, 2006:54

das Schwergewicht der finanziellen Ressourcen wieder auf die Bereiche Wirtschaftsentwicklung und Soziales zu verlagern.²⁵⁶

8.7 Fünf Thesen über den Zusammenhang von Drogenhandel und politischer Gewalt

Abschließend möchte ich noch einmal jene Aspekte des Drogenhandels zusammenfassen, die mir für das Thema der damit verknüpften politischen Gewalt fundamental erscheinen:

These 1: Der Drogenhandel ist keineswegs die Ursache des bewaffneten Konflikts, hat diesen aber sehr wohl verstärkt, erweitert und genährt, wodurch er als dessen Triebstoff und Motor angesehen werden kann. Auch wenn die bewaffneten Konfliktparteien auf den Drogenhandel zu ihrer Finanzierung zurückgreifen, kann man doch nicht von einer Entpolitisierung des Konfliktes sprechen, denn im Wesentlichen dient der Drogenhandel für die bewaffneten illegalen Gruppierungen (Guerillas und Paramilitärs) als Mittel zur Fortführung des bewaffneten Kampfes und nicht als dessen Zweck.

Diese These vertritt auch Diana Marcela Rojas, Professorin der Nationaluniversität in Bogotá sehr treffend und prägnant, wenn sie schreibt:

[...] si bien hoy en día hay un estrecho vínculo entre el conflicto armado y el tráfico de drogas, este último sólo puede ser visto como la "causa eficiente" y más inmediata del conflicto. La economía de las drogas, aunque puede explicar la prolongación en el tiempo y la agudización del conflicto, no puede ser vista como la "causa immanente", es decir, no por la existencia del narcotráfico nacieron las guerrillas en Colombia: la exclusión política, la desigualdad social, la pobreza etc. siguen siendo factores que se deben considerar. Y aun cuando esas causas profundas son todavía motivo de controversia, reducir el conflicto armado al problema del narcotráfico no hace más que generar mayor confusión e ilusiones en la población, que tarde o temprano se verán frustradas.

En general, si bien las guerras necesitan recursos, ya sean legales o ilegales, éstas no existen porque haya recursos para hacerlas. Ése es un error en el que incurren aquellos trabajos que caracterizan a las llamadas nuevas guerras simplemente como guerras de depredación. Al menos, con respecto al caso colombiano, no estaríamos hablando de una guerra sólo por el control de recursos económicos.

²⁵⁶ Vgl. etwa <http://colombiareports.com/opinion/111-colombiamerican/2617-plan-colombia-obama-style.html>

Los grupos armados siguen teniendo motivaciones políticas, por muy polémicas e incomprensibles que a veces resulten. Además, la economía de la droga no es la única que sustenta el conflicto armado, como se señaló.²⁵⁷

Somit lässt sich also weder kategorisch festhalten, dass es ohne Drogen keinen Konflikt in Kolumbien gäbe bzw. dass eine erfolgreiche Bekämpfung der Drogen zu dessen Ende führen würde. Ebenso wenig ist aber auch der Umkehrschluss stichhaltig, nachdem ein Ende des bewaffneten Konfliktes ein Ende des Drogenhandels nach sich ziehen würde, denn die „Industrie“ der illegalen Drogen hat sich in großem Ausmaß außerhalb dieses Konfliktes entwickelt.²⁵⁸

These 2: Der Drogenhandel hat zu einer starken Verschmelzung der Begriffe „politischer“ und „gewöhnlicher“ Gewalt beigetragen.

Wenn auch eine genaue Abgrenzung und Unterscheidung von „politischer“ von „gewöhnlicher“ Gewalt in Kolumbien bis etwa Mitte der 1980-er Jahre schon manchmal ein recht schwieriges Unterfangen war, so verschmelzen die Grenzen ab diesem Zeitpunkt wohl endgültig. Die illegalen bewaffneten Organisationen greifen zunehmend auf kriminelle Methoden und Beteiligung am Drogenhandel zurück, während die Drogenhändler mit allen Methoden - gewaltsam oder nicht - Einfluss auf die Politik zu gewinnen trachten, um ungestört ihren Geschäften nachgehen zu können. Einige von ihnen – wie Carlos Lehder oder Pablo Escobar - gründeten sogar eigene politische Bewegungen.

These 3: Der Drogenhandel begünstigte die Herausbildung einer neuen Großgrundbesitzerklasse und verschärfte die sozialen Konflikte auf dem Land

Ihre aus den illegalen Machenschaften gewonnenen Gelder investierten die Drogenhändler nicht nur in den Vereinigten Staaten und Europa, sondern kauften damit große Teile des Landes auf. Dadurch bildete sich eine neue archaisch anmutende Schicht von Großgrundbesitzern (vor allem in den „Llanos orientales“ und den Viehzüchterregionen der Atlantikküste), welche die sozialen Gegensätze am Land noch verschärfte, den arbeits- und sozialrechtlichen Strukturen jener Gegenden den Stempel aufdrückten und somit massiv dazu beitrugen, die bescheidenen Errungenschaften der

²⁵⁷ Rojas in: IEPRI, 2006: 60f.

²⁵⁸ Vgl. dazu UNDP, 2003: 305ff.

Landreformen der vergangenen Jahrzehnte wieder rückgängig zu machen. Kritiker sprechen in diesem Zusammenhang häufig von einer „contrarreforma agraria“, also einer Agrar-Gegenreform, die de facto durch die Drogenhändler am Land vollzogen worden sei.

These 4: Der Drogenhandel geht Hand in Hand mit dem Aufstieg des Paramilitarismus

Die neuen Großgrundbesitzer waren am massiven Aufschwung des Paramilitarismus beteiligt, da sie sich weder geneigt zeigten, sozial- und arbeitsrechtliche Normen bei der Behandlung ihrer Arbeitnehmer einzuhalten, noch bereit waren, die Erpressungen durch die Guerilla bzw. die Zahlung der von diesen eingeforderten „Revolutionssteuern“ widerstandslos hinzunehmen und daher auf die Dienste bezahlter Söldnerbanden zurückgriffen, um sich vor Anschlägen gegen ihr Leben bzw. Entführungen durch die Guerilla zu schützen.

These 5: Der Drogenhandel führte zu einer Internationalisierung des Konfliktes im Zeichen der Globalisierung

Die massiven direkten und indirekten internationalen Interventionen in den Konflikt (insbesondere durch die USA) drückten diesem im letzten Jahrzehnt ihren unverkennbaren Stempel auf und führten zu einer radikalen Veränderung in dessen Dynamik, bei dem die Interessen Kolumbiens beinahe unauflöslich mit den außenpolitischen Interessen der USA verschmolzen. Somit wird es für Kolumbien immer schwieriger, einen eigenen Weg aus diesem Labyrinth zu finden, bei dem nicht die Interessen einer Fülle internationaler Akteure vorrangig beachtet werden müssen.

9. PARAMILITÄRS UND SELBSTVERTEIDIGUNGSGRUPPEN

9.1 Allgemeines

In groben Zügen bezieht man sich mit dem Ausdruck „Paramilitärs“ oder „Paramilitarismus“ auf spezielle Organisationen, die über eine Struktur oder eine militärische Disziplin verfügen, die denen einer regulären Armee ähneln, die aber kein formeller oder offizieller Bestandteil der Streitkräfte eines Landes sind. Die meist rechtsextremen paramilitärischen Organisationen können den Interessen des Staates oder Privater dienen und agieren meist außerhalb des Gesetzes. Zu ihren Mitgliedern können Polizei- und Armeekräfte, Söldner und private Sicherheitsgruppen gehören. Da diese Gruppen im Allgemeinen den Charakter einer irregulären Miliz besitzen, halten sich diese bei ihrem Kampf an keine nationalen und internationalen Vereinbarungen und Konventionen der Kriegsführung, was es ihnen ermöglicht, Gewaltexzesse zu begehen, die für eine staatliche Streitkraft unzulässig wären.

In Kolumbien ist der Paramilitarismus ein zugleich altes und relativ junges Phänomen. Wie ich bereits in den Kapiteln über die „Violencia“ geschildert habe, waren die der Konservativen Partei und den staatlichen Sicherheitskräften nahe stehenden Banden der „Chulavitas“ und „Pájaros“ an einer Vielzahl von Massakern gegen die liberale Zivilbevölkerung beteiligt und können durchaus als Vorläufer des modernen Paramilitarismus bezeichnet werden, der in Kolumbien erst ab etwa Mitte der 1980-er Jahre wirklich virulent wurde. Wie rasant sich die Entwicklung aber innerhalb weniger Jahre vollzog, zeigt die Tatsache, dass Ende der 1980-er Jahre bereits etwa 140 illegale „Selbstverteidigungsmilizen“, wie sich die Paramilitärs selbst nennen, in Kolumbien registriert wurden.²⁵⁹

Die Hauptfunktion der Paramilitärs bestand seit den Zeiten der „Violencia“ bis heute in der Verteidigung der Interessen ihrer Begünstiger – in ihrer großen Mehrzahl Viehzüchter, Großgrundbesitzer und Drogenhändler (aber auch internationale Wirtschaftsunternehmen, die in Kolumbien tätig sind, und die sich durch Anheuerung von paramilitärischen privaten Schutztruppen vor Verfolgung oder Entführung durch die linke

²⁵⁹ Hörtnner, 2006: 139

Guerilla schützen wollten). Seit den 1970-er Jahren bis heute wird die Beteiligung und Mitschuld von paramilitärischen Gruppen an einer Unzahl von Massakern, Folterungen, Entführungen und anderen Menschenrechtsverletzungen immer wieder von unabhängigen Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International angeprangert. In diesen Berichten werden häufig auch die verschlungenen Beziehungen aufgezeigt, welche die Paramilitärs in vielen Fällen zu kolumbianischen Politikern und Militärs und einflussreichen Personen aus der Wirtschafts- und Finanzwelt, also zu hochrangigen offiziellen Vertretern des kolumbianischen Staates unterhalten, was diese illegalen Milizen zu einem wichtigen Einflussfaktor auf Politik, Wirtschaft, Justiz und Militärwesen des Landes macht. Dabei handelt es sich um einen Aspekt, der diese Gruppen innerhalb des Spektrums illegaler Bewegungen auf kolumbianischem Territorium besonders auszeichnet.

9.2 Paramilitarismus als Instrument des schmutzigen Krieges

Der Fall Kolumbien ist also aufgrund der Beziehungen, die der Nationalstaat mit den Paramilitärs unterhielt, innerhalb der parastaatlichen Phänomene besonders brisant. Gewiss trat der kolumbianische Paramilitarismus nicht zufällig in Erscheinung, denn er wurde von Vertretern des kolumbianischen Staats- und Wirtschaftssystems über lange Zeit zumindest indirekt massiv unterstützt.

Zu den Hauptkräften innerhalb des legalen politischen und staatlichen Apparats und den intrasystemischen Machtzirkeln, die den Paramilitarismus so lange Zeit am Leben erhalten, gefördert und finanziert haben, gehören unter anderem Politiker auf allen regionalen und staatlichen Ebenen, Großgrundbesitzer, städtische und ländliche Eliten und das Wirtschafts- und Finanzestablishment des Landes.

Verschiedene Analysten sehen den Paramilitarismus im Wesentlichen als einen bewaffneten Ausdruck einer sozialen Koalition der herrschenden Eliten und als Fortführung einer reaktionären und repressiven Regierungspolitik mit anderen Mitteln, eine Politik, die darauf ausgerichtet war, alle Formen des sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Protests zu kriminalisieren und mit Gewalt zum Verstummen zu bringen, wobei Armee, Regierung und Politik die doppelte Strategie anwendeten, den Paramilitarismus zwar in der Theorie als illegal zu verfolgen, ihn aber in der Praxis zu tolerieren, zu protegieren und ihn bei der Ausbreitung zu unterstützen, also als dessen direkte oder indirekte Komplizen fungierten:

En muchos sentidos, los paramilitares han sido promovidos por decisiones tomadas desde altas esferas del gobierno. Como los paramilitares mismos afirman, hubo leyes previas que autorizaban la creación de grupos de autodefensa, lo cual podría haber sido un incentivo para que las élites rurales acudieran a la violencia en situaciones extremas. El gobierno de Julio César Turbay Ayala (1978-1982) promulgó un estatuto de seguridad extremadamente represivo, pero al tiempo – a través de su ministro de Defensa – llamó a la población a que se armara. Desde entonces, prácticamente todos los gobiernos han mostrado debilidad – en la versión optimista – hacia el paramilitarismo y en general hacia la privatización de la seguridad. En muchas regiones, los mismos oficiales del ejército han creado, promovido y protegido las unidades paramilitares, siguiendo (según ellos) las directrices del gobierno central. De hecho, algunos de los peores transgresores han gozado de una total impunidad e incluso han sido promovidos.[...] Ejemplos de esta clase pueden encontrarse a lo largo del período en todo el país. Esto nos muestra una perfecta armonía establecida entre las coaliciones regionales y locales y las políticas del gobierno central. La complicidad y cooperación en el terreno entre autodefensas y militares tiene varias fuentes. Las primeras han tenido como una de sus directivas centrales no combatir ni al Ejército ni a la Policía; incluso en caso de que las autoridades buscaran combatirlos, los paramilitares tenían claro que no solo en términos técnicos, sino también psicológicos, era para ellos imposible enfrentarlos, puesto que al hacerlo perderían todo su sentido. Pero, en la otra dirección, las autoridades por varios años fueron largamente refractarias al enfrentamiento con el paramilitarismo – y esto es claramente un fenómeno nacional. De hecho mostraron una pasividad casi total hasta 1995, cuando bajo la presión del gobierno de Estados Unidos se comenzó a combatirlos más activamente [...].²⁶⁰

In eine ähnliche Kerbe schlägt Alirio Uribe Muñoz, ein Vertreter des kolumbianischen Anwaltskollektivs, einer Menschenrechtsvereinigung, die sich der Anprangerung der von der Regierung ermöglichten Straffreiheit paramilitärischer Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Ziel gesetzt hat:

Der Paramilitarismus in Kolumbien ist ein Anti-Guerilla-Projekt, bei dem der Staat einerseits seinen guten Ruf zu bewahren sucht und andererseits einen schmutzigen Krieg gegen die Zivilbevölkerung anzettelt. Die Paras sind nichts anderes als eine Privatisierung des schmutzigen Krieges. Bei uns werden nicht nur die Bereiche Ausbildung, Gesundheitswesen und öffentliche Dienste privatisiert – nein, man hat auch den schmutzigen Krieg privatisiert, insofern als die Regierung auf ihr Waffenmonopol verzichtet hat. Wegen der Versuche der Guerilla, dem Staat dieses bereits sehr fragile Gewaltmonopol streitig zu machen, hat der Staat ganz bewusst darauf verzichtet und private Truppen angeheuert, die privaten Konzernen zur Verfügung stehen: Erdöl-, Gold-, Stromkonzernen, Großprojekten zur Energiegewinnung und Großgrundbesitzern – Privatarmeen, die kreuz und quer durchs Land streifen und den Besitz sogenannter „anständiger“ Leute beschützen.²⁶¹

Zwischen den Paramilitärs und dem Staat (bzw. Vertretern staatlicher Kräfte) bildete sich so über die Jahre ein System der gegenseitigen Abhängigkeit heraus. In vielen Fällen übernahmen sie unter expliziter Billigung der Militärs, in jenen Gebieten, in denen sich die kolumbianische Armee gegen die Guerillas durchgesetzt hatte, die Funktion einer Polizeikraft, deren Aufgabe je nach Sichtweise in der Aufrechterhaltung der sozialen

²⁶⁰ Gutiérrez/Barón in IEPRI, 2006: 273f.

²⁶¹ Transkription aus ARTE Fernsehdokumentation, Joxe, Nicolas, 2005, "Kolumbien: die Privatarmeen des Staates", ISKRA 2005

Ordnung bzw. in der Durchführung von Terroraktionen gegen die Zivilbevölkerung bestand, die zynisch „soziale Säuberung“ wurden.

Bei diesen „Säuberungen“ ging es nicht nur darum, mit Folter, Einschüchterung, Gewalt, Verschwindenlassen und Ermordung gegen vermeintliche oder wirkliche Sympathisanten und Helfer der Guerilla vorzugehen, zu denen man auch die Vertreter der politischen Linken, Oppositionelle, Gewerkschaftler, Bürgerrechtler und Menschenrechtsaktivisten rechnete, sondern die kontrollierten Gebiete auch von Personen zu „befreien“, die als sozial unerwünscht betrachtet wurden: Homosexuelle, Obdachlose, Bettler, Behinderte, Mitglieder indigener Gruppen usw.

Diese Personen wurden meist nachts von Todesschwadronen ermordet, die in vielen Fällen von Sicherheitskräften außer Dienst oder rechtsextremen Wachdiensten unterstützt wurden. In ebenso vielen Fällen dienen die Paramilitärs als Vorbereiter militärischer Vorstöße der regulären Armee, als Vorhut, die ausgeschiedet wird, um die „Schmutzarbeit“ für die offiziellen Sicherheitskräfte zu übernehmen, die Bevölkerung einzuschüchtern, grausige Exempel zu statuieren, welche die Folgen einer mangelnden „Kooperationsbereitschaft“ illustrieren sollen, „Hinrichtungen“ nach schwarzen Listen durchzuführen, welche in vielen Fällen von den Militärs bereitgestellt werden, etc.

9.3 Paramilitarismus und Drogenhandel

Auch wenn die Beziehung staatlicher Kräfte mit den Paramilitärs über weite Strecken beinahe symbiotisch verlief, war das Verhältnis dieser beiden Kräfte zueinander nicht in jedem Fall frei von Spannungen, Widersprüchen und Ambivalenzen. Dies beruht vor allem auf zwei Ursachen: So stellte einerseits die enorme Verstrickung der Paramilitärs in den Drogenhandel, welche - ganz im Gegensatz zu der gerne von diesen wiedergegebenen Selbstdarstellung - ein Element war, dass von Anfang an ihre Entwicklung bestimmte, den kolumbianischen Staat vor eine wahre Zerreißprobe, welche die alten Allianzen zwischen Staat und Paramilitärs brüchig werden ließ, denn im Kampf gegen die Drogen sah man sich auf einmal (zumindest offiziell) auf verschiedenen Seiten der Front, zum anderen kam immer wieder zutage, dass sich die Interessen einflussreicher Privater zwar sehr oft, aber beileibe nicht immer mit jenen des Staates deckten. So entstand ein Interessenskonflikt, der sich direkt auf das Verhältnis Paramilitärs - Staat auswirkte:

Para ese entonces, el Estado colombiano estaba supuestamente atendiendo dos frentes de guerra, contra la subversión y contra el narcotráfico. Éstas eran guerras globales y como actor en ellas, el Estado colombiano era un eslabón más de una extensa cadena. Las autoridades colombianas tuvieron que enfrentar una virulenta respuesta de los narcotraficantes, que ejecutaron una serie de atentados contra el Estado y la sociedad a mediados de los ochenta. Tal situación desestabilizó la relación de los paramilitares con el Estado. En una guerra –contra la subversión - los paramilitares eran aliados del Estado, pero en la otra –la del tráfico ilícito de drogas - las autodefensas eran enemigas. Para las presidencias de Ronald Reagan y George Bush padre el tráfico de drogas era un problema de seguridad nacional, mientras que, pese a su vigoroso crecimiento, las FARC y las demás guerrillas no tenían ninguna posibilidad real de tomarse el poder. Además, después de declarar la guerra al Estado, algunos narcotraficantes de peso comenzaron a coquetear con la idea de una alianza nacionalista con la guerrilla contra el enemigo común.

La tensión causada por ese contradictorio rol - aliado del Estado, adversario del Estado - autonomizó a los paramilitares. Hasta hoy los paramilitares han buscado tener una estrecha relación con el Ejército, pero cuando son capaces de tomar bajo su control una región juegan su propio juego; no hay ninguna devolución del poder al Estado o a los políticos tradicionales (Hay instrumentación, a veces reemplazo). Los paramilitares prácticamente estaban obligados a hacer eso, para responder al apoyo de sus patrocinadores y simpatizantes, y proteger sus botines e intereses relacionados con negocios ilegales.²⁶²

Die Verstrickung der Paramilitärs in den Drogenhandel ist vielschichtig, weit verzweigt und von enormen Gewinnen begleitet. Die Tatsache, dass die Paramilitärs von Anfang an bei diesem Geschäft beteiligt waren, wird von deren Vertretern häufig verniedlicht oder schöngeredet. So gab Carlos Castaño, der Chef des von ihm 1997 gegründeten Dachverbands der kolumbianischen Paramilitärs AUC („Autodefensas Unidas de Colombia) im Bemühen, als politische Kraft Anerkennung zu finden, in den Medien immer wieder eine Version zum Besten, nachdem die paramilitärischen Milizen zunächst „sauber“ gewesen seien, dann von den Drogenbaronen korrumpiert wurden, und schließlich wieder zu ihrem ursprünglichen Auftrag - der Herstellung von „Sicherheit und Ordnung“ und der Bekämpfung der Guerilla zurückgekehrt seien.

Diese Version entbehrt jeder Grundlage, wenn man bedenkt, dass die ersten modernen paramilitärischen Verbände (MAS) in den 1980-er Jahren direkt von den Drogenhändlern als Todesschwadronen als Reaktion auf Entführungsdrohungen der Guerilla gegründet worden waren und dass etwa Carlos Castaño selbst lange Zeit einer der engsten Vertrauten Pablo Escobars war. Die Verbindung der Paramilitärs mit dem Drogenhandel beschränkte sich aber nicht nur darauf, von den Kartellen finanziert zu werden. Die Paramilitärs waren ganz offensichtlich direkt jahrelang an allen Phasen des Drogenhandels beteiligt und zwar von der Steuern, die den Kokabauern (ähnlich wie von

²⁶² Gutiérrez/Barón in IEPRI, 2006, S. 280-281

der Guerilla) auferlegt wurden, bis zu den Verarbeitungslabors und dem (besonders lukrativen) Transport des Kokains zu den Bestimmungsländern, wie dies 2002 auch der Leiter der US-amerikanischen *Drug Enforcement Agency*, Asa Hutchinson feststellte.²⁶³

9.4 Das politische Projekt des Paramilitarismus—die AUC

Der Paramilitarismus war in Kolumbien lange Zeit nicht zentral organisiert und in unzählige, kleine, manchmal sogar namenlose Milizen zersplittert, die zwar oft sehr unterschiedliche Entwicklungen verzeichneten, aber im Wesentlichen doch quer durch das Land eine Handvoll charakteristischer Gemeinsamkeiten aufwiesen:

Es practicamente imposible, por ejemplo, encontrar un evento de paramilitarismo sin el apoyo firme y organizado de sectores ganaderos. Eso no es difícil de entender, puesto que ellos estuvieron en la primera línea de enfrentamiento con la guerrilla, y fueron desde el principio una de las principales víctimas del secuestro, crimen que en Colombia adquirió proporciones industriales. Un importante porcentaje de los líderes paramilitares, y de los políticos que los respaldan, son ganaderos.

[...] Los paramilitares describen de la siguiente manera las principales fuentes de oposición a la opresión de la guerrilla: “campesinos y colonos”, “ganaderos y agricultores”, “empresarios agroindustriales, „comerciantes y mineros” y “desertores de la guerrilla”. La descripción es bastante precisa, las asociaciones de ganaderos y sus líderes han mostrado muchas veces una simpatía poco disimulada hacia los paramilitares, en los ámbitos nacional y regional.²⁶⁴

Wie bereits erwähnt, wurde die moderne paramilitärische Miliz MAS (Muerte a los secuestradores) von den Drogenhändlern des Medellín-Kartells als Reaktion auf die Entführung eines Mitglieds des mächtigen Ochoa-Klans (1982) gegründet. Bis Mitte der 1990-er Jahre erfolgten die Aktionen der Paramilitärs, die mittlerweile auf viele Hunderte lokale und regionale Milizen angeschwollen waren, unabhängig voneinander und fast durchwegs unkoordiniert.

Die Heterogenität dieser autonom agierenden paramilitärischen Gruppierungen war in den meisten Fällen die Konsequenz der unterschiedlichen Partikularinteressen ihrer jeweiligen Auftraggeber: reaktionäre Politiker, militärische Geheimdienste, Drogenhändler, Großgrundbesitzer, multinationale Konzerne etc.

Ein geeignetes und günstiges erstes Experimentierfeld fand der Paramilitarismus in jener Frühphase Mitte der 1980-er in der Region des Magdalena Medio rund um die Erdölstadt Barrancabermeja, die einst vollständig von der Guerilla beherrscht worden war und wo sich bereits erste paramilitärische Milizen rund um die bäuerliche Bauern- und

²⁶³ Vgl. Murillo, 2004:123

²⁶⁴ Gutiérrez/Barón in IEPRI, 2006:274ff.

Viehzüchtervereinigung ACDEGAM gebildet hatten. Es handelte sich um eine der ersten Gegenden, wo die führenden Mitglieder der Drogenkartelle ausgedehnte Ländereien aufgekauft hatten, die sie nun durch die privaten Söldnerheere gegen die Guerilla zu schützen trachteten. Gleichzeitig war eine Reihe der mit der Ausbeutung der Erdölressourcen betrauten multinationalen Konzerne ebenfalls an den Diensten der Paramilitärs interessiert, um diese zum Teil gegen die Gewerkschaften, zum Teil gegen die Guerilla einzusetzen.

Der Einfluss, den die Drogenkartelle auf die Paramilitärs und Viehzüchter ausübten, war in dieser Phase schlicht überwältigend. Gutiérrez/Barón schreiben dazu:

Los narcotraficantes proveyeron a la coalición no sólo su conocimiento militar y su audacia, sino también una red nacional y global de mercados ilegales, partidarios políticos y aliados, de los cuales carecían los ganaderos con su proverbial localismo y aislamiento.²⁶⁵

Im Laufe der 1990-er Jahre geriet die traditionelle Koalition der Paramilitärs zu rechten Politikern, Großgrundbesitzern und Drogenhändlern allmählich ins Wanken. Das Medellín-Kartell war mit führenden Paramilitärs, wie etwa Carlos Castaño in offenen Zwist geraten, was blutige Auseinandersetzungen zwischen den beiden Fraktionen zur Folge hatte, und Castaño letztlich dazu veranlasste, bei der Verfolgung Escobars zu helfen. In weiterer Folge begannen die Paramilitärs auch an der Unterstützung durch die traditionellen Politiker zu zweifeln, die sich bei der Verfolgung der linken Subversion in ihren Augen in vielen Fällen als zu nachgiebig, kompromissbereit und weich erwiesen hatten. Die Paramilitärs begannen sich - parallel zu ihrer traditionellen Funktion im Dienst wirtschaftlicher Interessen und als Instrument zur Aufständischenbekämpfung im Rahmen der von der USA propagierten Counterinsurgency-Politik - immer stärker auch als eigenständiges, von Partikularinteressen unabhängiges politisches Projekt auf nationaler Ebene zu präsentieren und sich als zentraler Machtfaktor im politischen Kräfteverhältnis zu definieren.²⁶⁶

Erster sichtbarer Ausdruck dieses neuen Selbstverständnisses war die Gründung zunächst des ACCU („Autodefensas Campesinas de Córdoba y Urabá“) im Jahre 1994 und schließlich des nationalen Dachverbands der paramilitärischen Milizen AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) durch Carlos Castaño im Jahre 1997, wodurch erstmals eine zentral gelenkte Struktur für eine Vielzahl unterschiedlicher Organisationen geschaffen wurde. Hand in Hand mit der der Konsolidierung des politischen Machtanspruches ging allerdings eine Entwicklung, welche die Paramilitärs immer

²⁶⁵ Ebd.:280

²⁶⁶ Vgl. Hörtnner, 2006:143f. u. 230-235

gefürchtet hatten: eine zunehmende direkte Konfrontation mit dem Staat, als dessen verlängerter Arm sie sich ja betrachteten. Nachdem von höchster staatlicher Stelle dem Unwesen des Paramilitarismus über 15 Jahre lang kein Einhalt geboten worden war, ja man dieses sogar explizit oder implizit gefördert, toleriert oder protegiert hatte, begann die kolumbianische Regierung unter dem Liberalen Ernesto Samper auf internationalen Druck Mitte der 1990-er Jahre erstmals ernsthaft damit, den Paramilitärs militärisch zu begegnen, was diese vor eine Zerreißprobe stellte, denn die „Autodefensas“ sahen sich nun einer neuen Situation gegenüber, an die man sich erst anpassen musste - den Übergang von einer offiziellen Illegalität zu einer *realen* Illegalität. Einige Fraktionen innerhalb der Paramilitärs plädierten in dieser Situation dafür, die militärische Konfrontation mit dem Staat unter allen Umständen zu vermeiden, während andere diesen Weg strikt ablehnten.

Zusammenfassend kann allerdings gesagt werden, dass wenn der Staat sich schließlich doch dazu durchrang, den Paramilitärs militärisch zu begegnen, er dies weiterhin so zaghaft, unentschlossen und auf so ambivalente Weise tat, dass dies auf längere Sicht an der realen Kooperation in vielen Bereichen nichts änderte, sodass die gesetzten Maßnahmen wohl eher als Imagekorrektur für die internationale Öffentlichkeit gedacht waren als zur ernsthaften Bekämpfung des Problems

Gemäß Marc Chernick können die Paramilitärs grob in drei Untergruppen, die sich aber teilweise überschneiden, unterteilt werden:

- solche, die direkt von den Streitkräften gegründet wurden
- paramilitärische Vereinigungen, die von lokalen politischen Funktionären, Wirtschafts- und Handelsinteressen, Potentaten und Großgrundbesitzern organisiert wurden
- paramilitärische Vereinigungen, die von den Drogenhändlern ins Leben gerufen und finanziert wurden, die die Gewinne aus den illegalen Geschäften in den Erwerb von ausgedehntem Grundeigentum investierten.²⁶⁷

²⁶⁷ Chernick, 2008, S.167

9.5 Drei Thesen über das Verhältnis von Paramilitarismus zu Staat und Guerilla

Bei der Analyse einer Reihe von Studien über den Paramilitarismus in Kolumbien fallen eine Reihe von Gesetzmäßigkeiten und Wechselwirkungen ins Auge, auf die ich an dieser Stelle näher eingehen möchte:

These 1: Der Paramilitarismus geht immer dann in die Offensive, wenn die kolumbianische Zentralregierung sich in Friedensverhandlungen mit den Guerillas befindet.

Tatsächlich ist besonders auffällig, dass sich die paramilitärischen Bewegungen immer dann massiv ausbreiteten bzw. weit reichende Offensiven lancierten, wenn sich die kolumbianische Regierung in einem Friedensprozess mit den Guerillas befand. Dies trifft insbesondere auf die Friedensprozesse der Präsidenten Betancur (1982-1986) und Pastrana zu. Während Betancurs demokratischer Öffnung und seinem Zugehen auf die Guerillas wurde eine Reihe von demobilisierten Guerillakämpfern von paramilitärischen Milizen ermordet, gefoltert und entführt, offensichtlich um die Friedensbemühungen des Präsidenten gezielt zu desavouieren.

Die regelrechte systematische Vernichtung der aus der FARC hervorgegangenen linken UP, der mehr als 3000 politische Aktivisten zum Opfer fielen, fand in jener Zeit ihren Höhepunkt, als die Präsidenten Barco und Gaviria von ihrem harten Kurs gegenüber der Guerilla abschwanken und ebenfalls auf Verhandlungen setzten. Dieser „Genozid“ an der UP ging zum Gutteil auf das Konto paramilitärischer Todesschwadronen. Analog dazu ermordete der paramilitärische Dachverband AUC just in jenen Tagen des Jahres 1999, als die Friedensgespräche des Präsidenten Pastrana mit den FARC begonnen hatten, innerhalb von nur 36 Stunden über 150 Personen, was der nationalen und internationalen Presse nur eine Randnotiz wert schien, während man seitenlang FARC-Chef Marulanda des mangelnden Friedenswillens bezichtigte, weil dieser zur Eröffnungszeremonie der Konversationen nicht erschienen war und seinen Verhandlungsstuhl neben dem Präsidenten Pastrana leer gelassen hatte.²⁶⁸

All diese Vorkommnisse untermauern eine zentrale These, die Mauricio Romero in seiner Studie „Paramilitares y autodefensas“ (Romero, Mauricio. Paramilitares y

²⁶⁸ Vgl. Murillo, 2004: 114f

autodefensas: 1982-2003. Bogotá, IEPRI-Planeta 2003) aufstellt, wonach es sich beim Phänomen des kolumbianischen Paramilitarismus im Wesentlichen um eine Rebellion von regionalen und lokalen paramilitärisch organisierten Interessensverbänden gegen die Friedenspolitik der kolumbianischen Zentralregierung handelt.

Ich denke, dass diese These zwar in den genannten Fällen zutrifft, dabei aber außer acht gelassen wird, dass eben diese paramilitärische Tätigkeit durch Kräfte aus der höchsten politischen und staatlichen Ebene, die nur zu bestimmten Zeiten ernsthaft um einen Friedensprozess bemüht waren, jahrelang gestützt, finanziert und protegiert wurde. So verlieh zwischen 1965 und 1989 der Staat selbst den Militärs das Recht, Zivile zu bewaffnen, eine Praxis, die erst 1989 für verfassungswidrig erklärt wurde.²⁶⁹

Dies verhinderte aber keineswegs die weitere Komplizenschaft von Teilen der Armee und der Regierung sowie von wirtschaftlichen Interessensverbänden mit dem Paramilitarismus.

Bereits 1962 hatte im Rahmen der US-amerikanischen Counterinsurgency-Politik und ihrer Doktrin der „Nationalen Sicherheit für ganz Lateinamerika“ eine umfangreiche Kooperation zwischen Pentagon und kolumbianischer Regierung begonnen, wobei diese explizit dazu aufgefordert wurde, bewaffnete Gruppen aus Zivilisten und Militärs zu bilden, um die „Sympathisanten des Kommunismus“ durch paramilitärische Tätigkeiten zu bekämpfen - und dies zu einem Zeitpunkt, als die FARC noch gar nicht existierten!²⁷⁰

Wenn also Beobachter wie der kritische linke Journalist Antonio Caballero, der die Paramilitärs pointiert als „Selbstverteidigungsmilizen gegen Selbstverteidigungsmilizen“ („autodefensas contra autodefensas“)²⁷¹ bezeichnet, darauf verweisen, dass eine der Hauptfunktionen des Paramilitarismus im Kampf und in der Verteidigung gegen die Guerilla besteht, also im Grunde einen durchaus defensiven Charakter betonen, liegen sie damit sicher richtig. Andererseits unterschätzen diese Analysten dabei aber vielleicht jene Dimension, die durch den oben geschilderten Umstand unterstrichen wird: Der Paramilitarismus besitzt einen ebenso stark offensiven Charakter und lässt sich nicht nur auf ein Instrument zur Bekämpfung der Guerilla reduzieren, sondern dient ebenso vorrangig der Unterdrückung der politischen Opposition und der sozialen Bewegungen: Er ist sichtbarer Ausdruck eines reaktionären politischen Gedankengutes das vor allem von der kolumbianischen Ober- und Mittelschicht gepflegt wird.

²⁶⁹ Chernick, 2008: 169

²⁷⁰ Hörtnner, 2006: 133f.

²⁷¹ Iragori/Caballero, 2002: 66

Die Interessen des Staates und einer reaktionären urbanen und ländlichen privaten Elite gingen lange Zeit Hand in Hand und führten zu einem regelrechten Boom des Paramilitarismus. In jenen seltenen geschichtlichen Phasen, in denen sich staatliche und private Interessen scheiden – etwa im Zuge von Friedensverhandlungen der Regierung mit der Guerilla, als deren Resultat diese Eliten eine Beschneidung ihrer Privilegien und ihrer Macht, etwa durch eine Landreform befürchten müssen – steht auch der Paramilitarismus vor einem Scheideweg und muss sich entscheiden, ob er weiterhin als prostaatliche illegale Kraft agieren oder die Interessen seiner privater Auftraggeber vor die Interessen des – diesmal um mehr Ausgleich und Frieden bemühten - Staates stellen will. Ich denke, dass nur in diesem Sinne die eingangs erwähnte These Romeros stichhaltig ist, aber keineswegs als einfache Dichotomie (um Frieden bemühter Zentralstaat vs. von lokalen Interessensverbänden gestützter Paramilitarismus). Die besondere Tragik des kolumbianischen Konflikts liegt zwar gerade im Umstand, dass jede bewaffnete Konfliktpartei die Notwendigkeit ihres Vorhandenseins durch die Existenz des jeweiligen Konterparts rechtfertigt, aber wenn man Romeros These konsequent zu Ende denkt kann man auch zu dem Schluss gelangen, dass aufgrund der oben angeführten speziellen Beziehungen des Paramilitarismus mit den reaktionären privaten Eliten sowohl auf dem Land als auch in der Stadt ein Friedensschluss der Regierung mit der Guerilla keineswegs auch automatisch ein Ende der Paramilitärs bedeuten würde, vor allem wenn diese Eliten durch einen solchen Frieden ihre Vormachtstellung beeinträchtigt sehen.

Die These Romeros, welche den stark lokalen Charakter der Macht der Paramilitärs betont, ist aber auch insofern bedenkenswert, als sich gegen Ende der 1980-er Jahre und Beginn der 1990-er Jahre die Beziehung zwischen den Paramilitärs und den traditionellen Politikern fundamental änderte. In diesen Jahren wurde in Kolumbien der Prozess der Dezentralisierung initiiert und ab dem Jahre 1988 konnten die Bürger die Bürgermeister ihrer Gemeinden in direkter Wahl wählen.

Dies ermöglichte eine Annäherung zwischen den illegalen bewaffneten Gruppen und den Bürgermeistern und Gouverneuren auf regionaler und lokaler Ebene, was schließlich zu einer tiefen Fragmentierung der beiden traditionellen Parteien führte, die im institutionellen Leben eine immer weniger wichtige Rolle spielten. Das wesentlich demokratischere Prinzip der Direktwahl der Regierenden auf lokaler und regionaler Ebene führte also paradoxerweise zu einem weiteren Erstarken der illegalen Bewegungen, die die Möglichkeit sahen, die Regional- und Lokalpolitik immer stärker zu beeinflussen, denn genau hier lag auch ihre Macht - und nicht auf nationaler Ebene.

So begannen auch die Selbstverteidigungs-Gruppen und Paramilitärs aus den ursprünglich von den Guerillas entdeckten Leitlinien über die Entwicklung lokaler Macht zu lernen und fanden in den Gemeinden die idealen Nischen zur Entfaltung, und erkannten, dass sie von diesen Nischen aus unter wesentlich besseren Umständen und Bedingungen und vielfach ungestört kämpfen und agieren konnten als auf nationaler Ebene mit den etablierten Parteien, obwohl ein politischer Anspruch auf der höchsten Ebene formal nie aufgegeben wurde.²⁷²

Somit lässt sich feststellen, dass die Paramilitärs auch heute noch - und trotz der Tatsache, dass sie weite Landstriche kontrollieren - ein zutiefst aus den lokalen Strukturen entstandenes durchaus heterogenes Phänomen sind, welche zwei übergeordnete Grundprinzipien auf nationaler Ebene eint: Niederschlagung der linken Subversion und Schutz der nationalen Einheit Kolumbiens.

These 2: Der Paramilitarismus ist immer dann besonders stark, wenn auch die Guerilla sehr stark ist.

Die unter Punkt 1) gemachten Einwände gegen die Betrachtungsweise, dass der Paramilitarismus ausschließlich eine Reaktion auf die Guerilla sei, ändern nichts an der Tatsache, dass der Anti-Guerilla-Kampf tatsächlich für den Paramilitarismus von entscheidender Bedeutung war und ist. Dabei hat sich gezeigt, dass sich zum Zeitpunkt der höchsten Macht der Guerilla Ende der 1980-er Jahre und Ende der 1990-er Jahre der Paramilitarismus ebenfalls seine größte Ausdehnung und Macht erreichte, sich diese beiden Kräfte also gegenseitig hochschaukelten. Ebenso zeigt sich, dass es den Paramilitärs trotz enormer Anstrengungen nie wirklich gelang, die Guerilla insofern entscheidend zu treffen, als dass ihre militärische Kapazität signifikant verringert worden wäre.

In den 1980-er Jahren führten die Paramilitärs zwar eine gewaltige Offensive durch, die mit der praktischen Vertreibung der FARC (und der ELN) aus zwei ihrer einstigen Hochburgen, der Region Urabá und dem Magdalena Medio, endete, aber trotz dieses schweren Schlags, den die Guerilla einstecken musste, gelang es nicht, die Situation eindeutig zugunsten der Paramilitärs (und damit indirekt zugunsten des Staates) zu klären: Die FARC begannen sich zu erholen und die Selbstverteidigungsgruppen bei einigen Gelegenheiten militärisch ebenfalls schwer zu treffen.

²⁷² Vgl. Sánchez/Chacón in: IEPRI, 2006, S.347-405

Es ist also richtig, dass die Expansion der Paramilitärs auf nationaler Ebene immer weiter voranschritt, aber paradoxerweise führte dies nicht zu einer Verringerung der von der Guerilla kontrollierten Gebiete, sondern lediglich zu deren Verlagerung (ähnlich wie beim Ballon-Effekt) Die einstigen Hochburgen der Guerilla im Norden und im Zentrum des Landes werden heute von der Armee und den Paramilitärs beherrscht, dafür kontrollieren die Guerillas heute immense Landstriche im Süden und Osten des Landes, sodass man heute grob gesagt zwischen einem paramilitärischen Norden und einem von der Guerilla dominierten Süden sprechen kann.

Die enorme Expansion *beider* illegaler Bewegung während der 1980-er und 1990-er Jahre lässt sich vielleicht auch durch die (in den vorangegangenen Abschnitten näher erläuterte) Tatsache erklären, dass Guerillas und Paramilitärs in einigen Fällen (vor allem in den Kokaanbaugebieten) nicht immer in gegenseitige Konfrontation verstrickt waren, sondern auch brüchige Allianzen *gegen* den Staat eingingen, die auf gegenseitigen Abhängigkeiten basierten.

These 3: Die Menschenrechtsverletzungen durch die Paramilitärs treten immer dann gehäuft auf, wenn die Menschenrechtsverletzungen durch das kolumbianische Militär relativ gering sind bzw. umgekehrt.

Diese Relation ist insofern interessant, weil sie unterstreicht, wie sehr der Paramilitarismus von weiten Teilen der Armee dazu benutzt wurde, um jene außergerichtlichen Hinrichtungen, Folterungen und Einschüchterungen von vermeintlichen oder tatsächlichen Sympathisanten der Guerilla vorzunehmen, also jene „Schmutzarbeit“ zu verrichten, die sich eine reguläre Armee aufgrund eines verstärkten internationalen Drucks - immer weniger leisten kann. Noch in den 1970-er Jahren waren die staatlichen kolumbianischen Sicherheitskräfte selbst für zwei Drittel der schweren Menschenrechtsverletzungen verantwortlich (Besonders unter der Präsidentschaft des Liberalen Turbay-Ayala erlangte der blutige staatliche Repressionsapparat traurige Berühmtheit).²⁷³

Dieses Verhältnis sollte sich im Laufe der nächsten Jahrzehnte umkehren. 1992 wurden 56% der Massaker und außergerichtlichen Hinrichtungen von der Armee und staatlichen Sicherheitskräften, 12 % von Paramilitärs und 25 % von der Guerilla verübt, im Jahre 1999 gingen bereits 75% der Massaker auf das Konto der Paramilitärs, 25 % auf

²⁷³ Hörtnner, 2006:140

jenes der Guerilla, während die staatlichen Sicherheits- und Streitkräfte mit einem Anteil von „lediglich“ 3 % so „sauber“ wie noch nie dastanden.²⁷⁴

La participación directa del Estado en ejecuciones extrajudiciales había disminuido constantemente sólo para ser sustituida por la participación indirecta por medio de la colaboración de los paramilitares. Los militares pudieron mejorar su expediente en materia de derechos humanos por medio del apoyo, la permisibilidad y la delegación de autoridad criminal - de manera ilegal todas ellas - a los paramilitares. Un investigador de derechos humanos concluyó que: "La tendencia del ejército es a volver la guerra crecientemente clandestina y asignar el trabajo sucio a los paramilitares."²⁷⁵

Im Einklang mit der oben angeführten These verwundert daher die Tatsache nicht, dass nach Beginn des von Präsident Uribe initiierten Demobilisierungsprozesses der Paramilitärs (2003) der Anteil der staatlichen Akteure bei Menschenrechtsverletzungen wieder sprunghaft anstieg.²⁷⁶

9.6 Das Image der Paramilitärs

Angesichts der im letzten Abschnitt angeführten massiven Beteiligung der Paramilitärs bei Massakern und Menschenrechtsverletzungen jeglicher Art, erstaunt das - im Vergleich zur Guerilla - relativ positive Image, das die Paramilitärs im Allgemeinen und der von Carlos Castaño 1997 gegründete Dachverband AUC im Besonderen - in den Augen weiter Teile der Öffentlichkeit genießen.

Der breite Raum, den die Massenmedien - allen voran das Fernsehen - den Paramilitärs im Gegensatz zur Guerilla zur Präsentation ihrer Anliegen und zur Rechtfertigung ihrer Taten einräumen, wird von diesen sehr geschickt genutzt. Wie wenig die Paramilitärs von Politik, Justiz und der Medienöffentlichkeit als illegal betrachtet wurden, zeigt sich an der Tatsache, dass diese ungestraft und unverfolgt in der Öffentlichkeit agieren, Interviews geben und in Funk und Fernsehen auftreten konnten und sich dort als legitimer dritter Akteur im bewaffneten Konflikt präsentieren konnten, wobei man ihnen - anders als der Guerilla – eine breite politische Anerkennung nicht versagte. So wurden auch die im Jahre 2002 veröffentlichten Memoiren des berühmt-berüchtigten AUC-Führers Carlos Castaño, welches große Sympathien für diesen Massenmörder zu wecken imstande war, sofort zu einem nationalen Bestseller.²⁷⁷

²⁷⁴ Chernick, 2008:168

²⁷⁵ Ebd.

²⁷⁶ Ebd.: 168

²⁷⁷ Vgl. Murillo, 2004: 115f

So entstand im Laufe der Jahre in der kolumbianischen Öffentlichkeit – ganz konträr zu ihren vielfach belegten massiven Menschenrechtsverletzungen - ein Bild der Paramilitärs als eine rational – gemäßigte und konstruktive dritte Kraft mit denen man durchaus in Verhandlungen treten könne. Diese Nonchalance und Toleranz einer breiten Öffentlichkeit fand ihre Übersetzung in der offiziellen Regierungspolitik des ultrarechten aktuellen Präsidenten Kolumbiens Alvaro Uribe, der im Jahre 2003 in der Paramilitär-Hochburg Santa Fé de Ralito im Viehzüchter-Department Demobilisierungsgespräche mit führenden Vertretern der AUC, darunter Carlos Castaño und Salvatore Mancuso, aufnahm und dies folgendermaßen begründete: „Todos los procesos de paz, que ponen fin a los factores de violencia del país son útiles para la tranquilidad de los colombianos y aliviarán la situación de los derechos humanos.“ ²⁷⁸

Dies ist eine ganz andere Rhetorik, als sie der Präsident für gewöhnlich gegenüber der Guerilla verwendet.

Obwohl die AUC eine von der Regierung unabhängige nationale Organisation bilden und über eine klar definierte politische Agenda verfügen, die im Wesentlichen mit der Ideologie des Rechtsradikalismus in Kolumbien übereinstimmt aber auch die Gefühle und Ambitionen einer sich radikalisierten Mittelklasse widerspiegelt, kann man diese Milizen wohl schwerlich als aufständische Kraft klassifizieren, welche die herrschende Ordnung in Frage stellt und diese bekämpft. Im Gegenteil - die Paramilitärs sind bis heute - trotz mancher Ambivalenzen - nicht der Gegner des Staates, sondern insofern dessen „Übertreiber“, als dass sie die im Staat vorherrschenden repressiven, nationalistischen, reaktionär-konservativen und rechtsradikalen Tendenzen und Ideologien lediglich auf die Spitze treiben.

9.7 Die Institutionalisierung des Paramilitarismus: Präsident Uribe und die AUC

Die Tatsache, dass Präsident Uribe mit diesen prostaatlichen illegalen Kräften in Verhandlung trat, stellte einen wahren Paradigmenwechsel in der kolumbianischen Politik dar, denn von Betancur bis Pastrana hatten sich alle Präsidenten geweigert, den Paramilitärs den gleichen politischen Status wie der Guerilla zuzuerkennen. Uribe vollzog

²⁷⁸ Murillo, 2004:124

mit dieser Politik insofern eine Kehrtwendung, als er der Guerilla als „Terroristen“ nunmehr jede politische Motivation ab-, sie gleichzeitig aber den Paramilitärs zusprach und diese durch die Aufnahme von Verhandlungen quasi in der Öffentlichkeit legitimierte. So ist auch der im Zusammenhang der Dialoge des Präsidenten Uribe mit der AUC oft benutzte Begriff „Friedensgespräche“ äußerst umstritten. Marc Chernick schreibt zu diesem Punkt sehr pointiert:

Los presidentes anteriores reconocieron a la guerrilla como actor político que había tomado las armas contra el Estado, aunque fueron reacios a reconocerla como beligerante, conforme al derecho internacional humanitario. Los paramilitares no son ni insurgentes ni beligerantes. Aplicando una definición weberiana de tipo ideal: „Ellos no tomaron las armas contra el Estado. Tomaron las armas para defender al Estado o para proporcionar seguridad en ausencia del Estado“. En términos analíticos y bajo definiciones del derecho internacional humanitario y de los derechos humanos, la guerrilla y los paramilitares no pueden ser fácilmente vistos como equivalentes. Las acciones de un grupo armado que lucha del lado del Estado, por vías legales o en contra de la ley, son responsabilidad del Estado mismo. Aunque en el transcurso del tiempo las fuerzas paramilitares se volvieron autónomas, este hecho no niega la responsabilidad histórica del Estado.

No hay ningún precedente internacional de un proceso de paz que estuviera basado, esencialmente, en negociaciones entre un Estado y sus partidarios paramilitares, legales o ilegales. Hay dos casos de negociaciones donde participaron grupos de actores armados muy similares: el de Irlanda del Norte y el de El Salvador. En el primer caso, los diálogos multipartitos incluyeron a los británicos, a los unionistas pro Ulster - grupo paramilitar que combate del lado de los británicos - y al Ejército Republicano Irlandés. Allí todas las partes estaban sentadas en la mesa. Lo que diferencia a la concepción de Uribe es que él entabló negociaciones con el grupo *armado proestatal* mientras que intensificaba la estrategia militar contra los insurgentes. Esto equivaldría a que los británicos negociaran con los unionistas mientras intentaban, al mismo tiempo, derrotar militarmente al Ejército Republicano Irlandés. Fue una propuesta original pero no constituyó un proceso de paz. Por definición, la paz supone negociaciones con los grupos armados de *oposición*.²⁷⁹

So könnte man ironisch festhalten, dass ein Friedensprozess im Sinne Uribes darin besteht, dass die Regierung mit sich selbst verhandelt. In eine ähnliche Kerbe schlägt Mario Murillo, wenn er schreibt:

Los cientos de miles de víctimas del terror paramilitar continúan discutiendo que la „reconciliación nacional“ no puede tener lugar en un diálogo a puertas cerradas entre el gobierno y las AUC mientras la justicia se hace presente en el trasfondo del proceso para algún tipo de amnistía paramilitar. Durante muchos años, el asunto de si el gobierno deberá o no sostener un diálogo con las AUC ha estado entre los puntos más disputados del debate, especialmente entre los progresistas colombianos. Muchos activistas de los derechos humanos y políticos de la oposición sostienen que el proceso iniciado con las AUC no debería ser descrito como una negociación de paz, ya que requeriría un diálogo entre dos fuerzas opuestas o enemigas. Considerando los lazos históricos entre el Estado y los paramilitares, la objeción tiene sentido; debería ser descrito más exactamente como si el gobierno pusiera su propia casa en orden en un intento de ganar legitimidad para sus fuerzas militares y políticas. Esto es una premisa para la Política de Seguridad y de Defensa Democrática de Uribe. Irónicamente, ésta ha sido una de las principales demandas de las FARC en conjunto: controlen a los "paras" y

²⁷⁹ Chernick, 2008:30ff.

hablaremos de buena voluntad. Por supuesto, Uribe no tiene intención de hablar con las guerrillas, al menos hasta que ellos no estén dispuestos a una rendición incondicional.²⁸⁰

Ganz unabhängig von der eher semantischen Debatte ob man die Konversationen des Präsidenten Uribe mit der AUC nun als Friedensgespräche klassifizieren kann oder nicht, traten im Laufe der zweijährigen Verhandlungen der Regierungen mit den Paramilitärs einige andere, äußerst problematische Aspekte zutage.

An erster Stelle stand hier die Frage, ob durch die speziellen Amnestiegesetze und das sogenannte Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden („Ley de Justicia y Paz“, 25.5.2005), welche Präsident Uribe als rechtlicher Rahmen für die Demobilisierung und die Reintegration der Paramilitärs ins zivile Leben verabschiedet hatte, nicht eine von höchster Stelle verordnete Politik der Strafflosigkeit der Täter quasi institutionalisiert wurde, bei der die Interessen der tausenden Opfer der Paramilitärs nicht ausreichend berücksichtigt würden. Zwar sollten im Rahmen dieses Gesetzes Täter, die sich besonders schwerwiegender Verbrechen, wie etwa Genozid, zuschulden kommen lassen, an die Justiz überstellt werden (und konnten in diesem Fall dennoch mit milderer Bestrafung rechnen), aber de facto wurde das Gesetz nur auf einige wenige paramilitärische Führer angewendet, während viele andere, an den Verbrechen beteiligte Paramilitärs straflos ausgingen.²⁸¹

So verwundert es nicht, dass sowohl nationale als auch internationale Menschenrechtsorganisationen und Opferschutzverbände gegen das Gesetz Sturm liefen und in ihm lediglich ein Instrument für die Legalisierung von Massenmördern und üblen Straftätern sah. Auch der kolumbianische Verfassungsgerichtshof, befand wichtige Teile der ursprünglichen Gesetzesfassung für verfassungswidrig und hob diese auf. In der nächsten Fassung wurden die Rechte der Opfer und ihrer Angehörigen (etwa auf Schadenersatz, Rückerstattung von Gütern, etc) deutlich gestärkt.²⁸²

Dennoch bleiben ein Grundunbehagen und die grundsätzliche heikle Frage, wie weit ein gewisses Maß an Strafflosigkeit als Bedingung für den Frieden notwendig ist oder inwiefern gerade die „Kultur der Strafflosigkeit“ für das Ausmaß der politischen Gewalt in der Geschichte Kolumbiens mitverantwortlich ist. Es steht außer Frage, dass ein Staat Zugeständnisse machen muss, um illegale bewaffnete Gruppierungen zur Aufgabe zu bewegen und ihnen eine Demobilisierung „schmackhaft“ zu machen, denn Menschen, die nichts zu verlieren haben, könnten in der Illegalität noch weit mehr Schaden anrichten. Die

²⁸⁰ Murillo, 2004: 128f

²⁸¹ Hörtnner, 2006:270ff.

²⁸² Ebd.

Frage ist: wie weit kann, darf und soll ein Staat – auch angesichts der Internationalisierung der Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit – dabei gehen? Was wiegt höher: die legitimen Interessen der Opfer und deren Angehöriger oder das Interesse des Staates, der einen Friedensprozess vielleicht nur dann erfolgreich vorantreiben kann, wenn er weit reichende Amnestien, Strafflosigkeit oder mildere Strafen auch für schwere Verbrechen in Aussicht stellt? Schließen sich diese beiden Aspekte nicht gegenseitig aus? All dies sind Fragen, die sich nicht einfach beantworten lassen, und die auch bei der etwaigen Wiederaufnahme von Friedensgesprächen mit der Guerilla wieder virulent würden, obwohl diese weit weniger als die Paramilitärs in schwerwiegende Verbrechen gegen die Menschlichkeit und in Massaker verwickelt war.

Auch der Staat darf sich in einem solchen Friedensprozess der Verantwortung für die Verübung oder die Beihilfe an Verbrechen nicht entziehen, wenn dieser von dauerhafter Natur sein soll.

Die zweite Frage, die im Rahmen des Demobilisierungsprozesses der Paramilitärs lebhaft diskutiert wurde ist jene, ob die Mitglieder der AUC sich wirklich ernsthaft ergeben und abgerüstet haben und ob sie nicht im Gegenteil dabei sind, ihre soziale und wirtschaftliche Kontrolle in ihren Einflusszonen weiter zu konsolidieren. Wenn es auch gelungen ist, einige Mitglieder der AUC zu demobilisieren und die Gewalt in manchen Zonen des Landes zu reduzieren, so bleiben doch manche Zweifel aufrecht, ob sich wirklich alle Demobilisierten vom illegalen bewaffneten Kampf fernhalten, oder ob diese nicht Teile ihres Waffenarsenals gehortet haben, um diese zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu verwenden. Viele der paramilitärischen Strukturen von demobilisierten Einheiten sind nach wie vor intakt oder aktiv. Dazu kommt, dass einige der wichtigsten militärischen Blöcke der AUC nie am Abrüstungsprozess teilnahmen. Umgekehrt sind Zweifel berechtigt, ob es sich bei den etwa 30 000 Personen, die im Frühjahr 2006 nach erfolgreichem Abschluss der Konversationen der AUC mit Uribe, als demobilisierte Paramilitärs klassifiziert wurden, auch tatsächlich um Paramilitärs handelte, und ob nicht viele Kleinkriminelle und Drogenhändler buchstäblich „auf den fahrenden Zug aufgesprungen“ sind, um in den Genuss gewisser Vergünstigungen für abgerüstete Paramilitärs zu kommen, was auch die relativ geringe Zahl der abgegebenen Waffen erklären würde.²⁸³

²⁸³ Ebd.:269

Wenn an Uribes Demobilisierungsprozess der Paramilitärs – anders als viele Beobachter vermuten – doch mehr dran sein sollte, als ein aufwändig inszeniertes Spektakel, das im Wesentlichen dazu dient, die internationale Medienöffentlichkeit zufrieden zu stellen und zu zeigen, dass die Regierung gegen die Gewalt handelt, so bleibt doch letztlich der politische Hintergrund besonders fragwürdig, vor dem diese Demobilisierung vonstatten geht: Paramilitarismus als konservativ-reaktionäres politisches Modell mit hegemonialem Machtanspruch, welches sich als schleichende Paramilitarisierung eines ganzen Staates auf allen Ebenen manifestiert. Dieses Phänomen ist heute unter der Bezeichnung „Parapolitik“ beinahe in den allgemeinen Wortschatz eingegangen, ohne dass weite Teile der Öffentlichkeit daran Anstoß nehmen würden.

Etwas polemisch könnte man sagen, dass es sich der „traditionelle“ Paramilitarismus deswegen leisten konnte, ein wenig von der Bildfläche zu verschwinden, weil sich die „Parapolitik“ und die rechtsextreme und autoritäre Ideologie, deren bewaffneter Ausdruck der Paramilitarismus ist, auf allen politischen und institutionellen Ebenen des Staates - und was noch wichtiger ist - als Modell, das bei weiten Kreisen der kolumbianischen Bevölkerung Anklang findet, durchsetzen konnte. So werden Schätzungen zufolge etwa 35% des kolumbianischen Kongresses von offenen Parteigängern der AUC kontrolliert.²⁸⁴

Auch der 2004 unter mysteriösen Umständen ermordete AUC-Chef Carlos Castaño gab in mehreren Fernsehinterviews an, dass die Paramilitärs bemerkt hätten, dass unter der „Schirmherrschaft“ von Uribe – den die Paramilitärs als einen der ihren betrachten - die extreme Rechte sich keineswegs Sorgen machen müssten, an Macht oder Einfluss in Kolumbien zu verlieren - auch dann wenn sie abrüsten sollten:²⁸⁵

Con Uribe promoviendo un barrido constitucional y otras reformas políticas para dar más poder al ejecutivo, más libertades a las fuerzas de seguridad del Estado y una mayor consolidación del programa económico neoliberal, las AUC pueden finalmente descansar tranquilas sabiendo que su voluntad ha triunfado en un marco de mecanismos "legítimos".²⁸⁶

Nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen haben dem Präsidenten immer wieder vorgeworfen den Paramilitärs nahe zu stehen. Und tatsächlich lässt sich durch mehrere Beispiele belegen, dass Uribe mitgeholfen hat, paramilitärische Strukturen im Land zu verankern: So war er unter anderem während seiner Amtszeit als Gouverneur von Antioquia federführend an der Schaffung der sogenannten „Convivir“ beteiligt, Sicherheitskooperativen, die zwar als unbewaffnete Einheiten konzipiert waren,

²⁸⁴ Murillo, 2004:122

²⁸⁵ Ebd.

²⁸⁶ Ebd.

sich aber de facto in bewaffnete zivile Patrouillen verwandelten. Kritik an Uribes Vorgangsweise hagelte es unter anderem von Organisationen wie Amnesty International, die dem heutigen Präsidenten vorwarfen, Zivilpersonen sowohl in potenzielle Opfer als auch Täter des bewaffneten Konflikts zu verwandeln.²⁸⁷

Nachdem die „Convivir“ im Jahre 1999 als verfassungswidrig eingestuft wurden, verschwanden sie jedoch nicht aus der Landschaft des bewaffneten Konfliktes. Auch der Präsident griff in jüngster Zeit wieder auf dieses Modell zurück, um im Rahmen seiner „Politik der Demokratischen Sicherheit“ ein Netz von zivilen Informanten und Kollaborateuren sowie bewaffnete Bauern-Patrouillen in ländlichen Regionen mit schwacher Militärpräsenz aufzubauen, ein System das zu Missbrauch und zur Begleichung persönlicher Rechnungen geradezu einlädt und Zivile darüber hinaus zur Zielscheibe von Kampfhandlungen im Rahmen des bewaffneten Konflikts werden lässt, wie viele Beobachter und Menschenrechtsorganisationen kritisieren.²⁸⁸

Mit Uribe scheint sich ein Kreis in der Geschichte der politischen Gewalt in Kolumbien in den letzten sechzig Jahren zu schließen. Seine Rhetorik gegen die Guerilla, der er jeden politischen Hintergrund abspricht und die nur als „Terroristen“ und „Kriminelle“ bezeichnet, erinnert frappant an die Agitation der konservativen Regierung gegen die Selbstverteidigungsgruppen der liberalen Bauern zur Zeit der „Violencia“, die nur als „Lumpengesindel“ („chusma“) titulierte wurden. Auch der Paramilitarismus ist heute wieder so institutionalisiert und protegiert wie er es zu Zeiten der „Violencia“ unter anderem Namen („Bandolerismo“) war.

Auf die harte Rhetorik Uribes in diesem bewaffneten Konflikt müssen irgendwann einmal wieder Mäßigung und das Suchen nach einem Kompromiss im Rahmen einer Verhandlungslösung folgen, denn rein militärisch kann der Konflikt nicht gelöst, höchstens eine Weile erstickt werden. Die Zeichen stehen zwar heute weiter auf Konfrontation, aber dies kann sich auch rasch ändern, vor allem wenn die ersehnte „Befriedung“ des Landes auf militärischem Wege nicht eintritt, und sich die öffentliche Meinung wieder auf die Seite jener schlägt, die Verhandlungen mit der Guerilla bzw. mit allen am Konflikt beteiligten Parteien fordern. Klar muss aber sein: Verhandlungen können nur ein *Instrument* zur Erreichung des Friedens sein. Per se und ohne begleitende Änderungen im sozialen,

²⁸⁷ Ebd.:120

²⁸⁸ Hörtnner, 2006:252, Vgl. dazu auch Murillo, 2004:132-133

politische und wirtschaften Gefüge Kolumbiens bedeuten sie rein gar nichts. Es bedarf darüber hinaus des guten Willens aller Konfliktparteien, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Wie das Beispiel El Salvador zeigt, das einige Gemeinsamkeiten zu Kolumbien aufweist, ist ein friedlicher Ausweg aus der Sackgasse des seit 60 Jahren andauernden Konflikts aber nicht unmöglich.

ANHANG

BIBLIOGRAPHIE

Selbstständige Publikationen:

- ⇒ Alape, Arturo, 1983. *El Bogotazo. Memorias del olvido. Abril 9 de 1948.* Bogotá. Editorial Planeta Colombiana S.A.
- ⇒ Acevedo Carmona, Darío, 1995. *La mentalidad de las élites.* Sobre la violencia en Colombia 1936 - 1949, Bogotá: El Áncora Editores, IEPRI - Universidad Nacional.
- ⇒ Aguilar, Mario/ Gutiérrez, Francisco/ López, Andrés/ Peñaranda et. al., 2006. *Nuestra Guerra sin nombre.* Transformaciones del conflicto en Colombia, Bogotá, Grupo Editorial Norma, Universidad Nacional de Colombia, Institutos de Estudios Políticos y Relaciones Internacionales IEPRI.
- ⇒ Aguilé, Federico, 1982. *Narcotráfico y Violencia* , Cochabamba, CEDIB, Bolivia, 4. Ausgabe 1992.
- ⇒ Americas Watch y Human Rights Watch, 1990, *La “Guerra” contra las drogas en Colombia.* La olvidada Tragedia de la violencia política. Bogotá, Centro de Estudios Internacionales de la Universidad de los Andes, Instituto de Estudios Políticos y Relaciones Internacionales de la Universidad Nacional de Colombia.
- ⇒ Aranguren Molina, Mauricio, 2001. *Mi confesión.* Carlos Castaño revela sus secretos. Bogotá, Editorial Oveja Negra, 1. Ausgabe 2001
- ⇒ Archila, Leonardo (Edit.), 2007. *Parapolítica,* La ruta de la expansión paramilitar y los acuerdos políticos. Bogotá Intermedio, Corporación Nuevo Arco Iris.
- ⇒ Arrieta, Carlos. 1990. *Narcotráfico en Colombia: dimensiones políticas, económicas, jurídicas e internacionales.* Bogotá, Uniandes.
- ⇒ Apuleyo Mendoza, Plinio / Maza Márquez, Miguel Alfredo/ Arizmendi Posada, Dario. et al. 1990. *En qué momento se jodió Colombia.* Bogotá. Editorial Oveja Negra und Editorial Milla Batres.

- ⇒ Behar, Olga, 1985. *Las guerras de la Paz*, Bogotá, Planeta Colombiana Editorial S. A., última edición
- ⇒ Braun, Herbert, 1987, *Mataron a Gaitan*. Vida pública y violencia urbana en Colombia. Bogotá, Universidad Nacional de Colombia.
- ⇒ Blanquer, Jean Michel/ Gros, Christian (Kompilatoren) et al., 1996. *Las dos Colombias*. Grupo Editorial Norma (Colección Vitral), 4. Auflage
- ⇒ Botero, Reinaldo/ Deas, Malcom /Echeverry, Juan Carlos et. al., 2003. *Terrorismo & Seguridad*. Editorial Planeta Colombiana S.A. 1. Auflage
- ⇒ Borda Medina, Ernesto/ De Roux Rengifo, Carlos Vicente/ Lasso Lozano et. al. 2004 *Conflicto y seguridad democrática en Colombia*. Temas críticos y propuestas. Bogotá. Fundación Social, Friedrich- Ebert-Stiftung en Colombia- FESCOL, Embajada de la República Federal de Alemania en Colombia.
- ⇒ Barón Porras, Luis Fernando/ Rodríguez, Enrique/Wiesner, Santiago et al. 2002, *Internet, Guerra y paz en Colombia*, Cali, Pontifica Univesidad Javeriana Cali, Universidad Santo Tomas, Universidad ICESI, IDRC, CRDI, CINEP- centro de investigación y educación popular. 1. Auflage
- ⇒ Bushnell, David, 1996 (6. Auflage 2002) *Colombia una Nación a pesar de sí misma*. De los tiempos precolombinos a nuestros días. Bogotá. Editorial Planeta Colombiana S. A.
- ⇒ Caballero, Antonio/ Petro, Gustavo/ Garzón, Lucho et. al., 2002, *Quiénes nos tienen jodidos*, Bogotá, Editorial La Oveja Negra Ltda.
- ⇒ Callamand, Liliana, 1988. La libertad y el delito de secuestro. Bogotá, Pontificia Universidad Javeriana
- ⇒ Camacho Guizado, Álvaro/ López Restrepo , Andrés/ Thoumi, Francisco E., 1999, *Las Drogas: Una Guerra fallida* Visiones críticas, Bogotá, TM Editores (Tercer Mundo S. A.) en coedición con el Instituto de Estudios Políticos y Relaciones Internacionales (IEPRI) de la Universidad Nacional de Colombia. 1. Auflage.
- ⇒ Casas, Ulises, 1987. *De la guerrilla liberal a la guerrilla comunista*, Bogotá, unbekannter Verlag.

- ⇒ Castro Jaime / Gral. Andrade et. al., 1987. *Paz? Paz!* Testimonios y reflexiones sobre un proceso. Bogotá. Leyva Durán Editores, Editorial la Oveja Negra Ltda.
- ⇒ Chávez, Nina/ Fals Borda, Orlando/ Marquez, Ismael, 1961. *Acción comunal en una vereda colombiana*, unbekannter Verlag.
- ⇒ Chernick, Marc, 2008, *Acuerdo possible*. Solución negociada al conflicto armado colombiano. Seis décadas de violencia. Veinticinco años de procesos de paz. Ediciones Aurora.
- ⇒ Deas Malcolm, 1999. *Intercambios violentos*. Reflexiones sobre la violencia política en Colombia. Bogotá, Taurus pensamiento. 2. Auflage 2000
- ⇒ Donghi, Tulio Halperin, 1994. *Geschichte Lateinamerikas*. Von der Unabhängigkeit bis zur Gegenwart. Suhrkamp Taschenbuch. 1. Auflage
- ⇒ Fondo Editorial CEREC, Centro Gaitán, 1985, *Once ensayos sobre la violencia*, Bogotá, 1. Auflage
- ⇒ Garay, Luis Jorge / Echeverri, Gilberto / Gaviria, Carlos et. al. 2002. *Repensar a Colombia*. Hacia un nuevo contrato social. Bogotá, Agencia Colombiana de Cooperación Internacional, (Talleres del Milenio)
- ⇒ García Márquez, Gabriel, 1967. *Cien años de soledad*. Bogotá, Editorial La Oveja Negra, 18. Ausgabe 1989
- ⇒ Gaviria Vélez, José Obdulio, 2005, *Sofismas del terrorismo en Colombia*, Bogotá, Editorial Planeta Colombiana S.A.
- ⇒ Giraldo, Juan Carlos, 2008, *Eleonora Pineda, Rocío Arias: Las comadres de la parapolítica*, Bogotá, Intermedio Editores Ltda.
- ⇒ González, Fernán E. / Bolívar, Ingrid J. / Vásquez, Teófilo. et. al. 2003. *Violencia política en Colombia*. De la nación fragmentada a la construcción del Estado. Bogotá, CINEP centro de investigación y educación popular. 1. Auflage (CINEP)
- ⇒ Guzmán Campos, German/ Fals Borda, Orlando/ Umaña Luna, Eduardo, 1962. *La violencia en Colombia*. Estudio de un proceso social. Band I. Bogotá, Editorial Carlos Valencia, 9. Auflage 1980
- ⇒ Hörtnner, Werner ,2006, *Kolumbien verstehen*, Geschichte und Gegenwart eines zerrissenen Landes. Zürich, Rotpunktverlag , 2.aktualisierte Auflage

- ⇒ Iragorri, Juan Carlos/ Navarro-Wolff, Antonio, 2004. *Navarro se confiesa con Juan Carlos Iragorri*. Bogotá, Editorial Planeta Colombiana, S. A. 1.Auflage
- ⇒ Iragorri, Juan Carlos/ Caballero, Antonio, 2002. *Patadas de ahorcado*. Caballero se desahoga. Una conversación con Juan Carlos Iragorri. Bogotá, Editorial Planeta Colombiana.1. Auflage
- ⇒ Isaza, Eduardo Franco, 1959, *Las guerrillas del llano*. Bogotá, unbekannter Verlag.
- ⇒ Informe Nacional de desarrollo Humano, Colombia, 2003. *El conflicto, callejón con salida*. UNDP.
- ⇒ León, Juanita/ Uribe de los Rios, Carlos, 2001. *Anos de fuego*, Grandes reportajes de la última década. Bogotá, Editorial Planeta Colombiana S. A.
- ⇒ López Vigil, María, 1989, *Camilo camina en Colombia*, Segunda Edición Impreso y hecho en Colombia (Unbekannter Verlag)
- ⇒ Medina, Medófilo/ Sánchez, Efraín, 2003, *Tiempos de Paz*. Acuerdos en Colombia, 1902-1994, Bogotá, Alcaldía Mayor de Bogotá D.C., Instituto Distrital de Cultura y Turismo.
- ⇒ Molano, Alfredo, 2003, *Trochas y fusiles*. Bogotá, El Áncora Editores. 1. Auflage
- ⇒ Molano, Alfredo, 1996. *Siguiendo el corte*. Relatos de Guerra y de tierras. Bogotá, El Áncora Editores.
- ⇒ Molano, Alfredo, 1990. *Aguas arriba*. Entre la coca y el oro. Bogotá El Áncora Editores. 2. Auflage 1992
- ⇒ Molano, Alfredo et al., 1990, Yo le digo una de las cosas: la colonización de la Reserva La Macarena, Bogotá Fondo FEN Colombia, Corporación Araracuara
- ⇒ Murillo, Mario A, 2004. *Colombia y Estados Unidos*, Guerra, inquietud , desestabilización. Madrid, Editorial Popular.

- ⇒ Ortiz Sarmiento, Carlos Miguel, 1950. *Estado y subversión en Colombia: la violencia en el Quindío años 50*. Bogotá, Universidad de los Andes, CIDER.
- ⇒ Paige, Jeffery, 1975. *Agrarian Revolution. Social Movements and Export Agriculture in the Underdeveloped World*, New York, The Free Press
- ⇒ Palacios, Marco, 1995, *Entre la legitimidad y la violencia*, Colombia 1875-1994. (segunda edición, corregida y aumentada 2003), Bogotá, Grupo Editorial Norma , S.A. (Colección Vitral)
- ⇒ Pearce, Jenny, 1990, *Colombia: Inside the labyrinth*, London, Latin American Bureau
- ⇒ Pécaut. Daniel, 2008. *Las FARC: Una guerrilla sin fin o sin fines?* Grupo Editorial Norma. (Colección Vitral)
- ⇒ Pécaut, Daniel, 2003, *Midiendo fuerzas* Balance del primer año del gobierno de Álvaro Uribe Vélez, Bogotá, Editorial Planeta Colombiana S. A. 1. Auflage
- ⇒ Pécaut, Daniel, 2003, *Violencia y Política en Colombia*. Elementos de reflexión. Medellín, Hombre Nuevo Editores y Universidad del Valle, Facultad de Ciencias Sociales y Económicas. 1. Auflage
- ⇒ Pécaut , Daniel,2001.*Guerra contra la sociedad*. Bogotá, ESPASA HOY Editorial Planeta Colombiana S. A. 2. Auflage
- ⇒ Pécaut, Daniel, 1987.*Orden y violencia*. Evolución socio-política de Colombia entre 1930 y 1953.Bogotá, Colombia. Editorial Norma S.A. 9. Auflage 2001
- ⇒ Pizarro, Eduardo 1996: *Insurgencia sin Revolución*. La Guerrilla en Colombia en una Perspectiva Comparada. Bogotá, Tercer Mundo Editores
- ⇒ Ramírez , Socorro/ Restrepo, Luis Alberto/ Rojas, Diana Marcela et.al. 2001. *El Plan Colombia y la internacionalización del conflicto*. Bogotá, Instituto de Estudios Políticos y Relaciones Internacionales (IEPRI) Editorial Planteta Colombiana S. A. (Colección: La línea del horizonte)
- ⇒ Rangel S, Alfredo,2003.*Guerreros y Políticos*. Diálogo y conflicto en Colombia, 1998- 2002.Bogotá, Intermedio Editores, una division de Círculo de Lectores S.A.

- ⇒ Romero, Mauricio, 2002. *Paramilitares y Autodefensas: 1982-2003*. Bogotá, IEPRI-Planeta. 2. Auflage
- ⇒ Sánchez, Gonzalo/Peñaranda (Kompilatoren), 1986, *Once ensayos sobre la Violencia, Bogotá*, La Carreta Editores, Universidad Nacional de Colombia Instituto de Estudios Políticos y Relaciones Internacionales (IEPRI) 3. Auflage 2007.
- ⇒ Sánchez, Gonzalo/ Meertens, Donny, 1983. *Bandoleros, gamonales y campesinos*. El caso de la Violencia en Colombia. El Áncora Editores. 7. Neuauflage 2002
- ⇒ Téllez, Edgar / Montes, Óscar/ Lesmes, Jorge. 2002. *Diario Íntimo de un fracaso*. Historia no contada del proceso de paz con las FARC. Editorial Planeta Colombiana S.A. .
- ⇒ Tokatlian, Juan, 2000, *Globalización, Narcotráfico y Violencia*, Siete ensayos sobre Colombia, Grupo Editorial Norma.
- ⇒ Tokatlian, Juan G. /Bagley, Bruce (Kompilatoren), 1990. *Economía y Política del Narcotráfico*. Bogotá, Editorial CEREC Ediciones Uniandes.
- ⇒ Rubio, Mauricio, 2003. *Del rapto a la pesca milagrosa: breve historia del secuestro en Colombia*, Bogotá, Documento CEDE Universidad de los Andes
- ⇒ Urrutia, Miguel, 1969, *The Development of the Colombian Labor Movement*, Yale University Press.
- ⇒ Vieira, Gilberto, 1973. *9 de abril: Experiencias del pueblo*, Bogotá, Ediciones Suramericana.
- ⇒ Waldmann, Peter, 1991. *Terrorismo y Guerrilla: Un Analisis Comparativo de la Violencia Organizada en Europa y America Latina*. Madrid, IRELA (Instituto de Relaciones Europeo-Latinas).
- ⇒ Winn, Peter, 1995, *Americas: The Changing Face of Latin America and the Caribbean*, University of California Press.
- ⇒ Zeitschrift: *El malpensante*, La Guerra contra las drogas promete acabar con Colombia . Cuáles son las alternativas?. Spetiembre 16-Octubre 31 del 2000, N° 25

Festschriften:

- ⇒ Festschrift der Nationaluniversität Kolumbien: 1982: "Anuario Colombiano de Historia Social y de la Cultura" Volumen 10, Universidad Nacional de Colombia, Departamento de Historia. S. 87ff.
- ⇒ Festschrift der Nationaluniversität Kolumbien: 2001, "Anuario Colombiano de Historia Social y de la Cultura" Volumen 28, Universidad Nacional de Colombia, Departamento de Historia, S.52ff.

Zeitungen und Zeitschriften:

- ⇒ Zeitschrift: *El malpensante*, La Guerra contra las drogas promete acabar con Colombia . Cuáles son las alternativas?. Septiembre 16-Octubre 31 del 2000, N° 25, S.5ff.
- ⇒ Zeitschrift *Semana*, Bogotá, Vol. VII, No. 159 noviembre 5, 1949, S. 13. (CINEP-Archiv)
- ⇒ Zeitschrift: *Acción Liberal*, Bogotá, 1960, Nr. 2. S. 35ff. (CINEP-Archiv)
- ⇒ Zeitung *Diario de Colombia* ,Bogotá, 20 Juni 1953 (CINEP-Archiv)

Webseiten:

- ⇒ Unbekannter Verfasser, "*Mujeres a las urnas*" :
<http://www.monografias.com/trabajos63/mujeres-urnas/mujeres-urnas2.shtml>, (5.Juli.2009)
- ⇒ Aguirre Tobón, Luz Jenny.: "*50 años de la caída de "El Cóndor"*"
<http://www.elpais.com.co/paionline/notas/Octubre222006/histo.html>
(10.August.2009)
- ⇒ Avila Rodríguez, Benigno, "*El día señalado, de Manuel Mejía Vallejo: cuentos base y funcionamiento de dos ejes narrativos*"
http://cvc.cervantes.es/lengua/thesaurus/pdf/31/TH_31_002_150_0.pdf (10. August 2009)

- ⇒ Araújo Fontalvo, Orlando: "*Cronotopía y modernidad en Cien años de soledad*" <http://lacasadeasterionb.homestead.com/v4n13crono.html> (10. August.2009)
- ⇒ Castillo, Fabio, "*Los jinetes de la cocaína*" <http://www.derechos.org/nizkor/colombia/libros/jinetes/cap1.html> (10. September 2009)
- ⇒ Flórez, Sandra Bibiana, "*Justicia sin rostro en Colombia: amor y odio*", <http://www.proceso.com.mx/prisma.html?sec=3&nta=48137> (20. September 2009)
- ⇒ Unbekannter Verfasser <http://colombiareports.com/opinion/111-colombiamerican/2617-plan-colombia-obama-style.html> (20. September 2009)

Fernsehdokumentationen:

- ⇒ Joxe, Nicolas, ARTE Fernsehdokumentation, 2005, *Kolumbien: Die Privatarmeen des Staates*, ©ISKRA, 2005, ARTE France
- ⇒ Villar, Catalina, ARTE Fernsehdokumentation, 2002, *Willkommen in Kolumbien*, ©ARTE France, YUMI Productions 2002

⇒

Abstract (Deutsch):

Diese Diplomarbeit behandelt die Geschichte der politischen Gewalt in Kolumbien seit 1948 bis heute. Ich habe versucht, die Kontinuitäten und die Brüche sichtbar zu machen, welche die sozialen, politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen prägen, die dieser Gewalt seit der "Violencia", dem blutigen Bürgerkrieg zwischen liberalen und konservativen Bauern (1948-1958) bis zur Bildung diverser linker Guerillagruppen und rechtsextremer Paramilitärs zugrundeliegen.

Breiter Raum wurde dabei der historischen Entwicklung und den unterschiedlichen Ideologien der zahlreichen Aufständischenbewegungen zuteil, die sich im Laufe der 1960-er und 1970-er Jahren als Reaktion auf die massive staatliche Repression sozialer und politischer Protestbewegungen gebildet haben. Dabei ging es mir nicht nur um eine Schilderung des politisch-militärischen-ideologischen Aspektes dieses Kampfes, sondern auch um die komplexen, stark von wirtschaftlichen Überlegungen geprägten Beziehungen dieser bewaffneten Gruppierungen zu den anderen bewaffneten Akteuren des Konflikts, den staatlichen Sicherheitskräften, den Paramilitärs und Drogenhändlern. Es wird auch untersucht, in welcher Weise die "normale" Gewalt des Drogenhandels die politische Gewalt beeinflusst hat, wobei dargelegt wird, dass der Drogenhandel – anders als vielfach dargestellt – zwar der Treibstoff des Konfliktes keineswegs aber dessen Ursache ist.

Wichtig war es für mich darzustellen, dass die politische Gewalt in Kolumbien zwar eine große Kontinuität besitzt, aber dass diese keineswegs eine ununterbrochene bewaffnete Konfrontation zwischen der Akteuren ohne jede Aussicht auf Frieden und Reintegration der Bewaffneten ins zivile Leben bedeutete. Vor diesem Hintergrund beleuchte ich die zahlreichen und oft sehr engagierten Friedensprozesse und die Gründe und Hintergründe ihres Scheiterns. Einen weiteren Schwerpunkt dieser Arbeit bildet die Darstellung des Konfliktes im Lichte seiner Internationalisierung und Globalisierung und vor dem Hintergrund der massiven direkten und indirekten Interventionen der Vereinigten Staaten. Letztlich ging es auch darum, die weit verbreitete Darstellung, wonach die politischen und sozialen Hintergründe dieses Konfliktes in einer weit zurückliegenden Vergangenheit verschwimmen und der Konflikt seinen politischen Charakter längst verloren und eine eigene Dynamik entwickelt habe, zu hinterfragen, und diesen politisch-sozialen Kontext wieder herzustellen.

Abstract (Englisch):

This diploma thesis examines the history and evolution of political violence in Colombia from 1948 until today. My aim was to uncover the continuities and the disruptions which mark the social, political, und economical structures, which are beneath this violence, starting from the so called "Violencia", the bloody civil war between liberal and conservative peasants (1948-1958), until the evolution of the different left wing guerilla groups and rightist extremist paramilitarian forces in later days.

I described in detail the historic evolution and the different ideologies of the insurgency movements, which were formed in the 1960s and 1970s as a reaction to the massive repression of social and political protest movements by the government. My focus is on the description of the political, military and ideological aspects of this armed fight as well as on the complex relationships and interactions between armed insurgents and other actors involved in the conflict, for example the national security forces, the paramilitary groups and the drug cartels, which are often influenced by economical considerations.

Examining to what extend the "normal" violence used by drug cartels influenced and conditioned the political violence I question (disagreeing the current simplistic belief) the assumption considering drugs as the cause of this violence rather than perceiving them as the motive "fuel" underlying the conflict. So it was important to me to emphasize that despite the fact political violence in Colombia does show a long continuity this does not mean there is an uninterrupted armed confrontation between the actors without any real chances and prospects to reach a sustainable peace and the reintegration of the armed fighters in normal political civil life. Given this background I examined the numerous and highly committed peace processes and the reasons for their failure.

Focus is also on the conflict from the perspective of its internationalization and globalization and the massive direct as well as indirect intervention by the USA.

My main attempt was to highlight and to affirm that the conflict is still primarily politically motivated and has not lost this political and social context in the past 20 years.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Peter Musch
Geburtsdaten: 14.5. 1971 in Bangkok/Thailand
Familienstand: geschieden

Schul Ausbildung

1982 – 1986 Bundesgymnasium Villach
1986 – 1990 Neusprachliches Bundesgymnasium Klagenfurt, Matura
im September 1990

Studium

Oktober 1990 –Juni1991 Studium Philosophie und Arabistik, Universität Wien
Oktober 1992 –Juni 2001 Studium Übersetzer- und Dolmetscherausbildung
(Spanisch/Italienisch an der Karl Franzens
Universität Graz), 1. Abschnitt
Okt. 2001- Okt.2002 Studium Übersetzer- und Dolmetscherausbildung
(Spanisch/Italienisch) an der Universität Wien.
1. Diplomprüfung am 22.3 2002 mit Auszeichnung
bestanden. 2. Diplomprüfung im Februar undSeptember
2005 bestanden. Abfassung der Diplomarbeit „Die
politische Gewalt in Kolumbien seit 1948“ unter der
Betreuung von o. Univ.Prof. Georg Kremnitz

Praktika / Auslandssemester

Juli 1991 – Juni 1992 Auslandsaufenthalt in Bogotá, Kolumbien, im Rahmen
eines Austauschprogrammes für Jugendliche, Besuch
der Universidad Nacional de Colombia (Sprachkurse)
Juli 1999—Sept. 2001 Auslandsaufenthalt in Perugia, Italien, Besuch der
Ausländeruniversität Perugia (3-5 Stufe)